

28. Mai 2018
PD 2.4
Apr 6/5-34 A

Stenografisches Protokoll

(Wortprotokoll als Ergänzung der Niederschrift nach § 41 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages)

der Anhörung
durch den Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft am 15. Mai 2018
von 10:00 Uhr bis 16:53 Uhr, im Plenarsaal des Sächsischen Landtages

Protokollgegenstand:

„Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement“

Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Drs 6/12852

„Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln – Wolfsverordnung erlassen“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs 6/12761

Inhalt:

91 Seiten insgesamt (engzeilig)

(Beginn der Anhörung: 10:00 Uhr)

Vors. Sebastian Fischer: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer heutigen Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft. Ich begrüße auch Herrn Staatsminister Schmidt, der heute dieser Anhörung beiwohnen wird. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren Sachverständigen und meine Damen und Herren Abgeordneten! Auch die Besucher möchte ich recht herzlich begrüßen und Sie darauf hinweisen, dass die Bezeugung von Missfallen oder Gefallen bitte zu unterlassen ist.

Ich eröffne die öffentliche Anhörung zum Antrag der Koalitionsfraktionen „Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement“, Drucksache 6/12852, und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln – Wolfsverordnung erlassen“, Drucksache 6/12761.

Ich rufe nun die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge auf. Allerdings, meine Damen und Herren Abgeordneten, ist es so, dass Herr Abg. Thies rechtzeitig in Berlin sein muss. Deswegen schlage ich Ihnen vor, dass wir ihn zuerst drannehmen. Auch Herr Prof. Dr. Köck hat mich informiert, dass er eher gehen muss; deswegen schlage ich vor, diese beiden Herren vorzuziehen. Danach gibt es eine Fragerunde an diese beiden Sachverständigen; sollte es danach noch Fragen geben, können wir sie schriftlich beantworten lassen. Können wir so verfahren? – Gut.

Somit erteile ich dem Herrn Abg. Thies das Wort; bitte sehr.

Hans-Jürgen Thies: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dass Sie mich vorziehen, weil wir heute Nachmittag in Berlin die Haushaltsberatungen haben, gerade auch für den Sektor Ernährung und Landwirtschaft. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich leider 12:30 Uhr diese Runde verlassen muss.

Meine Damen und Herren Abgeordneten des Sächsischen Landtags, Deutschland und insbesondere das Bundesland Sachsen verfügen über eine der größten Wolfsdichten weltweit. Mit mindestens 700 Exemplaren hat der Wolf in Deutschland, namentlich in der norddeutschen Tiefebene, längst einen günstigen Erhaltungszustand erlangt. Zur Vermeidung weiterer Konflikte mit Menschen und Weidetieren ist die Anzahl der Wölfe in Deutschland aus meiner Sicht auf den aktuellen Stand zu begrenzen.

Angesichts der Populationsdynamik beim Wolf – man spricht von circa 30 % pro Jahr – und natürlicher Verluste, namentlich durch den Straßenverkehr, setzt die Bestandsbegrenzung auf dem gegenwärtigen Niveau eine jährliche letale Entnahme – also den Abschuss – von circa 150 Wölfen in Deutschland voraus. Wenn ich es einschieben darf: Ich war vor vier Wochen in Estland und habe gefragt: Wie halten Sie es dort mit den Wölfen? – Wir haben etwa 300 bis 320 Wölfe in Estland. Und wie viele schießen Sie jedes Jahr? – Genau 100 Stück, und wir haben damit den Bestand genau auf dem Niveau, auf dem wir ihn haben wollen. Estland ist etwa ein Drittel größer als Sachsen und hat 320 Wölfe, und davon werden jedes Jahr 100 entnommen, um den Bestand auf einem stabilen Niveau zu halten.

Wegen des großen Aktionsradius des Wolfes und der erheblichen Wanderbewegungen ist allerdings ein deutschlandweites und sogar staatenübergreifendes Wolfsmanagement, das vom Bund koordiniert werden muss, erforderlich.

Meines Erachtens muss ein solches bundesweites Wolfsmanagement bzw. ein Wolfsmanagementplan – und ich möchte dafür werben, dass sich gerade auch das Bundesland Sachsen, das über die längsten Erfahrungen mit dem Thema Wolf in ganz Deutschland verfügt, in besonderer Weise aufgrund dieser spezifischen Wolfserfahrungen, die dieses Bundesland hat, beim Bund über den Bundesrat für ein solches bundesweites Wolfsmanagement und einen solchen Plan, der in Analogie zu § 28 a Bundesjagdgesetz ausgestaltet werden sollte, starkmacht.

Folgende Aufgaben müsste dieser Wolfsmanagementplan erfüllen: Einmal müsste natürlich eine regelmäßige Ermittlung und ständige Fortschreibung der Bestandszahlen auf Bundes- und auf Länderebene erfolgen. Es müsste eine Festlegung von Bestandsobergrenzen auf Bundes- und auf Länderebene erfolgen, es müsste auch eine Festlegung von sogenannten wolfsfreien Gebieten erfolgen; denn es gibt unzweifelhaft Regionen und Gebiete in Deutschland, wo der Wolf nicht zu tolerieren ist. Das ist beispielsweise in Gegenden, wo wir sehr viele Deichanlagen zum Hochwasserschutz haben und wo die Schafhaltung in besonderer Weise wichtig ist, auch zum Erhalt der Deiche. Aber es gibt auch andere Gebiete, wo der Wolf nicht tolerabel ist. Also es muss auch die Festlegung wolfsfreier Gebiete geben.

Es muss in einem solchen Wolfsmanagementplan klare, rechtssichere Kriterien für die reguläre bestandsregulierende Entnahme von Wölfen geben. Es müssen Regelungen zum Umgang mit sogenannten Problemwölfen, also verhaltensauffälligen Wölfen, erfolgen. Es müssen Festlegungen der behördlichen Zuständigkeiten, aber auch Festlegungen der Verantwortlichen und auch der Befugten für Entnahmen genau getroffen werden. Es muss ein klarer Umgang mit Hybriden festgelegt werden, es müssen geeignete Maßnahmen für den Herdenschutz und deren Finanzierung in diesen bundesweiten Wolfsmanagementplan aufgenommen werden und es muss schließlich auch Entschädigungsregelungen und gegebenenfalls Haftungsfreistellungsregelungen für Tierhalter geben. Ich spreche bewusst von Haftungsfreistellungsregelungen für Tierhalter, denn viele Wolferscheinungen führen auch zu Panikreaktionen in Herden, die dann zu panikartigen Ausbrüchen von Weidevieh führen.

Ich hatte einen Fall zu behandeln, der allerdings nicht den Wolf betraf, aber den man ohne Weiteres auf den Wolf spiegeln kann: dass eine Kuhherde in Panik ausgebrochen ist und auf die Eisenbahnstrecke zwischen Osnabrück und Münster gelangt ist und dort den IC zum Entgleisen gebracht hat, weil er mit fünf Kühen kollidiert ist. Gottlob ist nur der Zug und der erste Waggon aus den Gleisen gesprungen und nicht umgekippt, sonst wäre eine große Katastrophe passiert. Aber so etwas kann man sich natürlich auch bei Weideviehausbrüchen vorstellen, die dann durch Wolferscheinungen verursacht worden sind, und dafür muss es Haftungsfreistellungen zugunsten der Tierhalter geben.

Unabhängig davon wäre mein dringender Appell – hier auch gerade an das Bundesland Sachsen –, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der Wolf, der im Moment den strengsten Schutzstatus hat und sich deswegen in Anhang IV der FFH-Richtlinie befindet, wegen seines mittlerweile günstigen Erhaltungszustandes auf EU-Ebene in den Anhang V der FFH-Richtlinie überführt wird.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Anmerkungen zu der Frage machen, unter welchen – ich betone: durchaus engen – Voraussetzungen der Abschuss eines

Wolfes unter Notstandsgesichtspunkten in der gegenwärtigen Situation, in der der Wolf einen strengen Schutzstatus genießt und deswegen auch jede Tötung eines Wolfes prinzipiell eine Straftat nach dem Bundesnaturschutzgesetz darstellt, dennoch gerechtfertigt sein kann. Dazu werden auch in der juristischen Literatur durchaus unterschiedliche Standpunkte vertreten. Kollege Meyer-Ravenstein hat dazu einen Aufsatz verfasst, der einigen bekannt sein dürfte.

Ich bin der Meinung, am Ende steht derjenige, der möglicherweise vor so einer Notstandssituation steht und möglicherweise einem Tierhalter, dessen Herde von einem Wolf attackiert wird, Hilfe gewähren will, natürlich immer vor der schwierigen Situation: Wie verhalte ich mich richtig? Wie verhalte ich mich angemessen? Wenn hinterher eine Ex-post-Betrachtung durch ein Gericht stattfindet – war es eine durch Notstand gerechtfertigte Abwehr- oder Verteidigungshandlung; gab es nicht vielleicht mildere Mittel, das abzuwenden, also den Wolf zu vertreiben? –, dann kann ich auch als Jurist nie sagen, wie ein Gericht im Einzelfall eine solche Notstandssituation beurteilen wird und ob es einen Schützen, der im Rahmen einer Nothilfe zum Schutz des Eigentums eines Weidetierhalters einen Wolf erschossen hat, möglicherweise straffrei ausgehen lässt oder doch verurteilt. Das ist immer von Einzelfällen abhängig.

Es wird allerdings bei diesen Notstandshandlungen immer darauf ankommen, ob eine Güterabwägung hier im Einzelnen auch einen Wolfsabschuss rechtfertigen kann, und da muss man eben sehen, dass wir aufseiten der Güterabwägung zwei Rechtsbereiche miteinander zu vergleichen haben.

Wir haben auf der einen Seite den Artenschutz als wichtiges Gemeingut. Der Wolf kann selbstverständlich grundsätzlich diese Gesichtspunkte des Artenschutzes in besonderer Weise für sich in Anspruch nehmen. Auf der anderen Seite haben wir aber das betroffene Eigentum als Individualrechtsgut, das betroffen sein könnte, dass Herdenschutz Hunde oder Jagdhunde des Jagdhundehalters oder auch des Weideviehhalters, also dessen Eigentum konkret gefährdet wird. Bei Eigentumsrechten geht es um individuelle Rechtsgüter.

Beim Artenschutz haben wir im Prinzip nicht den Individualartenschutz, sondern den Populationsartenschutz im Blick. Der Populationsartenschutz wird nicht gefährdet, wenn man einen einzelnen Wolf in einer Notstandssituation schießt und tötet; denn dadurch werden die Population und der Artenschutz in Gänze, bezogen auf diese Tierart, nicht gefährdet, sodass also durchaus, wenn die Situation so ist, dass auch bestimmte Vertreibungs- oder Vergrämungsversuche scheitern, der Wolf in einer Notstandssituation geschossen werden kann. Aber ich sage natürlich auch, um nicht leichtfertig Jäger oder andere, die das tun wollten, in eine schwierige Situation zu bringen: Das geht nicht so ohne Weiteres, sondern dabei ist immer sehr stark der Einzelfall gefragt.

Das wollte ich nur noch loswerden. Ich habe eine relativ ausführliche schriftliche Stellungnahme gefertigt und hoffe, dass sie mittlerweile zur Verwaltung gelangt ist und auch verteilt werden kann. Darauf möchte ich dann noch weiter verweisen. Ich habe mich darin juristisch noch etwas ausführlicher mit der Notstandssituation und mit den Fragen befasst, wann das möglicherweise gerechtfertigt ist.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen: Es gibt sowohl in Sachsen als auch in anderen Bundesländern mittlerweile auch Entschädigungsregelungen zugunsten

betroffener Weidetierhalter. Das ist gut und richtig so. Aber diese materiellen Entschädigungsleistungen können nur teilweise den Schaden ausgleichen, der von Wölfen bei Weidetierhaltern angerichtet wird. Materiell mögen solche staatlichen Entschädigungsleistungen, die ja immer als freiwillige staatliche Leistungen unter dem Vorbehalt der vorhandenen Finanzmittel stehen, also auf die nicht zwingend ein Rechtsanspruch besteht, eine gewisse Kompensation darstellen. Aber der immaterielle Schaden, der Weidetierhaltern droht, wenn ihre Herde dezimiert worden ist – denn die Weidetierhalter haben auch eine emotionale Beziehung zu ihren Tieren –, wird damit natürlich nicht kompensiert.

Im Übrigen habe ich auch Fälle in dem Jagdrevier, in dem ich selbst die Jagd ausübe in Sachsen-Anhalt, wo ich ebenfalls den Wolf als ständigen Gast habe, gesehen, wie eine Mutterkuhherde, in der der Wolf aufgetreten ist, wochen- und monatelang – ich nenne es einmal posttraumatisch – eine Kopfscheu hatte, sodass die Herde eigentlich hätte notgeschlachtet werden müssen, weil die Tiere durch das Erlebte posttraumatisch beeinträchtigt waren.

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Das sind Nachteile und Beeinträchtigungen, die durch staatliche Entschädigungsleistungen nicht vollständig kompensiert werden, sodass allein der Aspekt und der Vorhalt, Risse würden ja auch entschädigt und deshalb müsse die Güteabwägung zugunsten des Wolfes und zuungunsten der Eigentumsrechte der potenziell geschädigten Weidetierhalter ausfallen, meines Erachtens zu kurz greift bzw. nicht durchgreift.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Herr Abg. Thies. Sie sind auch Vizepräsident des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen e. V. Das hatte ich vorhin zu erwähnen vergessen. Vielen Dank.

Als Nächster kommt Herr Prof. Dr. Wolfgang Köck zu Wort. Sie kommen vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ und sind dort Leiter des Departments für Umwelt und Planungsrecht. – Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Köck: Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Einladung. Ich habe gestern ein kleines Papier an die Ausschussmitglieder verschickt, da ich nicht weiß, ob die Zeit reicht, um das alles vortragen zu können. Ich nehme an, dass die Ausschussmitglieder dieses Papier erhalten haben. Ich versuche, es so gut es geht und es zeitlich möglich ist, vorzutragen.

Die Anträge der CDU- und der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten des sogenannten Wolfsmanagements.

Der Antrag der GRÜNEN zielt ausschließlich auf das Management der sogenannten Problemwölfe. Er möchte die Ausnahmemöglichkeiten vom strengen Schutz des Wolfes, die das europäische FFH-Recht zur Verfügung stellt, nutzen und fordert, von den Gestaltungsmöglichkeiten des Landes Gebrauch zu machen, indem die im Bundesrecht eingeräumte Ermächtigung zum Erlass einer Landeswolvesverordnung in

Anspruch genommen wird. Dies ist ein wichtiges Anliegen zur Verbesserung der Rechtssicherheit des Handelns.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und SPD verfolgt weitergehende Ziele. Er beschränkt sich nicht auf die Nutzung der Ausnahmemöglichkeiten, sondern fragt nach den Voraussetzungen für neue konzeptionelle Weichenstellungen.

Angesichts der dynamischen Entwicklung des Wolfsbestandes in Deutschland ist es meines Erachtens sehr wichtig, dass sich der Landesgesetzgeber nicht allein mit den Gestaltungsfragen der Ausnahmemöglichkeiten des FFH-Rechts oder mit Fragen des Herdenschutzes, also mit den etablierten Bereichen des Wolfsmanagements befasst, sondern sich durch Prüfaufträge und Anfragen an die Staatsregierung bzw. durch eigene Sachverständigenanhörungen die Wissensgrundlagen verschafft, um die Bedingungen für ein weitergehendes Wolfsmanagement – man kann sagen: Wolfsmanagement 2.0 – aufzuklären, auch wenn eine entsprechende Gesetzgebung mutmaßlich noch nicht heute, sondern erst morgen, immerhin aber doch wohl in absehbarer Zeit benötigt wird.

Die Schlüsselvoraussetzung für ein erweitertes Wolfsmanagement 2.0 ist das Erreichen eines günstigen Erhaltungszustandes, weil erst ein solcher Erhaltungszustand die staatlichen Handlungsmöglichkeiten vergrößert. Der Erhaltungszustand wird gemäß Artikel 1 der FFH-Richtlinie als günstig betrachtet, wenn erstens aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, dass diese Art ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird. Zweitens, dass das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Art weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird. Drittens, dass ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Population dieser Art zu sichern.

Man wird die Auffassung vertreten können, dass die zweite und die dritte Voraussetzung bereits gegenwärtig in Deutschland erfüllt sind, weil der Wolf keine besonderen Ansprüche an seinen Lebensraum stellt, er hier in Deutschland eine gute Nahrungsgrundlage vorfindet und insofern gute Überlebensbedingungen haben wird, auch wenn der sogenannte Roadkill, also die Tötungsfälle durch Verkehrsunfälle, auf die Population drückt.

Ob demgegenüber auch das erste Kriterium hierzulande bereits erfüllt ist, das heißt, ob die gegenwärtige Population so beschaffen ist, dass sie lebensfähig und auch langfristig gesichert ist, ist zweifelhaft. Ob dieses Kriterium erfüllt ist, lässt sich nur mit Hilfe biologischen Sachverständs beantworten, und hier kommt es auf den Stand der Wissenschaft an.

Gemäß fachlichen Kriterien der IUCN werden gegenwärtig tausend erwachsene Tiere als günstige Referenzpopulation betrachtet. Davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Das jüngste Wolfsmonitoring – das sind immerhin Zahlen, die auch schon über ein Jahr alt sind – hat 150 erwachsene Tiere in Deutschland ermittelt. Zählt man die erwachsenen Tiere hinzu, die auf polnischer Seite zur sogenannten mitteleuropäischen Flachlandpopulation gehören, kommt man auf etwa 250 erwachsene Tiere.

Allerdings muss man sagen, dass das Tausend-erwachsene-Tiere-Kriterium eine Art Vorsorgekriterium ist, das immer dann zur Anwendung kommt, wenn es an Daten

mangelt, mit deren Hilfe man das Aussterberisiko mit einer bestimmten Sicherheit ausschließen kann. Stellt man auf das Aussterberisiko als eigentliches Populationskriterium ab, gewinnt ein anderes fachliches Hilfskriterium an Bedeutung, nämlich der Grad der Vernetzung zwischen Populationen. Gemäß den fachlichen Leitlinien der IUCN Working Group aus dem Jahr 2008, die auch von der EU-Kommission herangezogen werden, könnten unter Umständen schon 250 erwachsene Tiere genügen, um auf einen günstigen Erhaltungszustand schließen zu können, wenn sie ausreichend mit Wölfen der europäischen Metapopulation vernetzt sind, da solche Vernetzungen das Aussterberisiko deutlich mindern.

Ob auf eine solche Vernetzung mit der nötigen Sicherheit und Qualität erkannt werden kann, bedarf der Untersuchung. Genetische Befunde über den Austausch zwischen etwa der baltischen Wolfspopulation und der mitteleuropäischen Flachlandpopulation sind in diesem Zusammenhang wichtige Hinweise. Ob die Qualität der Vernetzung aber ausreicht, um vom Vorsorgekriterium auf das Aussterberisikokriterium umschalten zu können, bedarf sorgfältiger Analysen und Beobachtungen. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland im Hinblick auf das Monitoring und das Management ist ein wichtiger Baustein, um die erforderlichen Informationen mit der nötigen Gewissheit beschaffen zu können.

Eine deutsche Festlegung, die den günstigen Erhaltungszustand bei etwa 250 erwachsenen Tieren im Raum der mitteleuropäischen Flachlandpopulation ansetzen würde, würde meines Erachtens zum gegenwärtigen Zeitpunkt den internationalen und auch den europäischen Anforderungen an die Bestimmung des günstigen Erhaltungszustandes noch nicht genügen, weil die Nichtanwendung des Vorsorgekriteriums noch nicht mit der nötigen Sicherheit begründet werden kann.

Demgemäß gehe ich davon aus, dass eine gewisse Beobachtungszeit benötigt wird, um mit der nötigen Sicherheit Aussagen darüber treffen zu können, ob wegen der beobachteten Vernetzungen vom Vorsorgekriterium Abstand genommen werden kann. Zwar steht jedem Mitgliedsstaat der EU mit Blick auf die Anerkennung von Beständen als günstiger Erhaltungszustand ein gewisser Beurteilungsspielraum zu; dieser Beurteilungsspielraum kann aber tatsächliche Ermittlungen nicht ersetzen, sondern beruht auf der Ausschöpfung dessen, was mit zumutbarem Aufwand aufklärbar ist, und soll Entscheidungen unter Unsicherheit ermöglichen und legitimieren.

Mit anderen Worten: Unsicherheiten darüber, ob vom Vorsorgekriterium Abstand genommen werden kann, müssen mit Sicherheitsmargen verknüpft werden, die zwischen 1 000 als Vorsorgekriterium und 250 als Vernetzungskriterium liegen können.

Erst wenn auf der Grundlage des Standes der Wissenschaft dargetan ist, dass mit Blick auf die mitteleuropäische Flachlandpopulation ein günstiger Erhaltungszustand besteht, ergeben sich Möglichkeiten eines erweiterten Wolfsmanagements jenseits der Restriktionen, die durch Artikel 12 und Artikel 16 der FFH-Richtlinie gelten.

Zu den Instrumenten eines erweiterten Wolfsmanagements kann auch die Einrichtung sogenannter wolfsfreier Zonen gehören, wenn bei all dem stets gewährleistet ist, dass der günstige Erhaltungszustand nicht gefährdet wird. Dies könnte etwa durch die Festlegung von Jagdquoten oder auch von absoluten Schutzräumen geschehen, soweit diese Mittel als geeignet erscheinen.

In formaler Hinsicht setzt die Zulassung einer Bejagung allerdings voraus, dass der Wolf zuvor in Deutschland in den Anhang V der FFH-Richtlinie bzw. in den Anhang III des Berner Übereinkommens aufgenommen wird. Hierzu bedarf es entsprechender Willensbildungen auf völkerrechtlicher und europarechtlicher Ebene. Das Erreichen des „günstigen Erhaltungszustandes“ führt also nicht automatisch dazu, dass der Wolf nunmehr zur Bejagung freigegeben werden kann, sondern eröffnet lediglich rechtliche Spielräume, um einen neuen Rechtsrahmen zu verhandeln.

Soweit der „günstige Erhaltungszustand“ nicht erreicht ist, dürfen allenfalls ausnahmsweise im Einzelfall Tötungsmaßnahmen getroffen werden, um unter anderem die Sicherheit des Menschen zu gewährleisten und um erhebliche Schäden für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft abzuwenden –und dies auch nur dann, wenn die Maßnahmen nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustands führen und wenn es keine zumutbaren Alternativen zur Tötung gibt. Auch Gründe des Natur- und Artenschutzes können dazu führen, ausnahmsweise sogenannte Entnahmen zu gestatten. Um diese Ausnahmenvoraussetzungen nutzen zu können, bedarf es allerdings nicht der Aufnahme des Wolfes in die Liste der jagdbaren Arten.

Das Bundesnaturschutzgesetz enthält eine Verordnungsermächtigung, die es den Landesregierungen gestattet, die Ausnahmenvoraussetzungen näher auszugestalten und durch Rechtsverordnung zu regeln (§ 45 Abs. 7 S. 4). Eine entsprechende Verordnungsermächtigung für den Bund gibt es überraschenderweise nicht, obwohl das Artenschutzrecht durch das Grundgesetz in besonderer Weise als „abweichungsfest“ konzipiert ist. Das Fehlen einer Verordnungsermächtigung für den Bund dürfte dem Bedürfnis nach einheitlicher Gesetzesanwendung entgegenstehen.

Deshalb habe ich an anderer Stelle – nämlich anlässlich einer Anhörung im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages – dafür plädiert, diesbezüglich Abhilfe zu schaffen und den Weg für eine Wolfsverordnung des Bundes freizumachen.

Mittlerweile ist eine erste sogenannte Wolfsverordnung auf der Grundlage der genannten Ermächtigung in den Ländern erlassen worden. Weitere sind in Vorbereitung; Pläne gibt es etwa in Niedersachsen. Nach erster Analyse dürfte die Brandenburgische Wolfsverordnung den Anforderungen, die das europäische Recht an die Anwendung der Ausnahmenvoraussetzungen richtet, genügen. Daher kann dem sächsischen Gesetzgeber empfohlen werden, diese Wolfsverordnung als Grundlage für eine eigene Durchführungsrechtsetzung zu nutzen, auch wenn nicht jede einzelne Regelung der brandenburgischen Verordnung geglückt ist.

Die Konkretisierung der Ausnahmenvoraussetzung des FFH-Rechts ist hilfreich, um zu mehr Rechtssicherheit bei der Anwendung der sehr allgemein gefassten Ausnahmebestimmungen zu kommen.

Von eminenter praktischer Bedeutung ist aber weiterhin, dass der Herdenschutz effektiv betrieben wird und die unter prekären Bedingungen wirtschaftenden Weidetierhalter unter zumutbaren Bedingungen, das heißt unter praxisgerechten Bedingungen, Herdenschutz betreiben können. Eine Weidetierprämie ist jenseits der Kompensation, die das Wolfsmanagement bietet, eine sehr sinnvolle Maßnahme, um die Wirtschaftsbedingungen der Weidetierhalter strukturell zu verbessern und damit nicht nur etwas für eine tierwohlgerechte Tierhaltung zu tun, sondern auch für eine landschaftsgerechte extensive Landwirtschaft.

Vielen Dank.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Wir kommen jetzt, wie abgesprochen, zur Fragemöglichkeit. Gibt es Fragen seitens der Damen und Herren Abgeordneten? –Frau Abg. Grimm, bitte.

Silke Grimm, AfD: Danke. Ich hätte zuerst eine Frage an Herrn Thies. Sie haben davon gesprochen, dass der Erhaltungszustand der Wölfe besteht und es daran keine Zweifel mehr gibt. Das widerspricht sich jetzt etwas mit den Ausführungen von Herrn Prof. Köck. Woher haben Sie Ihre Daten? Wie sind Sie darauf gekommen?

An Herrn Prof. Köck habe ich noch die Frage: Sehen Sie eine Möglichkeit, diese Erhaltungszustände auf die Länderebene herunterzubrechen, dass man sagt, dass dies in Sachsen auf alle Fälle erreicht ist, und es dann über eine Länderverordnung zu regeln? – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Zuerst Herr Abg. Thies; bitte sehr.

Hans-Jürgen Thies: Sie fragten, woher ich meine Erkenntnisse über die Wolfspopulation habe, die ich mit circa 700 Exemplaren in Deutschland aktuell beschrieben habe. Das ist die Zahl, die von der Mehrzahl der Sachverständigen bei der Expertenanhörung im Umweltausschuss des Bundestages genannt worden ist. Herr Köck war dort eher eine Mindermeinung mit seinen 150 Wölfen und hat dabei für sehr viel Erstaunen und Stirnrunzeln gesorgt. Heute darf ich noch Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zitieren, die der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte, sie gehe nach den Erkenntnissen ihres Hauses von mindestens 600 erwachsenen Wölfen in Deutschland aus.

Ich kann nur sagen, dass ich in erster Linie entweder in meinem Anwaltsbüro oder im Bundestag sitze, also nicht in der freien Natur. Aber ich bin persönlich schon viermal in vier verschiedenen Bundesländern erwachsenen Wölfen begegnet. Meine erste Wolfsbegegnung hatte ich in Niesky nördlich von Görlitz, dann in Baruth, in Kietz in Sachsen-Anhalt und in Bannetze in Niedersachsen, wo ich jeweils Wölfe gesehen habe – tagsüber, nicht nachts. Die Dunkelziffer ist extrem hoch. Deshalb glaube ich, wenn wir von mindestens 60 gesicherten Wolfsrudeln sprechen, 15 Paaren und noch mehreren Einzeltieren, und wenn ich ein Wolfsrudel mit mindestens acht bis zehn Tieren definiere, dann komme ich schon bei allein 60 bestätigten Wolfsrudeln locker auf 700.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Jetzt Herr Prof. Köck.

Prof. Dr. Wolfgang Köck: Vielen Dank für die Frage. Meine Zahlen habe ich aus der offiziellen Statistik, die bundesweit geführt wird. Diese 150 erwachsenen Tiere werden dort angegeben. Die Zahlen sind noch relativ frisch, sie beziehen sich allerdings auf das Monitoringjahr 2016/2017. Insofern haben wir eine dynamische Entwicklung. Die aktuellen Bestandszahlen, die noch nicht offiziell herausgegeben worden sind, können sich schon erhöht haben. 150 erwachsene Tiere habe ich sagt. Dazu zähle ich das Rudel mit zwei erwachsenen Tieren und Paare mit zwei erwachsenen Tieren. Das ist kein Widerspruch zu dem, was Herr Thies sagte, der ja auch von 60 Rudeln sprach und von zehn, zwölf Paaren laut offizieller Statistik.

Ob dies nun genügt, um schon mit der Vernetzung, die möglicherweise zu den Metapopulationen im Baltikum usw. besteht, gleichwohl von einem günstigen Erhaltungszustand sprechen zu können, ist fraglich. Hier kommt es darauf an, wie gut diese Vernetzung ist und wie gut sie belegt ist – zum einen durch genetische Untersuchungen, zum anderen aber auch durch Monitoringergebnisse. Dabei würde ich dafür plädieren, dies genau zu beobachten und dann zu bewerten. Nichts anderes habe ich hier gesagt.

Nun noch einmal zu der Frage, ob man den guten Erhaltungszustand gleichsam lokalisieren und regionalisieren sollte. Dabei wird im Grunde nach europäischem Recht die biogeografische Region als Maßstabsebene gewählt. Bei der biogeografischen Region haben wir eine sogenannte atlantische Region – diese spielt kaum eine Rolle –, wir haben die kontinentale Region – das ist das, wo sich die Dinge abspielen – und wir haben eine alpine Region, die ebenfalls eine geringe Rolle spielt.

Wir müssen uns also die kontinentale biogeografische Region für Deutschland ansehen. Das sind natürlich dann die Bestandszahlen für das gesamte Land und nicht die Bestandszahlen, die sich in einzelnen Regionen ergeben. Wenn allerdings die Bestandszahl für das gesamte Land so ist, dass wir sie am Ende als günstig bewerten können, dann können wir auch weitere Schritte ergreifen und uns darüber Gedanken machen, ob das, was wir im Moment tun, nämlich, sehr viel für den Herdenschutz zu unternehmen, ausreicht, um dauerhaft einem Wolfsmanagement zu genügen, oder ob wir an solche Überlegungen anknüpfen sollten wie Wolfsmanagement 2.0, das heißt Bestandsregulierung, wolfsfreie Zonen und anderes mehr.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen herzlichen Dank. Als Nächste Frau Abg. Dr. Pinka.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Köck. Er sprach zum Schluss die biogeografischen Regionen Europas an. Ich weiß nicht, ob andere Sachverständige auch darauf abstellen werden, wie die Situation in Europa generell ist, da es sich um eine europäische FFH-Rahmenrichtlinie, also eine Managementrichtlinie handelt. Wenn man etwas korrigieren will, muss der Zustand, der Bestandsschutz in Europa so gut sein, dass man gewillt ist, den strengen Schutz des Wolfes aufzuheben. Können Sie Aussagen dazu machen, wie die Situation in diesen anderen biogeografischen Regionen Europas ist?

Vors. Sebastian Fischer: Herr Prof. Köck.

Prof. Dr. Wolfgang Köck: Das kann ich nicht präzise. Ich habe jetzt nicht die Zahlen in einer Liste vor mir, wie die Bestandszahlen in anderen Regionen sind. Aber was wir wissen, ist sowohl völkerrechtlich als auch europarechtlich, dass in bestimmten Regionen Europas die Bejagung der Wölfe zulässig ist, da zu dem Zeitpunkt, als das Berner Übereinkommen ausgehandelt und die FFH-Richtlinie verabschiedet worden ist, in diesen Ländern die Bestände niemals problematisch gewesen sind, sondern immer hohe Bestände vorhanden waren und deshalb auch die Jagd als etwas Normales begriffen worden ist. Das betrifft etwa Regionen in Finnland, in Spanien, in Polen, in Lettland, in Estland, in Slowenien usw.

Aber das liegt daran, dass diese Länder bei der Aushandlung des Berner Übereinkommens und auch bei den Verhandlungen über die Gesetzgebung zur FFH-Richtlinie von Anfang an darauf gedrungen haben, dass in ihren Ländern die

Verhältnisse andere sind und deshalb dort der Wolf nicht in im Anhang 4 gelistet ist, wie bei uns in Deutschland und in vielen anderen mitteleuropäischen Ländern, sondern im Anhang 5. Das ist ein anderer Rechtsrahmen. Was ich gesagt habe, ist lediglich: Wenn wir zukünftig wollen, dass auch die Bestände Deutschlands in den Anhang 5 aufgenommen werden, dann setzt das Verhandlungen mit dem europäischen Gesetzgeber voraus und mit den Mitgliedsstaaten, die sich im Berner Übereinkommen zusammengeschlossen haben.

Vielleicht noch ein letzter Satz zu der Frage: günstiger Erhaltungszustand – ja oder nein? Der günstige Erhaltungszustand ist natürlich ein Rechtsbegriff, das müssen wir uns klarmachen. Er ist in der FFH-Richtlinie definiert und wird letztlich durch den Europäischen Gerichtshof ausgelegt werden. Dieser wird hier das letzte Wort in dieser Angelegenheit sprechen. Natürlich wird auch er sich nicht anmaßen, diesen Rechtsbegriff auszulegen, ohne den Stand der Wissenschaft dabei zu Rate gezogen zu haben. Das versteht sich von selbst.

Aber wir müssen uns auch immer vor Augen führen, dass die Frage nach den neuen Maßgaben des sogenannten Aarhus-Rechts, also den unendlich erweiterten Klagemöglichkeiten, die die Zivilgesellschaft hat, um dem Staat auf die Finger zu schauen und darauf zu achten, ob sich der Staat rechtmäßig verhält und auch das europäische Recht achtet, wohl beklagt werden und vor dem Europäischen Gerichtshof landen wird, natürlich auch vor nationalen Gerichten.

Deshalb sollten wir hier diese Frage „günstiger Erhaltungszustand“ – ja oder nein? – nicht vorschnell mit einer lokalen Brille beantworten, sondern sie sehr ernst nehmen. Deshalb habe ich für ein solides, sorgfältiges Monitoring der Vernetzungsbeziehungen zwischen baltischer Population und mitteleuropäischer Flachlandpopulation plädiert. Wenn man dazu harte Daten hat, dann könnte es halten. Wenn man keine harten Daten hat und sagt, man habe mal gehört, dass ..., und jemand hat mal einen genetischen Fund gemacht, befürchte ich, dass das nicht reicht und vor den Gerichten landen wird. Dort wird man Ihnen sagen, dass das Ganze ein Rechtsbegriff ist, und diesen Rechtsbegriff legen die Gerichte aus und nicht die Politik.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Als Nächster hat sich Herr Abg. von Breitenbuch gemeldet.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Auch von der CDU-Fraktion herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Weil Sie beide in Richtung Bund unterwegs sind: Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD ist das Thema Wolf unter dem Thema Weidetierhaltung aufgenommen worden. Ich zitiere die Zeile 4086: „Der Bund wird mit den Ländern einen geeigneten Kriterien- und Maßnahmenkatalog zur Entnahme von Wölfen entwickeln. Dazu erarbeiten wir mit der Wissenschaft geeignete Kriterien für die letale Entnahme.“

Dazu habe ich die Frage an beide Sachverständigen: Wie kann diese enge Zusammenarbeit zwischen Land und Bund passieren? Was kann der Bund dort machen – vielleicht können Sie das noch einmal präzisieren – und was können wir in Sachsen, die wir ja eigentlich „an der Spitze des Fortschritts stehen“ – sprich, die größte Wolfspopulation jetzt schon so etabliert haben, dass die Menschen sagen, wir ertragen das so nicht mehr vor Ort –, tun? Wie können wir uns dort besonders einbringen, um zu

befördern, dass wir eine Befriedung gerade in den Gebieten erreichen, in denen zurzeit keine Befriedung herrscht?

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Prof. Köck.

Prof. Dr. Wolfgang Köck: Für die Durchführung der Gesetze sind nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland die Länder zuständig. Der Bund hat keine Zuständigkeit für die Verwaltung, der Bund beteiligt sich aber an den Fragen des Wolfsmanagements insbesondere auch durch Sachverständigen-Expertise. Er hat das Kompetenzzentrum eingerichtet, die Dokumentationsstelle. Dort gibt es natürlich eine intensive Zusammenarbeit, um die Wissensgrundlagen des Wolfsmanagements möglichst einheitlich zu gestalten, und das funktioniert auch. Da kann man sicherlich auch mehr tun. Man kann, was diese Bundeskompetenzstelle angeht, noch das eine oder andere draufpacken.

Wichtig scheint mir zu sein – gerade mit Blick auf ein gemeinsames Wolfsmanagement –, dass man nicht nur die Perspektive Bund und Länder vor Augen hat, sondern auch die Perspektive Deutschland und Nachbarländer; dass man sich um gemeinsame Monitoringstrategien, um gemeinsame Managementpläne bemüht, insbesondere dann, wenn es das Interesse der Politik sein sollte, über die Qualität der Vernetzung von Einzelpopulation zu Metapopulationen nähere Aufklärung zu erhalten. Hier hat der Bund natürlich Möglichkeiten, indem er sagt, wir schließen Kooperationsverträge mit der polnischen Seite ab und bilden ein gemeinsames deutsch-polnisches Kompetenzzentrum, um diesen Dingen näher auf den Grund zu gehen. Hier kann der Bund natürlich viel tun.

Bei der Frage, wie die Zustände so gestaltet werden können, dass die Akzeptanz für den Wolf dauerhaft erhalten bleibt – das steckt ja in Ihrer Frage drin –, setzt man im Moment noch stark auf Herdenschutz – präventiv – und Kompensation für erlittene Schäden und auf die Regulierung der Problemwölfe.

Das scheint mir aber noch nicht ausgereizt zu sein auf eine Strategie oder ein Konzept, das auf konsequentes Entfernen von Problemwölfen aus der Landschaft setzt; das ist ja das, was wir dürfen und können und auch jederzeit machen sollten. Das würde ich auch nicht zur Vorsicht machen. Konsequentes Entfernen von Problemwölfen ist gewissermaßen wichtig, um die Akzeptanz im Land zu erhalten. Nur wenn das nicht reichen sollte und wir eine Bewertung der Situation haben sollten, die uns dazu führt zu sagen, konsequentes Entfernen von Problemwölfen plus Prävention plus Kompensation reicht immer noch nicht aus, um die Situation in einem Zustand zu erhalten, der ein dauerhaftes Leben mit dem Wolf ermöglicht, dann kann man darüber nachdenken, ob solche Bestandsregulierungen möglicherweise notwendige Mittel sind. Ich würde über solche Bestandsregulierungen nur dann nachdenken, wenn ich die Frage des günstigen Erhaltungszustandes zuvor klar beantwortet habe, um auf der sicheren Seite zu sein.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Als Nächster erhält der Abg. Wild das Fragerecht. – Entschuldigung, Herr Abg. Thies.

Hans-Jürgen Thies: Ich darf etwas ketzerisch sagen: Von Sachsen lernen heißt siegen lernen. Das heißt, Sachsen war das erste Bundesland, das den Wolf 2012 ins Jagdrecht und damit auch in ein neues Schutzregime überführt hat.

Der Bund ist bisher noch nicht so weit. Auch die Jägerschaft hat sich auf Bundesebene bisher strikt geweigert, den Wolf ins Jagdrecht zu überführen; denn man hat große Sorgen, dass die Jäger, wenn sie mit dieser Aufgabe der Bestandsregulierung eines Tages betraut würden, dann nicht den nötigen staatlichen Geleitschutz bekommen, um diese hoch emotional schwierige Situation zu bewältigen.

Mittlerweile sagt auch der Deutsche Jagdverband: Wir sind dafür, dass der Wolf bundesweit ins Bundesjagdgesetz kommt; denn wir wollen nicht, dass bei der Bestandsregulierung des Wolfes staatliche Eingreiftruppen dies erledigen – ob Bundesgrenzschutz, Polizei oder Bundeswehr etc., sondern kompetent dafür sind die Jäger, die das, wenn es erledigt werden muss, vor Ort in ihren Revieren erledigen sollten und könnten, und nicht irgendwelche externen staatlichen Eingreiftruppen.

Aber mit der Überführung des Wolfes ins Jagdrecht auf Bundesebene ist zunächst noch nicht viel gewonnen; denn der Wolf behielte seinen Status als sogenannter Doppelrechtler. Er ist zwar im Schutzregime des Jagdrechts, aber gleichzeitig noch im Schutzregime des Artenschutzrechts § 44 f. BNatSchG als streng geschützte Art. Dann geht nach überwiegender Rechtsauffassung eigentlich der naturschutzrechtliche Schutzstatus vor, weil er der speziellere ist, es sei denn, man macht so etwas, wie in Sachsen geschehen: Man schafft einen § 3 Sächsisches Jagdgesetz, in dem man sehr explizite Regelung im Jagdrecht trifft, wie man mit streng geschützten Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, umzugehen hat. Dann können die Naturschutzrechtler nicht mehr sagen, wir haben das speziellere Schutzregime, sondern die Jagdrechtler können sagen, wir haben genauso ein dezidiertes und fein ziseliertes Schutzregime im Jagdrecht.

Meine Vorstellung ist, dass die Bundesregierung und der Bund – am besten über eine Bundesratsinitiative insbesondere durch die vom Wolf betroffenen Länder – aufgefordert werden, den Wolf ins Bundesjagdgesetz aufzunehmen. Das würde eine Änderung des Bundesjagdgesetzes erfordern. Das würde, für sich genommen, an der generellen Gefechtslage noch nicht viel ändern; aber wir hätten dann – jetzt kommt es auf die Praxis an – auch auf Bundesebene eine andere Zuständigkeit. Bisher ging alles, was mit dem Wolf zu tun hat – soweit es nicht den Herdenschutz betrifft; dabei haben die Agrarpolitiker noch etwas mizureden – nur über den Umweltausschuss bzw. durch das BMU, Bundesministerium für Umwelt. Dort wird dieses Thema extrem dilatorisch – verzögernd – behandelt, auch, was die Feststellung eines günstigen Erhaltungszustandes und Managementmaßnahmen betrifft, all das, was Prof. Köck zu Recht sagt: dass das geschehen muss, um auf wissenschaftlicher Grundlage Fakten zu haben, aus denen heraus man politische Entscheidungen ableiten kann. Das hätte längst geschehen müssen. Es müsste geschehen, nur, es wird dort blockiert.

Ich bin ganz sicher, dass sich die politische Kraft und der politische Wille im Bundeslandwirtschaftsministerium diesen drängenden – – Ich betone: Wir haben eine Populationsdynamik von 30 %. Wir haben nicht zehn, 15 Jahre Zeit, um dieses Thema weiter zu beobachten, sondern es muss jetzt gehandelt werden. Diese Botschaft ist im Bundeslandwirtschaftsministerium angekommen. Das wäre für dieses Ressort zuständig, wenn der Wolf auf Bundesebene ins Jagdrecht überführt würde. Deshalb: Wenn Sachsen in dieser Richtung auch seine eigenen Erfahrungen, aber auch ihre aktuelle Situation auf Bundesebene einbringen würde, dann würde das sehr helfen.

Vors. Sebastian Fischer: Jetzt der Abg. Wild, bitte.

Gunter Wild, fraktionslos: Auch von meiner Seite herzlichen Dank an die beiden Sachverständigen. Ich habe zwei Fragen an Herrn Thies. Herr Thies, sowohl im Bund – in der öffentlichen Anhörung am 18. April – als auch hier haben Sie von persönlichen Begegnungen mit dem Wolf berichtet. Unter anderem sagten Sie im Bund: Schließlich verursache es ungute Gefühle, in der Dunkelheit von Wolfsrudeln umzingelt zu sein.

Hierzu meine erste Frage: Sehen Sie vor allem in den Gebieten, in denen der Wolf bereits sehr stark vertreten ist, auch Gefahr für Leib und Leben von Menschen, besonders von Kindern oder älteren Personen, die sich in diesen Gebieten aufhalten? Würden Sie ihnen raten, diese Waldgebiete zu meiden?

Meine zweite Frage: Ihre Parteikollegin Frau Klöckner hat sich kürzlich dahin gehend geäußert, als es in Baden-Württemberg diesen Vorfall gab, dass Wölfe natürlich auch geschossen werden müssen. Wie stehen Sie grundsätzlich zu der Aussage? Inwieweit gibt es dazu bereits Abstimmungen in der CDU-Fraktion im Bund?

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Abg. Thies, bitte.

Hans-Jürgen Thies: Inwieweit von Wölfen eine akute und konkrete Gefahr für Menschen ausgeht, ist nur im Einzelfall zu beurteilen. Grundsätzlich ist der Wolf eher ein scheues Wesen, das, wenn es die Anwesenheit des Menschen wahrnimmt, ihm eher ausweicht oder sich verdrückt.

Aber: Wahr ist auch, was wahrgenommen wird. Ich habe in meinem Revier Wölfe. Nachts muss ich mit meiner Frau auf Wildschweinjagd gehen; das müssen wir im Moment intensiv. Um der ASP vorzubeugen, müssen wir eine deutliche Reduzierung der Schwarzwildpopulation hinbekommen. Dazu ist auch die Schwarzwildjagd bei Mondschein notwendig. Wenn Sie wissen, dass Sie ein standorttreues Rudel Wölfe im Revier haben – ob Sie sie sehen oder nicht –, dann ist es ein verdammt ungutes Gefühl, nachts bei fadem Mondlicht durch den Wald zu gehen, wenn Sie nicht wissen, ob vielleicht Wölfe in direkter unmittelbarer Nähe sind, die Sie vielleicht erst im letzten Augenblick wahrnehmen. Sie wissen dann nicht, wie die Wölfe reagieren, wenn man vielleicht plötzlich und unvorhergesehen – auch aus Sicht der Wölfe – mit ihnen in Kontakt kommt und ob es zu unberechenbaren Situationen kommt.

Wir hatten beispielsweise in Bannetze – das ist in meiner Heimat in der Lüneburger Heide – Situationen, da sind insbesondere Jungwölfe vormittags durchs Dorf marschiert, haben die Mülltonnen beschnuppert und sind am Kinderspielplatz vorbeigelaufen. Wir hatten in Rathenow in Brandenburg die Situation, als ein Wolf in die Vorstadtbereiche eingedrungen ist. Das schafft subjektiv große Unruhe und Unsicherheit in der Bevölkerung. Ob das im Einzelfall objektiv immer begründet ist, ist eine andere Frage. Aber wie gesagt: Wahr ist auch, was subjektiv wahrgenommen wird, und das muss man meines Erachtens durchaus ernst nehmen.

Gefährlich kann die Situation für Menschen werden, die mit ihren Hund in einem Wolfsgebiet spazieren gehen; denn Hunde werden von Wölfen häufig in ihrem Territorium als Eindringlinge betrachtet. Da kann es dann schon zu aggressiven Vorfällen des Wolfes gegenüber Hunden kommen. Es hat sogar schon einen Fall gegeben, wo ein Jagdhund von einem Wolf totgebissen worden ist.

Insofern würde ich nicht so weit gehen – um auch keine Panik in der Öffentlichkeit zu schüren –, Menschen aufzufordern, bestimmte Gebiete oder diese Waldgebiete, wo Wölfe vorkommen, zu meiden. Aber man sollte sich der Gefahren durchaus bewusst sein. Ich habe auch schon von Fällen gehört, wo Eltern nicht mehr damit einverstanden waren, dass ihre Kinder in Waldkindergärten zu Exkursionen usw. geschickt wurden, weil sie Angst hatten.

– Könnten Sie bitte Ihre zweite Frage noch einmal wiederholen?

Gunter Wild, fraktionslos: Ihre Parteikollegin Frau Klöckner hat kürzlich zu dem Vorfall in Baden-Württemberg geäußert, dass Wölfe natürlich auch geschossen werden müssen. Inwieweit stehen Sie zu der Aussage und wie weit sind dort bisher die Absprachen Ihrer Bundestagsfraktion?

Hans-Jürgen Thies: Wir diskutieren dieses Wolfsthema natürlich in der Arbeitsgruppe, die Ernährung, Landwirtschaft und Umweltschutz betrifft, sehr intensiv. Ich könnte Ihnen dazu die Position unserer CDU/CSU-Fraktion des Bundestages kundtun, die einen solchen Wolfsabschuss aus Gründen der Bestandskontrolle für richtig und notwendig erachtet. Aber wir sind eine Koalition, und da muss Einvernehmen hergestellt werden, und daran fehlt es bisher noch, jedenfalls mit Blick auf die Bundesregierung.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Damit sind diese Fragen beantwortet und wir können mit der Anhörung der Sachverständigen fortfahren. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Prof. Dr. Wolfgang Köck und Herr Abg. Thies, für Ihr Kommen und für Ihre Aussagen. Sie können gern so lange bleiben, wie Sie möchten; Sie können uns aber auch verlassen. Wir wünschen Ihnen gute Rückfahrt nach Berlin – vielen Dank.

Als Nächster erhält Herr Markus Bathen das Wort als Vertreter des NABU Bundesverbandes, hier Projektbüro Wolf; bitte schön.

Markus Bathen: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung und freue mich über die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen.

Ich stamme aus einer jagdlich geprägten Familie – wir haben eine Hochwildjagd im Sauerland. Ich habe mein Abitur an einer landwirtschaftlichen Anstalt, an der Georgsanstalt in der Lüneburger Heide, erlangt, habe Forstwirtschaft in Göttingen studiert und Naturschutz und Landschaftsplanung in Sachsen-Anhalt. Ich betreue den Privatwald der Familie meiner Frau im Lausitzer Bergland und habe schon 2002 auf einer der ersten Bürgerversammlungen bei Weißwasser teilgenommen, als es die ersten Übergriffe von Wölfen auf Schafe gab, und begleite seitdem die Rückkehr des Wolfes nach Mitteleuropa.

Ich lebe mit meiner Familie, unseren Tieren in Alleinlage an der Neiße. Erst vor zwei Monaten hat ein Wolf direkt vor meinem Gartenzaun seine Losung abgesetzt und damit kundgetan, dass er unser Grundstück grundsätzlich als Teil seines Territoriums ansieht; und dort lebe ich mit meiner Familie und meinen Kindern und ich kann zu einigen Äußerungen nur sagen: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Ich fand sehr gut, was Herr Köck gesagt hat, dass Wissen unsere Leitlinie sein soll; und wenn man Wissen über das Tier Wolf hat – und das haben meine Frau und ich –, dann haben wir auch weder Angst um unsere Kinder noch um unsere Tiere, die sozusagen im direkten Jagdgebiet der Wölfe leben.

Ich spreche also mit einem fachlichen Hintergrund und natürlich auch als persönlich Betroffener aus dem Wolfsgebiet zu Ihnen.

Wir debattieren wieder einmal über den Wolf und im Kern geht es eigentlich um die Frage: Ab wann dürfen wir ihn töten? Das ist das, worüber wir am längsten, seit es die Diskussion um die Rückkehr des Wolfes in Deutschland gibt, immer wieder aneinandergeraten oder miteinander ins Einvernehmen zu gehen versuchen. Wir haben über den Wolf den strengen Schutzstatus, also den höchsten Schutzstatus, den es für ein Tier in Deutschland geben kann. Im gleichen Gesetz gibt es auch die Ausnahmeklausel, die ein völlig klares, legales Töten dieser Tiere grundsätzlich ermöglicht.

Das Jagdgesetz ist in dieser Frage irrelevant. Es gibt derzeit keine Konstellation, dass es dem Freistaat möglich wäre, eine jagdliche Bewirtschaftung des Wolfes umzusetzen. Wir sprechen also vom Töten als Managementmaßnahme im Rahmen des Bundesnaturschutzgesetzes, die dort geregelt sind, und das hat erst einmal nichts mit Jagd zu tun.

Der § 45 BNatSchG sieht fünf Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen zum Töten von Tieren vor. Diese betreffen alle Arten, die im Naturschutzgesetz aufgeführt sind. Auf den Wolf muss man das etwas einengen. Man kommt bei drei Anwendungsmöglichkeiten der Ausnahme an. Das ist einmal der wirtschaftliche Schaden, das sind Fälle von Hybriden – das ist der zweite Absatz – und der Schutz der Gesundheit des Menschen.

Die Hybridisierung kann man sehr kurz ankratzen; denn die Verpaarung – oder letztlich das Produkt, die Nachkommen aus einer Verpaarung zwischen Hunden und Wölfen – ist bei den Wölfen eine extreme Ausnahmesituation in Ermangelung rein wölfischer Paarungspartner. Das ist in der gegenwärtigen Situation in Sachsen gerade schwer denkbar, da wir eine ganze Menge Rudel haben, aus denen die Tiere untereinander einen Partner finden können. Überdies hatten wir 2004, also in den ersten Jahren, einen Fall in Sachsen, der sehr konsequent und erfolgreich geregelt wurde. Nach der Managementmaßnahme, Teile der Tiere zu entnehmen, ist nie wieder eines dieser Tiere genetisch nachgewiesen worden. Dieses Vorgehen – wir haben einen extremen Ausnahmefall, einen seltenen Fall –, das schon in Sachsen dazu praktiziert wurde, ist eine sehr gute Vorlage, um daraus eine Formulierung für eine Verordnung zu machen.

Bei der Gesundheit des Menschen kommen wir in einen Bereich, wo der oft zitierte Begriff des Vergrämens aufplopt. Ich möchte dazu das Kompetenzzentrum Wolf des Bundes zitieren – es ist ja schließlich auch eine heimische Institution in Sachsen mit Sitz im Landkreis Görlitz –: „Vergrämen ist eine Methode, um negative Konditionierung zu erreichen. Negative Konditionierung bezeichnet eine Verknüpfung bestimmter Situationen mit negativen Reizen wie Schmerzen oder Gefahr, Angst, Stresssituationen. Mit negativer Konditionierung kann bei Tieren versucht werden, einer starken Habituation entgegenzuwirken – beispielsweise ein Wolf sucht Menschen auf, weil er von Menschen gefüttert wurde –, indem beispielsweise die Anwesenheit von Menschen mit negativen Reizen verknüpft wird. Die negative Konditionierung wird zum Beispiel durch Vergrämen erreicht. Darunter kann man das Beschießen mit Gummikugeln, Knallkörpern, Leuchtraketen verstehen.“

Einmaliges Vertreiben, wenn man einem Wolf zum Beispiel auf der Weide begegnet und ihn von seinen Tieren verscheucht, stellt keine negative Konditionierung dar, da in der Regel nur ein Ortswechsel des Tieres, aber keine grundsätzliche Verknüpfung eines unerwünschten Verhaltens mit dem negativen Reiz erreicht wird. Für eine erfolgreiche negative Konditionierung muss ein Individuum in einer klar erkennbaren Situation wiederholt Strafreizen ausgesetzt werden. Damit das Individuum in Zukunft diese Situationen meidet, muss es erkennen können, wofür es bestraft wurde. Gleichzeitig muss vermieden werden, dass das Individuum an anderer Stelle in der gleichen Situation nicht bestraft wird. Letztlich führt das im besten Fall zur Meidung bestimmter Örtlichkeiten, aber nicht zu einer grundsätzlichen Verhaltensänderung.“

Vergrämen ist also eine komplexe, detailliert zu planende und durchzuführende Maßnahmenkette. Etwa 90 % des Aufwandes fließen in die Auswertung von Monitoringdaten auffälliger Wölfe, der Suche und der Entfernung von Ursachen der Verhaltensveränderung und führten letztlich auch schon zum Erfolg einer endenden Habituation.

Eine Wolfsverordnung kann daher in diesem Punkt nicht ohne qualifizierte Fachleute vor Ort auskommen. Sachsen weiß das und hat schon jetzt hauptamtliche Fachkräfte, die unter anderem draußen vor Ort zum Einsatz kommen können.

Die Verordnung ist also eine grobe Matrix. Wölfe sind lernfähig mit individuellem Charakter: Es gibt den Neugierigen, es gibt ein scheues Tier in der Gruppe. In der Lüneburger Heide wurde ein auffälliges Tier geschossen. Nach der jetzigen Interpretation des Zustandes waren dieses Tier, MT6, und seine Geschwister als Welpen vermutlich über einen langen Zeitraum auf einem Truppenübungsplatz einer ständigen Futtergabe von Soldaten ausgesetzt. Ein Tier hat ein dreistes Verhalten entwickelt – nicht alle. Die anderen nicht. Diese Tiere sind individuell. Also genügt eine Matrix auch nicht, sie eins zu eins auf jedes Tier anzuwenden, sondern eine Matrix ist eine Arbeitsrichtlinie, eine Entscheidungshilfe für Experten, die sich dann draußen vor Ort das Verhalten der Tiere ansehen müssen, die Einschätzung der Situation vornehmen, die Ursachen erkennen, warum Wölfe das Verhalten verändern, wie das Verhalten der Tiere ist, und die Durchführung sowie das Vergrämen im weitesten und engen Sinne vollziehen, dabei wieder die Reaktion der Tiere einschätzen und letztlich auch im Falle eines Falles die Tötung erledigen.

Ich denke, an dieser Stelle wird auch deutlich, dass nur ein geringer Anteil dieser Qualifikationen durch eine jagdliche Ausbildung vorhanden ist. Es sind weitere hoch spezialisierte biologische und veterinärmedizinische Anforderungen zu erfüllen. Aber es ist letztlich auch keine Frage, dass man draußen irgendwie einen Supermann hinsetzt, der sich dann um einen auffälligen Wolf kümmert. Wir sprechen von einem Team. Wir brauchen keinen Supermann, sondern ein W-Team: einen Wolfsteamplaner, Ortskundige, einen Wissenschaftler, einen Praktiker, einen Schützen und einen Schützer.

Zum Punkt „Wirtschaftliche Schäden“: Sachsens Wolfsmanagement hat ein Herdenschutzsystem aus Prävention und Kompensation von Schäden an Nutztieren durch Wölfe. Es ist ein bewährtes, praxistaugliches Prinzip und steht im Einklang mit gleicher Vorgehensweise in anderen Bundesländern, anderen Mitgliedsstaaten der EU und außerhalb der EU. Nirgendwo wird die Frage des Herdenschutzes, des Schutzes

von Nutztieren anders geregelt als wir das hier in Sachsen tun – lokale Nuancen ausgenommen.

Eine Verordnung über das Töten von Wölfen, die wirtschaftlichen Schaden verursachen sollten, ersetzt also keinen Herdenschutz und ersetzt auch nicht das Herdenschutzprinzip, das Konstrukt, das Sachsen im jetzigen Wolfsmanagement schon aufgebaut hat, sondern es beginnt dann, wenn die Herdenschutzprävention ausgereizt und zum Ende gekommen ist.

Es taucht beim Herdenschutz auch gern der Begriff Vergrämung auf, der in diesem Themenkomplex hingegen fachlich falsch ist. Das Töten von Nutztieren kann einem Wolf nicht mittels Vergrämung abgewöhnt werden. Dafür müsste ein Wolf das Töten von Nutztieren generell mit negativer Erfahrung verknüpfen. Das macht er zum Beispiel, wenn er an einen Stromzaun oder an einen Herdenschutzhund gerät, er also bei jedem Versuch, ein Nutztier zu töten, bestraft wird und diesen negativen Reiz nicht mit der Anwesenheit von Menschen, Bewachern oder Jägern, sondern mit dem Akt des Tötens von Nutztieren verbindet. Das ist logistisch nicht realisierbar. Es ist jedoch möglich, durch die geeigneten bekannten Schutzmaßnahmen wie empfohlene Elektrozäune, gegebenenfalls in Kombination mit Hunden, Nutztiere zu schützen und Wölfe davon abzuhalten, Nutztiere zu töten.

Zunächst muss man also den Herdenschutz komplett durchlaufen, bevor man in den Bereich kommt, abzuwägen, ob ein Wolf wegen wirtschaftlicher Schäden getötet werden kann. Das heißt, erst einmal muss gegeben sein, dass ein flächendeckender Mindestschutz besteht, –

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Markus Bathen: Ja.

– also, dass es keine ungeschützten Schafe und Ziegen oder Gatter in diesem Bereich gibt. Der erweiterte Herdenschutz wäre die nächste Stufe: Zaunerhöhung auf 120 Zentimeter, Breitbandlitze. Das finden Sie alles im Managementplan. Dann kann als Letztes noch der Einsatz mobiler Herdenschutzhundeteams erfolgen. Ist diese Kaskade abgearbeitet, kann man sich der Frage stellen, ob man diesen Wolf töten muss. Die Vergrämung findet dann nicht statt. – Damit möchte ich es gern belassen.

Danke schön.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Herr Bathen. Als Nächster erhält das Wort Herr Christian Berndt. – Sie kommen vom Jagdverband Niederschlesische Oberlausitz und sind Mitglied in der AG Wolf des Landesjagdverbandes Sachsen. – Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Christian Berndt: Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit, die Jägerschaft hier einmal zu Wort kommen zu lassen. Ich bin seit 1970 Jäger – wenn ich einmal an Herrn Bathen anknüpfen darf. Schon mit meinem Großvater ging ich zur Jagd. Vielleicht noch als Vorbemerkung: In der DDR-Zeit wurden auf Anweisung des Staatlichen Forstbetriebes immer die Wölfe geschossen, die über die Neiße kamen – jetzt ist es anders.

Seit dem Erscheinen des ersten Wolfes im Jahr 1996 im Teichgebiet Niederspree, nahe der Neiße, nachgewiesen durch den Hauptförster Siegfried Bruchholz, war ich mit dieser Wildart in Berührung. Als Vorsitzender des Jagdverbandes Niederschlesische Oberlausitz, den ich 26 Jahre lang geführt habe, haben die vielfältigsten Begegnungen, Zusammenkünfte und Diskussionen zum Thema Wolf stattgefunden. Plötzlich waren Wolfsexperten aus westlichen Bundesländern die Berater und Organisatoren der publikumswirksamen Foren in unserem Landkreis. Gespräche mit Präsidenten der Jagdverbände, des Deutschen Jagdverbandes und Ministern, Staatssekretären und vielen, vielen Interessierten zeugten vom positiven und kritischen Interesse.

Die Jägerschaft warnte bereits in den Jahren danach vor einer ungezügelten Verbreitung und Einflussnahme des Wolfes auf die Natur und die Landwirtschaft. Mit dem Reproduktionsnachweis im Jahre 2000 in der Muskauer Heide entstand eine Euphorie ihresgleichen.

Das Büro LUPUS und das Kontaktbüro „Wölfe in Sachsen“ in Rietschen entstanden, um wissenschaftliche Untersuchungen zu betreiben und Informationen an die Bevölkerung zu geben – immer unter dem Aspekt „Willkommen Wolf“. So entstand der imaginäre Heiligenschein und dauert fort um fort.

Gleichzeitig entstanden die bekannten Probleme bei der Bevölkerung, den Nutztierhaltern und der Jägerschaft.

Der erste Wolfsmanagementplan Sachsen von 2009 war beispielgebend für Deutschland und in den folgenden Plänen 2013 und 2015 wurden geringfügige Aktualisierungen vorgenommen.

Meinen Forderungen an das SMUL auf zwei Landesjägertagen Sachsens zur weiteren Aktualisierung wurde nicht Rechnung getragen.

Durch die Landesregierung Sachsen und das Präsidium des Landesjagdverbandes Sachsens wurde der Wolf bekanntlich in das sächsische Jagdgesetz aufgenommen. Diese Forderung steht jetzt auch durch den DJV für Deutschland auf der Tagesordnung.

Nach dem international verbindlichen Völkerrechtsvertrag von Rio 1992 ist der Wolf (*Canis lupus lupus*) in der Tat eine geschützte heimische Tierart. Andere in Deutschland lebende Wölfe, das heißt Hybridwölfe, sind nach dem Rio-Vertrag sogenannte invasive Neozoen, die der Natur sofort entnommen werden müssen, um einer nicht gewollten Hybridisierung, wie sie seit 2008 in der Lausitz bekannt ist, effektiv entgegenzuwirken. Wir müssen den *Canis lupus lupus* reinrassig schützen und erhalten.

Im Vergleich dazu haben wir weitere invasive Neozoen, wie Marderhund, Waschbär und Mink, die durch die Jagd im Hegeauftrag intensiv bejagt werden sollen. Warum nicht analog mit dieser invasiven Art mit körperlichem Nachweis? Das ist mein Vorschlag.

Nach letztem offiziellen Stand des Bundesamtes für Naturschutz wurden 2016/17 in Deutschland 60 Wolfsrudel, 13 Paare und 3 Einzeltiere nachgewiesen. Der kontinuierliche Zuwachs von 30 % zeigt sich in den Ergebnissen von 200 Welpen im Jahre 2016.

Die immer wieder empfohlene Habitatanalyse vom BfN mit 440 Rudeln je 220 Quadratkilometer ist total veraltet. Als Beispiel wurden verschiedene Gebiete genannt, unter anderem auch – sehr lachhaft – die Insel Amrum. Wie er dort hinkommen soll, ist für mich fraglich.

Die seit fünf Jahren bestehende Arbeitsgruppe Wolf der acht ostsächsischen Jagdverbände im Landesjagdverband Sachsen hat 15 Verbreitungsgebiete für Wölfe unter Berücksichtigung des Schutzes anderer gefährdeter Wildarten und der Wahrung der Interessen der Landbevölkerung innerhalb Deutschlands ermittelt.

Weiterhin hat unsere Arbeitsgruppe in den Beiträgen zur Jagd- und Wildforschung, Band 41 (2016), eine wissenschaftliche Veröffentlichung zum Thema Erkenntnisse ostsächsischer Jäger zur Rückkehr der Wölfe unter besonderer Beachtung ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen sowie der zunehmenden Anforderungen an ein belastbareres Monitoring gebracht.

Eine sachliche Einschätzung der genauen Wolfszahlen durch das BfN ist sehr fragwürdig mit 160 Wölfen; das Senckenberg-Institut sagte gerade 700 Wölfe. Dabei wird die Betrachtung der zentraleuropäischen Population als eurasische Metapopulation außen vor gelassen. Wir werden also amtlich falsch informiert.

Hinzu kommt eine nach Prof. M. Stubbe zitierte Schattenquote von etwa 54 %, welche man bei allen wildbiologischen Zählungen – wie es beim Schalenwild üblich ist – ermittelt. Summiert wird von einer Anzahl von fast tausend Wölfen ausgegangen.

Laut LCIE (Large Carnivore Initiative for Europe) ist eine genetische, vitale Population der ZEP mit 200 Wölfen für Deutschland tragbar. Sind es echte Wölfe der eurasischen Metapopulation, ist der Erhaltungszustand des Wolfes für die gesamte Population und nicht nur für Vorkommen innerhalb politisch abgegrenzter Gebiete oder biogeografischer Regionen geltend.

Verantwortungsvolles Wildtiermanagement verlangt eine gleichrangige Berücksichtigung der in einem Lebensraum vorkommenden Wildtierarten. Die Eingrenzung zum Beispiel des Rotwildes auf behördlich ausgewiesenen Bewirtschaftungsgebieten in einigen Bundesländern ist mit der Forderung nach der flächendeckenden Ausbreitung des Wolfes nicht vereinbar. In das Wildtiermanagement müssen die praktischen Erfahrungen der Jägerschaft einbezogen werden. Ihre Erkenntnisse aus der Praxis sind für die wissenschaftliche Betrachtung unverzichtbar.

In Bezug auf die Wolfspopulation ist eine klare und nachvollziehbare Aussage über die maximale Anzahl der in den verschiedenen Lebensräumen vorkommenden Tiere zu treffen. Es ist die ökologische Tragfähigkeit zu berücksichtigen, auch, um Krankheiten – wie die bereits auftretende Räude – vorzubeugen. Hierbei ist zu bemerken: Je höher die Populationsdichte, desto höher ist die Übertragungsrate durch inner- oder zwischenartliche Kontakte. Die falsche Anwendung des Auslesegedankens ist ein Zeichen von Ignoranz im biologisch-medizinischen Bereich.

Wir Jäger übernehmen die Verantwortung mit der Einbindung bei der Bewertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ergebnisse, wie sich der Wolf und das Beutetier in der Kulturlandschaft entwickeln.

Welche Schutz- und Hegemaßnahmen sind bei drohendem und/oder erkennbarem Artenschutz – beispielsweise beim Schalenwild – zu tätigen? Das Muffelwild ist in Deutschland seit Langem eine heimische Art, das weltweit größte Vorkommen in Mitteleuropa. In der Muskauer Heide und den Königshainer Bergen, also in Sachsen, wurden die Vorkommen durch den Wolf ausgelöscht. In der Göhrde in Niedersachsen steht es kurz davor. Im Bereich der Hohen Dubrau – ebenfalls in Sachsen – ist der Eingriff beim Damwild deutlich spürbar, und im Jagdgebiet Niederspree gab es vor Jahren zum Beispiel auf 700 Hektar noch hundert Rehe, jetzt sind es nur noch zehn. Nur die Forstwirtschaft freut sich über diese Regulierung der Schalenwildbestände nach rein ökonomischen Gesichtspunkten, ohne über eine nachhaltige Bestandssicherung nachzudenken.

Das Verhalten des Schalenwildes hat sich massiv verändert. Es wird aus den Wäldern vertrieben, auf den Feldflächen in den großen Mais- und Rapsflächen vertraut, und die Jagdausübungsberechtigten müssen für die Wildschäden zahlen, ohne eine durchgreifende wirksame, von der Landwirtschaft unterstützte Möglichkeit zur Verhütung zu haben. Die Jäger als Wildtierbeauftragte und „erfahrene Personen“ bringen sich auf vertraglicher Basis aktiv in das solide, nationale und grenzüberschreitende Monitoring ein, sind bereit, den Erhaltungszustand des Wolfes jährlich und im sechsjährigen Berichtszeitraum mit einzuschätzen.

Der Wolf wird sich in einer Zivilisationsgesellschaft grundsätzlich nicht selbst regulieren, das heißt, er wird auch in Deutschland in absehbarer Zeit reguliert werden müssen. So können unter anderem die Regelungen zur Schutzjagd in Schweden, nach denen der Wolf ebenfalls im ganzen Land im Anhang IV FFH-Richtlinie eingestuft ist, beispielgebend für Deutschland sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Weidmanns heil!

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Als Nächster war Herr Dr. Brüggen gemeldet. Er ist erkrankt. Seine schriftliche Stellungnahme wird an das Protokoll angefügt, ebenso wie alles, was hier gesagt und uns zugesandt worden ist.

Als Nächster erhält Herr Prof. Dr. Sven Herzog das Wort. Er kommt von der Technischen Universität Dresden, Fachrichtung Forstwissenschaften, dort vom Institut für Waldbau und Forstschutz. Er hat die Dozentur für Wildökologie und Jagdwirtschaft inne. Herr Prof. Dr. Herzog, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Sven Herzog: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich will versuchen, mich an der Position des Antrages etwas anzulehnen.

Zunächst zum Antrag „Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement“. Ich denke, dass ein länder- und staatenübergreifendes Wolfsmanagement, wie es dort angesprochen ist, aus fachlicher Sicht eigentlich gar nicht erforderlich, gegebenenfalls sogar kontraproduktiv ist. Solche Ansätze etwas nach oben zu delegieren verursacht meist hohe Kosten und Bürokratie. Diese Mittel wären vermutlich lokal besser investiert, zumal die Ausbreitung des Wolfs im Moment so fortschreitet, dass wir in Sachsen, in Brandenburg und zum Teil in Sachsen-Anhalt Landschaften haben, in denen der Wolf in seinem Ausbreitungsverhalten sehr weit gekommen ist. Dort können wir in absehbarer Zeit ein flächendeckendes Vorkommen erwarten.

Wir haben Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg, in denen zum Beispiel gerade der Schutz im Vordergrund steht. In Nordrhein-Westfalen könnten eines Tages ganz andere Situationen mit ganz anderen Herausforderungen auftreten. Von daher ist es klüger, Wolfsmanagement nicht Top down, sondern Bottom up, also wirklich aus den Regionen heraus zu betreiben. Gerade Sachsen hat eine sehr lange Erfahrung und eine Situation, in der vermutlich irgendwann einmal ein proaktiveres Handeln erforderlich werden wird, als es bislang der Fall war.

Die biogeografischen Regionen wurden mehrfach angesprochen. Zu bemerken ist, dass für ein großes mobiles Säugetier wie den Wolf biogeografische Regionen Deutschlands – davon gibt es zwei in Deutschland – aus biologisch-ökologischer Sicht eigentlich keine Rolle spielen. Für die Ausbreitung des Wolfes sind letztendlich andere Parameter verantwortlich. Er folgt offenbar den Urstromtälern. Die Frage ist, ob die Nahrungsbasis von Huftieren bei der Ansiedlung eine Rolle spielt. Diese Dinge sind dabei relevant. Die biogeografischen Regionen sind etwas sehr Statisches, das vor allem auch für Insekten oder Kriechtierarten spannend ist. Für die großen mobilen Tiere ist es eigentlich eher irrelevant.

Diesbezüglich von anderen Ländern zu lernen ist sehr wichtig. Wir müssen dabei allerdings deutlich über die deutschen Grenzen hinausblicken. Beispielsweise zur Biologie des Wolfes gibt es extrem viel Kompetenz in Polen. Hinsichtlich des Managements können wir in die baltischen Länder, nach Schweden oder Finnland, oder in die Schweiz schauen. Auch dort gibt es überall Ansätze, aus denen wir lernen können, die wir vielleicht auch in modifizierter Form in Sachsen irgendwann einmal übernehmen können.

Im Moment haben wir kein wirkliches aktives Management in dem Sinne, wie man es sich vielleicht vorstellen mag. Wir haben eher ein beobachtendes Zuwarten. Wir schauen, welche Lebensräume der Wolf besiedelt. Wir begleiten ihn dabei und freuen uns sozusagen, dass er sich vermehrt. Die damit entstehenden Konflikte versuchen wir im Moment, durch Kompensationszahlungen etwas zu kaschieren. Aber das Management ist es noch nicht, das steht uns noch bevor.

Es wurde bereits öfters zur Frage des Erhaltungszustandes diskutiert. Dazu ist zu sagen, dass wir uns zunächst über die Frage der Population klar werden müssen. Dazu brauchen wir keine neue Forschung. Zur Population ist in der wissenschaftlichen Literatur eigentlich beschrieben, ob es eine Metapopulation ist. Im Moment wird – bewusst oder unbewusst, das weiß ich nicht – dieser Populationsbegriff sehr missverständlich in der Verwaltung und in der Politik angesetzt. Beispielsweise ist der Begriff der sogenannten mitteleuropäischen Flachlandpopulation ein Phantom, das irgendwann Mitte der 2000er-Jahre entstanden ist und seitdem herumgeistert. Diese Population gibt es aber in biologischer Hinsicht nicht. Das können Ihnen sämtliche Kollegen – beispielsweise aus Polen oder anderen Ländern, die sich mit dem Wolf beschäftigt haben – bestätigen.

Wir haben eine Metapopulation, die sich vom Ural bis nach Schleswig-Holstein erstreckt. Sachsen bzw. Deutschland ist der westlichste Teil einer osteuropäisch-baltischen Population. Daher braucht es keine Neueinordnung der Begrifflichkeiten, sondern nur eine Korrektur von Falschinterpretationen, die es bislang gab. – Diesen Begriff übrigens nur als Nebenbemerkung. Selbst mein Freund und Kollege John

Denell, der die Leitlinien im Auftrag für die Europäische Kommission geschrieben hat, hat sehr klar und dezidiert gesagt, dass das, was man als Population bezeichnet, definitiv eine Subpopulation, also eine Teilpopulation, ist. Das hat er in einer Nebenbemerkung geäußert. Damit ist klar gesagt: Wir reden von einer großen Population, und in Zukunft müssen wir uns einigen, wie wir damit umgehen.

Wir sollten uns bei der Frage des Erhaltungszustands nicht „beckmesserisch“ über Zahlen unterhalten, ob es nun fünf oder 15 Wölfe mehr oder weniger gibt, oder ob 150, 250 oder 500 Wölfe erforderlich sind. Das sind, wie bereits gesagt, alles Krücken, mit denen wir arbeiten, weil wir vieles an der Dynamik noch nicht verstehen. Beim Wolf haben wir allerdings die Chance, uns auf die Richtlinie EWG 9243 hinsichtlich der Definition des günstigen Erhaltungszustandes berufen zu können.

Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen als Herr Köck und würde sagen: Auch der erste Teilpunkt, die Populationsdynamik der Art, lässt uns sehr gut sehen, dass die Art ein lebensfähiges Element natürlichen Lebensraumes darstellt; denn sie vermehrt sich im Moment sichtbar. Der Bestand wächst jedes Jahr signifikant. Das ist ein sehr gutes Zeichen für die Art- und die Populationsentwicklung, sodass wir sehr gelassen sagen können: Diese drei Kriterien sind in Deutschland erfüllt.

Ein weiterer Punkt des Antrags betrifft die rechtssichere Wahrnehmung der Pflichten aus der Tierschutznutztierhalterverordnung. Das halte ich für ein grundlegendes Problem für alle Weidetierhalter. Es muss dringend und vor allem ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand gelöst werden.

Zur viel diskutierten Entnahme von Wölfen wurde schon oft etwas gesagt. Die Entnahme als Einzelentnahme ist jederzeit problemlos möglich, wenn sie politisch gewollt und fachlich gerechtfertigt ist. Sie ist aber – dort sehen wir das Problem – ökologisch und biologisch eigentlich nicht zielführend. Ich bin der Meinung, es gibt eigentlich keine oder nur sehr selten Problemwölfe. Ein Problemwolf ist ein Wolf, der als gesundes und relativ kluges Tier gelernt hat, wie er sich relativ einfach Nahrung besorgen kann.

Anders gesagt: Jeder gesunde Wolf hat das Zeug zum Problemwolf. Auch das konsequente Entfernen von Problemwölfen wird nicht dazu führen, dass es letztendlich weniger davon gibt; denn wir hoffen ja, dass die Population wirklich gesund und anpassungsfähig bleibt. Es werden immer wieder Tiere dieses Verhalten lernen; zu diesem Thema Habituation ist schon etwas gesagt worden.

Wichtig ist es, flächendeckend beim Wolf die Scheu vor dem Menschen zu erhalten. Dazu gibt es verschiedene Instrumente. Vergrämung wurde genannt. Auch durch Präsenz des Menschen kann durchaus eine Vergrämung stattfinden. Es gibt eine Vielzahl von Wegen. In Europa werden sehr unterschiedliche Wege beschritten. Welchen man wählt, ist eine politische Entscheidung; die wird in naher Zukunft auch sicherlich in Sachsen getroffen werden müssen, weil gerade hier der Bestand am wichtigsten ist – weltweit eine der wichtigsten Teilpopulationen – und damit wird hier demnächst Handlungsbedarf sein.

Den bundeseinheitlichen Ansatz mit bundeseinheitlichen Standards halte ich für problematisch, weil die Ländersituationen im Moment noch sehr unterschiedlich sind und wir eigentlich eher Bottom-up agieren sollten.

Die Frage der Konzentration auf Schutzzonen wird im Antrag angesprochen. Ich persönlich halte die Schutzzonen für fraglich. Ich halte es für viel wichtiger, dass wir es schaffen, mit einem bodenständigen, gelassenen und fachlich angemessenen Umgang mit dieser Wildtierart zu erreichen, dass der Wolf irgendwann einmal als ganz normales Wildtier, das er ist, behandelt wird. Es gibt viel gefährdetere Arten in Deutschland, über die wir nicht in dieser Konstellation zusammensitzen. Das zeigt eigentlich, wo das Problem liegt: dass auch bei vielen anderen Tierarten Handlungsbedarf wäre. Die sind aber nicht so gut zu vermarkten wie der Wolf. Wir müssen auch sehen, dass es ganz gewaltige andere Interessen gibt, die nicht primär dem Schutz des Wolfes dienen, sondern den Eigeninteressen. Das müssen wir trennen. Hier müssen wir ganz klar lernen: Der Wolf ist ein Wildtier, mit dem wir angemessen umgehen müssen. Wenn wir das in der Fläche schaffen, dann brauchen wir auch keine Wolfsausschlussgebiete, Schutzzonen oder Ähnliches.

Sollten wir das nicht schaffen und sollten sich die politischen Fronten und die Lobbyfronten verhärten, dann kann so etwas natürlich eine Kompromisslösung sein – wir kennen das alle vom Rothirsch; auch der hat solche Gebiete, in denen er geduldet wird, und andere Gebiete, wo er nicht geduldet wird. Biologisch und ökologisch gesehen finden wir das im Grunde als grundfalsch und als keine gute Lösung, sodass eine solche Lösung mit Schutzzonen und wolfsfreien Zonen meines Erachtens ein Zeichen des Versagens der Politik wäre.

Die Unterstützung der Weidetierhalter ist ganz dringend erforderlich. Wir haben eine professionelle Gruppe, die für unsere Gesellschaft sehr wichtig ist. Das Überleben der Weidewirtschaft hat enorme Bedeutung – nicht nur für die Landwirtschaft selbst, sondern vor allem auch für den Naturschutz. Hier müssen wir aufpassen, dass nicht innerhalb des Arten- oder Naturschutzes der falsch verstandene Artenschutz auf der einen Seite gegen einen sehr umfangreichen Naturschutz im Offenland mit Beweidung ausgespielt wird. Wir müssen wirklich versuchen, gute Kompromisse zu finden.

Bei der Frage Kommunikation und Umweltbildungsprojekte bin ich immer etwas skeptisch. Es gibt sehr viele solcher Projekte, wo wir etwas kommunizieren wollen. Evaluieren werden diese Projekte immer nur sehr selten. Ich denke, mittlerweile weiß jeder, dass der Mensch nicht das Rotkäppchen gefressen hat und schon gar nicht die Großmutter dazu. Wir sollten uns mehr darauf beschränken, Kommunikation wirklich dort anzubringen, wo sie fachlich notwendig ist, also bei den professionellen Gruppen, dort auch Training und Ausbildung zu leisten und durchaus solche Mittel zu allokalieren und unter Umständen die Unterstützung der Weidetierhalter oder auch der Forschung mit diesen Mitteln zu finanzieren, also eher weniger Kommunikation, Umweltbildung, dafür aber hochwertigere und auf die relevanten Zielgruppen gerichtet. So viel zu diesem Antrag des deutschlandweit abgestimmten Wolfsmanagements.

Noch einige Punkte zum Antrag „Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln – Wolfsverordnung erlassen“. Es ist sicher extrem bedeutsam, dass eine rechtssichere Regelung für den Umgang mit dem Wolf in Sachsen geschaffen wird. Die Vielfalt und das Gestrüpp der Vorschriften in Sachsen konterkariert dieses Handeln mittlerweile. Wir sollten dabei allerdings nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir sollten den Wolf nicht überregulieren, wir sollten im Moment nicht mehr Law and order machen, sondern versuchen, die Vorschriften einerseits konsequent zu verschlanken und andererseits dort klare Aussagen hineinzuarbeiten, wo es um das Wohl der Tierart Wolf

auf der einen Seite und das Wohl der betroffenen Menschen und der Haustiere auf der anderen Seite geht.

Wir haben in Sachsen ein Grundproblem mit einem Konstrukt; das ist schon erwähnt worden. Die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht hat im Grunde zu einer Mehrfachunterstellung geführt. Wir haben massive Einvernehmensregelungen.

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Prof. Dr. Sven Herzog Damit haben wir das große Problem, dass im Grunde keine Seite wirklich allein zuständig und verantwortlich ist. Es wird immer das Handeln ausgebremst. Eine fachliche Überarbeitung wäre erforderlich. Gleiches gilt für die Managementpläne. Wir sollten uns in Zukunft klar dafür entscheiden, ob wir den Wolf definitiv dem Jagdrecht oder dem Naturschutzrecht unterstellen. Dem Wolf ist es wohl gleichgültig. Beide Rechtskreise können durchaus Managementinstrumente liefern, die angemessen sind. Wir sollten hier aber nicht versuchen, es jedem recht zu machen und alles gleichzeitig zu erreichen.

Danke schön.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Herr Prof. Herzog. Als Nächste erhält das Wort Frau Anne Jarausch. Sie kommen von der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung und sind Doktorandin zum Thema „Ausbreitungsmuster und genetische Struktur in der deutschen Wolfspopulation“. Die PowerPoint-Präsentation, die Sie jetzt halten werden, liegt auch den Damen und Herren Abgeordneten auf dem Tisch vor. – Sie haben das Wort.

(Die Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Anne Jarausch: Vielen Dank für die kurze Vorstellung meiner Person. Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich komme vom Senckenberg Forschungsinstitut Frankfurt, Außenstelle Gelnhausen. Der Grundstein für das Naturkundemuseum Frankfurt wurde vor über 200 Jahren gelegt, und als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft ist Senckenberg zur Einhaltung hoher wissenschaftlicher Standards verpflichtet.

(Folie: Expertise bei Senckenberg)

Seit 2010 sind wir Nationales Präferenzzenzentrum für genetische Untersuchungen bei Wolf und Luchs. Seitdem haben wir über 7 000 Proben mit Wolfsverdacht untersucht. Im Allgemeinen untersuchen wir nur Proben im Auftrag der Länder, das heißt zum Beispiel: nicht für Privatpersonen.

Wir besitzen die Expertise für die Analyse verschiedenster Probenarten, also im Prinzip alles, was DNA enthält. Im letzten Monitoringjahr, 2016/2017, waren unter den 1 547 bearbeiteten Wolfsverdachtsproben überwiegend Speichelreste, die an Rissen genommen wurden, sowie Kotproben. Zudem haben wir über die Jahre eine recht große Datenbank mit Referenzproben benachbarter Populationen aufgebaut, zum Beispiel aus der baltischen Population, der Alpenpopulation oder der Karpatenpopulation.

(Folie: Warum Wolfsgenetik?)

Die Fragestellungen der Wolfsgenetik sind relativ vielfältig. Wenn wir eine Probe bekommen, können wir die Artzugehörigkeit bestimmen und auf mögliche Hybridisierungen aus Wolf und Haushund testen.

(Folie: Methoden)

Wir können verschiedene Individuen identifizieren, zum Beispiel auch Wölfe, die wiederholt Nutztiere reißen. Wenn wir mehrere Wölfe in einem Gebiet genetisch nachweisen konnten, können wir Rudel rekonstruieren und diese von anderen Rudeln abgrenzen. Wenn Jungtiere abwandern auf der Suche nach Territorien bzw. Paarungspartnern und genetische Spuren hinterlassen, können wir die Wanderbewegungen nachvollziehen und Aussagen zur Herkunft treffen. Die genetischen Daten erlauben uns ebenfalls, Aussagen zur Inzucht zu machen, zur genetischen Diversität und zur Populationsabgrenzung. Ein bundesweites Referenzzentrum zur zentralen Generierung genetischer Daten ist somit sehr wichtig für ein wissenschaftlich fundiertes Wolfsmonitoring.

(Folie: Verwandtschaftsanalysen – Stammbaum)

Im Folgenden möchte ich gern etwas näher auf das Thema Hybridisierung mit Haushunden eingehen. Dazu möchte ich zunächst kurz die von uns verwendeten Methoden erklären. Für ein bundesweites genetisches Wolfsmonitoring sind die Mikrosatellitenuntersuchungen von zentraler Bedeutung. Die 13 Mikrosatelliten und zwei Geschlechtmarker ergeben ein individuell einzigartiges genetisches Profil, also einen Fingerabdruck, der Rückschlüsse auf Individuenzahlen, Verwandtschaften und Vorkommen von Hybriden der ersten Generation erlaubt.

Ferner werden alle Proben, die eingeschickt werden, über einen Abschnitt der mitochondrialen DNA-Kontrollregion untersucht, der die Identifizierung der mütterlichen Erblinie erlaubt. So ist es auch bei Proben mit geringem DNA-Gehalt möglich, die Art zu identifizieren und Informationen zur Populationszuordnung über die Haplotypbestimmung zu erhalten, jedoch nicht, auf den Hybridisierungsgrad zu schließen.

Da die Ableitung von Hybridisierungsgraden über Mikrosatelliten in der Regel nur die Detektion von F1-Hybriden erlaubt, nutzen wir weiterhin einen für nicht invasiv gesammelte Proben optimierten SNP-Chip. Dieser basiert auf 96 über das komplette Genom verteilten Punktmutationen, den sogenannten SNPs. Diese ermöglichen die Unterscheidung von Wölfen – unabhängig von ihrer geografischen Herkunft – von Hunden und Hybriden.

Diese Methode basiert auf Daten, die in den letzten Jahren in großen genomweiten Studien von international führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durchgeführt wurden. Die Methode ermöglicht es, Hybriden bis zur dritten Hybridgeneration, also zur zweiten Rückkreuzungsgeneration, sicher nachzuweisen. Somit ist das Verfahren hochauflösender als zum Beispiel die Untersuchung mit Mikrosatelliten.

(Folie: Verwandtschaftsanalysen – Stammbaum)

Wie eben schon erwähnt, können wir über die genetischen Daten Verwandtschaften rekonstruieren und analysieren. Somit war es möglich, einen Stammbaum zu erstellen. Hier sehen wir Vierecke und Kreise. Das sind jeweils Individuen. Allerdings wurde in der Abbildung versucht, bis auf wenige Ausnahmen nur Tiere darzustellen, die sich bereits reproduziert haben. Viele dieser Verpaarungen sind aktuell nicht mehr existent. Der Stammbaum mag auf den ersten Blick sehr durcheinander wirken, jedoch sehen wir, dass fast alle dieser Wölfe miteinander verwandt sind. Dies zeigt uns, dass die Wölfe nicht wie aus dem Nichts auftauchen, sondern aus Rudeln stammen, die wir bereits genetisch kennen.

(Folie: Hybridisierung mit Haushunden – 1)

Die blau eingefärbten Individuen sind Wölfe, die wir keinem genetisch bekannten Rudel zuordnen können. Allerdings ist es so, dass wir zum Beispiel aus Westpolen oder momentan auch mittlerweile aus Deutschland nicht mehr alle Verpaarungen genetisch kennen; und die Tiere, die wir keinem Rudel zuordnen können, lassen sich trotz allem der mitteleuropäischen Flachlandpopulation zuordnen. Allerdings haben wir bei einigen Tieren Grund zu der Annahme, dass es Immigranten sind. Wir haben schon Immigration aus benachbarten Populationen, jedoch wächst die Population überwiegend aus sich selbst heraus.

(Folie: „Hybridisierung mit Haushunden“ – 2)

Hier sehen wir nun eine Structure-Analyse, basierend auf Mikrosatellitendaten mit Hunden und Wölfen, die im Rahmen des genetischen Wolfsmonitorings in Sachsen erfasst worden sind. Das Programm ist ein statistisches Verfahren, um Individuen verschiedenen Clustern zuzuordnen. Die verschiedenen Farben geben die Zuordnungswahrscheinlichkeiten für die Individuen – diese sind jeweils als Balken dargestellt – zu einem bestimmten Cluster an. Wir sehen, dass Hunde und Wölfe klar genetisch voneinander getrennt werden können. F1-Hybriden sind in diesem Fall weder dem einen noch dem anderen Cluster klar zuzuordnen.

(Folie: „Hybridisierung mit Haushunden“ 3)

Das ist nun eine Abbildung einer Hybrids-Analyse, basierend auf 92 SNP-Markern, speziell selektiert zur Wolf-Hund-Unterscheidung und Hybridenerkennung. Das Programm ordnet die Individuen – auch wieder als Balken dargestellt – verschiedenen Hybridklassen zu. Auch hier sieht man, dass wir Hunde und Wölfe aus Deutschland sowie aus Ländern bzw. benachbarten Populationen klar voneinander trennen können, und auch F1-Hybriden werden als solche erkannt.

Bezüglich der Hybridisierung mit Haushunden konnten wir zwei Hybridisierungsfälle in Deutschland bestätigen: 2003 in Sachsen bei Neustadt, 2017 in Thüringen bei Ohrdruf; 2016 gab es einen weiteren Fall in Tschechien bei Rumburk im Grenzgebiet zu Sachsen. Der Nachweis erfolgte zusammen mit Kollegen der Universität in Prag. Mikrosatelliten- oder SNP-Analysen erbrachten keine weiteren Hinweise auf Hybridisierungsereignisse bei den deutschen Wölfen. Die Hybridisierungsrate bei Wölfen in Deutschland beträgt somit unter 1 %, also zwei Fälle in 245 nachgewiesenen Würfen in Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2017. Im internationalen Vergleich ist dies ein sehr geringer Wert.

(Folie: www.senkenberg.de/cewolf)

Zum Schluss möchte ich noch kurz das CEwolf-Konsortium erwähnen. Da Wölfe eben nicht an Ländergrenzen haltmachen und mehrere Hundert Kilometer weit wandern können, haben sich 2014 verschiedene wissenschaftliche Organisationen mit Expertise in Populationsgenetik und/oder Wolfsökologie zur Kooperation entschlossen. Durch die Einigung zur Verwendung einheitlicher Methoden ist es möglich, wandernde Tiere auch über Ländergrenzen hinweg nachzuweisen.

Mittlerweile stehen wir nicht nur mit Polen, Dänemark und den Niederlanden im Austausch, sondern auch mit Tschechien, Österreich und Belgien.

Damit bedanke ich mich.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank für Ihr Statement. Als Nächstes erhält Herr Dr. Felix Knauer das Wort. Sie kommen von der Veterinärmedizinischen Universität Wien und sind dort am Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie tätig. Bitte sehr, Herr Dr. Knauer, Sie haben das Wort.

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Dr. Felix Knauer: Guten Tag und herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich bin eingeladen worden, um besonders das Habitatmodell vom BfN vorzustellen, weil ich das vor vielen Jahren einmal zusammen mit Kollegen entwickelt habe. Ich werde trotzdem einige Anmerkungen zu den beiden Anträgen machen.

(Folie: Lebensraumeignung – was ist das?)

In dem Buch von Sinclair, Fryxell und Caughley gibt es die Definition: „Lebensraum ist die Gesamtheit aller Ressourcen (Nahrung, Deckung) und Umweltbedingungen (abiotische Variablen wie Temperatur und biotische wie Konkurrenten und Räuber), die Anwesenheit, Überleben und Reproduktion einer Population bestimmen.“ Die Lebensraumeignung ist also die Größe, die die Anwesenheit und dann auch das Überleben und die Reproduktion einer Population bestimmen.

Was mit der Lebensraumeignung nichts zu tun hat, ist zum Beispiel das Konfliktpotenzial. Die Lebensraumeignung für die Tiere kann hoch sein, und trotzdem kann das Konfliktpotenzial hoch sein, dass wir Menschen mit dieser Tierart Probleme haben. Es ist nur aus der Sicht des Tieres gedacht.

(Folie: Lebensraumeignung in Deutschland)

Diese Studie wurde im Rahmen des BfN-Projekts „Rahmenplan Wolf“ entwickelt; das Projekt fand von 2008 bis 2010 statt. Ich war damals Projektleiter, aber wir haben das als Team durchgeführt; wir waren sechs Experten mit verschiedenem Hintergrund. Eine der Mitarbeiterinnen war Ilka Reinhardt, die heute auch hier ist.

Ich möchte kurz zeigen, was für die Habitatanalyse herauskam.

Wir Wissenschaftler hatten ein Problem. Vor zehn Jahren waren die Wölfe bei Weitem noch nicht so weit verbreitet in Deutschland wie jetzt. Außerdem gab es noch viel

weniger wissenschaftliche Daten dazu, noch viel weniger besenderte Tiere. Wir Wissenschaftler haben dann Probleme – wenn wir keine Daten haben, können wir nichts analysieren.

Das Management stellt aber Fragen, die es interessiert, und nicht die, von denen die Wissenschaftler meinen, die können wir gut beantworten. Deswegen haben wir zwei andere Möglichkeiten in Erwägung gezogen, und zwar, erstens, eine Experteneinschätzung – dass man Wolfsexperten fragt –; das ist ein relativ häufiges Vorgehen, leider nicht immer in der nötigen Qualität. Der übliche Ansatz ist zum Beispiel im Rahmen von Diplomarbeiten und Masterarbeiten; das ist keine echte Experteneinschätzung, auch wenn oft sehr interessante Überlegungen enthalten sind. Das Zweite ist, dass man wissenschaftliche Erkenntnisse aus anderen Gebieten auf Deutschland extrapoliert, überträgt. Zu diesem Schritt haben wir uns hier entschlossen.

(Folie: Lebensraumeignung in den Nachbarländern)

Wir haben folgende Publikationen betrachtet: Es gibt zwei Publikationen aus Polen – von Jedrzejewski und Kollegen. In der ersten kam heraus, dass sich Waldanteil sehr positiv auf das Wolfsvorkommen auswirkt, Waldfragmentation negativ und die Autobahndichte negativ.

In der zweiten Publikation kam auch heraus, dass Waldanteil sehr positiv war, Anteil Wiesen und Feuchtgebiete ebenfalls positiv und die Straßendichte negativ. Feuchtgebiete sind wahrscheinlich das Surrogat für störungsfreie Räume, nicht für semi-aquatische Lebensräume, also für den Wolf.

Es gibt eine Studie aus Italien, aus den Abruzzen, bei der herauskam, dass Waldanteil einen positiven Einfluss hatte. Wilddichte und Wilddiversität im Sinne von Anzahl an verschiedenen Schalenwildarten im Gebiet hatten auch einen positiven Einfluss. Der menschliche Einfluss bezüglich Siedlungen und Straßendichte hatte einen negativen Einfluss.

Mit demselben Datensatz haben auch die Schweizer eine Analyse durchgeführt und es auf Variable begrenzt, zu denen sie selbst Daten hatten, und es dann aufs Wallis extrapoliert. Das ist derselbe Ansatz, den wir genommen haben. Dabei kam heraus: die Biodiversität war positiv, der Anteil der Siedlungsflächen negativ, Ackerland und Einwohnerdichte ebenfalls negativ. Eine weitere Studie aus dem Piemont in Italien zeigt, dass der Waldanteil positiv war, der Anteil der Siedlungsflächen negativ, Felsanteil negativ und das Vorkommen an Rotwild positiv.

Gemeinsam ist an diesen Modellen: In vier von fünf ist der Waldanteil positiv und verschiedene menschliche Einflüsse, wie Siedlungsflächen oder Straßen, sind negativ. Es gibt eine große Gemeinsamkeit bei diesen ganzen Modellen.

Wir haben uns entschlossen, das zweite polnische Modell für die Extrapolation zu verwenden, weil es aus mehreren technischen Überlegungen auch am besten für eine Extrapolation geeignet war.

(Folien: Lebensraumeignung in Polen)

Das ist die Datengrundlage für die Studie in Polen. Die Daten – Sie sehen die schwarzen Punkte – sind Nachweise nach dem nationalen Wolfsmonitoring in Polen aus den Jahren 2000 bis 2006. Das sind in etwa 15 000 verschiedene Punkte. Um jeden Punkt wurde ein Puffer herumgelegt mit einem Radius von 8 Kilometern. Ein Kreis mit 8 Kilometern Radius entspricht 200 Quadratkilometer, das ist ungefähr die Größe eines Wolfsterritoriums.

Die hier zu sehenden Raster – zehn mal zehn Kilometer –, die von solch einem Kreis beeinflusst bzw. angekratzt wurden, wurden zur Zählung der Wolfsnachweise genutzt. Es wurden von null bis über 400 Nachweise in solch einer Rasterzelle gezählt.

Man hat ein statistisches Modell berechnet, eine Vorhersage gemacht, und um so dunkler es abgebildet ist, desto besser ist es geeignet. Man sieht auf der östlichen Seite im Wesentlichen die Vorhersage der vorhandenen Rudel; aber im Westen – dort gab es damals noch keine bzw. kaum Wölfe –, gibt es große geeignete Flächen. Das ist dieser bekannte Korridor, der sich von der Lausitz über Südbrandenburg bis nach Nordosten erstreckt. Wenn man das Gleiche, was Polen jetzt von Ost- nach Westpolen macht, nach Deutschland verlängert, also eine Extrapolation für Deutschland vornimmt – Sie sehen auf der Karte die vorhergesagten Rudel und bereits bekannte Rudel. Die hellgrauen sind Flächen für potenziellen Lebensraum weiterer Rudel.

(Folien: Lebensraumeignung in Deutschland)

Wenn man dasselbe auf Deutschland ausbreitet, kommt man auf diese Karte. Je dunkler das Grün abgebildet ist, umso besser ist es geeignet. Wie man hier sieht, begann in der Lausitz die Ausbreitung in Deutschland. Auch ohne Ursprungstäler ist ein Korridor ziemlich weit nach Nordwesten zu erkennen. Der Harz ist von der östlichen Seite ziemlich isoliert, und im Süden sind die großen Mittelgebirge und unten der Alpenraum.

Wenn man diese Karte mit diesem 10-mal-10-Kilometer-Raster berechnet – man kann auch mit einem 1-mal-1-Kilometer-Raster rechnen –, dann ist es fürs optische Auge leichter interpretierbar. Das haben wir auf der rechten Seite gemacht. Ich weiß nicht, wie gut Sie das erkennen können. Es ist etwas feiner aufgelöst. Es ändert sich nicht wesentlich etwas daran. Für alle Berechnungen im Folgenden haben wir zwar weiterhin die linke Originalkarte verwendet, aber die rechte Karte immer daruntergelegt, weil dadurch die Orientierung leichter ist.

(Folie: Wie viele Wölfe können in Deutschland leben?)

Wenn man diese Habitatkarte hat, kann man die Rudel vorhersagen. Damit kommt man zu solchen Karten. Die mittlere Karte ist bei einer Rudelgröße von 200 Quadratkilometern damit nur mit zwei Varianten gerechnet: einmal mit 150 und einmal mit 300 Quadratkilometern. Die bunten Rasterflächen sind vorhergesagte Rudel. Es sind nur Rudel vorhergesagt, wo mindestens zwei Rudel aneinandergrenzen. Das wurde im polnischen Originalpaper so gemacht, weil isolierte Rudel vielleicht leichter wieder aussterben. Sie sehen auch kein Rudel auf der Insel Amrum. Ich weiß nicht, wo diese Geschichte herkommt. Aber wir sehen insgesamt auf allen drei Karten ein gleiches Muster. Es sind im Wesentlichen die gleichen Gebiete, auch wenn es durchaus einige Unterschiede gibt.

Die großen Gebiete sind im Osten, wo wir sie haben, bis in die Lüneburger Heide. Aber es gibt beispielsweise in Nordrhein-Westfalen aus Wolfssicht wunderbar geeignete Gebiete, im Harz, im Thüringer Wald, im Spessart, im Odenwald und auf der anderen Seite in der Eifel, Hunsrück, im Pfälzer Wald, im Schwarzwald, im Bayerischen Wald und natürlich in den Alpen und dem Alpenvorland. In allen drei Rudelgrößen kommt im Prinzip das Gleiche heraus, das heißt, es ist in dieser Richtung sehr robust.

(Folie Potenzial für Wolfsrudel)

Wenn man diese Kästchen zählt und durch zwei dividiert – zwei Kästchen sind immer ein Rudel – dann kommt man auf Populationsgrößen: Wie viele Wölfe können dort leben? Wenn man für die Rudelgröße eine Territoriumsgröße von 150 hat, dann kommt man auf über 500 Rudel, für die in Deutschland Platz ist, bei 200 kommt man auf diese berühmten 441 Rudel. Wenn die Territoriumsgröße 300 beträgt –

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Felix Knauer: – ja –, dann kommt man auf deutlich weniger.

(Folie: „Günstiger Erhaltungszustand“)

Wenn man das in einen günstigen Erhaltungszustand bei diesen kleineren Territoriumsgrößen umsetzt, dann wäre die Populationsgröße erreicht.

(Folie: Akzeptanzsicherung durch Populationsbegrenzung)

Kurze Anmerkungen: Die Akzeptanzsicherung der Populationsbegrenzung war in dem Antrag von CDU und SPD ein wichtiger Punkt. Dazu gibt es ein Paper: „Blood does not buy goodwill“ – also Abschüsse kaufen keine Akzeptanz. Da muss man sehr vorsichtig sein.

(Folie: Anmerkung zu den Anträgen)

Weidetierhaltung von Schafen in Wolfsgebieten ist nur mit Herdenschutz möglich, auch bei geringer Wolfsdichte. Eine reduzierte Wolfsdichte verringert sehr wohl den Einfluss auf die Schalenwildbestände. Für die Jäger ist es vielleicht eine Entlastung.

(Folie: Zonierung)

Die Zonierung. Der günstige Erhaltungszustand ist definiert durch Populationsgröße – das hatten wir ausführlich – sowie Verbreitung und Vorhandensein geeigneten Lebensraums. Also auch die Verbreitung – das heißt, Vorkommen in allen geeigneten Lebensräumen – ist Teil der Definition des Erhaltungszustandes. Deshalb sind großflächige Freizonen nicht mit EU-Recht vereinbar. Kleinräumige Freizonen, zum Beispiel Landkreise, reduzieren nicht oder kaum das Risiko von Wolfsschäden in der Weidetierhaltung.

(Folie: Populationsabgrenzung)

Die Populationsabgrenzung ist die berühmte Abgrenzung, die wir derzeit haben. Wir haben hier die zentraleuropäische – –

Vors. Sebastian Fischer: Bitte, kommen Sie wirklich zum Schluss, Herr Dr. Knauer. Wir müssen die 10 Minuten einhalten.

Dr. Felix Knauer: – Okay. – Es gibt keine; Populationsabgrenzung ist schwierig. Wir werden in Europa irgendwann eine weit flächendeckende Population haben.

(Folie: Vergrämen)

Das Vergrämen ist sicher sinnvoll bei habituierten Wölfen, aber nicht bei Nutztierschäden. Für den Herdenschutz sind Standards wichtig. Diese müssen auf fachlicher Basis beurteilt werden. – Damit bin ich am Ende.

Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Ich möchte noch einmal alle Sachverständigen darauf hinweisen, dass wir uns an die 10 Minuten halten müssen, da wir sonst inklusive des Fragerechtes den zeitlichen Rahmen überschreiten.

Als Nächster erhält Herr Schäfermeister Knut Kucznik das Wort. Bitte schön.

Knut Kucznik: Mein Name ist Kucznik. Ich bin der Vorsitzende des Schafszuchtverbandes Berlin-Brandenburg – damit praktisch derjenige, der in Berlin und Brandenburg für die Schaf- und Ziegenhaltung spricht – und gleichzeitig der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Herdenschutz Hunde von Deutschland. Ich habe auch Mitglieder, die Herdenschutz Hunde in Sachsen züchten.

Ich werde mich – genauso wie Herr Prof. Herzog – an den Anträgen entlanghangeln. Das hilft mir natürlich, nicht aus dem Konzept zu kommen.

Ich beginne mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ja, eine Wolfsverordnung würde und wird Sachsen wirklich helfen. Ich selbst bin mit daran schuld, dass es in Brandenburg eine gibt. Bisher konnten wir die Wölfe, die übergriffig werden, nicht erlegen, weil keiner übergriffig wurde – bisher, aber wir warten darauf und schauen, was passiert.

Es war in Brandenburg ein langer Kampf. Damit komme ich dazu, dass die zumutbaren Maßnahmen, die Sie in Ihrem Antrag stellen, bei uns die Vergrämung für Weidetiere ist. Wenn Wölfe übergriffig werden und extrem dicht an Menschen herankommen, dann bedeutet das sofort das Ende für die Tiere.

Aber bei Weidetieren, wenn die Wölfe praktisch über sie hereingefallen sind, bedeutet die Vergrämung zumutbare Maßnahmen, die allerdings auch bezahlt werden müssen.

Vorher war es so, dass wir hätten den Jäger chartern müssen, dass er sich bei uns hinsetzt, um mit Gummigeschossen die Wölfe zu vergrämen. Das hat uns allen total missfallen.

So ist die Sache schon ganz gut. Außerdem ist es ganz hervorragend, dass es aus den Landkreisen weg ist, hin zum Landesamt, dass eine staatliche Stelle die Sache jetzt auch beurteilt.

Bei dem Punkt 4 in Ihrem Antrag zu diesen zumutbaren Maßnahmen muss ich zwei Fragen stellen, die Sie sich auch stellen sollten: Als Erstes: Wer bezahlt die zumutbaren Maßnahmen? Und Zweitens: Wer bezahlt den Unterhalt dieser zumutbaren Maßnahmen? Das sind zwei Kriterien, die entscheiden, ob es überhaupt demnächst noch Weidetierhaltung geben wird oder nicht.

Damit komme ich zu dem Antrag von CDU und SPD. Er ist für meinen Geschmack falsch herum gestellt. Zum Anfang hätte eigentlich das kommen müssen, was zum Schluss kommt, aber ich werde mich so daran entlanghangeln, wie ich es gelesen habe.

In meinem Denken ist ein Wolfsmanagement über Landesgrenzen wichtig, unbedingt! Wenn jeder seins macht, hat jeder Angst in seiner Ecke, und wir können uns auch nicht gegenseitig das Gute sagen und die Vorzüge beschreiben. Gerade unsere Hirten sind alle ganz allein irgendwo auf einer Weide. Wir haben uns zusammengeschlossen in Deutschland und in Europa, und bei diesem Problem Herdenschutz und Wolfsmanagement muss genauso gehandelt werden.

Den Punkt 2, in dem die Prävention nicht oder sehr schwer möglich ist, dort den Wolf zu bejagen, kann ich unterschreiben. Aber Sie sollten sich immer fragen: Warum ist es nicht möglich, die Herden zu schützen? Warum ist es schwer, die Herden dort zu schützen? Es ist meist so, wenn Sie die Hirten fragen: Sie haben zu wenig Arbeiter, zu wenig Geld und die Schutzmaßnahmen können sie sich praktisch nicht leisten. Das ist der Grund, weshalb die Herden nicht geschützt werden können, und nicht, weil es nicht geht, ganz einfach. Ich spreche wirklich aus Erfahrung.

Beim zweiten Teil kann ich zum ersten Punkt nichts sagen, aber beim Punkt 2 muss ich sagen: Diese ständige Untersuchung, wie viele Wölfe wir haben – guter Erhaltungszustand oder was auch immer –, kostet nur Geld. In Brandenburg sind wir dadurch an die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit geraten. Deshalb ist die Wolfsverordnung bei uns erlassen worden, weil wir einen Hilfeschrei aus der Bevölkerung hatten und auch aus den Behördenstuben. Geld war nicht mehr da.

Wenn wir jetzt einmal fragen, wie viel Geld Sachsen für das Monitoring ausgibt, dann können Sie mir das definitiv nicht genau sagen. Und wenn ich frage, wie viele Wölfe Sie in Sachsen haben – ich schwöre, das können Sie mir auch nicht genau sagen. Warum nehmen Sie nicht das Geld für das Monitoring und stecken es komplett in den Herdenschutz und sagen dann, alle sechs Jahre Europa: Bei uns ist der gute Erhaltungszustand erreicht, wir haben genug Wölfe: 300 bzw. 50 mehr oder weniger, ist doch sowieso nicht herauszubekommen, so wie Sie es gerade machen. Sie verbrennen nur Geld damit.

Zum Punkt 3. Es ist leider so, dass die Wölfe praktisch nur als letztes Mittel totgeschossen werden dürfen. Herr Köck hat ja ganz genau gesagt, woran das liegt. Wir Hirten hätten das gern anders, aber die Gesetze sind nun einmal so. – Jetzt bin ich durcheinandergekommen. – Punkt 3 war praktisch das Thema, wer hat nun recht – Wölfe oder Weidetiere, die so tolle Arbeit in der Natur leisten? Das ist wie die Frage, die man sich stellt: Wer ist nun wichtiger – der Frosch oder der Storch? Im Naturschutz gab es schon immer solche Fragen.

Ich muss anders fragen: Wer ist Ihnen wichtig? Sind Ihnen die Weidetiere in Ihrer Landschaft wichtig? Dann entscheiden Sie für den Schwächeren, für die Weidetiere – denn der Wolf ist der Stärkere, das muss klar sein –, und finanzieren Sie praktisch Herdenschutzmaßnahmen.

Den Punkt 4 halte ich für sehr gefährlich. Fassen Sie nicht die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung an. Gehen Sie da gar nicht heran! Was soll denn das? Wenn Sie per Gesetz bestimmen, dass jeder Hirte seine Tiere vor Wölfen zu schützen hat, dann sagt der Herdenhalter: Ich gehe zum Wachschatz; mach doch deine Wiese alleine. Ich kann mir das doch gar nicht anschauen.

Wenn die Gesellschaft eine vernünftige, gepflegte Natur haben möchte, dann muss sie praktisch die Herdenhalter für den Herdenschutz bezahlen. Das ist nun einmal so. Das können Sie nicht mit einem Gesetz machen, auch wenn Sie es dreimal prüfen. Das geht nicht. Das machen wir nicht mehr, dann kündigen wir.

Zu Punkt 5 hat Herr Prof. Köck ebenfalls bereits alles gesagt.

Zu Punkt 6: Die Größe der Territorien der Wölfe ist riesig. Ich kenne die Diskussion, gerade aus unserer VDL: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz hätten wirklich gern, dass wir im Osten mit den Wölfen klarkommen – und sie haben unten dann wieder Tingel-Tangel-Land; sie brauchen doch gar keine Wölfe. Wir sollen sie bei uns haben, wir haben sie auch verdient, wir können damit umgehen, und damit ist alles schön. Nein, alle sollen sie bekommen, dann können auch wir alle die Regeln aufstellen, dass die Wölfe, die sich nicht an Herdenschutzmaßnahmen halten, gefälligst getötet werden; ganz einfach. Aber nicht die Wölfe, die durch den Wald laufen, die sind mir völlig egal, wirklich – genau wie der Fuchs oder Sonstiges.

Beim Punkt III werden wir wirklich richtig Freunde. Die Bezahlung der Herdenschutzmaßnahmen ist Punkt Nr. 1, das ist keine Kannbestimmung. Wenn Sie die Herden in Ihrem Land noch erhalten wollen, dann müssen Sie einen Anspruch auf Bezahlung des Herdenschutzes gewährleisten, und zwar nicht nur den Ankauf von Netzen und Hunden, sondern auch den Unterhalt. Ich könnte Ihnen dazu eine ganze Menge erzählen. Ich habe an den Forschungen von Herrn Schroers teilgenommen, und er ist dazu viel berufener und kann Ihnen die Daten dazu wirklich gut herüberbringen. Ich kann sie unterstützen.

Wenn Sie das jetzt nicht bald machen, dann reden wir darüber, dass es in Ihrem Land keinen großen Herden mehr gibt, und die kleinen werden auch alle aufhören. Zum Schluss werden Sie sich fragen: Wer hat denn daran Schuld? Sie, wenn Sie nicht bald handeln, haben daran Schuld!

Der Punkt 3 ist wirklich wichtig. Herdenschutz gehört zum Bildungsauftrag bei der Berufsausbildung für Land- und Tierwirte. Herdenschutz muss unterrichtet werden. Herdenschutz muss auch den Meisterbetrieben beigebracht werden. Wenn der Meister dann auf der Schulbank sitzt, muss sich irgendjemand bei ihm zu Hause um die Schafe kümmern. Also muss von Ihrer Seite Geld fließen. Nur dann, wenn Bildung bzw. Wissen vorhanden ist, nur dann, wenn die finanzielle Hilfe vernünftig vor Ort eingesetzt werden kann, können wir hoffen, dass unsere Weidetiere eine Chance haben; denn unter anderem ist der Wolf nicht das einzige Problem. Wir Weidetierhalter hatten schon vor dem Wolf große Probleme, und jetzt bitte ich Sie im Namen aller Weidetierhalter von

Sachsen: Nehmen Sie den Antrag mit nach Hause. Sagen Sie: Ja, Herdenschutz wird bezahlt, am besten nach den Vorgaben der KTBL.

Haben Sie schönen Dank.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Herr Kucznik. Als Nächste begrüße ich Frau Dr. Sabina Nowak. Sie kommt vom Prezes Zarządu Stowarzyszenie dla Natury „Wilk“. Das ist die Natur-Association „Wolf“ in der Republik Polen. Frau Dr. Nowak wird unterstützt von Herrn Kowalski, der sie in die deutsche Sprache dolmetscht. Djen Dobry.

(Die Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Dr. Sabina Nowak: Guten Tag! Ich möchte mich ganz herzlich für die Einladung bedanken. Ich bin Biologin, mein Spezialgebiet ist Ökologie der Säuger unserer Raubtiere. 2003 habe ich meine Dissertation auf dem Gebiet Wolfsökologie in den Westkarpaten gefertigt. Meine Habilitation betraf Umweltdynamik und Bedingungen des Prozesses der Rekolonialisierung der Wälder Westpolens durch den Wolf.

(Folie: Legal Status)

Seit 1995 wird der Wolf in Westpolen und im ganzen Land geschützt. In ganz Polen wird der Wolf seit 1998 geschützt, das heißt, sechs Jahre vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Der Wolf ist in der FFH-Richtlinie in den Anlagen 2 und 5 erfasst, das heißt, es besteht die Möglichkeit ...

(Folie Nr. 4)

Die Größe der Wolfspopulation in Polen betrug vor einiger Zeit 2 000 Exemplare. In den Jahren 2014 bis 2016 wurden auf der Grundlage des Fehlverhaltens von Wölfen – zum Beispiel der Angriff auf Weidetiere – 20 Sondergenehmigungen für die letale Entnahme erteilt. Von diesen 20 erteilten Genehmigungen wurden in acht Fällen Wölfe tatsächlich abgeschossen.

(Folie Nr. 5 – Karte)

Die Population des Wolfes stieg, nachdem der Wolf von Artenschutzregelungen erfasst wurde, bis 2017 von 510 bis auf 2 000 Exemplare. Man sieht es deutlich an dieser Grafik. 2001 wurden die ersten Zählungen des Wolfes in Polen durchgeführt.

Man sieht deutlich an diesen Karten, dass im Jahr 2001 im westlichen Teil Polens kaum Wolfsbestände vorhanden waren. Das hat sich 2017 deutlich verändert. In Westpolen lebten im Jahr 2017 circa 80 Wolfsrudel.

Dabei ist es richtig, was der Gesetzgeber eigentlich als Grund für den Schutz des Wolfes angegeben hat. Damals, als diese Schutzverordnung erlassen wurde, hatten wir circa 500 Wölfe im Land; das war eigentlich gar nicht so wenig, und das war auch nicht der Grund. Nicht die Anzahl der Wölfe war der Grund für den Schutz, sondern die Rolle des Wolfes, welche er im Ökosystem bei der Bestandsregulierung insbesondere für Huftiere spielt.

(Folie Nr. 6)

Wir haben in Polen drei solche wichtigen Populationsgebiete entsprechend der LCIE, und zwar ist das die mitteleuropäische Population, dann die baltische Population und die Karpaten-Population. Dazu ist noch das vierte Gebiet gestoßen: das Sudetengebiet für ein weiteres Populationsgebiet der Wölfe.

Vor diesem Hintergrund haben wir hier auch bestimmte grenzüberschreitende Wechselwirkungen zu unseren Nachbarländern – das sieht man an dieser Karte ganz deutlich. Insbesondere die Wechselwirkung zu unseren slowakischen südlichen Nachbarn, wo der Wolf gesetzlich bejagt werden darf, ist wichtig. Dies war eine Bedrohung für die Population des Wolfes auf der polnischen Seite. Deswegen haben wir mit der slowakischen Seite verhandelt und eine abschussfreie Zone für den Wolf im Grenzraum zu Polen ausgehandelt.

(Folien Nr. 7 ff.)

Wir haben momentan kein standardisiertes System für Populationsmonitoring des Wolfes in Polen. Die entsprechenden Daten werden vom Amt für Statistik aus verschiedenen Quellen erhoben. Meistens sind diese Quellen Förstereien, Naturschützer, Nicht-Regierungsorganisationen, Wissenschaftler, aber auch Jäger.

(Folie 10)

Es gibt eine Reihe von Referenzgebieten, in denen intensive wissenschaftliche Untersuchungen betrieben werden. Wir verwenden dabei verschiedene, ganz traditionelle, herkömmliche Methoden wie Fährtenuntersuchung, Kotuntersuchungen bzw. Untersuchung von Markierungen und von Beutetieren, die wir dort finden. Wir verwenden weiterhin fortgeschrittene Untersuchungsmethoden wie sogenannte Fotofallen, die wir zum Verhalten des Wolfes, zum Stand der Welpen, zu Fortpflanzungsfragen auswerten.

(Folie 11)

Wir verwenden auch telemetrische Methoden, GPS-Lösungen und GSM. Wir verwenden genetische Methoden, wir untersuchen Blut, Urin – also all diese Methoden, die auch im deutschen Forschungsinstitut verwendet werden. Diese verwenden wir ebenfalls bei der DNA-Analyse.

(Folie 12)

Diese genetischen Spuren werden in Warschau an der Fakultät für Genetik der Warschauer Universität untersucht. Dieses Labor gehört zu dem Konsortium, von dem meine Vorrednerin sprach.

(Folie 13)

Diese Spuren und die Auswertung dieser Spuren werden gesammelt. Auf dieser Grundlage wird die familiäre Diversität dieser Wölfe, der Verwandtschaftsgrad innerhalb der Rudel und zwischen den Rudeln sowie die genetische Struktur der Wolfspopulation festgestellt.

(Folie 14)

Sehr interessant dabei – ich denke, das ist auch das interessanteste Ergebnis dieser Untersuchungen – ist die Größe der Territorien der Wolfsreviere, die anhand dieser Methoden – vor allem der telemetrischen Methoden – ermittelt werden. Das sind zum Beispiel im Durchschnitt 378 Quadratkilometer bzw. mit einer anderen Auswertungsmethode im Durchschnitt 310 Quadratkilometer. Wenn man von diesen Ergebnissen ausgeht, dann könnte man ein Wolfsgebiet, ein Revier eines Wolfsrudels, mit der Fläche von Warschau vergleichen, also mit einer Stadt, in der über zwei Millionen Menschen leben.

(Folie 15)

Der Abstand zwischen den Zentren der einzelnen Reviere beträgt 15 Kilometer. Das ist natürlich auch unterschiedlich. Manchmal sind es 13 bis 25 Kilometer, je nachdem, wie dicht die Waldflächen in diesem Gebiet sind.

(Folie 16)

Die durchschnittliche Größe eines Rudels beträgt vier Exemplare. Das haben wir so ermittelt, wobei die Größe eines sogenannten stabilen Rudels – das sind Rudel, die bereits seit länger Zeit, also über zwei Jahren bestehen – sieben Wölfe beträgt. Die durchschnittliche Größe eines Wolfwurfes beträgt etwa fünf Welpen. Es muss aber angemerkt werden, dass nicht alle Welpen überleben.

(Folie 17)

Nach durchgeführten Untersuchungen in Westpolen überleben 2,5 Welpen pro Rudel, entsprechend weniger ist es in Białowieska mit 1,8. Die geringste Überlebensrate gibt es in den Karpaten aufgrund der dort herrschenden Bedingungen; dort sind es nur 1,3 Welpen pro Rudel.

(Folien 18 und 19)

Diese Überlebenschancen, diese hohe Sterblichkeit unter den Welpen hängt auch damit zusammen, dass Wölfe, insbesondere Jungwölfe, des Öfteren erkranken, und zwar aufgrund der Krankheitsübertragung durch Haushunde. Sie leiden beispielsweise unter der Parvovirose bzw. anderen Krankheiten. Diese werden durch Haustiere in den Wald übertragen. Die Sterblichkeit bei Wölfen in Westpolen hängt auch mit dem Menschen zusammen. Es ist ein hoher Anteil an Verkehrsunfällen bzw. auch auf Eisenbahnstrecken, Wilderei bzw. auch natürliche Ereignisse wie Krankheiten oder Alter der Wölfe.

(Folie Nr. 20)

Durch Straßenbau, der insbesondere nach dem Beitritt Polens zur EU besonders intensiv geworden ist, wurden moderne Straßen gebaut, Autobahnen, Kraftfahrtstraßen, die entsprechend geschützt, mit Zäunen versehen sind, wo das Passieren der Straßen unter anderem durch Wölfe nicht mehr möglich ist. Das dient selbstverständlich dem Schutz des Wolfes, weil es keinen Tod durch Verkehrsunfälle gibt, führt aber andererseits zur Isolierung der einzelnen Vorkommensgebiete des Wolfes. Deswegen

werden auf diesen Straßen Wildbrücken eingerichtet. Es sind insgesamt mehr als 100 Wildbrücken bzw. Wildunterführungen. Unterführungen unter den Straßen gibt es circa 360; weitere sind geplant.

(Folie Nr. 21)

Da der Wolf in der Anlage II erfasst ist, sind in Polen mehrere Natura-2000-Gebiete eingerichtet – es sind 73 Natura-2000-Gebiete –, wo der Wolf geschützt wird. Das sind insgesamt 25 % der Habitate, wo Wölfe vorkommen.

(Folie Nr. 22 ff.)

Eine natürliche Todesursache bei Wölfen ist das Alter. Die Wölfe leben durchschnittlich sechs Jahre; das in Polen maximal festgestellte Alter eines Wolfes war zehn Jahre. Weitere Ursachen für das Sterben der Wölfe sind Parasiten, Krankheiten, die von Zecken übertragen werden, und Konflikte mit anderen Wölfen bzw. Verletzungen, die bei der Jagd auf größere Huftiere davongetragen werden.

(Folie Nr. 27)

Die Untersuchungen, vor allem die Kotuntersuchungen, weisen darauf hin, dass sich die Wölfe vorrangig von Huftieren ernähren. Diese Grafik stellt die Nahrungsbiomaster des Wolfes in Westpolen dar. Die entsprechenden Anteile und was für das Tiere sind, sehen Sie an der Grafik.

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

(Folien Nr. 28 bis 30)

Dr. Sabina Nowak: Okay. Die Population der Huftiere steigt in Polen recht stark, trotz der steigenden Population des Wolfes. Immer höher werden auch die Landwirtschaftsschäden in Polen, die durch Huftiere verursacht werden. Für diese Schäden hat die Staatskasse im Jahr 2017 etwa 17 400 000 Millionen Euro zahlen müssen. Weil sich die Wölfe von Huftieren ernähren, kann man daraus schlussfolgern: Wenn die Wölfe nicht dagewesen wären, dann wären die Schäden, die durch Huftiere verursacht werden, viel höher ausgefallen.

(Folie Nr. 33)

In den letzten zehn Jahren starben auch 58 Personen bei Wildunfällen mit Huftieren. Die Wölfe in Polen reißen auch Weidetiere; aber diese stellen nur etwa 1 bis 3 % der durch den Wolf gefressenen Biomasse.

(Folie Nr. 34)

Diese Tabelle enthält Zahlenangaben zu den gerissenen Weidetieren, die in den Jahren 2012 bis 2013 von Wölfen getötet wurden. Die Gesamtzahl sehen Sie unter „Total“, in den einzelne Spalten stehen Schafe, Ziegen, Pferde, Rinder, Hunde, Rotwild und Sonstige. Durch die Population von etwa 2 000 Wölfen werden im Durchschnitt 1 326 Nutztiere getötet. Trotz des steigenden Wolfbestandes kann keine Steigerung bei diesen Schäden festgestellt werden.

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss, damit die anderen Experten noch zu Wort kommen.

(Folie Nr. 37)

Dr. Sabina Nowak: Ja. – Man könnte sagen, dass 2016 die Schadensgröße in ganz Polen 171 000 Euro betrug. Das sind im Durchschnitt 152 000 Euro. Wir haben in Polen ein gutes Entschädigungssystem. Die Tierhalter bekommen recht schnell ihre Entschädigungen. Aber wie Sie sehen, ist eigentlich der Biber der Hauptentschädigungsträger in Polen. 95 % der Entschädigungen werden wegen Biberschäden ausbezahlt, an zweiter Stelle kommen Wolfsschäden, an dritter Stelle der Wisent, dann Bär und Luchs.

(Folien Nr. 39 und 40)

In Polen werden verschiedene Programme für die Tierhalter eingeführt. Es werden Ratgeber veröffentlicht sowie Schulungen und Beratungen für die Tierhalter durchgeführt. Den Tierhaltern werden auch verschiedene Instrumente zum Herdenschutz zur Verfügung gestellt. Früher erfolgte das durch Nichtregierungsorganisationen, heutzutage sind die Regionalämter für Umweltschutz dafür zuständig.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. Sebastian Fischer: Dziękuję za pani. Als Nächste erhält Frau Ilka Reinhardt das Wort. Sie kommt vom LUPUS Institut für Wolfsmonitoring und -forschung. Sie haben das Wort.

(Die Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Ilka Reinhardt: Schönen guten Tag! Danke für die Einladung. Zu Beginn möchte ich kurz vorstellen, welche Situation wir in Deutschland haben. Wir haben gerade die Karten aus Polen gesehen.

(Folie: Der Wolf in Deutschland)

Vielen von Ihnen wird das derzeitige Verbreitungsgebiet des Wolfes – von der Lausitz ausgehend nach Nordwesten – vertraut sein, obwohl wir auch im Süden und Südwesten geeignete Habitate haben. Wie wir gesehen haben, sind sie bis jetzt noch nicht wieder besiedelt.

(Folie: Der Wolf in Sachsen)

Wir haben allein in Sachsen im Monitoringjahr 2016/2017 fast 3 400 Wolfshinweise aufgenommen, bewertet und verarbeitet. Davon kamen 81 aus dem sächsischen Wildtiermonitoring, die dort von der Jägerschaft eingetragen worden sind. Wenn man diese Daten auf die Karte bringt, die Nachweise und die bestätigten Hinweise, bekommt man das Verbreitungsgebiet in Sachsen. Es macht im Monitoring bei der Datenauswertung sehr viel Arbeit, daraus die Anzahl der Territorien zu ermitteln. – Heute haben wir keine Zeit, das zu erklären, aber ich lade jeden von Ihnen gern zu

Vorträgen ein, wo wir auch das Monitoring weiter ausführen, wie wir zu diesen Karten kommen.

(Folie: Karte der Territorien)

Sie sehen den aktuellen Zwischenstand, den wir haben, sodass wir in Sachsen für das letzte Monitoringjahr von 19 Wolfsterritorien ausgehen; wobei die Auswertung noch nicht abgeschlossen ist. Wir warten für einige Gebiete noch die genetischen Analysen ab.

Ich möchte Ihnen ganz kurz etwas zur Biologie von Wölfen erzählen, weil das vielleicht auch für die Anträge wichtig ist, die hier vorliegen und über die wir diskutieren.

(Folie: Räumliche Organisation – Territorialität)

Der eine wichtige Fakt bei der Wolfs-Biologie ist, dass Wölfe in Territorien leben. Jede Wolfsfamilie besitzt ein eigenes Territorium, in dem sie vorkommt. Es ist nicht so, dass wir überall „freischwebende“ Wölfe haben. Wie groß diese Territorien sind, hängt davon ab, wie viel Nahrung auf der Fläche verfügbar ist. Wenn wir viele Beutetiere haben, weil das Habitat gut ist, weil das Pflanzenwachstum gut ist, dann können diese Territorien kleiner sein; in Gebieten mit wenig Produktivität – zum Beispiel im Norden Skandinaviens, wo wir wenig Huftiere auf der Fläche haben –, sind diese Territorien sehr viel größer. Die Territoriengröße hängt also hauptsächlich von der Nahrungsverfügbarkeit ab; es gibt keinen Standard der Territoriengröße. Es gibt Territorien in Portugal, die nur 80 Quadratkilometer groß sind, und in Skandinavien bis zu 2 000 Quadratkilometer. In der Lausitz hatten wir auch eine große Varianz bei telemetrierten Tieren zwischen 100 und 350 Quadratkilometern.

Das kann man sich im Hinterkopf halten, wenn man aus biologischer Sicht darüber spricht, ob eine Zonierung durchführbar ist; nicht aus rechtlicher Sicht, aber schon rein biologisch sind die Schutzgebiete, die wir in Deutschland haben, viel zu klein, um auch nur ein einziges Wolfsterritorium, eine einzige Wolfsfamilie darin zu beherbergen.

(Folie: Der „Ottonormalwolf“)

Wölfe leben in Familien; jedes Wolfsrudel ist eine Wolfsfamilie, und jede von diesen Familien lebt in einem Territorium. Die Größe dieser Territorien wird über die Nahrungsverfügbarkeit bestimmt. Das heißt, auch die Anzahl der Wölfe, die Dichte, die wir in einem Gebiet haben, ist davon abhängig, wie viel Nahrung in dem Gebiet verfügbar ist.

Wir haben bei uns eine für Mitteleuropa völlig normale Wolfsdichte, die wir auch in anderen Ländern so finden. In Gebieten, wo wir weniger wilde Huftiere haben, werden die Territorien und damit die Wolfsdichte kleiner sein.

Ein ganz wichtiger Fakt ist noch die Abwanderung. Jedes Jahr wandern die Jungtiere von diesen Wolfsfamilien ab, wenn sie erwachsen werden, und zwar beide Geschlechter. Deshalb können sich Wölfe einerseits sehr schnell und weit ausbreiten; aber es hat auch wieder damit zu tun, wenn man Wölfe auf bestimmte Gebiete beschränkt. Das kann man, wenn man es rechtlich durchsetzen kann, für Wolfsfamilien machen. Aber trotzdem muss man überall mit abwandernden Jungwölfen rechnen.

Das sehen wir aktuell in Schleswig-Holstein. Sie haben keine territorialen Wölfe, aber sie haben jedes Jahr mit den durchwandernden Wölfen dort zu tun, die dort auch Schafe reißen, wenn sie ungeschützt sind.

(Folie: Der Wolf – das Ende der Weidewirtschaft?)

Wenn man in der letzten Zeit die Medien verfolgt hat, dann konnte man den Eindruck bekommen, dass der Wolf das Ende der Weidetierwirtschaft bedeutet und dass jetzt bei uns wirklich das Ende des Abendlandes anbricht.

Deshalb möchte ich kurz eine Zusammenstellung vorstellen, wovon Wölfe in Europa leben. Einerseits, wenn wir uns Nord- und Mitteleuropa anschauen – es sind wissenschaftliche Studien gemacht worden –, fressen die Wölfe in diesen Gebieten, wie es Frau Nowak erzählt hat, in Polen, aber auch in Deutschland, in Skandinavien überwiegend wilde Huftiere. Wir haben auf jeden Fall Schäden an Nutztieren, aber das ist nicht das, wovon die Wölfe hauptsächlich leben. Sie leben überwiegend von wilden Huftieren, insgesamt zu über 90 %.

Gehen wir nach Südeuropa, sieht das schon deutlich anders aus. In Südeuropa haben wir Gebiete, in denen Wölfe wirklich überwiegend von Nutztieren leben.

(Folie: Nahrungsspektrum des Wolfes in Europa)

Wir haben Gebiete in Portugal, in Spanien, vereinzelt in Italien, wo das die Hauptbeute der Wölfe ist. Sie leben dort sehr viel mehr von Nutztieren als bei uns – schlicht aus dem einfachen Grund, dass es dort kaum noch wilde Huftiere gibt. Die hat der Mensch ausgerottet oder auf sehr kleinen Bestand zurückgedrängt. Trotzdem werden mir alle recht geben, wer dort schon einmal in Urlaub war: In Spanien, in Portugal und in Italien gibt es Weidetierhaltung. Der Mensch hat selbst in diesen Gebieten nicht aufgehört, wilde Huftiere zu halten.

(Folie: Konfliktpotenziale und Lösungsansätze)

Der Mensch hat – und das hat er gemacht, seitdem der Mensch angefangen hat, Huftiere zu domestizieren – Herdenschutzmaßnahmen umgesetzt. Das wird überall in Europa angewandt. In den Ländern, in denen der Wolf nie verschwunden war, ist es deutlich selbstverständlicher als bei uns, dass man die Huftiere vor den Wölfen schützt.

(Folie: Präventionsmaßnahmen)

Wie wir es gerade in Polen gesehen haben, wissen wir, dass es funktioniert. Wir sind auch international sehr gut vernetzt und wissen, welche Methoden funktionieren. Das ist ein Aufwand, das ist ganz klar. Für die Schafhalter ist es ein Mehraufwand, und man muss schauen, dass dieser entsprechend abgegolten wird. Aber es ist möglich, Nutztiere in Wolfsgebieten zu halten.

(Folie: Wölfe und Weidetiere in Deutschland)

Sehr wichtig ist dabei in den Gebieten, wo die Wölfe neu zurückkommen und es nicht selbstverständlich ist, die Herden zu schützen, dass dieser Herdenschutz wirklich

flächendeckend eingesetzt wird. Wir haben oft ein Mosaik, wie zum Teil bei uns. Noch ausgeprägter ist es in den alten Bundesländern, beispielsweise in Niedersachsen: Dort sind die wenigsten Herden geschützt, und zwischendrin ist eine geschützte. An diesen vielen ungeschützten Hoftieren können Wölfe sowohl lernen, dass Schafe leichte Beute sind, aber auch, wie man einfache Herdenschutzmaßnahmen überwindet. Man erhöht also das Problem noch, wenn man den Herdenschutz nicht flächendeckend in die Fläche bekommt. Es ist also sehr wichtig, das zu wissen. Dazu muss man sagen: Die Haupterwerbsschäfer, die professionellen Schafhalter kümmern sich in der Regel mit sehr viel Mühe darum, auch wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, zum Teil auch darüber. Das Problem sind oft die Hobbyhalter in der Fläche, die nur ein paar Schafe haben und diese nicht entsprechend schützen.

(Folie: Wölfe und Weidetiere in Deutschland – CDP-News)

Es gibt selten den Fall – es kommt vor, aber wirklich selten –, dass Wölfe empfohlene, zumutbare Schutzmaßnahmen überwinden. Das heißt, dieser flächendeckende Herdenschutz ist letztendlich die Lösung. Das ist auch das, was Frau Nowak gezeigt hat, warum die Anzahl der Schäden in Polen relativ gering ist. Dort war der Wolf nie weg, dort gehört der Herdenschutz zur Tierhaltung einfach dazu.

Wir wissen, wie wir Nutztiere vor den Wölfen schützen können. Wir haben in den meisten Bundesländern finanzielle Anreize, die wahrscheinlich nicht ausreichen und die man ausbauen muss. Man muss den Schafhaltern auf jeden Fall besser helfen. Aber wir wissen, wie wir die Tiere schützen können, aus sehr vielen europäischen Studien. Unser Hauptproblem – das ist in den alten Bundesländern ein noch viel größeres Problem als bei uns in der Lausitz – ist die Anwendung des Herdenschutzes. Er muss auch angewandt werden.

Man kann einen Schafhalter nicht zwingen, seine Schafe zu schützen. Das ist unser Problem, und es wird in Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein noch viel größeres Problem als hier in Sachsen werden, wo es überwiegend schon zur Anwendung kommt und auch die Haltungsform für die Schafe eine andere ist.

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Ilka Reinhardt: Ja. – Wenn man aus wissenschaftlicher Sicht sagt, Herdenschutz, der Schutz unserer Nutztiere ist unser Hauptproblem, dann muss man sich aus wissenschaftlicher Sicht immer fragen: Was ist eine geeignete Maßnahme, um diesen Konflikt zu lösen?

(Folie: Konfliktpotenzial – Ziel: Konfliktminimierung)

Aus wissenschaftlicher Sicht lautet die Maßnahme ganz klar: Herdenschutz. Herdenschutz funktioniert; damit kann man Schafe schützen. Was nicht funktioniert, das ist der Herdenschutz durch Bejagung. Wenn ich Wölfe bejage, dann muss ich die Herden trotzdem schützen. In bejagten Populationen – auch in Europa, in den Ländern, in denen Wölfe bejagt werden – werden Sie trotzdem keine ungeschützten Schafe finden. Wenn ich Wölfe bejage, dann ändert das nichts an der Tatsache, dass ich Herden schützen muss.

Letztendlich hilft die Diskussion – wie viele Wölfe, sind es mehr oder weniger und haben wir einen günstigen Erhaltungszustand oder nicht –, die wir heute die ganze Zeit führen, nicht weiter. Dem Schafhalter kann es völlig egal sein, ob die Wölfe in einem günstigen Erhaltungszustand sind oder nicht; denn er muss seine Schafe so oder so schützen. Dafür braucht er Hilfe, das haben wir gehört. Darum geht es. Aber wir können die Schäden nicht dadurch begrenzen, dass wir Wölfe bejagen.

(Folien: Wölfe in der Kulturlandschaft – 1 und 2)

Damit will ich zum Schluss kommen. Vielleicht einige Impressionen: Wölfe in der Kulturlandschaft. Es sind nicht nur Wölfe in der Kulturlandschaft, sondern Wildtiere, die bei uns in der Kulturlandschaft leben. Diese Bilder kennen wir alle, wir finden sie völlig normal. Das sind bejagte Tiere in der Kulturlandschaft, die nicht unsichtbar sind, die bis an die Orte herankommen, die in der Kulturlandschaft leben. Der Wolf lebt hier genau so wie alle anderen Wildtiere in der Kulturlandschaft, mit dem Unterschied, dass sie riesige Gebiete haben. Bei 200 Quadratkilometern ist es zwangsläufig, dass die Wölfe in Siedlungen und Straßengebieten entlanglaufen und dort ab und zu gesehen werden. Dieses Verhalten kennen wir auch von anderen Tieren.

Deshalb: Wölfe vermeiden das Zusammentreffen mit den Menschen, aber sie können unsere menschlichen Strukturen nicht komplett vermeiden. Ich lebe auch in der Lausitz, mitten im Wolfsgebiet. Den meisten Leuten dort ist es inzwischen relativ egal. Die Schafhalter müssen sich kümmern. Die anderen Leute haben sich daran gewöhnt.

Vielen Dank.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Als Nächster erhält Herr Jan Ole Schroers das Wort. Er kommt vom Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. Meine Damen und Herren Abgeordneten, seine Präsentation liegt Ihnen als Tischvorlage vor. Bitte sehr, Herr Dr. Schroers, Sie haben das Wort.

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Dr. Jan Ole Schroers: Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Reinhardt hat mir sozusagen eine Steilvorlage gegeben. Mein Thema sind jetzt die Kosten von Herdenschutzmaßnahmen in der Schafhaltung.

(Folie: Zielsetzung des Projekts ...)

Die Daten wurden zusammen mit der Vereinigung der Deutschen Landesschafzuchtverbände und den Landesverbänden erhoben. Wir haben Daten von 68 Praxisbetrieben erhoben, die aktiven Herdenschutz betreiben. Wir haben diese verschiedenen Herdenschutzmaßnahmen beschrieben, und für zwölf Modellbetriebe, die wir schon damals im Zusammenhang mit der Landschaftspflegeplanung beschrieben hatten, haben wir diese Kosten modellhaft beschrieben.

Ich denke, das passt auch zu dem Teil des Antrags der CDU- und der SPD-Fraktion, in dem es darum geht, den Schäfern oder den Weidetierhaltern Mehraufwendungen für den investiven Herdenschutz – also Investitionszuschuss –, aber auch für die laufenden Kosten finanziell auszugleichen.

(Folie: Herdenschutzmaßnahmen)

Welche Herdenschutzmaßnahmen wollen wir im Folgenden betrachten? Es geht zunächst um die Standardverfahren im Herdenschutz, die wir eben gesehen haben: Das sind Herdenschutzhunde, in geringerem Umfang, aber auch in der Praxis anzutreffen, Herdenschutzesel und – das wird, glaube ich, in Sachsen sehr stark diskutiert – die verschiedenen Formen des Herdenschutzzauns. „Exotisch“ oder unter betrieblichen Bedingungen gegebenenfalls auch für Kleinbetriebe relevant, ist das Aufstellen eines Mobilstalls auf der Weide. Das Einstellen über Nacht ist bei hofnahen Flächen möglich oder auch eine Behirtung in der Nacht. Aus Zeitmangel will ich in dem Zusammenhang nicht darauf eingehen.

Um die Augen zu schonen, können Sie auch in dem vorliegenden Ausdruck mitblättern.

(Folie: Kosten je Herdenschutzhund)

Es geht darum: Welche Kosten sind mit der Haltung eines Herdenschutzhundes verbunden? Zum sind es die Kosten für den Hund an sich. Wir gehen von einem Anschaffungspreis von 3 000 Euro aus. Das ist eine Mischung aus Anschaffungspreis und den Kosten für die Nachzucht des Hundes. Die Nutzungsdauer – das haben die Experten gesagt – kann man durchschnittlich auf acht Jahre festlegen, sodass die Kosten mit 375 Euro pro Hund und Jahr – sozusagen als Abschreibung für den Herdenschutzhund – zu Buche schlagen.

Bei den Betriebsmittelkosten – Hundefutter, Tierarztkosten, Versicherung, sonstiges Zubehör wie Halsbänder – sind wir bei rund 1 000 Euro. Häufig geht in der allgemeinen Diskussion unter, dass der Herdenschutzhund auch Arbeitszeit verursacht. Nach den Kalkulationen bzw. den beschriebenen Verfahren kommen wir auf gut 50 Arbeitskraftstunden pro Jahr und Hund. Umgerechnet auf den Tag sind das etwa 8 Minuten pro Hund. Ich denke, das ist eher schon die untere Grenze. Wenn man das mit einem Lohnsatz von 17,50 Euro multipliziert, dann kommen pro Hund nochmals etwa 900 Euro Lohnkosten hinzu.

Für Transporte, Transportanhänger etc., fixe Maschinenkosten und variable Maschinenkosten – der Hund muss zur Weide hin- und hertransportiert werden – sind Investitionen notwendig, sodass wir von 150 Euro Maschinenkosten ausgehen können und von knapp 60 Euro für die Einrichtung des Winterquartiers, sodass wir hier in der Summe der direkt zuzuordnenden Einzelkosten von rund 2 500 Euro pro Herdenschutzhund ausgehen können.

(Folie: Anzahl der Herdenschutzhund im Betrieb mit 400 Schafen?)

In unseren Modellbetrieben gehen wir von einer Schäferei mit 400 Mutterschafen aus. Die nächste Frage ist dann: Wie viele Herdenschutzhunde braucht man jetzt? Wir sind im einfachsten Fall davon ausgegangen, dass der Betrieb je Herde zwei Herdenschutzhunde braucht. Das hängt davon ab, wie die Schafhaltung organisiert ist. Es ist dann unterschiedlich, wie viele Herden es sind. Wir werden gleich sehen, am Küstendeich mit einer niedrigen Besatzdichte hätte der Betrieb dann fünf Herden á 80 Schafe, und dann bräuchte man dort schon zehn Herdenschutzhunde. Wir sind in der Regel davon ausgegangen, dass vier Herdenschutzhunde reichen.

Das hängt natürlich auch noch ab von der Schlaggröße, dem Wolfsdruck – wie stark ist der Druck, wie viel Rudel oder Wölfe sind dort vorhanden; können zwei Hunde dann eben den entsprechenden Schutz sicherstellen? – und der Topografie.

(Folie: Herdenschutz Hunde – Biotoptyp Flussdeich)

Wie bekommen wir die Kosten des Herdenschutzhundes in die Fläche? Ich habe dargestellt, dass wir von vier Herdenschutzhunden in dem Betrieb ausgehen. Multipliziert mit den genannten 2 500 Euro pro Hund und Jahr, sind wir bei rund 10 000 Euro Kosten im Betrieb.

Am Beispiel der Schäferei, die Flussdeichbeweidung macht: Sie kann während der Sommerweideperiode – das ist die betriebliche Weidefläche – mit den 400 Schafen 63 Hektar pflegen, sodass die 10 000 Euro geteilt durch die 63 Hektar etwa Kosten pro Hektar in Höhe von 160 Euro verursachen.

Wenn wir die 10 000 Euro für die vier Hunde durch die 400 Schafe teilen, dann treten Kosten je Mutterschaf für diese Maßnahmen für die Herdenschutzhundehaltung von 25 Euro pro Mutterschaf auf den Plan.

(Folie: Herdenschutz Hunde – Kosten je Hektar/je Schaf pro Jahr)

Hier noch einmal die Kosten dargestellt, differenziert nach den Biotopen, die wir in der Datensammlung Landschaftspflege dargestellt haben. Ich hatte eben schon darauf aufmerksam gemacht: Am Küstendeich, durch die andere Organisationsform, brauchen sie mehr Herdenschutzhunde. Da sind die Kosten von 480 Euro pro Hektar erheblich höher. Ansonsten bewegen sie sich um rund 200 Euro pro Hektar oder um die 25 Euro pro Mutterschaf. – Das ist auch alles in der ausführlichen Variante dieser Studie, die Ihnen vorliegt, dargestellt. Aus Zeitmangel gehe ich nicht auf die einzelnen Punkte ein.

(Folie: Herdenschutz Esel)

Die Herdenschutz Esel verursachen geringfügig niedrigere Kosten, aber es wirken dieselben Zusammenhänge wie bei der Herdenschutzhundehaltung, sodass wir von knapp 200 Euro pro Hektar ausgehen können.

(Folie: Herdenschutz Zäune – zusätzliche Kosten der Zaunabsicherung)

Die zweite wichtige und verbreitete Herdenschutzmaßnahme sind Herdenschutz Zäune. Hier müssen wir die zusätzlichen Kosten, die neben der regulären Schafhaltung noch durch den Herdenschutz auf die Betriebe zukommen, quantifizieren. Das heißt: Was ist die Referenz? Wie war die Situation ohne Wolfsdruck? Wie ist der Standard und was ist der Mindestschutz beim Herdenschutz Zaun?

Wir sind, was das Referenzsystem betrifft, noch in der Diskussion. Die Leute am Küstendeich oder auch am Flussdeich sagen: Bisher konnte ich es zur Flussseite offen lassen; jetzt muss ich auch diese Seite mit hineinnehmen. Also verursacht der ganze Zaun Kosten, die man der Maßnahme Herdenschutz anlasten muss. Bei anderen wäre es nur der 90-Zentimeter-Zaun mit dem Flatterband.

(Folie: Materialkosten Herdenschutz Zaun)

Wir hatten uns in der Expertengruppe darauf geeinigt, dass wir als Referenzsystem den Standard, das 90-Zentimeter-Schafnetz, und in der Herdenschutzvariante das höhere Netz von 1,20 Metern nehmen, das mit einer Breitbandlitze und einer erdnahen Litze mit Zusatzstäben versehen wird. Somit kommen wir auf zusätzliche Materialkosten von 62 Cent pro laufendem Meter Zaun. Diese auf drei Jahre abgeschrieben, würden für diese zusätzliche Ausrüstung zum Herdenschutzzaun Materialkosten von 21 Cent pro Meter Mobilzaun und Jahr bedeuten.

(Folie: Lohnkosten Herdenschutzzaun)

Beim Herdenschutzzaun gibt es einmal die Materialkosten. Aber wie wir gleich sehen, schlägt der Arbeitszeitaufwand zur Absicherung dieses Zaunes viel stärker zu Buche. Das ist das, was ich anfangs mit den laufenden Kosten beschrieben habe. Es werden hier drei Arbeitsgänge dargestellt: die zusätzliche bodennahe Litze spannen, die Breitbandlitze anbringen – jedes Mal pro Beweidung. Beim Flussdeich haben wir in dem Verfahren eine bis zu zweimalige Beweidung, also muss das in jeder Sommerperiode/Weideperiode zweimal gemacht werden. Dazu kommt ein zusätzlicher Arbeitszeitaufwand, um die Spannung zu kontrollieren und eventuelle Vegetation zu entfernen, sodass wir als Faustzahl von fünf zusätzlichen Arbeitskraftstunden je Kilometer Zaun für die Absicherung des Zaunes ausgehen können.

(Folien: Herdenschutzzaun 1 und 2)

Sie sehen, es ist wieder standarddifferenziert. Wir können also nicht sagen, das ist auf allen Biotopen ähnlich. Wir haben den Einfluss der Schlaggeometrie, der beispielsweise an den schmalen Flussdeichen viel stärker zu Buche schlägt, weil wir dort diese ungünstigen schmalen Schläge haben, sodass pro Hektar viel mehr Zaunmaterial benötigt, aufgestellt und kontrolliert werden muss.

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Jan Ole Schroers: Ja. – Das sind etwa 370 Euro pro Hektar bei zweimaliger Beweidung.

(Folie: Aufteilung der Kosten)

Auf der vorletzten Folie sehen Sie die Aufteilung der Betriebsmittelkosten, der Lohnkosten und der Maschinenkosten für die drei Maßnahmen Herdenschutzhund, Herdenschutzesel und Herdenschutzzaun. Die roten Tortenstücke stellen den Bereich dar, der durch eine investive Förderung adressiert werden kann. Er würde sozusagen wegfallen, wenn die Anschaffung des Herdenschutzhundes bzw. des Herdenschutzesels zu 100 % gefördert oder das Zaunmaterial zur Verfügung gestellt würde.

Ersichtlich ist aber, dass nur ein geringer Teil der gesamten Kosten der Herdenschutzmaßnahmen durch eine Investitionsförderung adressiert werden kann.

(Folie: Fazit)

Es entstehen zusätzliche Kosten und Arbeitszeitbelastungen durch Herdenschutzmaßnahmen. Die Höhe der Kosten ist sehr biotopspezifisch, betriebsspezifisch. Circa drei Viertel der Kosten der Herdenschutzmaßnahmen sind Betriebsmittel und Lohnkosten, also laufende Kosten. Wie bereits gesagt, kann die investive Förderung nur einen Teil der Kosten decken, der etwa im Bereich von 5 bis 20 % steckt.

Die Veröffentlichung liegt Ihnen vor. Sie können sie auch von unserer Homepage downloaden.

Vielen Dank.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen herzlichen Dank. Als Nächste erhält Frau Dr. Regina Walther das Wort. Sie kommt von Sächsischen Schaf- und Ziegenzuchtverband. Bitte sehr.

Dr. Regina Walther: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass auch wir hier das Wort ergreifen können. Ich möchte Ihnen drei Zahlen nennen, über die wir uns unterhalten, wenn wir über die Schaf- und Ziegenhaltung in Sachsen sprechen. Wir haben nach der Zählung 2016 in Sachsen 1 150 Haltungen, die 94 600 Schafe umfassen. Dazu kommen laut Tierseuchenkasse an die 8 000 bis 10 000 Ziegen. Sie werden über die Statistik nicht einzeln gezählt, und da sie fast alle in Einzelhaltung sind, kann man die Art der Haltung noch dazuzählen.

Das Besondere besteht darin, dass 13 % der Betriebe 78 % des Schafbestandes bewirtschaften, und 87 % der Haltungen besitzen 22 % des Schafbestandes. Das heißt also, wenn wir von Herdschafhaltung sprechen, dann sind das unsere Berufskollegen, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen müssen. Der größte Teil der Haltung befindet sich in Einzelhaltung.

Deshalb ist es so wichtig, was heute immer wieder herausgearbeitet wurde: Herdenschutz ist nicht nur dem Berufsschafhalter oder -ziegenhalter zu vermitteln, sondern wir müssen – Frau Reinhardt hat es gut herausgearbeitet – vor allem in der Fläche mit jedem sprechen, der im ländlichen Raum sein Hobby betreibt, indem er Schafe und Ziegen hält.

Um das voranzustellen, sage ich es nochmals und nicht zum ersten Mal: In der Art und Weise, wie der Wolf geschützt wird und sich frei bewegen kann, brauchen wir Weidetierhalter ihn hier nicht. Die Schäfer fragen immer wieder: Warum wird dieser hohe Schutz ausgesprochen? Er darf alles, und wir müssen sehr viel Arbeit investieren. Wir stehen insgesamt wirtschaftlich mit dem Rücken an der Wand und werden durch den Wolf auch noch besonders prekär behandelt. Trotzdem sind wir diese Ehe eingegangen, Herdenschutz zu betreiben, da wir nicht nur von den Schafen leben, sondern wir akzeptieren auch den Wolf als lebendes Tier. Nicht jeder akzeptiert ihn, das gebe ich zu. Wir haben sehr große Probleme und Auseinandersetzungen in unseren Versammlungen, wenn es darum geht – Frau Reinhardt hatte es gesagt –, Weidetierhaltung infrage zu stellen. Das sind also keine einfachen Probleme.

Zum deutschlandweit abgestimmten Wolfmanagement muss ich schon fragen: Was ist das? Wir als Vertreter der Weidetierhaltung Schafe und Ziegen haben seit Langem gefordert, dass nicht nur ein Beratungs- und Dokumentationszentrum bundesweit

eingrichtet wird. Es ist ein Vorteil, dass wir es bekommen haben; aber wir fordern für die Betroffenen ein bundeseinheitliches Kompetenzzentrum für den Herdenschutz, damit bestimmte Dinge geregelt werden können, und man sollte im Vorfeld der Arbeit die Fachleute aus der Praxis einbeziehen, damit nicht jedes Bundesland anfängt, an einer Wolfsverordnung zu erarbeiten, so wie es derzeit der Fall ist.

Jedes Bundesland hat Richtlinien, Managementprogramme, Pläne. Jeder nennt es irgendwie. Wenn man hineinschaut, dann gibt es eine Vielfalt von Dingen, die nicht geklärt sind. Es ist also nicht normal, dass flächendeckend Herdenschutz betrieben wird, auch nicht in den Bundesländern, die noch kein Rudel ausweisen können. Das zeigt sich jetzt in Baden-Württemberg. Wenn man dort der Auffassung ist, dass Gewässer nicht ausgegrenzt werden müssen, dann ist das die Einladung für den Wolf, der durch die Gegend zieht. Laut Aussage des Dokumentationszentrums hat ein männlicher Wolf auf zwei Stellen einen solch großen Schaden gemacht, dass das uns und auch dem Naturschutz, der sich für den Wolf einsetzt, sehr große Probleme bringen wird, weil wir jetzt wieder damit am Anfang stehen, was wir bei uns, in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt geklärt haben: Herdenschutz muss sein. Das sind Dinge, die man bundeseinheitlich abstimmen und regeln muss.

Es gehört dazu, dass die Bevölkerung aufgeklärt wird. Es kann nicht sein – wir haben es in unserem Managementplan geregelt und wir liegen damit auch auf einer geregelten gesetzlichen Grundlage –, dass ein Problemwolf, was immer das ist, entnommen werden darf. Aber es muss eigentlich auch der Öffentlichkeit klargemacht werden, dass damit nicht die Population ausgerottet wird, sondern dass wir hier ein Problem zu lösen haben, wo geprüft wurde, dass wir keine andere Alternative haben. Das Rosenthaler Rudel hat uns ja – bei allem, was wieder mit auf der Seite des Schafhalters gelegen hat – riesige Probleme bereitet und große Diskussionen hervorgerufen.

Wir brauchen so ein Zentrum, damit die Maßnahmen insgesamt hinsichtlich Forschung, Analysen und einheitlichen Handelns koordiniert werden können.

Was mir noch viel wichtiger erscheint: dass die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Landwirtschaft und der Umwelt so abgestimmt werden kann, dass wir auch mit einer einheitlichen Stimme innerhalb der EU unsere Probleme darlegen können. Es kann doch nicht sein, dass jedes Bundesland mit seinen Mindestforderungen dort anstellig wird; dass es bei einzelnen Problemen – und hier wurde heute auch gesagt, was alles gemacht werden muss, wenn man überhaupt erst einmal so eine Verordnung umsetzen will – rechtliche Vorarbeiten zu geben hat. Aber dafür fühlt sich eigentlich in dieser Bundesrepublik niemand zuständig.

Deswegen möchte ich noch einmal unterstreichen, dass wir dieses Kompetenzzentrum fordern, wo auch unsere Meinung und unsere Vorarbeit mit eingearbeitet wird.

Wenn wir davon ausgehen, dass gefordert wird, dass wir uns mit bundeseinheitlichen Regelungen beschäftigen sollen, dann muss ich sagen, es fällt mir schwer. Wir haben hier in Sachsen sehr gut vorgearbeitet. Das wurde heute schon mehrfach herausgestrichen und meines Wissens sind wir das einzige Land, wo auch im Naturschutzgesetz die Entschädigung manifestiert ist. Dort steht im § 40 drin, dass uns Entschädigung zugesprochen werden kann.

Prävention und Schadensausgleich – das muss man auch wissen – sind noch nicht in allen Bundesländern vorgesehen. Wem wollen wir uns hier anpassen?

Was ich noch hervorheben muss – auch das muss bundeseinheitlich beraten werden –, das ist zum Beispiel die Tierschutzhundeverordnung. Herr Kucznik hat sich mit dem Einsatz von Herdenschutzhunden heute erstaunlicherweise sehr zurückgehalten, weil das wahrscheinlich nicht in Ihren Anträgen enthalten ist; aber die Tierschutzhundeverordnung und der Einsatz der Herdenschutzhunde zum Schutz unserer Herden macht uns riesige Probleme. Hier brauchen wir wirklich Unterstützung, dass nicht nur darüber geredet, sondern dass sie auch umgesetzt wird.

Abschließend möchte ich sagen: Ich denke, dass wir mit unserem Managementplan – der sicherlich nach den vielen Jahren, wo er zum Einsatz kommt, einer Durchsicht bedarf –, sehr gut ausgerüstet sind. Wir haben als Verbände daran mitgearbeitet und ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft einbezogen werden. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit mit unserem Landwirtschaftsministerium; sicherlich gibt es auch hier Reserven.

Reserven sehen wir aber vor allen Dingen auch in der Zuordnung, was die Rissbegutachtung zum Beispiel von der Praxis aus betrifft, und in der Ansage, dass wir verpflichtet werden, Flatterband anzubringen oder über die 90 Zentimeter hinaus diese Dinge verpflichtend zu machen. Das lehnen wir ab. Hierzu haben wir diese KTBL-Studie mit durchgeführt und es muss für jedes Gebiet, für jedes Bodenrelief eigentlich für sich immer wieder entschieden werden, welche Maßnahme ich hier über den Mindestschutz hinaus noch treffen muss.

Vielen Dank.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Frau Dr. Walter.

Damit sind wir mit den Expertenbeiträgen durch. Ich möchte mich bei Ihnen, meine Damen und Herren, recht herzlich bedanken.

Wir werden um 14 Uhr die Anhörung mit der Fragestunde weiterführen und jetzt für eine Mittagspause unterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen guten Appetit!

(Unterbrechung von 13:10 bis 14:00 Uhr)

Vors. Sebastian Fischer: Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Anhörung fort und kommen zur Fragerunde. Zuerst erhalten die Obleute der Fraktionen das Wort. – Bitte sehr, Herr Abg. Winkler für die SPD-Fraktion.

Volkmar Winkler, SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständigen! Herzlichen Dank für die ausführlichen Beschreibungen dieser Problematik und das Eingehen auf unsere Anträge.

Zu Beginn stellt sich mir eine Frage, die die Hybridisierung des Wolfsbestandes betrifft. Herr Berndt deutete es an und in Gesprächen mit Jägern, die ich kenne, ist von einer sich verbreitenden, zunehmenden Hybridisierung die Rede gewesen. Frau Jarausch

legte wissenschaftlich fundiert dar, dass die Hybridisierung keine Problematik darstellt und dass sie unter 1 % des Bestandes liegt. Wie kommt die Jägerschaft zu diesem Missverständnis? Vielleicht kann mir Herr Berndt etwas dazu sagen.

Mich interessiert – Frau Dr. Nowak ist leider noch nicht anwesend –, wie die polnische Seite die Hybridisierung wahrnimmt und ob es darüber Analysen gibt. Vielleicht könnte sie aus ihrer Sicht etwas dazu sagen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Berndt, bitte; Sie erhalten das Wort.

Christian Berndt: Die Aussage ist so: Wenn ich vergleiche, was im Senckenberg Museum untersucht wurde, dann sind das die Proben, die sie erhalten haben. Jetzt ist die Frage: Welche Proben sind das? Dabei fehlen auch Proben von hybridisierten Wölfen. Wir als Jäger bemerken, wenn wir auf Jagd sind, dass die Wölfe keine Distanz haben. Ob sie mich nun begleiten, wenn ich vom Ansitz komme oder zum Ansitz gehe, oder wenn ich ein Stück Schalenwild aufbreche, dass sie schon hinter mir stehen und warten, was sie als Beute machen können – es sträuben sich einem schon ein wenig die Nackenhaare. Wenn man dann sieht, wie sie sich parallel zu Fußgängern verhalten, wie sie sich den Gebäuden bzw. Ortschaften nähern, dann ist das nicht wildtiertypisch, sondern es ist eine Mischung vorhanden.

Es ist auch nicht so, dass als einziges Institut Senckenberg Untersuchungen durchführt. Es gibt weitere Institute, zum Beispiel ein Hamburger Institut, das sich nur mit Hunden beschäftigt. Warum wird dort nicht mal ein Vergleich angewandt? Ich weiß, dass auch der DJV genetische Untersuchungen mit Wölfen aus Polen und Russland durchgeführt hat. Sie haben natürlich nicht dem Institut – nicht Senckenberg, sondern einem anderen Institut – gesagt, welche das sind. Es kamen ganz verschiedene Ergebnisse heraus. Plötzlich waren Hunde dabei. Wenn man sich das Spektrum ansieht, wie die Differenz zwischen Wolf und Hund ist, dann ist hinten eine Unterscheidungsmöglichkeit von 5 %. Das genau zu unterscheiden und genau herauszubekommen ist sehr, sehr schwierig. Es wird immer die Tendenz Wolf oder Hund herausgestellt – wie man es gerade braucht. Das ist es, was wir immer kritisieren, und es wird damit nicht ganz sauber und ehrlich umgegangen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Gibt es eine Nachfrage? – Bitte sehr, Herr Abg. Winkler.

Volkmar Winkler, SPD: Sie schließen sozusagen aus dem Verhalten der Wölfe die Veränderung, die Hybridisierung des Wolfsbestandes, wenn ich es richtig verstehe. Ich hätte zu dieser Problematik gern Frau Jarausch gehört, nachdem Sie es mir bestätigt haben, dass Sie es aus dem Verhalten heraus schließen.

Vors. Sebastian Fischer: Frau Jarausch, bitte.

Anne Jarausch: Ich weiß nicht, ob ich zum Verhalten der Wölfe die richtige Ansprechpartnerin bin. Vielleicht sollte ich die Frage besser weitergeben an Frau Ilka Reinhardt.

Vors. Sebastian Fischer: Bitte, geben Sie die Frage weiter.

Ilka Reinhardt: Diese vorgebliche Hybrid-Diskussion haben wir schon seit 2007/2008, als der Verein Sicherheit und Artenschutz Leute aus Finnland hierher geholt hat, die in der „Bild“-Zeitung als finnische Wolfsexperten bezeichnet wurden, aber in Finnland als Wolfsgegner bekannt sind und damals anhand optischer Merkmale der Meinung waren, Hybriden festzustellen.

Die genetischen Untersuchungen – das hat Frau Jarausch ausgeführt – geben darauf keinen Hinweis. Es wird immer vergessen zu sagen: Bei den Hybriden, auch damals 2003, die in Sachsen aufgetaucht sind, waren wir die Ersten, die gesagt haben, dass es ein Hybridisierungsproblem gibt und dass diese Tiere aus der Natur entnommen werden müssen. Das ist nach wie vor so. Wenn es Hybridisierung gibt – man kann unsere Stellungnahme zu diesem Fall in Thüringen nachlesen –, dann ist ganz klar, dass wir eine Entnahme empfehlen, und wir sind auch international d'accord. Man muss eben Hybriden nachweisen, und das geht nicht, nur weil der sich vielleicht ein wenig anders verhalten hat. Dann frage ich mich auch: Wenn es solch ein krasses Verhalten gibt, warum wird es nicht gemeldet? Es gibt das sächsische Wildtiermonitoring, wohin Dinge gemeldet werden können. Es können dazu auch Proben abgegeben werden. Uns liegen keine Proben vor. Es liegen auch keine phänotypischen Auffälligkeiten vor; denn sonst würden wir sehr schnell reagieren und es abklären. Diese Geschichten kennen wir seit zehn Jahren, aber wir haben keine Daten dazu.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Da Frau Dr. Nowak noch nicht anwesend ist, erteile ich dem nächsten Abgeordneten das Fragerecht. Herr Abg. Heinz, bitte.

Andreas Heinz, CDU: Auch im Namen der CDU-Fraktion vielen Dank für die interessanten Ausführungen. Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Schroers. Sie haben diese Mehraufwendungen sehr detailreich versucht zu berechnen. Meine Sorge ist: Wie bekommen wir es denn praktikabel geregelt, dass solche Mittel nicht mit viel Dokumentation und dreifacher Nachbereitung und Kontrolle usw. auszureichen sind? Man müsste irgendwelche Pauschalsätze festlegen, um das Ganze praktikabel zu gestalten. Hätten Sie dazu eventuell einen Vorschlag?

Ich habe zwei Fragen an Frau Dr. Walther. Worin sind wir in Sachsen, im Vergleich mit Regelungen in anderen Bundesländern, gut, und worin sind eventuell andere Bundesländer besser? Ebenfalls an Sie richte ich die Frage nach dem praktikablen Ersatz der Mehraufwendungen. Können Sie hochrechnen oder einschätzen, wie viel es in ganz Sachsen ausmachen würde?

Die letzte Frage geht an Frau Dr. Walther bzw. an Herrn Kucznik. Schätzen Sie ein, dass die Schäfer auf Dauer bereit sein werden, auch wenn Sie den Mehraufwand vergütet bekommen, das alles tagtäglich leisten zu wollen, oder werden sie von sich aus irgendwann sagen, das ist einfach zu viel Arbeit, das ist der ganze Spaß nicht wert? – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Zur ersten Frage Herr Dr. Schroers, bitte.

Dr. Jan Ole Schroers: Die Frage nach den Vergütungsmodellen geht ja ins Thema der Förderrichtlinien etc. hinein. Das, was ich dargestellt hatte, waren ja zum einen Hektarsätze bzw. Kostensätze pro Schaf. Wenn man vermeiden will, dass ein gewisser Teil der Schäfer quasi „unterfördert“ wird – zu wenig bekommt – und die anderen zu viel bekommen, dann ist es immer ratsam, ohne den Kollegen von der sächsischen

Agrarverwaltung ins Handwerk reden zu wollen, möglichst nah am Förderobjekt dranzubleiben. Ich gehe davon aus, dass es am besten wäre – ich weiß nicht, ob das richtlinienkonform ist –, pro Hund zu fördern, und zwar nicht nur die Anschaffung, sondern – wie dargestellt – die Kosten für Unterhaltung und Betreuung inklusive der Arbeitszeit.

Beim Herdenschutzzaun stellt sich das ähnlich dar. Ich habe auch aufgezeigt, dass der Flächenzuschnitt ganz entscheidend ist und dass die Kosten pro Hektar stark variieren. Das ist ganz logisch, denn der Kostenträger oder Kostenverursacher ist der Feldstücksumfang. Da wäre eine Idee: Man hat ja digitalisierte InVeKoS-Daten. Man könnte prüfen, ob man einen Fördersatz pro Meter, pro Kilometer Feldstücksumfang für die Herdenschutzmaßnahme Zaun auf den Weg bringen könnte. Ich weiß nicht, mit wie viel Verwaltungsaufwand das verbunden ist. Das hängt stark davon ab, ob die geografischen Informationssysteme, die der Agrarverwaltung in Sachsen vorliegen, Feldstücksumfänge berücksichtigen bzw. ausgeben können. Theoretisch müsste es möglich sein, dass man fragt: Wie viel Meter Feldstücksumfang hat Schäfer XY zu bewirtschaften? Ich weiß nicht, ob das praktikabel ist. Aber es wäre aus betriebswirtschaftlicher oder förderökonomischer Sicht recht ratsam.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Frau Dr. Walther, bitte.

Dr. Regina Walther: Zum zuletzt Gesagten: Wir haben vor circa vier Wochen eine Veranstaltung in Berlin durch die VDL durchgeführt, wozu wir Vertreter aus den Ministerien aller Bundesländer eingeladen hatten, die mit dieser KTBL-Studie arbeiten sollen. Zur ersten Frage – wo sind wir gut, wo sind wir besser? – kann ich gleich ergänzen: Ich muss sagen, dass zwei anwesende Kolleginnen aus Sachsen und Brandenburg mit dieser Studie überhaupt etwas anfangen konnten. Das heißt, bei uns ist das LfULG schon an der Arbeit, um Ihnen die Antwort auf die Frage geben zu können, die Sie mir gestellt haben. Unser LfULG und die Wirtschaft beschäftigen sich intensiv damit, und ich hatte auch den Eindruck von der Kollegin aus Brandenburg. Das waren die beiden, die sich damit beschäftigt haben. Aus den anderen Bundesländern war entweder niemand anwesend oder es war völliges Neuland.

Das heißt, dass wir bei all diesen Dinge, die wir heute diskutiert haben – sicherlich liegt das in der Natur der Sache, weil wir uns mit dem Wolf und der Weidetierhaltung auseinandersetzen müssen –, schon in einem ganz anderen Plan drin sind, als es in anderen Bundesländern der Fall ist. Deshalb ist es so schwierig zu sagen – ich habe versucht, das in meinem Beitrag herauszustellen –, wir müssen angleichen und Regeln schaffen. Ich will nicht überheblich sein, aber ich würde schon sagen: Die anderen müssen da zu uns kommen. Das haben sie auch in den letzten Jahren getan. Wir hatten ja viele Delegationen, um unsere Dinge zu zeigen. Ich denke, das betrifft auch die Herdenschutzhund. Frank Neumann hat hierbei Wesentliches geleistet. So ist es auch zurzeit.

Wie wir das eintakten können, das muss sicherlich über die Agrarverwaltung gestaltet werden. Ich hatte vorhin die Zahl genannt: circa 94 000 Schafe. Aber dort sind alle mit enthalten. Wenn wir von der Herdenhaltung sprechen, liegen wir bei 60 000 Mutterschafen. Das Einfachste wäre natürlich, man würde das ans Muttertier anbinden. Aber ich weiß selbstverständlich, das bringt man gleich wieder mit Koppelprämie an das Tier in Verbindung. Das wäre das Einfachste, auch zum Kontrollieren. Wir müssen unsere Bestandstiermeldung vornehmen, das ist alles dokumentiert, und da muss ich

nicht nachprüfen, sondern das liegt alles vor und man müsste nur ausrechnen. Dort sind wir dran. Wie hoch muss es sein, wenn ich zum Beispiel eine 500er Herde im Vogtland oder Erzgebirge habe, wo ich kleinteilige Flächen pflege und all diese Dinge zu erledigen habe? Dort muss es sicherlich anders sein, als wenn ich in der Dübener Heide auf klarer Fläche bin, was den Aufwand für den Wolfsschutz anbelangt. Aber dafür haben wir das unterschiedlich angelegt. Eine pauschale Lösung geht, denke ich, nur über das Tier.

Zur Frage, ob unsere Schäfer in Zukunft gewillt sind, diesen Aufwand zu betreiben, ist zu sagen: Wenn es uns nicht gelingt, etwas hinsichtlich der Nachwuchsförderung zu tun und den Einsatz von Fachleuten in unseren Beruf wieder hineinzubringen, dann wird das Generationsproblem diese Frage für sich beantworten. Dann werden wir keine Schafherden mehr haben, sondern uns nur noch über die Kleinstschafhaltung unterhalten, wo unsere jetzige Jugend entspannt nach Hause kommt und vielleicht Schäfchen zählt. Dieser Berufsstand – das wird Ihnen Herr Kucznik noch sagen können – ist so wichtig, und wir in Sachsen haben es dabei fünf Minuten nach zwölf. Das Durchschnittsalter unserer Schäfer liegt bei 60 Jahren und darüber, und wir haben gegenwärtig zwei Lehrlinge, die wir ausbilden.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Kucznik.

Knut Kucznik: Wenn es in Sachsen fünf Minuten nach zwölf ist, dann ist es in Brandenburg zehn Minuten nach zwölf. Der Rest von Deutschland hat den Schuss noch gar nicht gehört. Das steht fest.

Hier in Sachsen hat mit den Wölfen alles begonnen, und wir Brandenburger kamen ja gleich danach, und jetzt zanken wir darüber, wer mehr hat. Die anderen haben noch gar nicht begriffen, dass so etwas passieren wird. Wir haben gelernt, damit umzugehen. Die Kollegen, die diesen Beruf jetzt noch ausüben, machen das aus Passion, aus tiefster Überzeugung. Teils sind hohe Investitionskosten in die Betriebe geflossen. Sie können gar nicht so schnell aufgeben. Das Schlimme ist, dass Betriebsnachfolger überhaupt nicht nachrutschen können. Wir können keine neuen Fachleute gewinnen, die diesen Beruf lernen; denn die Arbeitsbelastung, die diese Kollegen dann erwartet, ist nicht mehr zeitgemäß.

Die Debatte um den Mindestlohn wird ja in der Bevölkerung gerade geführt. Wie soll ich denn jemandem erklären, dass Sonnabend und Sonntag Montag ist? 18 Uhr ist frühmorgens am Tag. Das ist normal für uns Hirten. Irgendwie hat sich das in den Kopf eines jeden eingenistet: Wir Hirten sind belastbar, das geht schon. Was? Du hast einen Buckel, dann kriegst Du einen Klumpfuß noch dazu. Jetzt haben wir den Wolf noch neben dieser Belastung.

Egal, wie Sie sich entscheiden, der Berufsstand des Hirten geht schon über 3 000 Jahre. Er wird auch noch weiterhin bestehen bleiben. Im Herzen wird es immer wieder Leute geben, die sich für diesen Beruf entscheiden werden, wenn die Ausgangssituation wieder gut ist. Im Moment sind Sie dabei, die Ressource zu verspielen, die Sie haben.

Was meinen Sie denn, wie viel Geld Sie als Land Sachsen in die Hand nehmen müssen, wenn zum Schluss die Rückforderungen von der Europäischen Union kommen, weil die FFH-Gebiete nicht vernünftig gepflegt sind? Was meinen Sie denn,

wie viel Millionen Sie dann in die Kasse packen können? Das ist eine Voraussage von mir. Man kann mir auch sagen: Nein, Herr Kucznik, damit haben Sie unrecht. Das ist nicht so schlimm, Brüssel wird da nichts machen. Aber ich sage es Ihnen jetzt schon: Dann gehen Sie los und sagen: Verdammt! Wie bekomme ich die FFH-Gebiete jetzt gepflegt? Wie soll ich das machen? Dann kommen Sie zu mir und dann werde ich sagen: Ja, ich bilde Ihnen drei aus. Dann werde ich Ihnen einen Preis nennen und an den Tag zurückdenken, an dem man mir erzählt hat, Herdenschutz sei finanziell nicht leistbar.

Es ist doch völlig egal, welche Zahl Sie berechnen. Niemand sagt Ihnen, dass Sie einen Müllmann für 6 Euro arbeiten lassen sollen. Niemand sagt Ihnen, dass eine Verkäuferin für 6 Euro arbeiten soll. Wieso sollten wir jetzt jungen Leuten erklären, schützt die Natur, schützt die Deiche? Wenn wir hinausschauen, sehen wir das. Schützt die Lawinenabgänge in den Bergen für 6 Euro in der Stunde und sieben Tage in der Woche. Das ist gerade das Los unserer Kollegen. Man kann an den Fingern abzählen, wie weit das gehen wird. Sie haben es in der Hand.

Sicher reden wir jetzt nicht über dicke Schafe und nicht darüber, wie viel Milchleistung ein Milchschaaf bekommt. Wir reden darüber, ob eine Eidechse in der Heide herumrennt oder ein Grashüpfer irgendwo herumhüpft oder ein ganz seltener Schmetterling herumfliegt, der vom Aussterben bedroht ist. Wir Schäfer sind die Einzigen, die diese Gebiete jetzt noch pflegen können. Sie haben es in der Hand, das zu regeln – zumindest, dass die Strukturen in Takt bleiben. Denn nur mit großen Herden können Sie die Schutzgebiete pflegen, nicht mit 25 oder 30 Schäfchen hinterm Haus. Das ist nicht mehr schlagkräftig.

Eine Heide von 800 Hektar schaffen Sie nicht mit 25 Schafen, sondern dazu brauchen Sie 2 500. Für 2 500 brauchen Sie einen Fachmann, jemanden, der das Auge eines Hirten hat. Das bekommt man nicht auf einmal, sondern das wird einem von einem alten Meister beigebracht. Das liest man nicht in den Büchern, sondern das lernt man anhand der Herde. Alle diese Leute gehen jetzt in Rente, und ihre Herden gehen zum Schlachter. Sie können das aufhalten, und wenn Sie es nicht tun, dann wird sich irgendwann ein neues Hirtentum in Deutschland bilden. Aber unter den derzeitigen Voraussetzungen werden wir keinen jungen Menschen anstacheln können, sich jetzt selbstständig zu machen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Frau Abg. Kagelmann, bitte.

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE: Danke schön, Herr Vorsitzender! Ich habe den letzten Worten andächtig gelauscht. Von der Linksfraktion herzlichen Dank! Ich habe selten eine so spannende und hochkarätig besetzte Sachverständigenanhörung erlebt.

Ich beginne bei unserem Gast aus Polen, Frau Nowak.

Vors. Sebastian Fischer: Frau Nowak ist leider noch nicht anwesend.

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE: Dann muss ich das zurückstellen. Meine zweite Frage geht auch an Frau Dr. Nowak, aber ich würde dabei auch gern Frau Reinhardt und Herrn Dr. Knauer ansprechen. Es geht noch einmal um die These – Herr Berndt hatte sie, glaube ich, aufgestellt –, dass die Selbstregulation von Wild in der Kulturlandschaft nicht mehr funktionieren würde. Das große Nahrungsangebot stünde dagegen. Ich weiß

nicht, ob Sie, Herr Berndt, gesagt haben, dass die Reproduktionsrate von 30 % exorbitant hoch wäre. Ich hätte gern von Frau Reinhardt, Herrn Dr. Knauer und Herrn Prof. Herzog ein paar Worte dazu gehört: Stimmt das so? Ist die Selbstregulierung in der Kulturlandschaft möglich oder nicht mehr möglich?

Zum praxisgerechten Herdenschutz hat Herr Kucznik viel gesagt. Mir geht es um den gesamten Komplex, das Plädoyer für einen stärkeren Herdenschutz, für eine stärkere finanzielle Unterstützung der artgerechten Weidehaltung. Das, denke ich, teilen viele hier im Raum; das ist klar. Wir haben heute auch von Herrn Dr. Schroers gehört, wie das ganz praktisch aussehen könnte. Herr Kucznik und eventuell Frau Dr. Walther, mich interessiert, ob Sie sich jenseits einer künftigen GAP-Debatte auf die Schnelle ganz praktische Investitionshilfen etc. vorstellen können, die allein hier im Land Sachsen verantwortet werden könnten und bei denen wir uns nicht auf Debatten über eine gekoppelte Prämie oder auch nicht für die nächste GAP-Periode vertrösten lassen müssen. Wie gesagt, ich habe eben noch ein bisschen sinniert und Ihren Antworten nachgehangen, aber wenn Sie etwas dazu zu ergänzen hätten, wäre ich daran interessiert.

(Die Sachverständige Dr. Sabina Nowak betritt den Plenarsaal.)

Frau Dr. Nowak kommt jetzt zurück. Zur Überbrückung noch eine Frage, mit der ich keinen speziellen Sachverständigen anspreche – eine allgemeine Einschätzung, wer sich berufen fühlt –: Ich habe noch nicht recht verstanden, worin der Mehrwert einer Wolfsverordnung für Sachsen besteht, da ich der Auffassung bin – das habe ich in der Vergangenheit mehrfach zum Ausdruck gebracht –, dass das sächsische Wolfsmonitoring ein sehr gutes Instrument ist und auch in Fragen von Identifikation von Problemtieren, von Isolierung und Entnahme von Problemtieren aus meiner Sicht funktioniert hat, auch bei jenen Fällen, die wir in der Vergangenheit bearbeitet haben. Ich habe mir den Regelungsgehalt von Brandenburg herausgezogen. Außer dem Hochzoomen auf das LfULG kann ich nicht wirklich erkennen, worin für Sachsen der Mehrwert läge. Das ist ganz wichtig zur Beurteilung des GRÜNEN-Antrages.

Da jetzt Frau Dr. Nowak eingetroffen ist, kann ich mit der letzten Frage abschließen: Ganz zu Beginn der Anhörung sprach Herr Thies von der Angst vor dem Wolf in der Bevölkerung. Von Frau Dr. Nowak habe ich nicht gehört, dass es in Polen größere Ängste in dieser Frage gibt. Frau Dr. Nowak, ich bitte Sie herzlich, noch einmal auszuführen: Gibt es in der Bevölkerung Polens eine weit verbreitete Angst vor dem Wolf? Gibt es aus der Jägerschaft in Polen einen starken Druck zur Bejagung, und wie geht Polen mit solchen Ängsten um?

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Wir steigen ein mit der ersten Frage, die an Frau Reinhardt gerichtet ist.

Ilka Reinhardt: Das war die Frage zur Selbstregulierung in der Kulturlandschaft. Wölfinnen und Wölfe sind Top-Prädatoren wie Bären und Seeadler. Denken Sie an das, was wir früher in der Schule gelernt haben, an die Nahrungspyramide. Das heißt, die Top-Prädatoren werden aus dem System selbst reguliert. Es hat niemals eine Regulation durch Prädatoren – das wären wir Menschen in der Kulturlandschaft, die darüber stehen – in der Natur stattgefunden. Seitdem wir Menschen auf den Plan gekommen sind und angefangen haben, Tiere zu bejagen, haben wir eingegriffen. Aber auch ohne eine menschliche Bejagung würde sich das System in der Natur selbst

regulieren. Es kann allerdings sein, dass wir in der Kulturlandschaft höhere Dichten haben als in einer Naturlandschaft, weil mehr Nahrung zur Verfügung steht. Unsere Schalenwildbestände, die wilden Huftiere, sind in Deutschland wahrscheinlich so hoch wie nie zuvor, also viel höher, als wir es in einer Naturlandschaft hätten. Dadurch kann es sein, dass wir in einer Kulturlandschaft nicht nur höhere Schalenwildbestände, höhere Huftierbestände, sondern auch von den Beutegreifern höhere Dichten haben; denn das wird in den Territorien durch das Nahrungsangebot reguliert.

Die Vermehrungsrate von 30 % ist, wenn man in die Literatur schaut, nichts Ungewöhnliches. Das ist schon lange bekannt. Es gibt sehr viele Studien aus Nordamerika. Das, was wir momentan sehen, ist eine Ausbreitung der Population in wolfsfreie Gebiete. Man darf aber nicht erwarten, dass das Populationswachstum auf ewig so weitergeht. Wenn man eine Sättigung in einem Gebiet erreicht, das heißt, wenn die Territorien besetzt sind, dann wird das stagnieren. Was wir in der Natur nicht haben und immer beschwören, ist ein Gleichgewicht, sondern wir haben eine Fluktuation. Aber solange wir sehr viele wolfsfreie Gebiete haben, die aus Sicht der Wölfe – vielleicht nicht aus menschlicher Sicht – durchaus geeignet sind, können wir davon ausgehen, dass ein hohes Populationswachstum und eine hohe Verbreitung weiterhin stattfinden werden. Das ist nichts Unnatürliches. Unnatürlich „aus Sicht des Wolfes“ ist die Situation, dass wir überall wolfsfreie Gebiete haben. Dadurch gibt es erst die Möglichkeit, dass die Population so schnell wachsen kann. Wenn Sie gesättigte Gebiete haben, wo es überall Wölfe gibt, dann pegelt sich das auf einem höheren oder niedrigeren Wert, je nachdem, ein.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Dr. Knauer, bitte.

Dr. Felix Knauer: Zur Selbstregulierung: Die Wölfe treten territorial auf. Diese Territoriengröße richtet sich nach dem Nahrungsangebot. Frau Reinhardt hatte vorhin gezeigt, dass sie durchaus zwischen 80 und 2 000 Quadratkilometer groß sein können. Aber sie gehen nicht auf hundert oder wenige Quadratmeter zurück. Wenn es keine Selbstregulierung geben würde, dann könnten wir uns theoretisch den Fall vorstellen, dass sie so dicht wären, dass sie im Wald nicht mehr nebeneinander Platz hätten und übereinander stehen würden. Es ist schon klar, es gibt immer eine Selbstregulierung. Wo sie stattfindet, ist eine Frage des Nahrungsangebotes.

Wir haben in der Kulturlandschaft viele andere Todesursachen, zum Beispiel durch den Straßenverkehr. In Deutschland gibt es den Nachweis illegal geschossener Wölfe. Es gibt Krankheiten, die auch durch den Menschen – durch Haustiere – auf die Wölfe übertragen werden. Wir werden wahrscheinlich nie den Stand erreichen, dass sich die Wölfe allein selbst regulieren, sondern sie werden immer etwas darunter bleiben, was maximal möglich ist.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Herzog, bitte.

Prof. Dr. Sven Herzog: Zur Ergänzung: Es wurde schon viel gesagt, aber das Problem ist auch wieder die Frage der Akzeptanz. Das heißt, wenn der Selbstregulationseffekt beim Wolf einsetzen wird, haben wir möglicherweise eine Dichte erreicht, die durch die Menschen einfach nicht mehr akzeptiert werden wird. Darin sehe ich das Problem, das auf uns zukommen wird. Im Zivilisationsraum ist genau dieses Nahrungsangebot in vielfältiger Form vorhanden. Wir haben relativ viele Beutetiere in den Wäldern. Ob das natürlich oder nicht natürlich ist, würde ich ein wenig infrage stellen. Auch im Naturwald

gibt es hohe Huftierdichten. Das kommt immer auf die Situation an; das will ich jetzt nicht vertiefen.

Wir haben durch das Angebot an Haus- und Heimtieren Potenziale, bei denen wir noch nicht wissen, wie sie erschlossen werden. Wir haben bis hin zu den Städten Mülltonnen und gelbe Säcke, die die Tiere auch erschließen können, wenn sie nicht dumm sind, und das sind sie nicht. Hier würde einfach eine Selbstregulation erfolgen, die in der Tat – das wissen wir heute – definitiv über die Nahrung geht. Sie geht eben nicht über Stress im Rudel und sie geht nicht über den Straßenverkehr. Ich denke, das überschätzen wir. Der Straßenverkehr hat keine populationswirksamen Effekte bei uns in Deutschland. Das liegt im Rahmen der kompensatorischen Mortalität. Gleiches gilt für illegale Entnahmen in Deutschland. Ich spreche nicht von anderen Ländern, wo das anders sein kann. In Deutschland sind die Jäger sehr gesetzestreu. Wir haben wahrscheinlich die Grenze durch die Nahrung, und die Nahrung ist im Zivilisationsraum eben sehr hoch. Dadurch haben wir das Problem. Wir werden nicht darauf warten können, bis sich der Wolf selbst reguliert; denn dann haben viele Menschen ein Problem damit und das wollen wir ja durch Management vermeiden.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Die zweite Frage ging an Herrn Kucznik.

Knut Kucznik: Als Erstes war gefragt, wenn ich es richtig verstanden habe, warum Sachsen eine Wolfsverordnung gut zu Gesicht stehen würde. Beginnen wir damit: Bei uns war Aufruhr im Land, wie bei Ihnen in Sachsen. In den Dörfern denken die Menschen, niemand hört ihnen wirklich zu. Der Wolf wird überall gesehen. Es werden Geschichten erzählt, die von einem zum anderen Erzähler immer schlimmer werden. Also musste unser Ministerium Fakten schaffen, um den Leuten in der Fläche glaubhaft rüberzubringen, dass es jetzt ein Gesetzeswerk gibt, das das Entnehmen der Wölfe real rechtlich sicherstellt. Die Landkreise haben es bei uns nicht geschafft. Das Jagdrecht gehört in die untere Jagdbehörde, bei uns ist es die untere Naturschutzbehörde. Niemand aus der unteren Naturschutzbehörde hatte den Hintern in der Hose zu sagen: Der Wolf muss weg. Folglich ist der Wolf geblieben und die Leute sind immer unzufriedener geworden.

Hinzu kamen die Weidetierhalter, die gesagt haben: Was ist denn nun los? Der schlägt meine Tiere. Die Behörde, die Fachgremien können mir nicht helfen, weil immer wieder irgendwelche Einsprüche gekommen sind. Dann sagten sie auf einmal, wir sollten die Wölfe mit Gummigeschossen vergrämen, mit Jägern, die wir selber bezahlen sollten.

Deshalb ist die Wolfsverordnung, wie sie gerade vorliegt, nicht unbedingt der Heilige Gral. Aber auf jeden Fall sind wir Hirten jetzt vor den Kosten der Vergrämung geschützt. Dass wir jetzt diese hohen Zäune bauen müssen oder dass wir uns einen Herdenschutzhund anschaffen und ihn füttern müssen, ist klar, aber wir können zumindest unsere Tiere schützen. Wenn der Wolf sich daran nicht hält, dann habe ich das Versprechen vom Minister, dass der Wolf und seine ganze Familie, die sich nicht daran hält, abgeschossen wird. Ich rede nicht davon, dass wir den Wölfen hinterherrennen und sagen, dass wir die jetzt alle tot haben wollen. Wenn wir die Schafe in einem Viereck stehen haben, können sie sich dort nicht wehren. Wenn wir dafür sorgen, dass sie dort nicht ausbrechen, dann müssen die Wölfe, die denken, sie könnten dort hineinspringen, weg. Das ist die Wolfsverordnung von Brandenburg aus der Sicht eines Hirten.

Wir haben natürlich die Gefährdung der Menschen mit drin. Wir haben eine Ausnahmeregelung für Naturschutzgebiete drin, die die Sache noch ein wenig ausfedert. Aber zumindest ist es ein Licht im Dunkeln, wodurch man sagt: In Ordnung, hier haben wir einen Hoffnungsschimmer. Das hat meinen Kollegen geholfen. Jetzt müssen wir sehen, wie es weitergeht.

Die andere Frage war – –

Vors. Sebastian Fischer: Die andere Frage war, ob Sie zu den Investitionen in den Herdenschutz etwas sagen können.

Knut Kucznik: Die Investitionen in den Herdenschutz – –

(Kathrin Kagelmann, DIE LINKE: Jenseits von der GAP-Periode!)

In Ordnung; ich sage es mal so: Die Investitionen in den Herdenschutz jenseits der GAP sind aus meiner Sicht auf jeden Fall Mittel des Landes. Sie müssen bei der Europäischen Union beantragt werden. Den ganz normalen Weg muss man gehen wie bei „De-minimis“. Dabei würde helfen, wenn man sich auf europäischer Ebene, die einzelnen Länder untereinander, zusammentut, dass es in Europa – Frankreich und Spanien sind daran sehr interessiert – endlich ein Konto für Herdenschutz gibt, damit man das den Hirten bezahlen kann.

Anders herum betrachtet: Wir Hirten geben der Gesellschaft eine unheimliche Dienstleistung, die etwas wert ist. Wir steigern die Biodiversität, wir machen Trinkwasserschutz, wir machen CO₂-Bindung in der Fläche, wir halten die Deiche und Berge stabil, wir haben eine soziale Komponente. Bei uns können Menschen arbeiten, die woanders nicht so gebraucht werden. Und wir halten die Dörfer gesund. Das können wir niemanden in Rechnung stellen.

Deshalb könnten Sie sich auch überlegen, ein Grundgehalt für Ihre Schäfer, die noch in der Fläche sind, zu bezahlen und damit den Wert komplett herauszunehmen. Er wäre praktisch ein Angestellter des Landes. Er vollbringt die Dienstleistung für die Leute in Ihrem Land. Was er als Zubrot über sein betriebswirtschaftliches Denken und Handeln noch dazubekommt, ist eine andere Sache. Damit hätten Sie einen großen Schlag gemacht und wären aus der ganzen Geschichte – über Förderung, Förderproblematiken – heraus. Ich sage Ihnen: Das wäre günstiger, als sich mit all den anderen Dingen zu beschäftigen, wo das Geld herkommt.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Berndt möchte ergänzen.

Christian Berndt: Noch ein paar Bemerkungen zur Jägerschaft, die auch zahlreich vertreten ist. Ich gebe Herrn Prof. Herzog recht mit der Zivilisationsgesellschaft. Es ist ein Problem mit der Selbstregulation. Frau Reinhardt hat ja die Verbreitungsgebiete der Wölfe gezeigt, wo es möglich ist, wo die wolfsfreien Räume sind, wo sie hinziehen können. Aber wenn man es sich anschaut, dann sind die bebauten Gebiete ja alle nicht vom Wolf frequentiert. Er kann natürlich dort hineinziehen, da er, wie gesagt wurde, dort Nahrung hat.

Mich irritiert immer wieder, wenn gesagt wird: Es gibt zu viel Schalenwild bei uns in Deutschland. Es ist eine ganz allgemeine Meinung. Wir müssen das mal aufs

Wolfsgebiet beziehen. Wir müssen das mal auf die Landwirtschaft, auf die Raps- und Maisflächen, beziehen. Und jetzt haben wir das mit der ASP. Ich will das nicht ausweiten, aber es sind so viele Dinge, für die der Jäger verantwortlich ist.

Wenn wir ein Stück Wild erlegen, dann ist es ja so, dass wir nicht ein Alttier oder ein Muttertier erlegen, sondern immer den nachhaltigen Nachwuchs. Wenn ich auf einer Kirmung einen Frischling schieße, dann weiß die Bache: In 14 Tagen bin ich weg. Beim Rotwild ist es genauso. Wenn ich ein Kalb oder ein Schmaltier schieße, ist das Alttier weg. Das weiß genau: Dort kriege ich Feuer.

Ähnlich wäre die Vergrämung bei den Wölfen. Ich will noch einmal zur Regulierung sagen: Das ist auch eine Vergrämgungsmaßnahme, und das darf man nicht vergessen. Die Jäger fragen sich: Was ist los? Wo ist mein Schalenwild hin, wenn alles aufgefressen wird? Ich nehme das Wort Biodiversität in den Mund. Frau Reinhardt hat es gesagt: Wir haben schon kein Muffelwild mehr. Wir werden kein Dammwild mehr haben in unseren großen, dicken, besiedelten Wolfsgebieten. Es steht die Frage: Warum? Wir haben den Seeadler geschützt. Wir haben bei uns im Kreis – Frau Kagelmann, Sie wissen es – bald 34 Brutpaare. Wir haben sehr viele Kraniche da. Wir haben als Naturschutzverband der Natur viel geholfen. Jetzt plötzlich sind wir außen vor. Was wollt ihr eigentlich? Ihr habt ja genügend Wild. Ihr schießt genügend. Die Zahlen müsste man sich anschauen, wie das in den einzelnen Landkreisen, in den einzelnen Waldgebieten abfällt. Das müsste man vergleichen.

Wissen Sie, wie viel ein Rudel Wölfe pro Jahr vertilgt? Das sind 400 Rehe, 100 Schweine und 42 Stück Rotwild. Das kann man mal in Geld umrechnen. Es wird immer gleich gesagt, Wild ist herrenlos; dazu gibt es unterschiedliche Argumente mit Ja und Nein. Aber wir haben eine Hegeverpflichtung, und wir müssen auch der Landwirtschaft helfen. Damit beißt sich das mit dem Ausdruck „das Wild ist herrenlos“. Es gibt einen materieller Verlust, der in die Tausende geht.

Wenn wir ständig von Geld reden, ist der Wert des Jägers dann auch verlustig. Damit sinkt der Wert der Jagdpacht, und es wird genauso wie bei den Schäfern: Wir sind im Jagdverband überaltert, wir bekommen keinen Nachwuchs. Warum und wieso, das wollen wir jetzt nicht beleuchten. Aber mit der Zeit wird nicht mehr gepachtet. Dann steht die Landwirtschaft da und jammert: Was ist mit unserem Wildschaden? Müssen wird den jetzt auch noch tragen?

Das sind alles finanzielle Aspekte, die uns genauso belasten, und wir haben nicht den großen Mund und schreien herum. Aber es ist doch alles miteinander verknüpft. – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Frau Dr. Walther, bitte.

Dr. Regina Walther: Zur Debatte standen zwei Fragen: zum einen außerhalb der GAP. Ja, das halte ich für notwendig, weil wir auch jetzt in dieser Diskussion sind und weil wir das hier auffangen und nicht aufschieben sollten.

Ich sehe einen großen Batzen Arbeit auf unserer Seite, dass wir mitarbeiten und Vorschläge machen. So wurde mir auch die Frage von Herrn Heinz gestellt. Man wartet auf Antworten: Wie können wir das umsetzen und quantifizieren? Es läuft zurzeit noch ein Forschungsprojekt, das wir unterstützen. Wir machen zurzeit – abhängig von der

Vegetation bzw. von der Jahreszeit – in vier Betrieben mit unterschiedlichen Bezäunungen Arbeitszeitmessungen, um Ergebnisse zur Verfügung zu stellen, welcher Arbeitsaufwand tatsächlich auftritt. Das LfULG arbeitet daran, und wir werden auch in kürzester Zeit die erste Zusammenkunft haben.

Das Zweite möchte ich noch mal auf den Prüfstand stellen: Die Wolfsverordnung, an der Herr Kucznik mitgearbeitet hat und um die man in Brandenburg gerungen hat, sollte nicht unkritisch gesehen werden, wenn man beispielsweise dazu das Für und Wider im Internet liest. Ich meine, wir haben mit unserem Managementplan eine gute Voraussetzung, um das umzusetzen, was in dieser Verordnung steht. Das sollte nun erst einmal zur Anwendung kommen, so wo wie es ist. Wir sind meines Erachtens schon richtig an der Basis dran und vermitteln das unseren Leuten. Das ist das Handwerkszeug, das wir zurzeit haben.

Dass der eine Wolf entnommen wurde, das ist doch ziemlich unspektakulär gelaufen – aus welchen Gründen auch immer das vom Landratsamt in Görlitz angeordnet worden war. Das hat auch in der Bevölkerung – ich habe dazu nur eine kleine Notiz gefunden – zu keiner Diskussion geführt.

Bei dem Rosenthaler Rudel wurden viele Diskussion von außen herangetragen. Ob uns davor eine Wolfsverordnung geschützt hätte, das kann ich nicht einschätzen, aber ich bezweifle es. – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Die weiteren Fragen gingen an Frau Dr. Nowak.

Dr. Sabine Nowak: Bei der ersten Frage ging es um Ängste vor dem Wolf. Die Angst vor dem Wolf wird mit der Zeit immer kleiner, je länger die Leute auf einem Gebiet zusammen mit den Wölfen leben. Danach kann man sagen, dass die geringste Befürchtung vor den Wölfen in den Karpaten besteht, dort, wo die Menschen bereits seit sehr vielen Jahren mit dem Wolf leben.

Die Schulkinder müssen lange Wege bewältigen, auf dem Weg zur Schule gehen sie durch den Wald. Frauen gehen einkaufen. Die Menschen leben neben dem Wolf, und keiner fürchtet sich deswegen. Ich weiß es aus eigener Erfahrung, denn ich lebe in einem kleinen Dorf in den Karpaten. Unser Dorf befindet sich an der Grenze zwischen zwei Territorien von Wolfsfamilien. Unter diesen Bedingungen habe ich auch meine Tochter großgezogen. Sie begleitete mich in den Wald. Sie ging allein in den Wald. Inzwischen ist sie selbstständig und hat ihr eigenes Kind.

Die Menschen haben auch in Ostpolen keine Angst vor dem Wolf. Das betrifft die Gebiete, in denen sich die Urwälder von Białowieża, von Augustów befinden. Dort haben die Menschen seit eh und je neben und mit dem Wolf gelebt, und dort besteht keine Angst.

In Westpolen erfolgte eine spontane Rekolonialisierung des Wolfes, es war eine spontane Migration der Wölfe in dieser Gegend, dort ist die Angst erkennbar. Dort hat die Bevölkerung Angst vor dem Wolf. Ich muss aber leider Gottes sagen, dass zu dieser Angst zum großen Teil auch die Jäger beigetragen haben. Die Jäger schicken an die Medien Fotos, Kurzfilme, Fotos von diesen sogenannten Fotofallen, Fotos von großen Wolfsgruppen. Die Fotos und Filme wurden überhaupt nicht unserer Gegend, in Westpolen, aufgenommen, sondern sie stammen aus ganz anderen Gebieten der Welt,

sogar aus Nordamerika. Es sind viele Wölfe abgebildet, und es wird kommentiert: Das sind Wölfe, die in unserer Gegend fotografiert wurden.

Deshalb sind wir sehr mit all diesen Medienbeiträgen beschäftigt, ob in den Printmedien, im Fernsehen oder im Internet. Wir müssen immer nachforschen, was es ist, wo das Bild aufgenommen wurde, und wir müssen alles sehr schnell verifizieren und in den Medien richtigstellen, damit die Bevölkerung ordnungsgemäß darüber informiert wird.

Wir werden von Journalisten immer wieder gefragt: Sollen wir Angst vor dem Wolf haben? Unsere Antwort lautet oft: Fahrt doch nach Ostpolen, fahrt an die Masurischen Seen oder in das Karpatengebiet. Fragt die Leute, wie sie mit dem Wolf umgehen. Fragt die Leute, ob sie Angst vor dem Wolf haben, dann bekommt ihr eure Antwort auf die Frage.

Obwohl die Wolfspopulation in der letzten Zeit recht schnell gestiegen ist, hatten wir nach dem Zweiten Weltkrieg keine Meldung über einen Angriff eines Wolfes auf einen Menschen.

Es gab noch die Frage zur Hybridisierung bzw. auf welche Art und Weise die Hybridisierung erkannt und beziffert wird. Heutzutage ist es gang und gäbe, dass die Förster, Jäger, aber auch wir viele Foto- und Videofallen aufstellen – jeder für seinen eigenen Gebrauch. Deshalb ist das auch die erste Stufe des Erkennens. Man erkennt die Hybriden an ihrem merkwürdigen Verhalten innerhalb der Wolfsgruppe, man sieht es aber auch an einzeln laufenden Tieren.

Weil wir als Verband für die Natur in Polen ziemlich gut bekannt sind, werden uns solche Filme und Aufnahmen zugeleitet, damit wir sie entsprechend auswerten können. Wenn uns gegenüber solche Anzeichen mitgeteilt werden, dann begeben wir uns umgehend in diese Gegend und sammeln dort entsprechendes DNA-Material, aufgrund dessen wir genauere Feststellungen treffen können. Inzwischen ersuchen wir entsprechende Stellen für die Entnahme solcher Tiere aus der Freiheit. Diese werden entnommen, und wenn sich unsere Befürchtung bestätigt, dann werden diese Tiere eingeschläfert.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass wir bis jetzt mit vier solchen Hybridisierungsfällen in Polen zu tun hatten. Man muss bedenken: Bei 2 000 Wölfen haben wir vier Hybridisierungsfälle festgestellt.

Vors. Sebastian Fischer: Dziękuję, vielen Dank. Als Nächster hat Herr Abg. Wild das Fragerecht.

Gunter Wild, fraktionslos: Vielen Dank an die Sachverständigen für die sehr umfangreichen Ausführungen. Ich habe mehrere Fragen, zunächst an Frau Nowak und an Frau Jarausch. Sie haben unter anderem ausgeführt, dass von einem Wurf circa fünf bis sechs Welpen – je nach Gebiet – 1,3 bis 2,5 Welpen überleben, sprich: etwa 50 % eines Wurfs sind überlebensfähig. Sie haben unter anderem als Ursache aufgeführt, dass Krankheiten über Haushunde eingeschleppt werden, sprich: der Paravirus. Dieser ist auch ein großes Problem für alle Rassehundezüchter, und er wird praktisch über die Haushunde in die Wolfspopulation eingeschleppt. Das bringt mich wiederum darauf, dass es doch des Öfteren Kontakte zwischen Haushunden und Wölfen gibt. Das lässt

mich daran zweifeln, dass der Hybridisierungsgrad wirklich bei 1 % oder darunter liegen sollte.

In diesem Zusammenhang die Frage an Frau Jarausch: Worüber wir heute überhaupt nicht gesprochen haben, ist die kraniologische Untersuchung. Anhand der kraniologischen Untersuchung kann am Schädel zweifelsfrei mit den Rassemmerkmalen festgestellt werden, ob es ein Wolf, ein Hund oder ein Hybrid ist. Inwieweit haben Sie die Untersuchungen an Ihrem Senckenberg Institut bereits durchgeführt? Wenn Sie die Untersuchung anhand der kraniologischen Merkmale am Schädel durchgeführt haben, von wie vielen Rassemmerkmalen sind Sie dann ausgegangen? Wie viele haben Sie untersucht?

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Zuerst Frau Dr. Nowak.

Dr. Sabine Nowak: Wir berücksichtigen bei dieser Frage nicht nur die Genetik, nicht nur das Aussehen, sondern auch die Physiologie. Die Wolfswelpen kommen etwa im Mai zur Welt, bei Hybriden passiert das im Februar. Deswegen berücksichtigen wir das auch bei unseren Auswertungen.

Was die Übertragung von Krankheiten durch Haustiere, konkret durch Haushunde, betrifft, so ist das in der ländlichen Gegend des Öfteren der Fall, wenn sich Hunde in den Wald begeben. Dabei müssen sie nicht unbedingt einen direkten Kontakt zum Wolf haben, es würde genügen, wenn sie dort Kot hinterlassen. Die Wölfe betrachten solchen Kot wie eine Markierung des Territoriums und beschnuppern ihn sehr intensiv. Dadurch kann es zur Übertragung von Krankheiten kommen.

Es kommt aber manchmal vor, dass Hunde von Wölfen getötet und zum Teil gefressen werden; denn sie werden immer als Eindringlinge in ihrem Gebiet behandelt. Da aber die freilaufenden Hunde in Polen ziemlich stark verbreitet sind – sie sind sogar eine Plage, weil sie das natürliche System stören, indem sie viele Tiere töten –, ist das Töten der freilaufenden Haushunde im Wald durch Wölfe als eine positive Dienstleistung des Wolfes anzusehen. – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Dziękuję. Als Nächste Frau Jarausch.

Anne Jarausch: Zunächst einmal kann man in Deutschland den Kontakt zwischen Wolf und Hund nicht ausschließen. Allerdings haben wir in Deutschland keine Probleme mit freilaufenden Hunden. Normalerweise gibt es keine wilden Hunde bei uns in Deutschland.

Ich will noch kurz auf ein Projekt aus Rumänien zu sprechen kommen. Es gab ein Wolf-life-Projekt in Rumänien, das hauptsächlich zum Ziel hatte, verschiedene Methoden zu testen, um valide Zahlen für die Bestandsdichteschätzung zu erlangen. In diesem Rahmen haben wir auch viele nicht invasiv gesammelte Proben erhalten aus Gebieten, in die Wolfsexperten gegangen sind und mit Fotofallen, mit Snow-Treking und vielen weiteren Methoden gearbeitet haben, um Wölfe nachzuweisen. Wir haben in den Wintermonaten 2014/2015, 2015/2016 und 2016/2017 mit allen drei soeben angesprochenen Methoden über 300 Proben untersucht. Wir konnten 75 Individuen identifizieren; das waren alles Wölfe. Daneben haben wir noch 101 weitere Proben bekommen, auch einige Gewebeproben von Jägern, da ja in Rumänien die Wölfe gejagt werden durften. Dabei hatten wir 61 Individuen, wobei wir nur einen Hybriden

dedektieren konnten, eine zweite Rückkreuzungsgeneration zum Wolf. Alles andere waren auch Wölfe.

Also selbst in Rumänien, in den Ostkarpaten, wo es eben viele freilaufende Hunde gibt, scheint der Fall, dass Wölfe sich Hunde als Paarungspartner suchen, relativ gering zu sein. Interessant ist in Rumänien auch, dass die Kollegen bei Nahrungsanalysen herausgefunden haben, dass Hunde oft als Beute angesehen werden.

Der zweite Punkt: Die kraniologischen Untersuchungen von Wölfen werden im Senckenberg Görlitz durchgeführt, weshalb ich dazu keine genauen Informationen habe, wie viele Merkmale dort herangezogen werden. Ich weiß nur, dass Sachsen alle Totfunde dorthin gibt und die Schädel dort untersucht werden. Wir bekommen auch alle Gewebeproben von diesen Totfunden. Bisher konnten wir dort keine Hybriden identifizieren, bis auf den einen Fall 2003 in Neustadt. Ansonsten gab es keine Hybriden.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen herzlichen Dank. Als Nächster erhält Herr Abg. Günther von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Fragerecht. Bitte schön.

Wolfram Günther, GRÜNE: Auch seitens der GRÜNEN-Fraktion herzlichen Dank an die Sachverständigen. Ich habe zwei vielleicht nicht so große Fragen. Zum einen hatten wir gerade schon über die Ängste in der Bevölkerung gesprochen wie auch über die These, je länger man zusammenlebt, umso weniger Angst hat man. Meine Frage geht an Frau Reinhardt vom LUPUS oder auch an Herrn Bathen, ob es dazu Daten bei uns in Deutschland gibt.

Die nächste Frage bezieht sich auf die Wolfsverordnung, die es jetzt in Brandenburg gibt. Können wir daraus schon etwas lernen, wenn wir in Sachsen so etwas machen? An welcher Stelle könnte man es im Vergleich noch etwas besser machen? Gibt es dazu schon erste Erfahrungen oder Ideen, die Sie mitgeben könnten? Diese Frage geht auch an Herrn Bathen, Frau Reinhardt und Herrn Kucznik, aber gerne auch an andere Sachverständige, die dazu etwas sagen möchten.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Bathen, bitte.

Markus Bathen: Ich würde gern zu der Frage mit der Angst etwas sagen, weil wir gerade vor zwei Wochen eine relativ neue Umfrage veröffentlicht haben. Wir haben über Forsa eine repräsentative Umfrage in Deutschland machen lassen, die wir vor fünf Jahren schon einmal hatten zur Einstellung der Deutschen zum Wolf. Man kennt das im Prinzip schon, dass dann teilweise über zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sich positiv über die Rückkehr des Wolfes äußern. Weil wir das schon kennen, sind wir natürlich noch weitergegangen und haben gefragt, ob die Befragten auch die Rückkehr des Wolfes begrüßen, wenn es in Einzelfällen zu Problemen kommt. Auch dazu äußern sich über zwei Drittel der Bevölkerung positiv.

Weil es dann relativ häufig die Rückfrage gibt, dass dazu sicherlich nur die Städter in Berlin-Mitte, Hamburg und München befragt werden, haben wir die Bevölkerung in je eine Gruppe im ländlichen Raum, im kleinstädtischen Raum und im großstädtischen Raum aufgeteilt. Im ländlichen Raum sind 75 % der Bevölkerung in Deutschland nach einer repräsentativen Forsa-Umfrage dafür, dass der Wolf in Deutschland lebt, auch

wenn ab und zu Probleme mit ihm verbunden sind. Das ist also weit jenseits der Zweidrittelmeinung.

Ich möchte dazu noch zu dem letzten Entnahmefall bzw. dem angekündigten Entnahmefall aus dem Landkreis Görlitz zu diesem Wolf Pumpak meinen persönlichen Eindruck ergänzen, weil das eben genau in den Dörfern um meinen Wohnort drum herum war. Als dann die Entscheidung vom Landkreis gefällt wurde, es sei dieser Wolf, der sich Futter sucht auf Komposthaufen in Gärten der Dörfer, zu entnehmen, reagierten die Leute darauf, sie fänden es gut, dass dieser Wolf entnommen wird. Singular! Das ist genau die Gegend, wo sie seit 20 Jahren mit dem Wolf leben.

Ich fand diese Reaktion sehr treffend, dass sie verstanden und gesehen haben: Generell habe ich mit den Wölfen nichts zu tun, aber ich habe gelernt, dass es einmal vorkommen kann, dass ein Wolf Ärger macht. Dann ist es auch gut und wichtig, dass konsequent durchgegriffen und dieser Wolf genommen wird. Zum Verfahren beim Pumpak sage ich jetzt nichts im Detail, aber mir hat das gezeigt, dass die Leute es unterscheiden können, dass ein Wolf, der Ärger macht, nicht bedeutet, dass Wölfe grundsätzlich Ärger machen. Das ist für mich ein deutliches Zeichen, dass sich diese Angst bei uns im Görlitzer Kreis deutlich abgebaut hat.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Frau Reinhardt, bitte.

Ilka Reinhardt: Zu genau diesem Thema gibt es eine Umfrage, die schon etwas älter ist, bei der die Bevölkerung hier im Wolfsgebiet zu ihrer Meinung zum Wolf, aber auch zu Ängsten befragt wurde, im Brandenburger Vergleichsgebiet im ländlichen Raum, wo es damals noch keine Wölfe gab, und in Dresden und in Freiburg, also in zwei Großstädten. Damals war erstaunlich, dass die Leute im sächsischen Wolfsgebiet die wenigste Angst hatten. Das geht genau in die Richtung, dass da eine Gewöhnung stattfindet und dass die Leute feststellen, sie leben im Wolfsgebiet, es passiert aber nichts. Ähnlich wie Herr Bathen bei sich oder auch Frau Nowak in Polen wohne ich schon lange – seit 2002 – mitten im Wolfsgebiet. In den Dörfern, wo es schon lange, seit über 15 Jahren, Wölfe gibt, ist das kein Thema. Die Leute haben andere Sorgen.

Es wird von vereinzelt Gruppen immer wieder hochgepuscht. Auch darin muss ich Frau Nowak recht geben: Diese Ängste werden häufig aus der Jägerschaft geschürt. Es gibt Fake-Videos. Zum Teil haben wir uns ausgetauscht, die gleichen Videos, die in Polen kursieren, kursieren auch bei uns. Oder es werden Wolfsangriffe gemeldet, die dann einer Überprüfung nicht standhalten. So passiert es immer wieder, dass wirklich versucht wird, Ängste zu schüren, und letztendlich werden auch die Gruppen, die am lautesten sind, gehört, sodass man manchmal das Gefühl hat, hier in Dresden entsteht der Eindruck, im Wolfsgebiet müssen die Leute alle fürchterliche Zustände erleiden. Aber in den normalen Dörfern ist das kein Thema. Man kann wirklich sagen, dass die Leute andere Probleme haben.

Diese Umfrage, von der ich gerade gesprochen habe, ist im letzten Jahr von der Universität Freiburg wiederholt worden. Die Auswertung liegt noch nicht vor, aber darauf kann man sehr gespannt sein, sodass wir dazu auch noch einmal aktuellere Daten bekommen werden.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank.

Christian Berndt: Protest aus der Jägerschaft! Wir machen keine Diskussion oder Aufruhr, dass wir die Leute ängstigen. Das weise ich zurück. Ganz eindeutig muss ich das sagen. Wir klären mit auf. Frau Reinhardt, das war ein bisschen schief gesehen. – Entschuldigung!

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank für diesen Einwurf. Als Nächster kommt Herr Kucznik noch einmal zum Thema Wolfsverordnung.

Knut Kucznik: Was kann man an der Wolfsverordnung besser machen? Auch mit der Wolfsverordnung muss man die Tiere schützen, um den Wolf danach entnehmen zu können. Deshalb haben die Übergriffe in Brandenburg, die jetzt passiert sind, nicht dazu geführt, dass die Wolfsverordnung angewendet werden konnte, weil der Herdenschutz nicht vernünftig war. Das ist die Geschichte, wo sich beide Anträge treffen könnten, also rechtssichere Entnahme des Wolfes in Fellen, wo er praktisch Herdenschutz überwindet, gepaart mit dem letzten Teil des Antrages der CDU/SPD, Bezahlen von Herdenschutz. Diese beiden Sachen zusammen werden praktisch zum Ziel führen.

Ich selbst habe es auch gemerkt. Ich bin jetzt im sechsten Jahr Vorsitzender des Schafzuchtverbandes. Seit 15 Jahren tobt der Wolf intensiv durch unser Land. Ich habe bei uns noch die blanke Revolution erlebt, bis dahin, dass jetzt die Kollegen jemanden ungläubig ansehen, der sagt, er schütze seine Schafe erst vernünftig, wenn er den ersten Wolfsangriff habe. Er bekomme ja den Schaden bezahlt. Da schauen sie ihn an und sagen ihm: Du bist der, der den Wolf das Fressen lehrt, du bist ein Kollegenschwein. Bis dahin geht es jetzt schon so langsam. Wir haben immer noch welche da, die vom ersten Moment an geschrien haben, dass der Wolf weg muss, und die werden es auch noch aus der „Truhe“ machen.

Aber insgesamt hat sich das bei uns alles heruntergefahren. Wir reden nicht mehr so emotional darüber, dass der Wolf da ist. Wir reden aber emotional über die Probleme, die uns der Schutz unserer Schafe und Ziegen beschert. In dem Zuge haben es natürlich jetzt die Rinderhalter besonders schwer. Sie haben fünf Jahre nur gelacht, und jetzt merken sie, dass auch Rinder gefressen werden. Diese werden in Zukunft das nächste Publikum vom Wolf sein und sie werden sich mit dem dann intensiver beschäftigen müssen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Damit sind alle Fragen beantwortet. Oder möchte noch jemand ergänzen? – Das kann ich nicht feststellen. Als Nächster erhält das Fragerecht Herr Abg. Urban für die AfD-Fraktion.

Jörg Urban, AfD: Vielen Dank im Namen der AfD-Fraktion für die Vorträge der Sachverständigen.

Ich habe im ersten Komplex Fragen an Frau Dr. Walther und an Herrn Kucznik. Eine Einschätzung hätte ich gern dazu, was der Schutz der Herden betriebswirtschaftlich überhaupt ausmacht. Ich habe vorhin eine Zahl gehört – ich glaube von Herrn Dr. Schroers –, es wären 25 Euro pro Mutterschaf. Das war so eine Schätzung. Mich würde einmal interessieren, was man denn überhaupt pro Schaf verdient, also wie hoch der Anteil des Schutzes am Gewinn ist, den man betrieblich erwirtschaftet, um einschätzen zu können, ob wir mehr Schafzucht und Vermarktung betreiben oder schon mehr Herdenschutz. Oder wie ist überhaupt das prozentuale Verhältnis?

Dann habe ich eben auch sehr deutlich von Ihnen, Herr Kucznik, gehört, dass Sie im Grunde genommen Dienstleistungen im Naturschutz erbringen, die vordergründig mit Schafevermarktung gar nichts zu tun haben. Sie haben Probleme mit Ihrem Schäfernachwuchs, weil der Beruf schlecht bezahlt wird und deshalb unattraktiv ist. Kann man einschätzen, wie viel man denn pro Schaf oder pro Schäfer mehr investieren müsste, damit das ein Beruf wäre, den man auch darstellen kann gegenüber einer jungen Generation, damit die in den Beruf einsteigt? Es klang so, als ob das momentan fast gar nicht möglich wäre.

Weiterhin habe ich noch einen Fragenkomplex, bei dem es mir eher darum geht, wie man jetzt mit dem Wolf umgeht. Dazu will ich Herrn Berndt fragen: Bestandsregulierung, Vergrämung. Sie hatten angesprochen, dass auch ein Abschuss eine Art Vergrämung ist, weil das Rudel das mitbekommt und daraus etwas lernt. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, ob die Spielerei mit den Gummigeschossen überhaupt notwendig ist oder ob man nicht einfach hin und wieder einen Wolf schießen könnte und damit dem Rudel beibringt, dass es in der Nähe vom Dorf doch nicht so attraktiv ist.

Eine letzte Frage an Herrn Prof. Herzog: Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können, aber die Frage der Population, die wir hier schützen, steht ja immer wieder im Raum. Wir haben viele europäische Länder, wo geschossen werden darf. Wir machen jetzt in Sachsen, in Deutschland einen ganz schönen Zinnober um den Schutz. Der ist nicht normal regulierbar wie beispielsweise beim Rotwild, sondern der muss geschützt werden und darf nur mit Ausnahmegenehmigung geschossen werden. Ist es wirklich so, dass wir jetzt eine besondere Wolfsart schützen, oder gehört das eben doch zum größeren Gesamtzusammenhang und es wäre eigentlich an der Zeit zu sagen, dass wir ihn genauso regulieren können, wie wir die Wildschweine und das Rotwild regulieren? – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Frau Dr. Walther zuerst.

Dr. Regina Walther: Das ist nun eine Frage der Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung, die jetzt erst einmal unabhängig vom Wolf gesehen werden müsste. Dieses Thema ist mit Sicherheit weiter auszudehnen, als dass man das jetzt in kurzen Worten sagen kann.

Bezeichnend für die Herdenschafhaltung in Sachsen ist der Familienbetrieb mit einer durchschnittlichen Herdengröße von 400 bis 450 Schafen. In der Regel arbeitet der Schäfer in der Schäferei. Wenn man für das wirtschaftliche Einkommen, für die Lebensqualität Glück hat, dann hat die Ehefrau ein gutes, zumindest ein regelmäßiges Einkommen. Wir haben einige Betriebe in den letzten vier Jahren untersucht und lagen so bei 17 000 Euro Gewinn. Dabei wurde überhaupt kein Lohn für den Schäfer abgezogen.

Herr Kucznik hatte vorhin erzählt, Mindestlohn gelte für den Angestellten. Bei uns konnten wir feststellen, dass in den untersuchten Betrieben – und das waren nicht die schlechtesten; da war vielleicht unser Vorsitzender dabei, der seinen Sohn als Angestellten hat – ansonsten keine Angestellten in den Schäfereien sind. Die 120 Hektar, die den Betrieben im Schnitt zur Verfügung stehen, sind fast ausschließlich Pachtflächen. Wir haben kaum Eigentumsland. Das sind natürlich alles Fragestellungen, die man in Betracht ziehen muss, wenn man sich jetzt diesem Beruf

mit allen seinen Schönheiten – für die man schwärmen kann oder auch nicht – widmen muss.

Hinzu kommt nun noch der Wolf. Das ist auch die Fragestellung, wenn wir 90 Zentimeter Netz als Standard haben. Dazu muss ich immer wieder sagen, wenn man das richtig vergleicht, dass man in das Jahr 1990 gehen muss, als unsere Betriebe privatisiert wurden und jeder Schäfer froh war, dass wir die Hütetechnik oder die Bezäunungstechnik aus den westlichen Bundesländern bekommen haben; denn zu DDR-Zeiten wurden unsere Schafe alle gehütet. Wir waren froh, als neben dem Schäfer mit seinen 500 Schafen, die ihm seine LPG gegeben hat, ein Händler aus den alten Bundesländern stand und ihm ein Netz verkauft hat, damit er die Schafe einkoppeln konnte. Das muss man schon einmal mit betrachten.

Wenn man jetzt vom Nachwuchs spricht, dann ist es ist nicht nur das Einkommen. Das ist das eine. Wir arbeiten im Schnitt zehn, zwölf Stunden und verdienen weniger als ein Hartz-IV-Empfänger oder ein Mindestlohnempfänger in einem anderen Berufszweig. Wir haben kaum Kapital, um die Investitionen in den Ställen zu tätigen oder die Technik so anzuwenden, dass die Arbeit erleichtert werden kann. Es fällt ja häufig der Spruch „Wenn das mein Großvater wüsste“, und in manchen Schäfereien wird auch noch so gearbeitet. Es wird das Futter hereingetragen, es werden die Raufen gezogen. Es sind wenige Betriebe dabei, die neue Ställe gekauft bzw. gebaut haben. Diejenigen, die bereits vor zehn Jahren gebaut haben, haben schon einiges dafür zu wirtschaften, um das abzuziehen.

Um diesen Aufwand zu quantifizieren, den ich jetzt zusätzlich dafür betreiben muss, meine Herde wolfsicher zu machen, haben wir diese Studie betrieben. Wir müssen jetzt zu rechnen anfangen, um sie anzuwenden.

Noch einmal zu der Frage: Es geht ja nicht darum, wie viel der Betrieb haben muss. Da wären wir ja wieder bei der Weidetierprämie. 2005 wurde alles auf die Fläche gelegt. Davon haben mit Sicherheit viele profitiert. Aber wir Schafhalter haben unter den Bedingungen, wie ich Ihnen das jetzt gesagt habe, fast ausschließlich Pachtland. Es hat es nie gegeben, dass der Schäfer für absolutes Schaffutter Geld bezahlen musste. Das war ja unser Vorteil, dass wir solche Flächen hatten, auf denen wir kostenlos waren und wir das praktisch nutzen konnten. Jetzt müssen wir Pacht bezahlen.

In Nordsachsen haben wir große Konkurrenten aus dem westlichen Ausland, was über Deutschland hinausgeht. Da wird also jede Fläche hoch bezahlt. Wenn wir in dieser Diskussion sind, weil ja die CDU das ablehnt: Ich hatte das schon einmal mit der gekoppelten Tierprämie gesagt. Jede Prämie, die irgendwo ausgezahlt wird, schlägt sich auch in den Pachtverhältnissen nieder. Das Schlimme, um das Einkommen jetzt noch einmal zu betiteln, ist ja eigentlich, dass ich heutzutage bei dieser Ausschüttung über die Fläche überhaupt keine Schafe mehr in dem Umfang halten muss, sondern man sich jemanden sucht, der meine Fläche abhütet und ich dafür dann Fördermittel bekomme.

Das hat jetzt aber nichts mit dem Wolf zu tun. Der Wolf ist zusätzlich zu uns gekommen und belastet uns zusätzlich einmal mit Arbeitsaufwand. Ich kann das Gesagte zu den Ängsten nicht unterschreiben – das muss ich einmal so sagen. Ich habe gerissene Schafe gesehen. Wenn Sie da auf die Weide kommen, in welchem Zustand die Leute dann sind, das kann man eigentlich gar nicht beschreiben. Wenn dann noch so ein

ganz schlauer Kopf kommt, der auch noch sagt, ihr kriegt das ja ersetzt, was regt ihr euch eigentlich auf, dann muss der sich nicht wundern, wenn er eine richtige Tracht Prügel bekommt. Da würde ich sogar mitmachen.

Wir sind dabei, das zu kalkulieren. Wir lassen unsere eigenen und die von der Beratungsfirma untersuchten Dinge einplanen. Das kann ich Ihnen im nächsten Jahr oder in einem Dreivierteljahr genau mit Zahlen betiteln, wenn der Versuch abgeschlossen ist. Bis dahin wollen wir Ihnen das ja auch vorlegen; jetzt wäre es nur eine Schätzung.

Aber so ist die Situation insgesamt.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank.

Jörg Urban, AfD: Ich habe noch eine ganz kurze Nachfrage. Vielleicht ist es ja wirklich nicht so einfach, das zu beziffern. Mir ging es einfach darum, dass gesagt wurde, 25 Euro Herdenschutz pro Schaf. Wenn mir jetzt jemand sagen könnte, er verdiene pro Schaf einen Reingewinn von 70, 100 Euro, dann wäre das für mich vergleichbar. Ich wollte einfach wissen, wie viel man an einem Schaf verdient.

Dr. Regina Walther: Das kann ich Ihnen natürlich auch ausrechnen. Im Durchschnitt in Sachsen – in Brandenburg kann das anders sein – verkauft ein Schäfer bei uns 0,8 Lämmer pro Mutterschaf oder pro Ablammung. Es wird noch nicht einmal pro Schaf ein Lamm im Jahr verkauft. Wir können das hinkriegen, dass wir in zwei Jahren eine dreimalige Ablammung haben. Wenn die Schäfer in der Gesellschaft sind, dann hat ja immer jeder sehr gute Fruchtbarkeitsergebnisse – da sind wir vielleicht bei 1,5. Dann können Sie sich das ausrechnen.

Wenn wir also einen Kilopreis von 3 Euro – zurzeit ist er sehr gut – und 40 Kilogramm haben, dann kann man genau ausrechnen, wie viel zumindest erst einmal die Einnahme im Jahr ist. Dann muss man ja noch rechnen, wie teuer der Schäfer sein Lamm produziert hat. Uns fehlt ganz eindeutig mit dem Mutterschaf, wenn Sie nur auf Fleisch gehen, eine Einnahme: Das ist die Wolle. Diese liegt zurzeit bei 30 Cent, wenn sie überhaupt abgenommen wird. Von Verkauf kann man da gar nicht reden.

Deshalb sagen wir ja, dass das Standbein der Schafhaltung im Prinzip die Landschaftspflege und der Naturschutz sind. Das ist eine Dienstleistung, und die muss bezahlt werden. Das ist für uns eine ökonomische Einnahmenquelle, die man quantifizieren muss. Neulich habe ich einen Betriebsökonom gefragt, was denn die Bewirtschaftung von einem Hektar Grünland im Erzgebirge, wohin man eigentlich nur mit Schafen kann, kostet. Da wird mir etwas von Fördermitteln und von allem erzählt. Nein, andersherum müsste es doch eigentlich sein: Man müsste quantifizieren, was die Bewirtschaftung und Freihaltung dieser Fläche kostet. Dann müsste man über Programme nachdenken, wie viel man da drauflegen muss.

Die Mutterschafprämie betrug im Jahr 2005 übrigens einmal 25 Euro pro Schaf. Das ging ganz einfach zu berechnen. Danach gingen europaweit auch die Schafbestände zurück, nicht nur in Deutschland.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. – Herr Kucznik.

Knut Kucznik: Wir haben mit dem LKV Sachsen-Anhalt zusammen ein Betriebsauswertungskonzept laufen, wobei auch Teile von Sachsen mit bewertet werden, also Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Dort haben wir ausgerechnet, dass es je nach Betrieb zwischen 100 und 150 Euro Minus sind pro Mutterschaf. Deshalb werden nämlich genauso viele Mutterschafe gehalten, dass der Großvieheinheitenschlüssel, den man für die Landschaftspflege braucht, auch eingehalten wird. Das Minus errechnet sich zum größten Teil aus den Lohnkosten, die man hat, und aus den Pachten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine über tausendprozentige Steigerung der Berufsgenossenschaftsgebühr bekommen haben. Das ist einfach mal so passiert. Anstatt 300 Euro muss ich jetzt 4 000 Euro bezahlen. Das alles ist passiert. Wir haben dann zusammengerechnet. Nun hat man ja nicht nur die Kosten für das Mutterschaf, dazu zählen noch die Einnahmen, und dann kommen wir zu dem Delta. Um die 80 Euro pro Hektar bräuchte man im mitteldeutschen Raum, um Mindestlohn zu bezahlen. Übrigens denke ich mir das nicht aus. Sie können Herrn Dr. Schoers fragen. Es ist natürlich eine andere KTBL-Berechnung über Landschaftspflege. Deshalb kamen wir nämlich, weil wir zwei Mutterschafe auf den Hektar halten, auf 40 Euro Weidetierprämie. Das war der eine Versuch, den wir unternommen haben.

Sie haben gefragt: Verdienen wir mehr mit dem Schutz der Fläche? Wo verdienen wir denn überhaupt noch unser Geld? Es ist nicht im Erwirtschaften von Lebensmitteln. Es ist auch nicht im Erwirtschaften von Wolle. Geld bekommen wir dafür, dass die Deiche fest sind, dass die Gebirgslagen gesichert werden und dass wir die Biodiversität steigern oder erhalten. Wir sind die Landschaftspfleger in ganz großem Maßstab. Wir sind die einzigen Gärtner, die draußen noch unterwegs sind. Und anstatt uns als Dienstleister zu bezahlen, rechnen Sie uns auch noch vor, wie viel Megajoule auf einem Hektar Grünland noch drauf ist, und ziehen das dann von unseren Fördermitteln ab. Deshalb hatte ich vorhin diese ketzerische Idee gehabt: Bezahlen Sie uns doch wie einen Dienstleister.

Aber das wäre die eine Sache. Es ist ein Delta von 80 Euro pro Hektar schon da – momentan, ohne Wolf. Jetzt kommt der Wolf. Und wenn Sie praktisch die Ausführungen von Herrn Dr. Schroers gesehen haben, waren da 210 Euro auf normaler Feuchtwiese. 210 Euro noch obendrauf, machen wir mal rund 300 Euro, dann hätten wir Mindestlohn. Das ist das, was Sie investieren müssten, um einen Schäfer am Leben zu erhalten.

Jetzt rollen Sie natürlich mit den Augen und sagen: Oh Gott, oh Gott! – Nein, das müssen wir Schäfer sagen. Wir sind diejenigen, die die gesamte Zeit immer aus den Rücklagen gearbeitet haben. Wir haben in den letzten Jahren unsere Betriebe kaputtgespart. Aber ich möchte ja nicht jammern und möchte auch nicht sagen: Huh! Es gibt ja immer Sachen, die man noch besser machen kann.

Wo kriegt man Arbeit für junge Kollegen? Wenn Sie zum Beispiel einen Gebietsmanager nehmen würden für Naturschutzgebiete und Sie gehen zu Ihrem Naturschutzgebietsbetreuer hin und fragen ihn, welche Flächen bei ihm jetzt gerade ganz furchtbar schlecht werden, dann würde jeder Gebietsbetreuer das Gebiet, dieses Gebiet und jenes Gebiet benennen. Dann nehmen Sie einfach junge Leute und sagen ihnen, das wir jetzt ein Projekt machen und ein Konzept stricken. Wir bezahlen dann den Mann nicht dafür, dass er praktisch da in Pflegegeldern abgestellt wird, sondern er macht die Dienstleistung, er pflegt Ihnen die Gebiete, die Sie ja sowieso zu pflegen

haben. Damit hätte der junge Mann oder die junge Frau oder das Pärchen eine Zukunft, und Ihre Naturschutzgebiete hätten die auch. – Mal quergedacht.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Herr Kucznik. – Herr Berndt zum Thema Vergrämung.

Christian Berndt: Herr Urban, zu Ihrer Frage: Ich hatte in meinem Bericht einiges angeführt und Verschiedenes nur angedeutet. Ich habe auch eindeutig gesagt, dass ich für die Regulation der Wölfe bin. Das weiß Frau Reinhardt, das weiß auch Herr Bathen. Wir sind ja schon seit Anfang 2000 im Für- und Wider-Konsens.

(Heiterkeit)

Wir haben das Thema immer gemeinsam irgendwie auf dem Bildschirm, wie man so schön sagt.

Zur Regulation ist es ja so – das meinte ich damit und mit der Vergrämung im Vergleich zu den anderen Wildtierarten. Wenn wir Schalenwild bejagen, ist der Effekt dadurch, dass dann von den Schweinen oder vom Rotwild der Erlegungsort gemieden wird. Beim Rehwild ist es nicht ganz so. Das war deshalb der Vergleich als Vergrämung.

Bei den Gummigeschossen bin ich sehr skeptisch. Dazu muss man Extrawaffen haben und alles Mögliche, was da mit Scheinwerfern passiert, was in der Brandenburger Wolfsverordnung alles drinsteht. Das muss man mit Vorsicht genießen. Es wird ja auch so gesagt, wenn man verschiedene Vorträge hört.

Ich war auch im Ehrlichthof bei so einem Wolfsvortrag, bei dem – sage und schreibe – zwei, drei Leute da waren. Er wurde groß angekündigt. Ein Ehepaar aus Leipzig und ich waren da. Der Herr, der den Vortrag gehalten hat, hatte gesagt: Stehen bleiben, mit der Situation klarkommen! – Ich fragte: Ja, was heißt denn das? Wie soll ich es den Leuten sagen, die mich fragen? – Na, langsam zurückgehen. – Ich sagte: Das wissen wir doch alle, da brauchen wir nicht erst was anderes zu machen.

Für mich ist aber wichtig hinsichtlich der Regulation der Wölfe: Die Wissenschaft müsste einmal aussagen, wie viele Wölfe auf einen Quadratkilometer verträglich sind. Wir reden von 250, wir sagen, dass wir verschiedene Gebiete haben. Was alles hier dargestellt wurde, ist alles richtig. Aber es ist doch nicht so ganz konkret gesagt worden, wie viele Wölfe wir auf einer bestimmten Fläche brauchen. Das muss natürlich gesagt werden. Damit wäre dann die Frage geklärt, wo wir regulieren können.

Es geht ja nicht nur um die Weidetierhaltung und um die Nutztiere, erst die Schafe, dann die Rinder, danach die Pferde. Das ist alles gesagt worden. Aber das Wild vergessen wir jederzeit. Wir brauchen dort auch nicht über das Geld zu reden und über die Berufsgenossenschaft. Das betrifft uns alles ganz genauso. Da sind wir ziemlich ruhig. Aber wir wollen, dass die Artenvielfalt in unserer Natur erhalten bleibt. Dazu gehört auch das Schalenwild, egal wie. – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Die dritte Frage war das Thema, was geschützt wird. Diese richtete sich an Prof. Dr. Herzog.

Prof. Dr. Sven Herzog: Wenn ich es richtig verstanden habe, ging die Frage auch in die Richtung, warum zum Beispiel bei uns der strenge Schutz nach Anhang IV, Anhang V gilt, beispielsweise: Wo ist die Population? Wo sind die Grenzen? Dazu ist eigentlich ganz klar zu sagen, dass wir im Moment mit verschiedenen Populationsdefinitionen arbeiten. Das Naturschutzrecht gibt es da letztendlich ein ziemliches Wirrwarr. Im Naturschutzgesetz sind Art und Population ganz dürftig und auch zum Teil widersprüchlich definiert. Ich habe mich von daher in meinen Aussagen immer auf die biologische Definition zurückgezogen. Das ist auch gut. Es gibt aus der Wissenschaft in populationsbiologischer Hinsicht natürlich ganz klare Ansagen, was eine Population ist. Das ist nämlich eine Fortpflanzungsgemeinschaft, bei der eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, dass Tiere gemeinsame Nachfahren haben können, dass sie sich also miteinander verpaaren können.

Wir haben nun unsere Wolfsvorkommen in Sachsen und Deutschland. Sie sind zugewandert. Das heißt, wir haben einen Kontakt zur osteuropäischen Population vorliegen, der auch durch Rückwanderungen nicht nur einseitig, sondern auch bilateral funktioniert. Dieser Kontakt ist der Grund, warum wir hier von einer Population sprechen müssen und nicht von mehreren Populationen sprechen können und warum auch alle ernstzunehmenden Kollegen ganz klar sagen: Wenn wir von mitteleuropäischer oder von ostpolnischer oder sonst einer Population sprechen, dann sind das Subpopulationen, dann sind das Teile einer großen Population.

Wenn Population das Schutzobjekt ist, dann spräche auch nichts dagegen, entsprechend den mehrfach genannten Kriterien der FFH-Verordnung klar zu sagen: Der Erhaltungszustand ist im Moment günstig. Hinter diesem Aufrechterhalten eines nicht günstigen Zustandes ist extrem viel Politik und extrem wenig Biologie, was noch nicht heißen muss, dass wir ihn unbedingt regulieren müssen. Das ist eine ganz andere Nummer. Das muss man auch trennen. Ich würde da trotzdem schon ganz klar belegt sehen, dass der Erhaltungszustand unseres Wolfes schlichtweg günstig ist, weil wir ein großes Wolfsvorkommen aus Osteuropa bis zu uns haben, das sich zum Glück auch miteinander austauscht. Es ist ja nicht so, dass die Wölfe vom Himmel gefallen sind. Es ist auch nicht so, dass sie jemand ausgesetzt hat. Diese ganzen Geschichten wollen wir jetzt nicht vertiefen; das ist Unsinn. Sondern die Wölfe sind uns zugewandert, und deshalb haben wir eine Population. Das ist gut so.

Ob man jetzt regulieren kann, darf, soll oder muss, ist noch einmal eine ganz eigene Fragestellung. Wir haben gehört, der Herdenschutz funktioniert. Er funktioniert aber auch nur dann, wenn der Wolf diese Scheu vor den Menschen bewahren kann. Zu diesem Bewahren der Scheu können wir verschiedene Instrumente einsetzen. Es war beispielsweise mehrfach von den Gummigeschossen die Rede. Im Grunde werden Lernprozesse beim Wolf in Gang gesetzt. Dazu war auch zu Recht angemerkt, man muss da sehr vorsichtig sein, was der Wolf lernen soll. Wir haben es zum Beispiel bei den Bären im Trentino erlebt, dass der Bär, wenn Gummigeschosse eingesetzt wurden, eine Spur der Verwüstung durch die Gegend gezogen hat; denn er hatte gelernt: Nicht das Gummigeschoss hält ihn vom Menschen fern, sondern er hat gelernt, geh einmal zu einem Riss, friss etwas, gehe ganz schnell weg und komme nie wieder dorthin, weil du beim zweiten Mal ein Gummigeschoss bekommst. Der Lerneffekt war also ein ganz anderer, und der Bär ist zum nächsten Riss gegangen. Diese Lerneffekte können dadurch eintreten. Deshalb müssen wir schon sehr behutsam sein, welche Instrumente wir einsetzen.

Das andere Extrem ist, wenn wir zum Beispiel nach Estland schauen: Estland reguliert den Wolf nicht, sondern sie haben letztendlich eine nachhaltige Nutzung. Das heißt, sie nutzen von ihren 250 bis 300 Wölfen, soweit ich das weiß, pro Jahr 70 bis 100 nachhaltig. Das schadet der Population nicht, sie können die entnehmen, und das ist gut so. Das sind zwei sehr extreme Positionen, aber alles sind Methoden, um die Scheu langfristig aufrechtzuerhalten.

Wir müssen uns in Deutschland für einen Weg entscheiden. Ich will eine skeptische Anmerkung machen: Das können wir nicht deutschlandweit identisch vornehmen. Wir werden wahrscheinlich in den Gebieten, wo der Wolf in einer hohen Dichte vorkommt – wie in Sachsen, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt –, viel früher mit solchen Methoden einsteigen müssen, als es Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen tun werden. Deshalb halte ich nicht viel davon, alles bundesweit über einen Kamm zu scheren, sondern wir müssen dabei tatsächlich differenziert vorgehen.

Sachsen, das als Land – wir haben es heute gehört – eine große Erfahrung im Umgang mit dieser Tierart hat, sollte auch wirklich die ersten Schritte tun. Ich will mich jetzt nicht unbedingt auf eine favorisierte Methode festlegen. Das ganze Spektrum – angefangen vom klug eingesetzten Gummigeschoss bis hin zur nachhaltigen Nutzung – ist sogar denkbar, wenn man es entsprechend reguliert, klug agiert und mit den Tieren einfach vernünftig und gelassen umgeht. Mit dem Rothirsch als Gegenbeispiel gehe ich auch um, auch er macht Konflikte und auch da gibt es bis heute immer noch Diskussionen. Aber es ist auch eine Art, wie man es relativ entspannt handelt. Wenn wir dort beim Wolf angekommen sind, dann ist das, denke ich, gut. Denn der Wolf hat kein Problem mit uns, aber wir haben ein Problem mit dem Wolf.

Zum Glück vermehrt er sich zurzeit gut. Die Population steigt. Darüber freuen wir uns. Deshalb können wir im Moment auch relativ gelassen sein. Wir müssen keine Angst haben, ihn in der nächsten Zeit auszurotten.

Was ich vorhin schon sagte: Auch die Verkehrsmortalität, zu der wir eine Untersuchung gemacht haben, ist nicht so, dass dies die Population beeinträchtigen würde. Jede Population verliert Tiere. Tiere sterben. Die geborenen Welpen überleben nun einmal nicht alle. In diesem Teil der Mortalität ist auch die Verkehrsmortalität enthalten. Sie wird die Population nicht zum Erliegen bringen und auch nicht signifikant vermindern. Genauso wenig werden nachhaltige und behutsame Eingriffe der Population schaden. Das ist nur eine politische Frage, ob ich das will oder nicht. Die Instrumente sind vorhanden. Sie müssen sich auf politischer Ebene entscheiden, welche Instrumente Sie einsetzen wollen. Dann können wir auch mit dem Wolf gut koexistieren.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Dr. Knauer, Sie möchten ergänzen? – Bitte sehr, ergänzen Sie.

Dr. Felix Knauer: Darf ich kurz etwas dazu sagen? Sie haben soeben Herdenschutz, Bejagung und Vergrämen in einem Kontext gebracht. Ich habe das vorhin schon kurz angerissen; ich war ein wenig mit der Zeit darüber.

Herdenschutz funktioniert, egal ob man Wölfe vergrämt, scheu hält, bejagt oder sonst etwas. Wir haben in Deutschland bis jetzt ganz wenig illegale Abschüsse, sonst würde die Population nicht so wachsen. Das, was Sie vorhin gesagt haben, dass die Jäger ziemlich gesetzestreu sind, scheint zu stimmen. Das schaut wirklich so aus.

(Sachverständiger Christian Berndt: Das ist so!)

– Ja, genau. – Herdenschutz muss so aufgebaut sein, dass es ohne Vergrämung funktioniert; denn Vergrämen ist nicht praktikabel in dem Sinne, dass man Schafe mit Gummikugeln schützt. Das geht nicht. Das muss man weit auseinanderhalten und darf es nicht miteinander vermischen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Damit sind wir mit der ersten Fragerunde und damit der Fraktionsfragerunde durch. Wir treten jetzt in die zweite, in die normale Fragerunde ein. Hier erhält Herr Abg. Hippold das Wort.

Jan Hippold, CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich habe zu Beginn zwei Fragen an Frau Reinhardt. Wir haben schon sehr oft – Frau Nowak hat dazu ausgeführt – über die Wolfsdichte, Populationsdichte gesprochen. Da die Diskussion – wie aus den einzelnen Redebeiträgen herausgekommen ist – bei den Sachsen derzeit sehr intensiv geführt wird, interessiert mich: Ist die Wolfsdichte in Sachsen im Vergleich zu anderen europäischen Wolfsgebieten außergewöhnlich hoch? Das ist die erste Frage an Sie, Frau Reinhardt.

Zur zweiten Frage. Ich weiß nicht genau, wer es gesagt hatte; es ging schon einmal um Erkrankungen, die Räudeerkrankung bei Wölfen. Es hat ja schon einige Fälle gegeben. Diesbezüglich würde mich interessieren, ob die Bedeutung der Krankheit bei den Wölfen in der letzten Zeit zugenommen hat und wie sich die Räude generell bei den Wölfen auswirkt.

Eine weitere Frage geht an Frau Nowak. In Polen ist es ja so, dass der Wolf in Anhang V der FFH-Richtlinie gelistet ist und er grundsätzlich theoretisch bejagt werden könnte. Sie haben ja schon sehr viel ausgeführt – was die Fragestellung betrifft –, dass der Wolf in Polen nicht gejagt wird. Mich interessiert, wie die politische Diskussion in Polen dazu geführt worden ist und vor allem, wie Ihre Einschätzung dazu ist. Sie haben im Bereich der Weidewirtschaft, um die sich ein großer Teil unserer Fragen heute gedreht hat, sicherlich die gleichen Schwierigkeiten, wie wir sie in Deutschland haben. Was hat letztlich zu dieser Entscheidung geführt, den Wolf nicht zu bejagen, auch wenn im Bereich der Weidewirtschaft diese Probleme bestehen?

Meine letzte Frage geht an Frau Jarausch. Frau Jarausch, Sie haben uns ein schönes Bild in der Präsentation mitgegeben, wo es um Stammbäume, das heißt um Verwandtschaft der Wölfe untereinander, geht. Wir haben in den letzten Jahren sehr intensiv über die Fragestellung diskutiert: Haben die Populationen beispielsweise in Deutschland oder in Westpolen einen Austausch miteinander bzw. stehen diese irgendwie im Zusammenhang? Das konnte noch nie so richtig abschließend beantwortet werden, da sich anscheinend noch kein Sachverständiger tiefgreifender damit befasst hat. Mich interessiert, ob im Senckenberg Institut dazu schon Untersuchungen durchgeführt worden sind, und falls ja, wie die Ergebnisse dieser Untersuchungen aussehen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Herr Abg. Hippold.

Mir teilt soeben Herr Prof. Herzog mit, dass er uns gleich verlassen muss. Gibt es Fragen an Herrn Prof. Herzog? Sie hätten jetzt die Gelegenheit, diese noch zu stellen. –

Das ist nicht festzustellen. Vielen Dank, meine Damen und Herren Abgeordneten. Damit können wir Sie entlassen, Herr Prof. Dr. Herzog. Vielen Dank für Ihre Teilnahme.

Wir steigen wieder ein in die normale Beantwortungsrunde. Zuerst Frau Reinhardt, bitte. In den Fragen ging es um die Themen Wolfsdichte in Sachsen und Räude bei Wölfen. Sie haben das Wort.

Ilka Reinhardt: Zum Thema Wolfsdichte in Sachsen. Wir hatten in den Jahren 2009 bis 2014 in verschiedenen Rudeln Wölfe besendert. Wir hatten auch erwachsene Wölfe besendert. Aus dieser Studie stammen die Territoriengrößen, die wir für Sachsen kennen. Sie lagen zwischen 100 und gut 350 Quadratkilometern. Das sind Territoriengrößen, wie wir sie auch aus anderen Ländern kennen, zum Beispiel aus Italien, aus den Abruzzen, aus Portugal oder auch aus bestimmten Ecken in Nordamerika. Von daher ist die Wolfsdichte nicht exorbitant hoch, sondern es gibt auch vergleichbare Gebiete mit einer vergleichbaren Wolfsdichte. Die Wolfsdichte wird überwiegend über die Territoriengröße bestimmt und da ist die Nahrungsverfügbarkeit das Ausschlaggebende für die Größe der Territorien.

Zur Räudeerkrankung. Räude ist ein Ektoparasit. Es ist keine Infektionskrankheit, sondern ein Parasit, der sich in die Haut einbohrt. Durch die Reaktion der Tiere, das Jucken, das dann dort auftritt, kommt es letztendlich zu dem, was wir dann veräußerlicht sehen: der Fellverlust, zum Teil richtig blutig gekratzt, blutig gebissen. Die Räude kann ausgeheilt werden. Wir haben immer wieder Fälle, wie wir auf den Fotofallen sehen, dass Einzeltiere eine Räudeerkrankung entwickeln, zum Teil zwischendurch wirklich komplett nackt sind, und dann wächst das Fell wieder nach und es heilt aus. Sie erwerben dabei keine Immunität, weil es ein Parasit ist, aber es scheint Tiere zu geben, die für Räude weniger empfänglich sind. Wir hatten das mehrfach in einem Rudel, in dem die Welpen zwei Jahre hintereinander die Räude bekommen haben, aber die Mutter nicht, obwohl sie natürlich engen Kontakt hat. Es kann ausgeheilt werden. Wir haben immer mehr Rudel, und wir haben schon den Eindruck, dass wir auch häufiger Räude haben. Aber wir können nicht sagen, ob es pro Wolf häufiger vorkommt oder ob es ein Effekt ist, weil wir mehr Rudel haben.

Wir sehen das auch in anderen Bundesländern. Auch wenn wir uns mit internationalen Kollegen austauschen, gibt es Kollegen, die das sagen. Neulich sagte ein Kollege aus Griechenland: Früher hatten wir das kaum festgestellt und jetzt sehen wir es immer wieder. In Skandinavien gibt es eine große Untersuchung über Räude. Es ist ein weitverbreitetes Phänomen. Was die Bevölkerung immer wieder sieht, sind Füchse mit Räudesymptomen, die einmal mehr oder einmal weniger auftauchen. Das ist etwas, womit die Population leben muss.

Wie gesagt, wenn die Tiere keine anderen Probleme, keine anderen Erkrankungen haben, kann das gut ausheilen. Wenn es junge Welpen trifft, dann kann es sein, dass sie es nicht überleben. Es gibt aber auch Tiere, die noch eine andere Verletzung haben: Das Immunsystem schafft es dann nicht, quasi mit zwei Baustellen gleichzeitig umzugehen, und es kann sein, dass sie an den Folgeerkrankungen, die damit einhergehen, sterben.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Die nächste Frage richtete sich an Frau Nowak. Es ging hier um die politische Diskussion in Polen zur Bejagung des Wolfes. Sie haben das Wort.

Dr. Sabina Nowak: Selbstverständlich gibt es auch eine politische Diskussion in Polen über den Wolf. Vor drei Jahren hatte eine solche Diskussion im polnischen Parlament stattgefunden und dabei wurde über den Status des Wolfs gesprochen, über die Population und deren Entwicklung in Polen. Selbstverständlich wurde dabei auch die Frage der Bejagung des Wolfs in Polen gestellt.

Wir versuchen aber, den Wolf etwas breiter zu betrachten: nicht nur als einen Problemverursacher, sondern auch als eine Quelle von gewissem Nutzen, nicht nur für die freie Natur, sondern auch für den Menschen. Das heißt, wir betrachten den Wolf auch als Dienstleister für das Ökosystem.

In Polen haben wir jetzt auch mit dem Problem der ASF-Krankheit zu tun. Das ist ein ziemlich großes Problem. Die Untersuchungen haben erwiesen, auch vor dem Hintergrund der Schweinepestkrankheit, dass bei der Nahrung des Wolfes das Wildschwein circa 20 bis 30 % ausmacht. Es würde bedeuten, dass ein Wolf innerhalb eines Jahres circa 20 bis 40 Wildschweine verzehrt. Das ist für das Ökosystem ein sehr großer Nutzen, ein sehr großer Vorteil; denn die Reduzierung des Wildschweinbestands trägt dazu bei, dass die Verbreitung der Schweinepest, der ASF-Krankheit, verhindert wird.

Außerdem haben wir in Polen viel mit Schäden durch Biber zu tun, und es ist wohl bekannt, dass der Wolf die Biber sehr effektiv, sehr effizient bekämpfen kann, sodass der Biber in entsprechenden Gegenden sogar bis zu 20 % der Nahrung des Wolfs ausmachen kann.

Wir hätten die Möglichkeit nach dem EU-Recht, den Wolf auch zu bejagen, denn die Zuordnung des Wolfs zur fünften Anlage der Richtlinie würde uns dazu berechtigen. Bevor wir uns aber entscheiden, auf den Wolf schießen zu lassen, versuchen wir die Sache etwas breiter zu betrachten. Wir versuchen, die Rolle des Wolfs im Ökosystem zu bewerten, die Vor- und die Nachteile, die der Wolf mit sich bringt.

Man müsste das auch anhand konkreter Zahlen betrachten, und man muss richtigstellen und sehen, was das Jagen an Wirtschaftsvorteilen mit sich bringt. Der Gewinn aus der Jagd für die Volkswirtschaft beträgt 7 bis 8 Millionen Zloty. Auf der anderen Seite ist die sogenannte Dienstleistung des Wolfs und hier beziffert sich die Höhe des Wildschadens in Polen auf circa 70 Millionen Zloty. Deswegen sehen wir, mit was für einem Potenzial wir es zu tun haben im Hinblick auf die Dienstleistungen des Wolfs.

Die Wildschäden werden aber vorrangig aus der Staatskasse gezahlt, das zahlen nicht die Jägerverbände, und das ist dann ein konkreter Schaden für den Staat.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Herr Berndt möchte ergänzen.

Christian Berndt: Noch etwas zur Räude: Es ist nicht so, dass die erkrankten Tiere generell wieder gesunden. Mit dem Kollmer Rudel war es genauso. Es wurde ein Antrag gestellt, dass wir aufgrund des Artenschutzes und der Tierquälerei die Welpen erlegen können. Es gab keine Möglichkeit, und sie sind jämmerlich eingegangen; denn sie waren auf einmal verschwunden. Also sind sie gestorben. Dieser Parasit – die

Räude oder Krätze, wie sie beim Menschen vorkommt – wird den Wirt nicht umbringen, sondern ihn immer schön pflegen, damit er ihn am Leben erhält.

Es ist völlig klar – es wurde angeführt mit dem Fuchs –, wenn ein räudiger Fuchs vorkommt, dann schießen wir Jäger ihn. Beim Wolf dürfen wir es nicht. Was ist denn das für ein Widerspruch? Es ist Tierquälerei, das ist gegen das Tierschutzgesetz. Die Wolfsfreunde müssen letztlich erkennen, dass wir dort regulierend eingreifen müssen. Eine Gesundung wird niemals erfolgen, auch wenn die Fähe wahrscheinlich nicht so erkrankt und sich anderweitig hilft. Das muss auch untersucht werden, das kann man so nicht sagen. Aber wir wissen aus Erfahrung, dass die Welpen oder die erkrankten Tiere ganz, ganz schwer wieder gesunden. Meist verenden sie oder sie bleiben dann immer sehr krankhaft belastet.

Wenn man den kranken Wolf entnimmt, schützt man ja eigentlich die gesunde Art. Das ist ein Aspekt. Wir schießen ja den Wolf nicht, um irgendetwas zu erreichen, sondern man reguliert damit einen gesunden Bestand – diesen wollen wir auch erhalten und dem habe ich niemals widersprochen –, aber in bestimmten Maßen, in bestimmten Grenzen usw.

Ich habe eine Frage an Frau Dr. Nowak, weil Sie von Wölfen und dem Schwarzwild sprechen. Wenn die Wölfe Schwarzwild in den belasteten Gebieten mit der ASP fressen – ich glaube zwar nicht, dass sie es fressen –, dann könnten sie doch den Erreger weitertragen. Sind bei Ihnen dazu schon Untersuchungen gemacht worden, dass sich die ASP aufgrund des Wolfs verbreitet? Wir haben das in Deutschland nicht. Wir haben das Senckenberg Museum, Dr. Axel Christian, angefragt, und er sagt, damit gebe es in Deutschland keine Erfahrung. Meine Frage lautet: Gibt es so etwas in Polen?

Vors. Sebastian Fischer: Es sind leider nur die Fragen berechtigt, wenn sie die Damen und Herren Abgeordneten stellen. Dann ist es der Abg. Hippold, der genau diese Frage jetzt stellt.

Jan Hippold, CDU: Da ich jetzt gerade das Wort habe, würde ich die Frage an Sie, Frau Dr. Nowak richten, ob in Polen untersucht worden ist, dass die ASP durch den Wolf verschleppt werden kann, wenn er Wildschweine jagt.

Vors. Sebastian Fischer: Bitte, Frau Dr. Nowak.

Dr. Sabina Nowak: Was die Übertragung des ASP-Virus durch die Wölfe anbetrifft, möchte ich sagen, dass die Menschen viel mobiler sind als die Wölfe. Menschen bewegen sich durch die ganze Welt. Zu uns kommen zum Beispiel auch Jäger, sogenannte Devisenjäger, aus dem Ausland. Es ist auf jeden Fall schnell geschehen, dass Viren, Krankheitserreger durch diese Personen übertragen werden, indem beispielsweise am Schuhwerk Blut vom Wildschwein aufgenommen, ins Auto getragen und mit ins Ausland geschleppt wird. Das ist viel wahrscheinlicher, als wenn es durch einen migrierenden Wolf oder auf andere Weise erfolgen würde.

In Polen findet zurzeit eine rege Diskussion statt, wie weit die Krankheitserreger durch Jäger in verschiedene Gebiete, in verschiedene Teile Polens verschleppt werden.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Damit ist diese Frage beantwortet. Wir kommen zur dritten Frage an Frau Jarausch, in der es um den Populationsaustausch geht. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Anne Jarausch: Wir in Deutschland haben eine ziemlich einzigartige Datenlage über die Wiederbesiedlung. In Polen war es – soweit ich weiß – nicht möglich, alle Rudel genetisch zu erfassen. Die Population hat sich von der Lausitz aus nach Nordwesten und nach Nordosten ausgebreitet. Uns fehlt quasi die östliche Hälfte. Ob jetzt eine Untersuchung geplant ist mit deutschen, westpolnischen Wölfen und vielleicht auch noch Ostpolen, davon ist mir aktuell nichts bekannt.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Damit ist auch diese Frage beantwortet. – Als Nächster erhält das Fragerecht Herr Abg. von Breitenbuch.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Wir haben hier im Landtag eine Petition von über 18 000 Unterschriften, und insofern möchte ich der vorhin geäußerten Harmlosigkeit nach dem Motto „Es gibt nur ein paar Jäger, die hier rumoren, und ansonsten ist alles gut im Lande“ widersprechen und noch einmal nachfragen. Die Menschen fühlen sich alleingelassen, sie fühlen sich fremden Mächten ausgeliefert, die in den Achtzigerjahren beschlossen haben, dass Deutschland der Berner Konvention beitrifft – obwohl Westdeutschland damals gar kein Wolfsthema hatte –, und wir kommen jetzt aus dem Anhang IV nicht in Anhang V. Das sind alles Dinge, bei denen die Menschen sagen, die es betrifft, aber auch jene, die von Ferne darauf schauen, dass es so nicht geht. Der Staat muss sich verändern, sich den Realitäten anpassen und die Politik muss etwas tun. Dieser Eindruck, der Wolf kommt und der Mensch geht, steht im Raum. Der Wolf ist inzwischen ein Politikum in der Lausitz und woanders genauso. Man wird aus den erstaunlichsten Gegenden auf den Wolf angesprochen, weil es ein Politikum geworden ist.

Wir haben nicht nur eine wissenschaftliche Begleitung – Frau Reinhardt mit LUPUS –im Lande installiert und bezahlt, sondern auch versucht – egal ob als Bund oder Land –, die Befürchtungen der Menschen vor Ort betreffs dieser Ansiedlung zu begleiten. An welcher Stelle ist das gescheitert? Der Ärger und die Unzufriedenheit, sodass es ein Politikum geworden ist, sind doch in den letzten Jahren stärker geworden. An welcher Stelle hat aus Ihrer Sicht wer den Faden verloren? Herr Berndt, Sie wohnen dort. Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen.

Das Begehren war vorhanden, das Ganze ordentlich zu begleiten und damit für die Menschen verständlich und erträglich zu machen. Wir haben irgendwo den Faden verloren. Deswegen die Frage: Wann ist das passiert? Wie kann man aus Ihrer Sicht diesen Faden wieder aufnehmen, nicht nur hinsichtlich dieser Konfrontation, sondern auch in einer Mitte, wo ein Verständnis für die andere Seite vorhanden ist, sodass man die Probleme gemeinsam lösen kann?

Vors. Sebastian Fischer: Die Frage ging an Herrn Berndt. An wen ging sie außerdem?

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: An Frau Reinhardt und an alle anderen, die dazu eine gute Idee haben.

Vors. Sebastian Fischer: Frau Reinhardt, bitte, Sie haben das Wort.

Ilka Reinhardt: Durch die vorliegende Petition haben Sie den Eindruck, dass alle Leute im Wolfsgebiet extrem verunsichert sind. Ich habe gesagt als jemand, der seit 2002 im Wolfsgebiet wohnt und mit den Leuten – auch bei Problemen – spricht: Wenn Sie bei uns im Dorf herumfragen, dann entspricht es nicht meinem Eindruck des täglichen Lebens, dass alle Leute Angst vor Wölfen haben. Den Eindruck habe ich nicht.

Im Zuge des Wolfsmanagements hat Sachsen sehr früh einen sehr klugen, bis jetzt beispiellosen Zug gemacht, indem es das Kontaktbüro „Wölfe in Sachsen“ eingerichtet hat. Das ist eine Einrichtung, die ausschließlich für die Öffentlichkeitsarbeit rund um den Wolf zuständig ist, die der Bevölkerung zur Verfügung steht, Informationen, die wir erheben, an die Bevölkerung weitergibt und für Medien zur Verfügung steht. Die Mitarbeiter des Kontaktbüros sind sicher noch deutlich mehr an der Bevölkerung dran, als wir es sind, weil sie in die Dörfer gehen oder die Leute zu ihnen zu Vorträgen kommen. Auch dort hat man nicht das Gefühl, dass das ein Flächenphänomen ist.

Das, was wir haben – auch mit der Petition –, ist Folgendes: Aus bestimmten Kreisen wird versucht, dieses Unwohlsein, das vorhanden ist, nach außen zu tragen, und das gelingt auch. Wir haben auch bei den letzten Abschüssen von Wölfen, die genehmigt oder auch durchgeführt worden sind, gesehen, dass für die Petition die 200 000 Leute, die diese Sache gegen den Wolfsabschuss unterschrieben haben, ganz schnell zusammen gekommen sind. Die Frage ist immer: Was ist das spiegelbildlich für die Leute vor Ort? Ich denke, dafür sind wissenschaftliche Umfragen sehr hilfreich. Sie zeigen nicht, dass die Leute in der Lausitz jetzt völlige Panik haben.

Bei Übergriffen auf Schafe ist der Schafhalter, wenn er auf die Weide kommt, selbstverständlich beunruhigt und emotional getroffen. Das stellt auch niemand in Abrede. Das ist auch völlig verständlich. Aber die Frage ist: Leben die Leute im Wolfsgebiet ständig in Angst vor dem Wolf? Das erfahren wir weder aus den Umfragen noch aus dem Monitoring. Wir gehen davon aus, dass, wenn wir Probleme haben, wenn Wölfe häufig gesehen werden, diese Sichtungsmeldungen bei uns hereinkommen. Auch diesbezüglich haben wir nicht den Eindruck, dass Sichtungsmeldungen vermehrt kommen, die auf solch ein Verhalten hinweisen.

Wir haben mehrere Beispiele, bei denen das passiert ist. Das eine war der Wolf Pumpak. In der Zeit, als dieser Wolf durch die Gegend gelaufen ist, sind sehr viele Meldungen bei uns angekommen, denen wir auch nachgehen konnten. Wir hatten vor einigen Jahren – 2014 war das, glaube ich – den Fall, dass ein tschechisch-slowakischer Wolfshund mehrere Wochen durch die Gegend gelaufen ist, den die Leute alle für einen Wolf gehalten haben. In diesen Fällen hat das Kontaktbüro unglaublich viele Sichtungen bekommen, die mit Fotos und Videos belegt waren, sodass wir dieses Tier identifizieren konnten.

Aus der Erfahrung gehen wir davon aus: Wenn wir irgendwo ein Problem haben oder problematisches Verhalten haben, bekommen wir das vom Monitoring auch mit und können sowohl vom Monitoring als auch vom Wolfsmanagement darauf reagieren. Das Kontaktbüro kann an die Öffentlichkeit gehen und mit den Leuten vor Ort reden.

Wir hatten zwischen Weihnachten und Neujahr den Fall, dass ein Wolf dreimal Hunde verletzt bzw. getötet hat. Ich war in der Zeit jeden Tag draußen. Das war mein Neujahrsurlaub, wie man so schön sagt. Ich war jeden Tag draußen und habe mit den Leuten geredet. Ja, sie waren beunruhigt, und auch zu Recht. Das, was immer wieder

gekommen ist und was sie gesagt haben, war: Sie wollen, dass dieses Tier erlegt wird und dass das Problem gelöst wird, aber nicht, dass die Wölfe generell hier verschwinden sollen. Ich fand das sehr beeindruckend, mit den Leuten zu sprechen, die das erlebt und das Tier auf ihrem Grundstück hatten. Wenn man täglich mit den Leuten redet, dann merkt man natürlich in solch einem Fall, dass die Leute beunruhigt sind. Dann kommt noch der Nachbar und sagt: Ach, Mensch, mein Nachbar dort hinten hat Alpakas. Kannst du da auch noch mal hingehen und mit den Leuten reden?

Es ist extrem wichtig, dass die Leute merken, es kümmert sich jemand, wenn ein Problem auftaucht. Es wird auch nicht groß herumgeredet nach dem Motto: Wie können wir dieses einzelne Tier noch retten? Sondern man sagt ganz klar: Dieses Problem muss gelöst werden, es muss abgestellt werden. Man muss sich um die Leute kümmern. Das Kontaktbüro, das dies tagtäglich macht, hat in Europa letztes oder vorletztes Jahr eine große Auszeichnung bekommen. Das ist beispielhaft für ganz Deutschland, und darum werden wir von anderen Bundesländern beneidet. Das ist eine Supereinrichtung, und ich denke, wir sind auf einem guten und richtigen Weg in Sachsen, wie wir damit vorgehen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Jetzt ist Herr Berndt an der Reihe; bitte.

Christian Berndt: Als die Wölfe auftauchten und das Büro, mit Gesa Kluth, aktiv wurde, waren die Meldungen der Jäger immer sehr intensiv. Das Ergebnis war, dass diese Damen und auch Herr Koerner plötzlich in unseren Wäldern, in unseren Jagdgebieten herumstromerten, sich dort informierten und alles Mögliche machten, ohne sich beim Jagdausübungsberechtigten anzumelden, was eine Pflicht ist. Es ergab sich, dass dann die Jägerschaft sehr frustriert war und nicht mehr so viele Meldungen gemacht und Zuarbeiten gebracht hat, weil sie sagten: Die Frauen kommen gleich bei uns in den Wald rein; wir wissen gar nicht, was da los ist.

Zu den Petitionen: Es ist nicht nur eine Petition, sondern es sind ja schon drei. Wir haben schon zwei zurückbekommen mit wirklich überholten Antworten, unter anderem vom Bundesministerium. Wir hatten es an den Bund geschickt, wir hatten es an den Landtag geschickt; Herr Bienst war dabei. Es waren alles Antworten, die wir bereits kannten und die nicht aktuell waren. Dazu muss ich sagen: Es ist natürlich schlecht, wenn dann nur einfach abgewickelt wird. Ich weiß nicht, wie es jetzt ist, ob die Antwort schon durch ist oder ob die Petition schon bearbeitet wird. Es dauert ja immer sehr, sehr lange im Landtag usw.

Zu den Umfragen ist zu sagen: Wenn ich eine Umfrage mache, kommt etwas anderes heraus, als wenn LUPUS diese durchführt. Angesichts dieser Tendenzen und wenn ich weiß, dass circa 200 000 Gegner für den Wolfsabschuss waren, dann ist klar: Wo kommen die denn alle her? Das Gleiche ist doch ebenso die Strafanzeige von Hamburg an Landrat Lange wegen des Pumpak-Abschusses. Also, wisst ihr, was hier los ist und was sich manche Leute anmaßen, die überhaupt keine Kenntnis haben, die einfach nur aufgrund ihrer Möglichkeiten und der Demokratie hier loslassen?! Das ist doch sehr, sehr fragwürdig.

In der Jägerschaft haben wir Wildtierbeauftragte, in jedem Kreis. Es sind 29 Wildtierbeauftragte, die ich hier habe, und es können jetzt sogar noch mehr sein. Das müsste dann der Landesjagdverband noch einmal mitteilen. Diese Ansprechpartner sind in dieser Beziehung, über die Jagd, auch vorhanden. Damit wäre es möglich, der

Bevölkerung dort wirklich kompetente, jagdlich ausgebildete Personen zur Verfügung zu stellen, um dort anzufragen und Auskunft zu bekommen. Das haben wir alles aktiviert und das ist möglich. Es ist auch die Frage, wie man dann mit der Bevölkerung reden kann.

Ich habe so viele Foren erlebt hier im Landkreis, noch NOL, dann im Landkreis Görlitz, bei denen es immer Diskussionen hin und her gab. Es ist nicht so, dass zwei Drittel der Bevölkerung positiv eingestellt sind. In den ersten Jahren sind die Wölfe durch Breitenhain, durch Neusorge, durch die Dörfer gelaufen. Die älteren Leute in ihren Häusern waren nicht gerade begeistert, muss ich sagen. Sie haben sich langsam daran gewöhnt, dass Wölfe in den Dörfern herumlaufen, ab und zu auch am Tage. Man kann ja vieles sagen, dass es so oder so sei. Aber ich habe – das ist das Letzte, was ich dazu sagen will – vom SPD-Chef Müntefering im Ohr, wenn er gesagt hat, 18 Mal eine Lüge wird zur Wahrheit. So etwas muss man sich auch mal durch den Kopf gehen lassen. – Vielen Dank.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Damit ist diese Frage auch beantwortet. – Es gibt noch eine Wortmeldung. Bitte, Herr Bathen.

Markus Bathen: Danke. Ich hätte eine Empfehlung, denn Sie hatten ja zum Schluss die Frage gestellt: Wo ist uns das entglitten? Sie stellten Petitionen von 18 000 Personen sozusagen als Antwort vor auf die von mir genannte repräsentative Forsa-Umfrage.

Es ist meine Empfehlung, dass Sie als Politiker sich vielleicht überlegen müssten – in der heutigen Medienwelt, in der oftmals große Wellen über einzelne Ereignisse in Social Media gemacht werden, die einen sehr starken Schweif von gefühlter Aufregung hinter sich herführen –: Welchen Stimmen geben wir denn jetzt ein Gewicht? Schauen wir auf kurzfristige große Aufregung, die von Medien sehr hochgetragen wird und nehmen diese Meinungsäußerung als Basis für unsere Aktivitäten? Oder schauen wir auf statistisch belastbare Umfragen, also auf wissenschaftliche Erarbeitungen von Meinungsumfragen und von Kenntnissen, die statistisch abgesichert sind und die einen gewissen Ruhewert und eine gewisse Vergleichbarkeit haben und damit eine Durchgängigkeit herstellen, die Dinge zu bewerten?

Das ist, denke ich, nicht nur beim Wolf derzeit zu beobachten, sondern bei vielen kontroversen Themen. Meine Einschätzung ist: Wenn man immer über die großen Stöckchen springt, die derzeit in den Social Media gerade auch zum Wolf hochgehalten werden, dann werden wir immer Unruhe und das Gefühl haben, hier ist etwas schiefgelaufen.

Aber wir haben in Sachsen so viele Erkenntnisse zum Wolf und zum Wolfsmanagement – was ja heißt, die Konflikte zwischen Mensch und Wolf in Einklang zu bringen –, sodass man auf diese Erfahrungen, auf das Know-how zurückblicken und davon profitieren kann und manchmal den Leuten vor Ort sagen muss: Ihr nehmt das vielleicht so wahr, aber lasst uns in drei oder vier Wochen darüber sprechen, was davon noch übrig geblieben ist. Zeit ist für mich ein ganz wichtiger Faktor, um Ruhe in die Diskussion zu bekommen.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Eine Nachfrage des Abg. von Breitenbuch. Bitte sehr.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Zur langen Frist und kurzen Aufregung: Im Jahr 2012 haben wir das Jagdgesetz diskutiert und den Wolf aufgenommen. Es gab einen Riesenärger. Aber wir haben es gemacht und wir hatten dabei letztlich eine lange Frist im Auge nach dem Motto: Es wird sich so entwickeln, wie es sich entwickelt hat.

Jetzt ist der Wolf da und das ist die Anschlussfrage: Wenn LUPUS oder das Kontaktbüro rausfahren und einen Wolfsriss oder irgendetwas, eine Wolfsbeobachtung, im Lande aufnehmen, wo die Leute aufgeregt dastehen, habe ich es schon zweimal erlebt, dass erst einmal sehr verhalten reagiert wird. Es könnte auch ein Hund sein. Jetzt haben wir im Geithainer Raum vor Kurzem einen Wolf am helllichten Tag übers Feld laufen sehen. Alle haben es fotografiert, es ging durch, es wurde auch bestätigt. Aber dieses Verhalten, erst einmal abzubremesen und so zu tun, als könnte das nicht sein, das muss sich meiner Meinung nach ändern. Sehen Sie das auch so, dass man jetzt davon ausgehen kann, dass ganz Sachsen von Wölfen durchstreift wird, dass man entsprechend auf die Leute zugeht und damit eine ganz andere Art von Vertrauen herstellt, als es bis heute gang und gäbe ist?

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank für die Frage. Wer möchte antworten? – Frau Reinhardt, bitte.

Ilka Reinhardt: Da wir und das Kontaktbüro direkt angesprochen worden sind, will ich antworten. Weder wir noch das Kontaktbüro fahren bei Nutztierissen raus. Erstens ist es so, dass wir auch nicht diejenigen sind, die dann verhalten antworten. Trotzdem ist es so, dass bei jedem gemeldeten Nutztieriss die Todesursache festgestellt werden muss. Sie können nicht von außen auf ein Tier schauen und sagen, woran es gestorben ist. Ich kann es zumindest nicht. Das ist auch nicht seriös. Das heißt, zuerst muss die Todesursache abgeklärt werden, sei es in der Landesuntersuchungsanstalt oder vom Beauftragten der Landkreise. Das ist das eine.

Dass da ein totes Tier ist, wird natürlich nicht mit Begeisterung aufgenommen und in der Aufregung wird sofort gesagt, das ist ein Wolf; denn es kann gut und gerne sein, dass da drei andere Leute daneben stehen, die natürlich schon ganz sicher wissen, dass man im Wolfsgebiet nur am Wolf und an keiner anderen Todesursache sterben kann. Für die Rissgutachter der Landkreise – ausgebildete Gutachter – sind das vor Ort auch sehr schwierige, emotional aufgeladene Situationen.

Zum zweiten Teil der Frage, ob überall in Sachsen mit dem Durchstreifen von Wölfen gerechnet werden muss oder kann, ist zu sagen: definitiv ja, nicht nur überall in Sachsen, sondern überall in Deutschland. Durch die Abwanderung von Wölfen können und müssen wir überall mit dem Auftauchen von Wölfen rechnen. Über das Monitoring versuchen wir herauszubekommen, wo die etablierten, territorialen Wölfe sind. Letztendlich wandern aus jedem Rudel mit Welpen jedes Jahr Jungtiere ab und die können sehr weit wandern. Wir hatten vor Kurzem eine Sichtung bei Chemnitz. Das Tier ist am nächsten Tag bzw. zwei Tage später überfahren worden. Dieses Tier kam aus der Lüneburger Heide.

Es muss damit gerechnet werden, dass ein Wolf am helllichten Tag auf einem Feld gesehen wird. Ja, das passiert. Auch damit muss gerechnet werden. Es ist ein Verhalten in der Kulturlandschaft – vorhin hatte ich nicht mehr die Zeit, darüber auszuführen –, wie wir es auch von allen anderen Wildtieren in der Kulturlandschaft kennen, dass wir auch mal Wildtiere am helllichten Tage sehen. Das ist kein Grund zur

Aufregung. Es ist oft ein Grund für die Beunruhigung der Bevölkerung. Es ist wichtig, dass man dann mit den Leuten redet, dass man hinget und ihnen erklärt, wie Wölfe leben, wie Wölfe in der Kulturlandschaft leben und wann es brenzlich wird. Es ist auch sehr wichtig, dass Wolfshinweise gemeldet werden, um möglicherweise bei auffälligem Verhalten frühzeitig reagieren zu können. Das ist dann wieder die Aufgabe Monitorings. Deshalb können wir die Bevölkerung nur immer wieder aufrufen: Meldet, wenn ihr was seht! Im Wolfsgebiet hat man dann oft die Reaktion: Nun ja, es sind doch überall Wölfe, das wisst ihr doch. Warum soll ich das noch melden? Das ist doch völlig egal. Dadurch sind die Leute dann eher überrascht, dass sie noch melden sollen, aber aus Gebieten, wo der Wolf noch nicht tagtäglich ist, erreichen einen die Meldungen in der Regel relativ rasch.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank für die Antwort. Frau Dr. Walther, bitte noch einmal.

Dr. Regina Walther: Die Kritik, die an den Rissbegutachtern vorgenommen wird, ist uns als Verband auch zugetragen worden. Das habe ich versucht mit herüberzubringen: Wenn wir eine Durchsicht mit unserem Managementplan machen, bringen wir diese Sache mit an, damit dies für die Zukunft unbedingt Berücksichtigung finden muss. Es kann nicht sein, dass, wenn der Wolf außerhalb der Dienstzeit, zum Beispiel am Sonnabend oder Sonntag, zuschlägt, dem Geschädigten dann geantwortet wird: Lass den liegen, wir kommen am Montag. Das geht auf keinen Fall.

Auf der anderen Seite habe ich, weil ich das überprüfen wollte, selbst einmal bei einem Landratsamt angerufen und gefragt: Wie kann ich mich denn überhaupt durchfragen? Ich habe ja keine Verhaltensregelung. Wie ist denn das mit Wochenenddienst? – Na, wir stehen alle in Bereitschaft. Darauf habe ich gesagt, es kann ja wohl nicht sein, dass Sie ununterbrochen in einer Bereitschaft sind. Sie werden ja auch einmal an einem Wochenende etwas unternehmen wollen. Das ist aus meiner Sicht nicht geklärt.

Ich muss auch noch einmal für Frau Kluth und Frau Reinhardt eine Lanze brechen. Im Rahmen unserer wissenschaftlichen Untersuchungen haben wir sämtliche Protokolle der letzten Jahre durchgesehen und ich kann euch nur beglückwünschen: Man kann alles nachvollziehen. Inzwischen sind diese Protokolle ziemlich vereinfacht worden. Es werden Kreuze gemacht oder es wird angestrichen. Auch hier wäre sicherlich notwendig, wenn es letztendlich einmal vor einem Gericht landet, dass man darauf aufmerksam macht, dass man diese Protokolle weiterhin sehr sorgfältig führt und nicht einfach nur wie einen Lottoschein mit Kreuzen bestückt.

Bezüglich der Sensibilität kann ich nur unterstreichen, dass die Bevölkerung sehr dünnhäutig ist. Wir erleben es immer wieder und sehen es auch in den anderen Bundesländern: Solange nichts passiert ist, lässt sich über den Wolf köstlich reden. Sie können in eine Versammlung oder in eine Familie hineinkommen, es fällt das Stichwort Wolf und wir haben den ganzen Abend kein anderes Thema. Es kommt immer nur darauf an: Haben wir einen Geschädigten am Tisch oder haben wir einen Unbedarften, der nur aus dem Fenster geschaut und gesehen hat, wie sich die anderen darüber ärgern? Das ist eine Maßgabe auch der Öffentlichkeitsarbeit, dass man immer wieder in den Bereichen, wo die Wölfe durchziehen, darauf aufmerksam macht, welchen Schaden durchziehende Wölfe eigentlich machen können. Herdenschutz muss gewährleistet sein – ob ein Rudel herrscht oder nicht. – Danke.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank, Frau Dr. Walther. Damit ist diese Frage beantwortet. Als Nächster erhält Herr Abg. Wild das Fragerecht.

Gunter Wild, fraktionslos: Vielen Dank. Vor meinen eigentlichen Fragen habe ich eine vorweg an Frau Reinhardt als Nachfrage zu den Fragen von Herrn von Breitenbuch. Ich finde es schon abenteuerlich, was Sie hier getan haben – deshalb meine Nachfrage.

Sie haben die Petition mit 18 000 Unterschriften mit den 200 000 Unterschriften gegen den Abschuss von Pumpak verglichen. Ist Ihnen bekannt, dass von den 18 000 Unterschriften allein 12 000 nur aus der Lausitz kamen? Meine Gegenfrage dazu: Wie viele von den 200 000 Unterschriften, die ihn nicht abgeschossen haben wollen, kamen denn aus der Lausitz, oder kamen sie alle aus der Großstadt, die den Wolf nur aus dem Fernsehen oder aus dem Buch kennen?

Zum anderen haben Sie ausgeführt, dass Sie sehr viel Austausch mit den Menschen vor Ort haben. Dazu habe ich eine Frage – wir haben ja auch Vertreter von Bürgerinitiativen aus der Lausitz hier –: Wann sind denn LUPUS oder Sie persönlich einer Einladung von den Bürgerinitiativen gefolgt? Haben Sie dort mit den Betroffenen, die sich zur Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben, gesprochen? Mir ist kein Fall bekannt, wo Sie einer solchen Einladung gefolgt wären. Belehren Sie mich bitte eines Besseren. – Das ist meine Frage an Sie.

Die zweite Frage ist persönlich an Herrn Kucznik gerichtet. Sie haben laut dem NABU-Interview in Brandenburg angegeben, dass Sie selbst noch keinen Wolfsriss erlebt haben, und Sie arbeiten schon seit 14 Jahren mit Herdenschutzhunden. Vor 14 Jahren war das Problem Wolf ja noch nicht gegeben. Deshalb die Fragen speziell an Sie: Was war der Grund dafür, dass Sie sich damals schon Herdenschutzhunde angeschafft haben? Welche Rasse an Herdenschutzhunden haben Sie? – Die Frage ist deshalb wichtig, weil es Herdenschutzhunde gibt, die eher verbellen und den Wolf nicht angreifen, also auch die Schafe nicht direkt schützen; und es gibt Herdenschutzhunde, die direkt auf Konfrontation mit dem Wolf gehen und die Schafe verteidigen und den Wolf angreifen.

Die weitere Frage: Wenn Sie jetzt die langjährige Erfahrung mit Herdenschutzhunden haben, erläutern Sie mir doch bitte: Wie gewährleisten Sie bei der Nutzung der Herdenschutzhunde die Einhaltung des Tierschutzgesetzes; denn das ist doch nicht ganz einfach?

Außerdem habe ich eine Frage an Herrn Berndt. Ich muss vorausschicken, dass Herr Dr. Meyer-Ravenstein leider heute nicht hier sein kann. Er hat aber in seinen sehr umfänglichen Ausführungen unter anderem geschrieben, dass er das Muffelwild schon so gut wie ausgerottet durch den Wolf sieht; dass zumindest dessen Ausrottung kurz bevorsteht. Sehen Sie das, erstens, ebenso? Zweitens: Sehen Sie die Gefahr auch für andere gefährdete Tierarten bei einer wirklich deutlichen Zunahme der Wolfspopulation, dass dann andere Tierarten von Ausrottung durch den Wolf gefährdet sein könnten?

Noch eine Frage – eigentlich an den Juristen; aber Herr Dr. Brüggemann ist ja leider aus krankheitsbedingter Abwesenheit nicht da; vielleicht kann es jemand anders beantworten, wer sich bewogen fühlt. Wir haben heute schon viel von den FFH-Richtlinien IV und V gehört – Polen ist FFH-Richtlinie V, in Deutschland ist es die Nr. IV.

Ich war immer schon der Meinung, dass auch nach FFH-Richtlinie IV in Deutschland gejagt werden könnte.

Herr Dr. Meyer-Ravenstein sieht es in seinen Ausführungen genauso – ich zitiere –: „Bei Erreichen eines günstigen Erhaltungszustands der Wolfspopulation und dem weiteren Anwachsen ist auch ohne Überführung des Wolfes in Anhang V der FFH-Richtlinie im Rahmen der Ausnahmegesetz nach Artikel 16 FFH es zulässig, Wölfe zu erlegen. Für die in diesem Fall zunehmenden Einzelgenehmigungen oder die Genehmigungen im Rahmen der jagdgleichen Ausnahmegesetze erscheint es sinnvoll, Mechanismen zur Begrenzung der Kontrolle in das Jagdgesetz aufzunehmen. Insoweit könnte dem Wolf zunächst einmal in § 4 der Sächsischen Jagdverordnung eine Jagdzeit eingeräumt werden, um das Erlegen von Wölfen außerhalb der konkreten Gefahrensituation auf wildbiologisch vertretbare Jahreszeiten zu begrenzen.“ Er führt weiter aus – –

Vors. Sebastian Fischer: Kommen Sie bitte zur Frage.

Gunter Wild, fraktionslos: Er vertritt die Meinung, dass der Wolf auch jetzt schon bejagt werden könnte, wenn es gewollt wäre. Wie sehen Sie das?

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Als Erste Frau Reinhardt, bitte, zur Umfrage.

Ilka Reinhardt: Genau, die Frage zu den Petitionen. Ich glaube, es war ein Missverständnis; ich will auch nicht näher darauf eingehen. Ich weiß nicht, wie viele der Petitionisten jeweils aus der Lausitz stammen – weder bei der einen noch bei der anderen Petition.

Zu der Frage, ob wir von Initiativen Einladungen bekommen oder angenommen haben: Arbeitsteilig ist es so, dass LUPUS für das Monitoring und für die wissenschaftliche Untersuchung und Beratung der Behörden zuständig ist und dass das Kontaktbüro die Öffentlichkeitsarbeit macht, sodass diese Anfragen in der Regel an das Kontaktbüro gehen und diese auch wahrgenommen werden, wenn sie eingeladen werden.

In Einzelfällen, wenn sie terminlich verhindert sind oder wenn es sich um Spezialfälle handelt, übernehmen wir auch solche Termine vor Ort. Die letzten Termine waren eine Gemeinderatssitzung in der Gemeinde Weißkeißel – dort, wo die Fälle mit den Hunden aufgetreten sind –, wo ich hingefahren bin und die Fragen beantwortet und die Situation erklärt habe. Bei Bundesforst war kürzlich eine Veranstaltung, zu der wir auf Einladung hingefahren sind.

Wenn solche Einladungen kommen, wird geprüft, und in der Regel übernimmt das Kontaktbüro die Teilnahme; aber in Einzelfällen übernimmt es auch LUPUS. Mir sind keine Termine bekannt, auf die überhaupt nicht darauf reagiert worden wäre; dass eine Einladung ausgesprochen worden ist und niemand hingegangen wäre. Das müssten Sie bitte noch einmal konkretisieren, damit wir es nachprüfen können.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Die nächste Frage war an Herrn Kucznik zum Thema praktischer Herdenschutz gerichtet; bitte sehr.

Knut Kucznik: Vielen Dank, Herr Wild – das ist mein Lieblingsthema. Ich habe mich heute zurückgehalten, etwas zu den Herdenschutzhunden zu erzählen. Wenn Sie fragen, antworte ich natürlich unheimlich gern darauf.

Meine erste Herdenschutzhündin habe ich geholt, weil mir 50 Lämmer gefehlt haben. Welche Tierart die 50 Lämmer mitgenommen hat, war nicht genau herauszufinden – aber sie konnten Auto fahren.

(Leichte Heiterkeit)

Daraufhin war ich so dermaßen traurig, dass meine Frau mir erlaubt hat, mir die ersten Herdenschutzhunde anzuschaffen, denn auch in unserer Familie war natürlich die Angst da: Oh Gott, jetzt kommt so ein Vieh und frisst die Menschen.

Das hat sich aber zum Glück bei dieser Hündin überhaupt nicht bewahrheitet; ich hatte echtes Glück mit meiner ersten Hündin. Wäre sie so wie die Hunde, die ich danach bekommen habe – von der Gesellschaft zum Schutz der Wölfe, die sie verteilt hat –, dann hätte ich es mir eventuell noch einmal überlegt. Aber da ich bei meiner Hündin gesehen habe, dass die Hunde funktionieren, war ich mir sicher, dass es der richtige Weg ist.

Nun hatten wir vom Ministerium den Auftrag bekommen, nachdem mehrere Versuche mit Biologen, dem Herdenschutzhundewesen in Brandenburg ein Zuhause zu geben, fehlgeschlagen waren; denn zweimal waren, wenn die Fördermittel aufgebraucht waren, die Daten mit den Biologen weg. Das war jedenfalls alles zunichte. Dann haben sich die Schäfer aus Brandenburg zusammengesetzt und sich gefragt: Was haben wir denn für Hunde? Wir haben sie erst einmal katalogisiert. Dann haben wir uns gefragt, was wir mit den Hunden machen wollen, und sind ganz schnell auf die beiden Rassen Pyrenäenberghund und Maremmano Abruzzese gekommen, weil die wirklich mehr bellen als Menschen angreifen.

Ich habe davon Ahnung – ich hatte einen Šarplaninac, einen wunderbaren Herdenschutzhund aus Jugoslawien –, und der Polizist sagte mir: Ich hätte ihn ja erschossen, aber es waren zu viele Schafe drumherum – und die Uniform von dem Polizisten war kaputt. Die wollten nämlich die Schafe von der Straße jagen, weil gerade Salz darauf gestreut war und die Schafe nicht runter wollten. Die Polizei dachte, sie haben eine Uniform, aber der Hund hatte eine eigene Meinung dazu.

Das sichert allerdings einem Wanderschäfer überhaupt nicht ein friedliches Auskommen in der Feldmark. Wenn der Schäfer kommt und die Bauernkinder schreien „Der Hirte ist da! Geht Videospiele machen, runter von der Straße!“, dann haben wir es verpeilt, dann ist es falsch.

So fing dann das Land Brandenburg an, ein Herdenschutzhundewesen aufzubauen – mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, mit einer Zuchtordnung, mit einer Haltungsrichtlinie, bis hin zum Prüfen und Schulen von Schäfern, die Herdenschutzhunde halten. Das ganze Prinzip ist unheimlich erfolgreich bei uns in Brandenburg.

Dort, wo Herdenschutzhunde eingesetzt und aus unserer AG geprüft wurden, gab es keine Übergriffe an Nutztieren, und dort, wo Herdenschutzhunde aus unserer AG

eingesetzt wurden, nachdem Übergriffe an den Schafen passiert sind, haben diese Übergriffe aufgehört. Wenn es nicht so wäre, würde man mich in der Luft zerreißen.

Bei uns ist es unheimlich wichtig, dass wir uns auf diese beiden Hunderassen beschränkt haben, um die Welt durch unsere Schafherden mit den Herdenschutzhunden nicht gefährlicher zu machen. Sollten wir uns darin irgendwann einmal irren und sollte irgendwann einmal der Pyrenäenberghund nicht mehr ausreichen, gegen Wölfe zu kämpfen, dann ... Denn übrigens ist der Wolf überhaupt kein Krieger; der ist nicht so mutig, wie es auf diesen T-Shirts steht; nein, er ist feige, der sieht den Herdenschutzhund, und wenn der zum Ausdruck bringt: Dich habe ich jetzt schon die ganze Woche angebellt, jetzt meine ich es aber ernst!, dann geht der Wolf weg, frisst ein Reh oder eine ungeschützte Herde.

Das ist die Geschichte von den Herdenschutzhunden, die bei uns laufen.

Die Tierschutzhundeverordnung, die Frau Dr. Walther angesprochen hat, wurde erfunden, als es das Problem Wolf und Herdenschutz bzw. Herdenschutzhunde nicht gab.

(Zuruf der Sachverständigen Dr. Regina Walther)

Letzten Endes war es aber auch so, dass diese Tierschutzhundeverordnung etlichen Hunden das Leben erleichtert hat, die praktisch an der Kette gelegen haben und irgendwo dahinvegetiert sind. Für die war es ein Segen, dass es diese Tierschutzhundeverordnung gibt.

Jetzt ist sie natürlich im Weg beim Einsatz von Herdenschutzhunden. Ich denke einmal, dass es noch in diesem Jahr durch den Bundesrat geht und dass Sachsen auch zustimmt, dass es eine Ausnahme darüber gibt.

Gesetze zu ändern ist in diesem Land unheimlich schwer und zäh. Trotzdem gab es eine Anwendungsempfehlung zu dieser Tierschutzhundeverordnung vom Bundesministerium für Landwirtschaft, in der drinsteht: Solange der Herdenschutzhund, der ausgebildet wurde, im Dienst ist, braucht er keine Hütte. Aber wenn er irgendwann aus dem Dienst herauskommt – mit einer kaputten Pfote beispielsweise –, braucht er auf dem Hof eine Hütte. Folglich ist die Sache schon geregelt; es muss nur noch beschlossen werden.

Übrigens war das Land Sachsen eines der ersten Länder, die diese Tierschutzhundeverordnung ignoriert hat; denn sonst wäre es schlimm.

Vors. Sebastian Fischer: Frau Dr. Walther, Sie möchten ergänzen.

Dr. Regina Walther: Zu der Frage Hundehaltungsverordnung: Das ist von Sachsen ausgegangen, von unserem Sozialministerium – es wurde nicht ignoriert, sondern man hat die Formulierung gefunden, so wie es jetzt im Prinzip bundesweit angewendet wird, dass für den Hund, solange er arbeitet und in der Herde drin ist, diese Dinge außer Kraft gesetzt sind.

Ich muss aber dazusagen: Wir haben in unseren Richtlinien drin, dass auch bei uns Herdenschutzhunde gefördert werden; diese beiden Rassen sind anerkannt.

Letztendlich wurde viel Pionierarbeit geleistet hinsichtlich des Einsatzes von Herdenschutzhunden – wobei man sagen muss, dass unsere Schäfer eine differenzierte Haltung dazu haben.

Ursächlich ist es vielleicht auch damit begründet – und das ist auch nicht geklärt –: Wir hatten den Fall, dass bei so einem Gewitter nachts eine Herde hinausgegangen ist, weil der Zaun umgebrochen ist. Beide Herdenschutzhunde haben die Herde begleitet. Auf ihrem nächtlichen Weg kam ihnen ein Radfahrer entgegen, und wie das bei uns Zweibeinern üblich ist, ein Kind kann ja in der Pfütze liegen, das lassen wir erst einmal sitzen, das will ja spielen; aber wenn so ein weißer Hund mit herumläuft, versucht man sich einzubringen, entweder, indem man mit dem Hund redet oder ihn streichelt oder ihn wegbringen will. Der Hund hat seine Arbeit gemacht – ich gehe jetzt von dem Positiven aus. Am Ende hatte der Kollege einen Kneif hinten in der Keule. Es kam zum Zivilrechtsverfahren.

Der Hund hatte ja seine Arbeit gemacht. Es waren auch keine Zeugen dabei. Es ist nicht geklärt. Es steht eigentlich der Hundehalter, der Besitzer, wenn etwas passiert, immer dem Zivilgesetz gegenüber, und er wird verklagt wegen nicht richtiger Beaufsichtigung.

Das sind schon Situationen, wo man fragen muss: Wo kann ich diesen Herdenschutzhund einsetzen und wo nicht?

Das ist auch eine Frage der Rasse, das ist nicht geregelt. Es werden zum Beispiel auch Mastiffs eingesetzt, die aus Leistungslinien kommen, aus Portugal. Das sind solche Hunde, wo der Schäfer selbst sagt: Wer in meine Herde hineingeht – entweder, der Hund ist nicht mehr da oder meiner geht raus; dann hat er seine Arbeit nicht gemacht.

Wir müssen sehr verantwortungsbewusst damit umgehen, welche Rassen eingesetzt werden. Das haben wir geklärt, aber dafür gibt es keine gesetzliche Grundlage. Wer keine Fördermittel in Anspruch nimmt, kann Hunde halten und laufen lassen, wie es ihm passt; das ist ja allgemein so ein System, das wir haben.

Was Herr Kucznik gesagt hat – dass er sich vor allen Dingen den Hund erst einmal angeschafft hat, um seine Herde gegen Diebstahl zu sichern, das sind für mich eigentlich die schlimmsten Fälle, weil sie überhaupt nicht wissen, wie der Hund arbeiten soll. Wenn da etwas passiert, sind wir alle unter Verruf.

Deswegen ist der Einsatz der Herdenschutzhunde ein besonderes Thema, das man wirklich verantwortungsbewusst behandeln muss.

Vors. Sebastian Fischer: Bevor Herr Berndt ausführt, muss ich Sie darüber informieren, dass Herr Bathen zum Zug muss. Wenn es Fragen an Herrn Bathen gibt, dann bitte ich sie jetzt noch so schnell wie möglich zu stellen. – Das kann ich nicht feststellen. – Für Herrn Dr. Schroers gilt das ebenfalls, auch für Frau Jarausch. Wir müssen auch irgendwann zum Schluss kommen. Deswegen bitte ich die nachfolgenden Fragesteller, kurze Fragen zu stellen, die sich schnell beantworten lassen.

Herr Berndt, bitte, zum Thema Muffelwild.

Christian Berndt: Herr Wild, ich habe ja zum Muffelwild ausgeführt. Es wurden mehrere Folien mit den Nahrungsanalysen gezeigt. Sie haben gesehen, was an Rehwild, Rotwild, Schwarzwild vom Wolf verspeist wird. Dieses Nahrungsspektrum führt dazu, dass wir bei den Streckenzahlen der Schalenwildarten von 2009 bis 2014 einen rapiden Rückgang haben: bei Rotwild um 100 Stück in Bautzen, um 200 Stück in Görlitz, bei Rehwild um 2 000 Stück in Bautzen und Görlitz. Beim Schwarzwild ist es höher. Sachsen hat zwar eine ganz andere Summe, weil sich das Rotwild auch in andere Bereiche verzieht, dem Wolf ausweicht und dort erlegt wird.

Das Muffelwild war ja, wie ich sagte, in der Muskauer Heide bzw. in Kromlau/Gablenz – in Kromlau, wo die Rakotzbrücke ist; vielleicht wissen Sie das – da. Da war es aber nicht so günstig; das wurde auch bemängelt. Es war dann auch mehr die Moderhinke. Das heißt, die Schalen wuchsen aus und haben dort Krankheiten am Schalenbereich hervorgerufen, weil sie nicht mehr abgenutzt werden konnten.

Im Jahr 1968 wurde in den Königshainer Bergen heimisches Muffelwild eingebürgert. Es war nicht von irgendwoher, sondern es kam aus Deutschland, aus dem Harz. Es wurde eingebürgert und hat sich dort prächtig entwickelt. Auf dem Granitmassiv wurden die Schalen abgenutzt und es hat sich sehr gut bewährt. Manchmal war es fast zu viel. Wir haben maximal 500 Stück gezählt. Das war für diese Fläche schon etwas zu viel. Es gab dann – unter Vorsitz eines Jagdverbandes – den Auftrag, dort mehr zu bejagen. Das wurde auch gemacht.

Im Jahr 2012 haben wir die letzte Zähljagd durchgeführt. Dabei haben wir noch 124 Stück gezählt, bei einem Erfolg von 35 Stück, die erlegt wurden. Da fragte mich der Jagdleiter: Warum hast du so einen guten Widder geschossen? Es gibt bald keine mehr. Ich sagte: Ja, du hast gesagt, wir dürfen kein weibliches Tier schießen. – Aber das nur nebenbei.

Ich hatte auch acht Jahre lang eine Wildvermarktung in Kodersdorf und habe gemerkt, wie es immer weniger wurde. Bei Muffelwild war es sowieso der Fall. Es war eine Delikatesse. In den zwei Gaststätten in Königshain wurde Muffelwild angeboten. Das war immer der Renner, aber plötzlich war es alle. Ich habe auch gemerkt, dass das Rehwild weniger wurde. Schweine kamen noch und ein bisschen Rotwild. Man hat richtig gemerkt: Es wurde, wie ich schon sagte, in den Jahren seit 2010 immer weniger. Ich habe 2012 aufgehört, da es sich fast nicht mehr gelohnt hat. Die anderen Tierarten sind daran beteiligt. Bei den Schalenwildarten, die wir nutzen, haben wir Niederwild. Rehwild gehört dazu. Über Geflügel müssen wir nicht reden, daran ist die Landwirtschaft aufgrund des Niederganges beteiligt.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen herzlichen Dank. Herr Abg. Wild, Sie hatten noch juristische Fragen. Ich biete Ihnen an, die juristischen Fragen schriftlich an das Rechtsanwaltsbüro Brüggen zu stellen. Das Ausschussesekretariat arbeitet Ihnen die Adresse zu, Sie können Ihre Fragen stellen und bekommen eine juristische Beantwortung. Ist das in Ordnung?

(Gunter Wild, fraktionslos: Das ist in Ordnung!)

Das ist in Ordnung. Dann verfahren wir so.

(Zuruf des Abg. Gunter Wild, fraktionslos)

Das ist jetzt keine juristische Frage, oder?

Gunter Wild, fraktionslos: Das ist so weit in Ordnung. Meine Frage ist, ob einer der Anwesenden sich dazu noch äußern möchte, ob er die Ansichten des Herrn Dr. Meyer-Ravenstein teilt, dass es jetzt schon möglich wäre, über das Sächsische Jagdgesetz, auch in Anhang IV der EU-Richtlinie, Maßnahmen zu ergreifen, um möglichst schnell in die Wolfspopulation eingreifen zu können.

Vors. Sebastian Fischer: Möchte sich jemand von Ihnen dazu äußern? – Nein, niemand; gut. – Herr Berndt?

Christian Berndt: Das ist eine weit gefächerte Sache; das möchte ich jetzt nicht weiter ausführen. Aber möglich ist es.

Vors. Sebastian Fischer: Gut. Jetzt haben wir noch zwei Abgeordnete auf der Frageliste. Herr Abg. Nowak.

Andreas Nowak, CDU: Ich habe erfahren, dass es auch Esel gibt, die man zum Herdenschutz einsetzt. Können Sie erklären, wann ein Esel und wann ein Hund eingesetzt werden kann, was der Vor- und Nachteil ist, vor allem wie die Leistungsstärke der jeweiligen Maßnahme ist und was das kostenmäßig im Verhältnis zueinander bedeutet?

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Wer möchte darauf antworten? – Bitte sehr, Frau Dr. Walther.

Dr. Regina Walther: Mit dem Esel ist es genauso eine Geschichte, wo man sich zuvor rechtlich ordentlich erkundigen sollte. Wir hatten einen Schäfer, der auch im Fernsehen, im MDR aufgetreten ist und gezeigt hat, wie sein Esel in der Schafherde tätig ist. Er hat vom Tierschutz die Anklage erhalten: Schafe sind Herdentiere, mindestens drei müssen es sein, und Esel und Schaf können sich nicht verstehen. Deshalb muss er hierfür bestimmte Vorkehrungen treffen.

Dann haben wir in der Nähe von Halle ein Naturschutzgebiet, wo die Schafe wirklich allein untergebracht sind. Der Schäfer hat drei Esel drin. Die Esel verhalten sich genauso – wenn man das beobachtet – wie die Herdenschutzhunde. Es sind Hengste bzw. Kastraten und Stuten. In Thüringen wird eine Herde Esel gezogen, die speziell für den Einsatz zum Herdenschutz vorgesehen ist. Sie beobachten ganz genau, wenn ein Fremder kommt. Dort sind die Esel eigentlich nicht gegen die Wölfe eingesetzt worden, denn dort sind noch keine Wölfe, sondern es herrscht sehr hoher Besucherverkehr. Unsere Zweibeiner, die einen Vierbeiner an der Leine halten, wissen ja, die Hunde müssen immer erst einmal sehen, was in solch einer Herde passiert. Die Esel schlagen die Hunde richtig weg. Sie hantieren mit ihren Hinterbeinen, und wenn ein Hund getroffen wird, steht er nicht wieder auf. Er macht das jetzt seit drei, vier Jahren, und er kann uns das bestätigen.

Wenn die Wölfe natürlich angreifen – und das wissen wir aus einem Übergriff aus Niedersachsen –, dann gehen sie vor. Wenn der Wolf – das war im Prinzip der Rüde mit den Jungtieren, der Nachzucht – im Rudel angreift, hat der Esel keine Chance.

Dann ist er der Erste, der als Opfer daliegt. Er bringt sich aber voll und ganz ein, da er verteidigen will.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Bitte sehr, Herr Kucznik.

Knut Kucznik: Wenn Esel gegen Beutegreifer tatsächlich helfen würden, gäbe es in Jugoslawien oder Ungarn Herdenschutzesel. Aber sie werden dort nicht dazu genommen. Das beruht daher, dass der Esel schreit und der Wolf das nicht kennt, und so macht er erst einmal einen Bogen drum herum.

Ich selbst habe beim Wanderschäfer gelernt, und eine Herde ohne Esel war nie eine Herde, die man getrieben hat. Darauf haben wir unser Pferchzeug gepackt, und wenn der Esel gedacht hat, er kann meinen Hund mal beißen, dann hat der Esel von zwei Hunden was gekriegt. Er ist so schön in der Herde gelaufen, aber so richtig schön entspannt. Ich denke, das werden wir mit den Herdenschutzeseln genauso bekommen.

Brandenburg hat sich dazu geäußert, dass es keine wissenschaftliche Ausarbeitung dazu gibt, dass Herdenschutzesel überhaupt irgendwo existieren, lehnt diese deshalb ab und setzt auf Hunde.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Last but not least Herr Abg. Heinz.

Andreas Heinz, CDU: Auch wenn es heute gelegentlich schon anklang, so will ich explizit nachfragen, damit man es im Protokoll nachlesen kann, da es Leute gibt, die das ganz besonders interessiert: Gibt es eine Definition für Problemwölfe? Wenn ja, wie lautet sie?

Vors. Sebastian Fischer: Wer möchte antworten? – Frau Reinhardt, bitte.

Ilka Reinhardt: Es gibt keine Definition für Problemwölfe. Es gibt Definitionen. In den letzten Jahren ist im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz ein Konzept „Empfehlungen für den Umgang mit auffälligen Wölfen“ erstellt worden. Darin finden sich Definitionen, was zum Beispiel Habituation, eine starke Habituation und ein dreister Wolf ist. Das ist ein Wolf, der sich in Bezug auf den Menschen dreist verhält.

Es wird strikt unterschieden: Habe ich einen Wolf, der vermehrt Nutztiere tötet? Das ist auf jeden Fall ein unerwünschtes Verhalten, aber es ist ein natürliches Verhalten, da Wölfe Huftiere fressen. In diesem Konzept geht es nur um problematisches Verhalten in Bezug auf den Menschen.

Das dreiste Verhalten ist im Prinzip die wortwörtliche Übersetzung vom englischen „bold“. Im englischsprachigen Raum spricht man immer von „bold wolves“. Im Deutschen wird der Begriff „dreiste Wölfe“ für die Wölfe, die ein problematisches Verhalten dem Menschen gegenüber zeigen, gewählt. Das sind Tiere, die sich dem Menschen, den sie als solchen erkennen, auf unter 30 Meter annähern – obwohl sie den Menschen erkennen, also nicht ein Auto, einen Traktor usw. – oder die die Annäherung von Menschen unterhalb dieser Distanz zulassen. Das sind dreiste Wölfe in dieser Definition.

Des Weiteren gibt es den Begriff „siedlungstolerante Wölfe“. Er ist auch wieder aus dem Englischen, wo man wieder hin und her überlegen muss, wie man ihn übersetzt. Das

sind Wölfe, die vermehrt und wiederholt in Siedlungen kommen, dort nicht nur einmal durchlaufen, sondern wiederholt auftauchen. Letztlich war es so, wie wir es mit dem Wolf Pumpak hatten. Er ist abgehauen, wenn er einen Menschen gesehen hat, aber er ist immer wieder in die Orte gegangen, weil er gelernt hat, dass er dort Futter findet. Deshalb hat man das getrennt.

Diese Begriffsdefinitionen gibt es. Wir hoffen, dass das BfN das Konzept demnächst veröffentlichen wird. Das Konzept ist in Absprache mit verschiedenen Kollegen – auch Herr Dr. Knauer war daran beteiligt – erstellt worden. Ein Kollege aus Schweden war dabei, da Schweden schon sehr viel mehr Erfahrung im Umgang mit dreisten Wölfen hat. Es ist bis jetzt das einzige europäische Land, das Erfahrungen in der praktischen Vergrämung von solchen Tieren hat.

In den anderen Ländern, in denen wir angefragt hatten, war das überhaupt kein Thema. Aber es ist jetzt international abgestimmt worden – innerhalb der Large Carnivore Initiative –, dass diese Begriffsdefinition und die Empfehlungen der Large Carnivore Initiative, die daraus resultieren, europaweit verwendet werden. Es ist sicher wichtig, dass es nicht nur wir waren, die sich das ausgedacht haben, sondern dass es international abgestimmt ist.

Vors. Sebastian Fischer: Vielen Dank. Damit ist diese Frage beantwortet und die Anhörung ist beendet.

Meine Damen und Herren Sachverständigen! Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie heute hier teilgenommen haben und für unsere Fragen zur Verfügung standen, und verabschiede Sie – hoffentlich – in den Feierabend.

(Schluss der Anhörung: 16:53 Uhr)

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft des Sächsischen Landtages am 15. Mai 2018 im Landtag in Dresden

Seit dem Erscheinen des ersten Wolfes im Jahre 1996 im Niederspreerer Teichgebiet, nachgewiesen durch den Hauptförster Siegfried Bruchholz war ich mit dieser Wildart in Berührung. Als Vorsitzender des Jagdverbandes Niederschlesische Oberlausitz, den ich 26 Jahre lang geführt habe, haben die vielfältigsten Begegnungen, Zusammenkünften und Diskussionen mit dem Thema Wolf stattgefunden. Plötzlich waren „Wolfsexperten“ aus westlichen Bundesländern die Berater und Organisatoren der publikumswirksamen Foren in unserem Landkreis. Gespräche mit Präsidenten der Jagdverbände, des DJV und Ministern, Staatssekretären und vielen vielen Interessierten zeugten vom positiven und kritischem Interesse.

Die Jägerschaft warnte bereits in den Jahren danach vor einer ungezügelten Verbreitung und Einflussnahme des Wolfes auf die Natur und die Landwirtschaft.

Mit dem Reproduktionsnachweis im Jahre 2000 in der Muskauer Heide entstand eine Euphorie seinersgleichen.

Das Büro LUPUS und das Kontaktbüro Wolf in Rietschen entstanden, um wissenschaftliche Untersuchungen zu betreiben und Informationen an die Bevölkerung zu geben. Immer unter dem Aspekt „Willkommen Wolf“. So entstand der imaginäre Heiligenschein und dauert fort um fort.

Gleichzeitig entstanden die bekannten Probleme bei der Bevölkerung, den Nutztierhaltern und der Jägerschaft.

Der erste Wolfsmanagementplan Sachsen von 2009 war beispielgebend für Deutschland und in den folgenden Plenen 2013 und 2015 wurden geringfügige Aktualisierungen vorgenommen.

Meine Forderungen an das SMUL auf zwei Landesjägertagen Sachsens zur weiteren Aktualisierung wurde nicht Rechnung getragen.

Durch die Landesregierung Sachsen und dem Präsidium des Landesjagdverbandes Sachsens wurde der Wolf in das sächsische Jagdgesetz aufgenommen.

Diese Forderung steht jetzt durch den DJV für Deutschland.

Nach dem international verbindlichen Völkerrechtsvertrag von Rio 1992 ist der Wolf (*Canis lupus lupus*) in der Tat eine geschützte heimische Tierart.

Andere in Deutschland lebende Wölfe, d.h. Hybridwölfe, sind nach dem Riovertrag sogenannte invasive Neozoen, die der Natur sofort entnommen werden müssen, um einer nicht gewollten Hybridisierung, wie sie seit 2008 in der Lausitz bekannt ist, effektiv entgegen zu wirken.

Wir müssen den *Canis lupus lupus* reinrassig erhalten und schützen!

Im Vergleich dazu haben wir weitere invasive Neozoen, wie den Marderhund, Waschbär, Mink, die durch die Jagd im Hegeauftrag intensiv bejagt werden sollen.

Warum nicht analog mit dieser invasiven Art mit körperlichem Nachweis?

Nach letztem offiziellen Stand des Bundesamtes für Naturschutz wurden 2016/17 in Deutschland 60 Wolfsrudel, 13 Paare und 3 Einzeltiere nachgewiesen. Der kontinuierliche Zuwachs von 30% zeigt sich in den Ergebnissen von 200 Welpen im Jahre 2016.

Die immer wieder empfohlene Habitatsanalyse vom BfN ist total veraltet mit 440 Rudeln je 220km². Z.B.: Insel Amrum???

Die seit fünf Jahren bestehende Arbeitsgruppe Wolf der acht ostsächsischen Jagdverbände im Landesjagdverband Sachsen hat 15 Verbreitungsgebiete für Wölfe unter Berücksichtigung des Schutzes anderer gefährdeter Wildarten und der Wahrung der Interessen der Landbevölkerung innerhalb Deutschlands ermittelt.

Weiterhin hat unsere Arbeitsgruppe in den Beiträgen zur Jagd- und Wildforschung, Bd. 41 (2016) eine wissenschaftliche Veröffentlichung zum Thema: Erkenntnisse ostsächsischer Jäger zur Rückkehr der Wölfe unter besonderer Beachtung ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen sowie der zunehmenden Anforderungen an ein belastbareres Monitoring gebracht.

Eine sachliche Einschätzung der genauen Wolfszahlen durch das BfN ist sehr fragwürdig mit 160 Wölfen, Senckenberg-Institut sagt gerade 700 Wölfe.

Dabei wird die Betrachtung der Zentral-Europäischen-Population als Eurasische Metapopulation außen vor gelassen.

Wir werden also amtlich falsch informiert.

Hinzu kommt eine nach Prof. M. Stubbe zitierte Schattenquote von etwa 54%, welche bei allen wildbiologischen Zählungen (Schalenwild) üblich sind. Summiert kann von einer Anzahl von Wölfen bis 1000 ausgegangen werden.

Lt. LCIE (Large Carnivore Initiative for Europe) ist eine genetische, vitale Population der ZEP mit 250 Wölfen für Deutschland tragbar und sind es echte Wölfe der Eurasischen Metapopulation ist der Erhaltungszustand des Wolfes gilt für die gesamte Population und nicht für Vorkommen innerhalb politisch abgegrenzter Gebiete oder biogeografischer Regionen geltend.

Verantwortungsvolles Wildtiermanagement verlangt eine gleichrangige Berücksichtigung der in einem Lebensraum vorkommenden Wildtierarten. Die Eingrenzung z.B. des Rotwildes auf behördlich ausgewiesenen Bewirtschaftungsgebieten in einigen Bundesländern ist mit der Forderung nach der flächendeckenden Ausbreitung des Wolfes nicht vereinbar.

In das Wildtiermanagement müssen die praktischen Erfahrungen der Jägerschaft einbezogen werden. Ihre Erkenntnisse aus der Praxis sind für die wissenschaftliche Betrachtung unverzichtbar.

In Bezug auf die Wolfspopulation ist eine klare und nachvollziehbare Aussage über die maximale Anzahl der in den verschiedenen Lebensräumen vorkommenden Tiere zu treffen. Es ist die ökologische Tragfähigkeit zu berücksichtigen, auch um Krankheiten vorzubeugen, wie die bereits auftretende Räude. Hierbei ist zu bemerken, je höher die Populationsdichte, desto höher ist die Übertragungsrate durch innerartliche und zwischenartliche Kontakte. Die falsche Anwendung des Auslese-Gedankens ist ein Zeichen von Ignoranz im biologisch-medizinischem Bereich.

Wir Jäger übernehmen Verantwortung:

- mit der Einbindung bei der Bewertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ergebnisse
- wie entwickeln sich Wolf-Beutetier in der Kulturlandschaft
- welche Schutz- und Hegemaßnahmen sind bei drohendem und/oder erkennbarem Artenschutz zu tätigen,

beispielsweise beim Schalenwild: Das Muffelwild ist in Deutschland seit langem eine heimische Art, das weltweit größte Vorkommen in Mitteleuropa. In der Muskauer Heide und den Königshainer Bergen (Sachsen) wurden die Vorkommen durch den Wolf ausgelöscht. In der Göhrde (Niedersachsen) steht kurz davor. Im Bereich der Hohen Dubrau (Sachsen) ist der Eingriff im Damwild deutlich spürbar und im Jagdgebiet Niederspree waren auf 700 ha vor Jahren noch ca 90 Rehe, jetzt sind es noch 10 Stk.,

und nur die Forstwirtschaft freut sich zu dieser Regulierung der Schalenwildbestände nach rein ökonomischen Gesichtspunkten ohne über eine nachhaltige Bestandssicherung nachzudenken.

Das Verhalten des Schalenwildes hat sich massiv verändert, es wird aus den Wäldern vertrieben, auf den Feldflächen in den großen Mais- und Rapsflächen vertraut und die Jagdausübungsberechtigten müssen für die Wildschäden zahlen, ohne eine durchgreifende wirksame, von der Landwirtschaft unterstützende, Möglichkeit zur Verhütung zu haben.

Die Jäger als Wildtierbeauftragte und „erfahrene Personen“ bringen sich auf vertraglicher Basis aktiv in das solide, nationale und grenzüberschreitende Monitoring ein, sind bereit, den Erhaltungszustand des Wolfes jährlich und im sechsjährigen Berichtszeitraum mit einzuschätzen.

Der Wolf wird sich in einer Zivilisationsgesellschaft grundsätzlich nicht selber regulieren, d.h. er wird auch in Deutschland in absehbarer Zeit reguliert werden müssen.

So können u.a. die Regelungen zur Schutzjagd in Schweden, wo der Wolf ebenfalls im ganzen Land im Anhang IV FFH-RL eingestuft ist, beispielgebend für Deutschland sein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

und

Weidmannsheil

Christian Berndt

Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement

Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion

Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln — Wolfsverordnung erlassen

Antrag der Fraktion GRÜNE

Stellungnahme von Rechtsanwalt Dr. Georg Brüggem, Staatsminister a. D.

Anhörung des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft
am 15.05.2018

Themenübersicht

Wolfsmanagement 2014

Rechtsstatus der Wölfe

Schutzstatus der Wölfe

Weiterentwicklung des
Wolfsmanagements

Nach Ansicht Wolfsmanagement (2014), S. 14:

„Nach der FFH-Richtlinie sind „alle absichtlichen Formen des Fangs oder der Tötung“, sowie „jede absichtliche Störung“ und „jede Beschädigung oder Vernichtung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ untersagt. Im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Sächsischen Jagdgesetz (SächsJagdG) wurden diese Forderungen eins zu eins übernommen. Nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 und § 44 BNatSchG ist der Wolf streng geschützt.

Für das Wolfsmanagement in Sachsen ergeben sich aus dem gegenwärtigen rechtlichen Status des Wolfes folgende Konsequenzen:

- Das Festlegen von Wolfsgebieten und wolfsfreien Gebieten sowie Festlegungen zu einem etwaigen Zielbestand, zu Abschusszahlen oder zu einer vorsorglichen Bestandsregulierung sind ausgeschlossen.
- Der landesweite Schutz ist zwingend.
- Ausnahmen vom Störungs-, Fang- und Tötungsverbot sind möglich, aber nur im begründeten Einzelfall.
- Eine präventive Bestandskontrolle ist nicht statthaft“

Ist das bei Lichte betrachtet bei der gegenwärtigen und ggf. zu ändernden Rechtslage zutreffend?

Notstand

Nach § 228 BGB ist gerechtfertigt, wer eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, um eine durch sie drohende Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht widerrechtlich, wenn die Beschädigung oder die Zerstörung zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefahr steht. Tiere sind zwar keine Sachen, aber auf sie werden die für Sachen geltenden Vorschriften angewendet, § 90 a BGB (vgl. hierzu auch § 34 StGB).

Die Gefahr darf nicht anders abzuwenden sein, dass heißt das aus den zur Verfügung stehenden Mitteln das Mildeste ausgewählt werden muss. Im Gegensatz zur Notwehr muss beim Notstand das Interesse am Schutz des bedrohten Rechtsgutes das Interesse am beeinträchtigten wesentlich überwiegen. Aber: Niemand muss sich durch einen Wolf angreifen oder verletzen lassen. Das menschliche Leben und die körperliche Unversehrtheit sind höherrangigem Rechtsgüter als die Erhaltung eines Tieres aus der Population der Wölfe.

Problem: Der Nachweis der Erforderlichkeit obliegt demjenigen, der sich bei einer „Entnahme“ auf den Notstand beruft. Anders ausgedrückt: Rechtssicherheit besteht erst mit der rechtskräftigen Entscheidung des Tatrichters.

Rechtsstatus der Wölfe II

Abweichungskompetenz

Deutschland kann von Art. 12 bis 14 sowie 15 Buchst. a) und b) unter anderem

1. zum Schutz der wildlebenden Tiere und Pflanzen und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume;
2. zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum;
3. im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt

abweichen, sofern es keine anderweitige zufriedenstellende Lösung gibt und unter der Bedingung, dass die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen.

Rechtsstatus der Wölfe III

Regelungen

FFH
(Anlage IV)

Art. 16 Abs. 1
FFH

§ 45 Abs. 7
BNatSchG

Wirkungen

*strenges FFH-
Regime*

*Abweichungs-
kompetenz für die
Mitgliedsstaaten*

*Nutzung der
Abweichungs-
kompetenz durch
Deutschland*

Rechtsstatus der Wölfe IV

Abweichungskompetenz nach FFH „... im folgenden Sinne abweichen ...“	Umsetzung ins Bundesrecht „Zulassung von Ausnahmen ...“
zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum; im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit...	zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden, im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, ...
... oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art...“	aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.“

Hinweis: Bei der Tabelle handelt es sich um eine Auswahl von Ausnahmetatbeständen

7

Rechtsstatus der Wölfe V/Abweichungskompetenz

Spezifische Abweichungskompetenzen

Abwendung **erheblicher ... wirtschaftlicher** (eigentumsorientierter*) **Schäden**)**

Im **Interesse** der Gesundheit ..., der öffentlichen Sicherheit ...

Aus anderen **zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses** ...

*) Vgl. hierzu die EU-Vorgaben in der FFH für die Abweichungskompetenzen.

**) Einzelbetriebliche Schäden sind ausreichend. Es muss sich nicht ein Wirtschaftszweig in der Region betroffen sein.

8

FFH-Schutzstatus nach Anhang II

Die FFH-Richtlinie ist gemäß § 288 Abs. 3 AEUV für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und Mittel. Der Wolf ist in Anhang II der FFH-Richtlinie aufgeführt. Damit ist er von gemeinschaftlichem Interesse, sodass für dessen Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

FFH-Schutzstatus nach Anhang IV

Zudem ist der Wolf *) in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt. Damit gehört er zudem zu den streng zu schützenden Tier- und Pflanzenarten.

*) ausgenommen der griechischen Populationen nördlich des 39. Breitengrades, der estnischen Populationen, der spanischen Populationen nördlich des Duero, der bulgarischen, lettischen, litauischen, polnischen, slowakischen und finnischen Populationen innerhalb des Rentierhaltungsareals im Sinne von § 2 des finnischen Gesetzes Nr. 848/90 vom 14. September 1990 über die Rentierhaltung

Ist der aktuelle Schutzstatus des Wolfes in Ostdeutschland nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

- aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art,
- das natürliche Verbreitungsgebiet weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
- ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern,

noch gerechtfertigt?

Die Genehmigung einer Entnahme obliegt den Landratsämtern und Kreisfreien Städten als Weisungsaufgaben.

Nach § 111 Abs. 2 SächsGemO erstreckt sich die Aufsicht über die Erfüllung von Weisungsaufgaben auf die Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung (Fachaufsicht). Nach § 123 Abs. 1 SächsGemO obliegt die Fachaufsicht den für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörden, mit der Maßgabe, dass die oberste Fachaufsichtsbehörde das fachlich zuständige Staatsministerium ist.

Das Wolfsmanagement wäre berechtigt, fachliche Weisungen im Rahmen des Wolfsmanagements zu geben und zwar einschließlich Opportunitätskriterien. An diese wären unteren Naturschutzbehörden gebunden. Das Wolfsmanagement könnte daher um Kriterien für die Entnahmeentscheidungen weiterentwickelt werden.

Ende

Umgang mit dem Wolf in Sachsen

Prof. Dr. forest. Dr.med. SVEN HERZOG

Zum Antrag „Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement“ wird wie folgt Stellung genommen:

1. Ein länder- oder gar staatenübergreifendes einheitliches Wolfsmanagement ist aus fachlicher Sicht nicht erforderlich, ggf. sogar kontraproduktiv. Es verursacht hohe Kosten und bürokratischen Aufwand; die Mittel wären in ein lokales Management deutlich besser investiert. Wichtig ist es vielmehr, aus den internationalen Erfahrungen für ein regionales Management zu lernen.
Die Situation stellt sich derzeit so dar, dass eine Wiederbesiedlung Deutschlands durch den Wolf keineswegs homogen und lokal sehr zeitversetzt erfolgt.
In absehbarer Zeit wird Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt in großen Teilen vom Wolf besiedelt sein, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sowie die weiter westlich gelegenen Bundesländer werden erst mit zeitlicher Verzögerung folgen.
Damit finden wir auch in jeder Region spezifische Probleme vor. So steht derzeit etwa in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen noch der absolute Schutz im Vordergrund, während in den drei erstgenannten Ländern sich nicht die Frage „ob“, sondern die Frage „wann“ der Einstieg in ein aktives Management des Wolfes erfolgen muss, stellt.
2. Die beiden biogeographischen Regionen Deutschlands spielen für die Ausbreitung und Ansiedlung des Wolfes keine Rolle, hier sind ganz andere Parameter (Urstromtäler, Windrichtung, Nahrungsbasis in Form von Huftieren etc.) von Bedeutung.
3. Hinsichtlich der Möglichkeiten, von anderen Ländern zu lernen, müssen wir über die Bundesrepublik Deutschland hinausblicken. Sowohl die baltischen Länder, aber auch Schweden, Finnland und in Zukunft vermutlich die Schweiz praktizieren Elemente des Wolfsmanagements, welche zumindest in Teilen gut auf Sachsen übertragbar sind.

In Deutschland findet derzeit kein wirkliches Management des Wolfes statt, sondern man beobachtet lediglich eine Entwicklung und versucht, durch Kompensationszahlungen diejenigen Konflikte, die gerade akut werden, zu kaschieren. Ein echtes Management muss immer auch auf die zukünftige Entwicklung abgestellt sein und Entwicklungen vorwegnehmen, bevor diese zu akuten Problemen führen. Hier herrscht Nachholbedarf.

4. Der Begriff der Population wird in Politik und Verwaltung derzeit (bewusst oder unbewusst) missverständlich bzw. sogar falsch angewendet. Biologische Fakten werden wider besseres Wissen ignoriert und/oder fehlinterpretiert. Es bedarf daher keiner „Neueinordnung“, sondern einer Korrektur offensichtlicher Fehler.

Für Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern sowie Polen ist lediglich die baltisch-osteuropäische Population relevant, für Bayern und Tschechien beispielsweise zusätzlich die abruzzo-alpine Population.

5. Eine Neubewertung des Erhaltungszustandes der Population erscheint erforderlich. Dies muss allerdings nicht jährlich erfolgen, da es keine Hinweise gibt, dass sich der bei Anwendung der Kriterien der gemäß Richtlinie 92/43/EWG derzeit als günstig einzustufende Erhaltungszustand in absehbarer Zeit verschlechtern wird. Günstig im Sinne der Verordnung bedeutet, dass
 - aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, dass diese Art ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird und
 - das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Art weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
 - ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern

Wie unschwer zu erkennen ist, sind derzeit für den Wolf und seine Ausbreitung in Deutschland alle drei Kriterien erfüllt.

6. Die rechtssichere Wahrnehmung der Pflichten aus der Tierschutz-Nutztierhalterverordnung ist ein grundlegendes Problem für alle Weidetierhalter, welches dringend und ohne zusätzliche Bürokratie gelöst werden muss
7. Die Entnahme von Wölfen im Sinne einer Einzelentnahme wäre derzeit bereits problemlos möglich, sofern dies politisch gewollt ist. Sie ist aus biologischer und ökologischer Sicht aber nicht zielführend. Stattdessen sollten für die Zukunft Methoden bereitgestellt werden,

welche eine flächendeckende, artgerechte Aufrechterhaltung der Scheu vor dem Menschen gewährleisten. Welcher Weg bzw. welche Abfolge von Wegen dafür zu beschreiten ist, ist zu klären. Die Instrumente sind vorhanden. Derzeit sind sie politisch weitgehend nicht gewollt.

Letzteres sollte bedacht werden, wenn wir über bundeseinheitliche Standards sprechen. Der bundeseinheitliche Ansatz scheint mir hier eher die Entwicklung zu behindern als zu fördern. Zielführender ist vermutlich ein Weg „von unten nach oben“, welcher aus der spezifischen Situation eines Landes, etwa Sachsens heraus Lösungen entwickelt, die später (mit zunehmender Besiedlung durch den Wolf) auch in anderen Ländern übernommen werden können.

8. Ob eine Konzentration des Wolfes auf „Schutzzonen“ erforderlich ist, halte ich für fraglich.

Sollten wir es schaffen, in der Fläche einen bodenständigen, gelassenen und fachlich angemessenen Umgang mit dem Wolf zu erreichen, so dass dieser irgendwann als ein ganz normales Wildtier behandelt wird, so ist dies nicht erforderlich.

Sollte uns das nicht gelingen und die Fronten unter den verschiedenen Lobbygruppen sich weiter verhärten, könnten solche Zonen eine (Kompromiss-)Lösung sein. Bei einer anderen konfliktträchtigen Wildart, dem Rothirsch, funktioniert das auch, allerdings zu Lasten der Tiere. Ein solcher segregativer Weg wäre letztlich ein Beleg für das Versagen der Politik.

9. Die Unterstützung der Weidetierhalter ist dringend erforderlich, um bei dieser professionellen Gruppe Akzeptanz zu schaffen. Vom Überleben der Weidewirtschaft in Deutschland hängt viel ab. Es wäre fatal, wenn dieser naturschutzfachlich außerordentlich wertvolle und wichtige Teil der Landwirtschaft durch ein falsch verstandenes und einseitiges Artenschutzverständnis einer Wohlstandsgesellschaft langfristig verschwinden würde.

10. Kommunikations- und Umweltbildungsprojekte gibt es derzeit viele, eine Evaluation der Wirkung solcher Ansätze fehlt weitgehend.

Daher sollten in Zukunft nicht mehr, sondern weniger öffentliche Mittel in eine fragwürdige Kommunikation fließen. Eine Re-allokation entsprechender Mittel zugunsten

einer unabhängigen (!) Forschung und vor allem der Unterstützung der Weidetierhalter erscheint sinnvoll.

Zum Antrag „Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln-Wolfsverordnung erlassen“ wird wie folgt Stellung genommen:

1. Eine rechtssichere Regelung des Umganges mit dem Wolf erscheint derzeit wichtig, da die Vielzahl der in Sachsen existierenden Vorschriften und Empfehlungen ein fachlich angemessenes Handeln oft konterkariert oder gar unmöglich macht.
2. Dabei sollten allerdings nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden. Der Umgang mit dem Wolf unterliegt in Sachsen einer Überregulation, zu viele und zum Teil widersprüchliche oder konkurrierende Bestimmungen und Empfehlungen sind das Problem. Dieses lösen wir nicht durch noch mehr „law and order“, sondern durch eine konsequente Verschlinkung der Vorschriften mit klaren Aussagen dort, wo es das Wohl der Tierart Wolf oder für das Wohl der betroffenen Menschen oder Haustiere erforderlich ist.
3. Ein Grundproblem Sachsens ist das seltsame Konstrukt, dass eine Aufnahme in das Jagdrecht gleichzeitig zu massiven Einvernehmensregelungen mit der Naturschutzadministration geführt hat. Der Wolfsmanagementplan wiederum ist kein wirklicher Managementplan, sondern eher ein politisches Manifest mit erheblichen fachlichen Schwächen. Hier wäre eine fachlich anspruchsvolle Überarbeitung dringend erforderlich.
4. Man sollte sich vor Erlass weiterer Vorschriften eindeutig entscheiden, den Wolf entweder dem Jagdrecht oder dem Naturschutzrecht zu unterstellen. Beides ist möglich; für den Schutz des Wolfes spielt es keine Rolle, welchem Rechtskreis dieser zugeordnet wird. Innerhalb des jeweiligen Rechtskreises gibt es dann genügend Instrumente, um auch die unterschiedlichen Interessen der Menschen zu berücksichtigen.



Genetisches Wolfsmonitoring in Deutschland

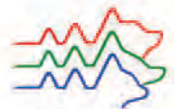
Anne Jarausch

Senckenberg Forschungsinstitut Frankfurt, Außenstelle Gelnhausen
Fachgebiet Naturschutzgenetik



SENCKENBERG

Expertise bei Senckenberg

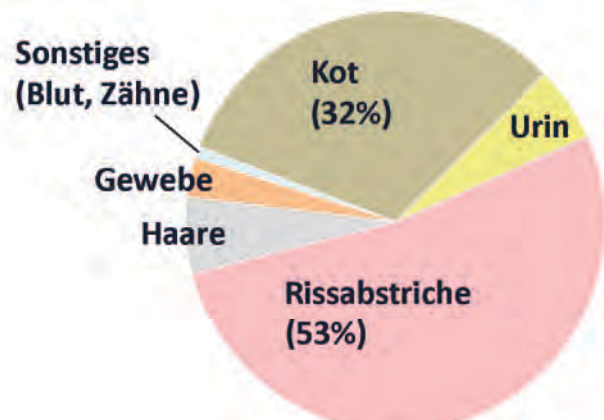


- seit 2010: Nationales Referenzzentrum für genetische Untersuchungen bei Wolf und Luchs
- > 7000 Proben
- Auftrag der Länder
- Datenbank mit Referenzproben benachbarter Populationen

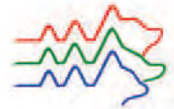


Grundstein 1817 für Naturkundemuseum
Frankfurt gelegt

Bearbeitete Wolfsverdachtsproben 2016/17 *n* = 1547 (inkl. gepoolte Proben)



Stand: 2017-09-06



Warum Wolfsgenetik?

- Artzugehörigkeit / Hybridisierung
- Identifikation von Individuen
- Rudelstruktur
- Wanderbewegungen
- Herkunft
- Inzucht
- genetische Diversität
- Populationsabgrenzung



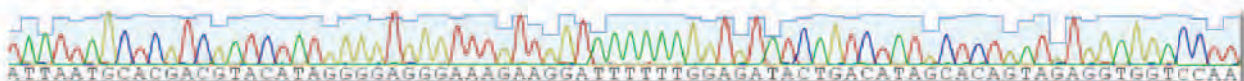
Bundesweites Referenzzentrum zur zentralen Generierung genetischer Daten für ein wissenschaftlich fundiertes Wolfsmonitoring

Methoden

- 13 Mikrosatelliten & 2 Geschlechtsmarker: *Genetischer Fingerabdruck*

	FH2001a	FH2001b	FH2010a	FH2010b	FH2017a	FH2017b	FH2087La	FH2087Lb	FH2088a	FH2088b	FH2096a	FH2096b	FH2137a	FH2137b	FH2140a	FH2140b	vWFa	vWfb	FH2054a	FH2054b	FH2161a	FH2161b	CPH5a	CPH5b	PEZ17a	PEZ17b
Rüde	136	144	229	229	264	268	228	236	113	113	96	104	157	157	129	129	130	160	136	144	224	232	113	115	197	205
Fahe	136	140	221	229	256	264	236	240	117	121	96	96	157	157	149	149	130	130	144	152	224	248	111	115	197	201
Welpen	136	136	229	229	264	264	236	236	113	121	96	104	157	157	129	149	130	130	144	144	224	224	111	113	197	197

- mitochondriale DNA-Kontrollregion: *Art- und Haplotypbestimmung*

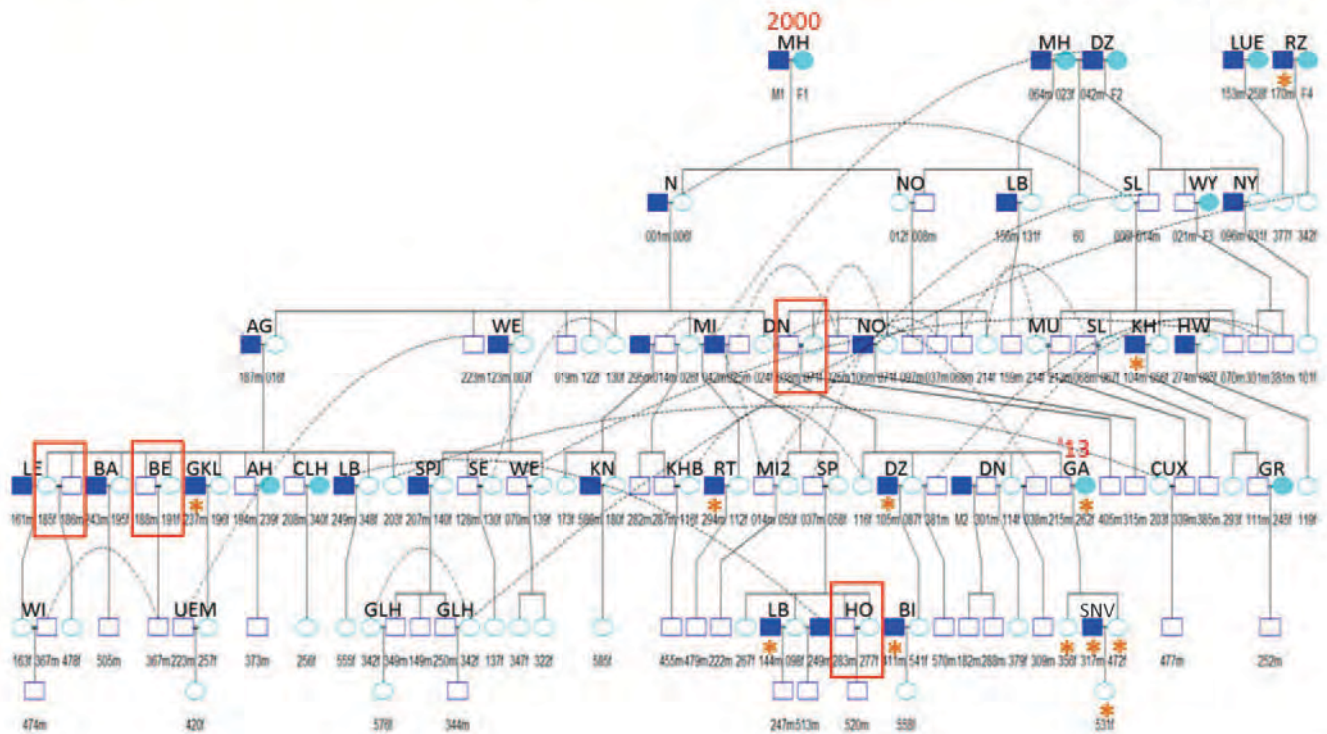


- SNP-Chip (96 Proben & 96 SNPs):
Unterscheidung von Wolf, Hund & Hybrid

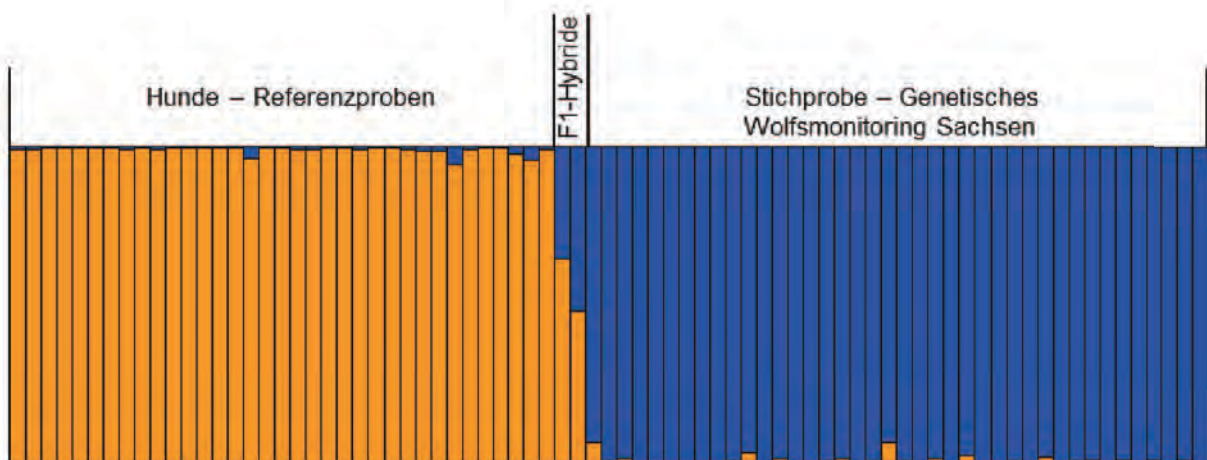


Verwandtschaftsanalysen - Stammbaum

Stand: Okt. 2016

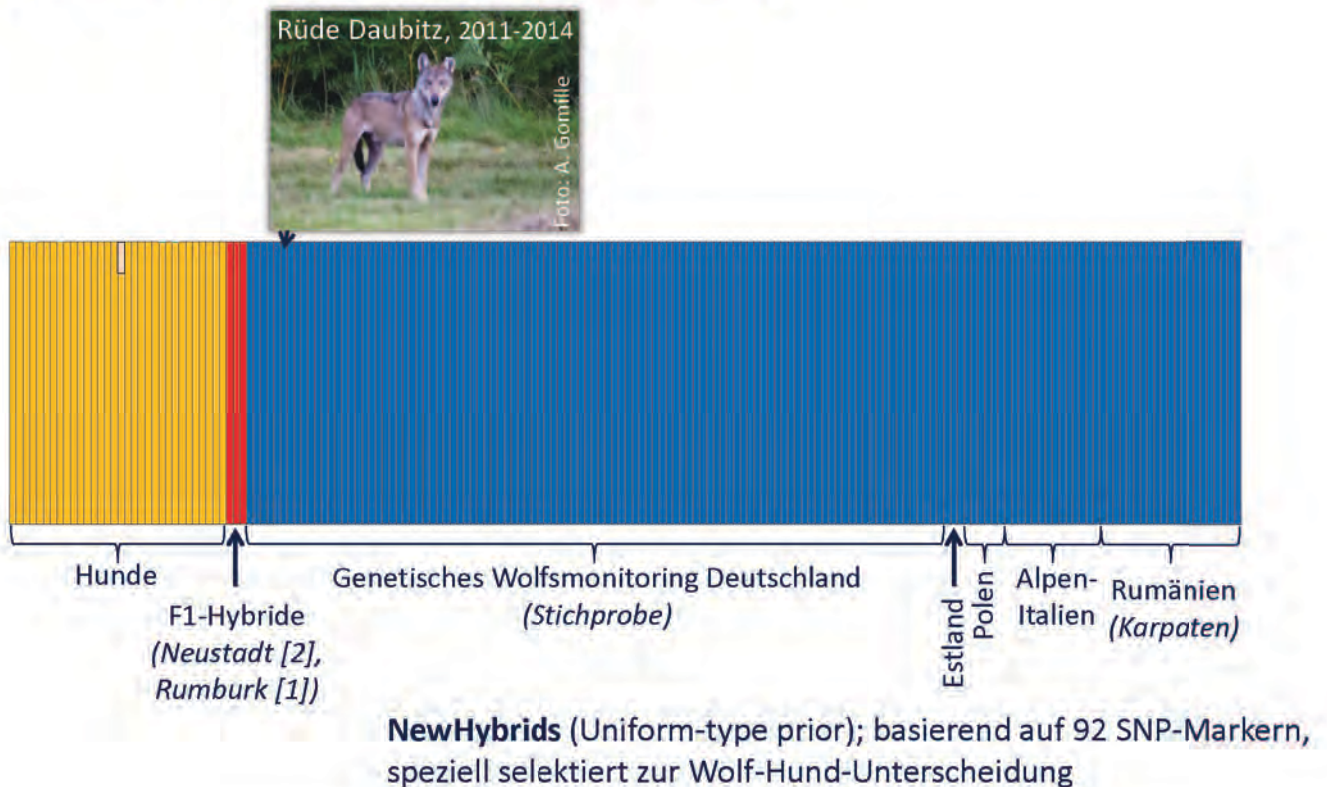


Hybridisierung mit Haushunden



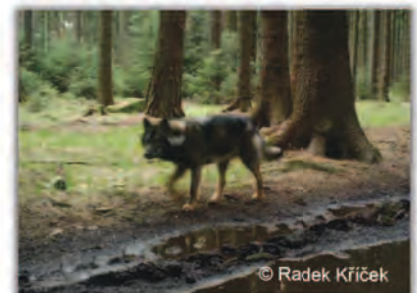
Bayessches Zuordnungsverfahren, basierend auf 13 Mikrosatellitenmarkern,
STRUCTURE software (Pritchard et al. 2000)

Hybridisierung mit Haushunden

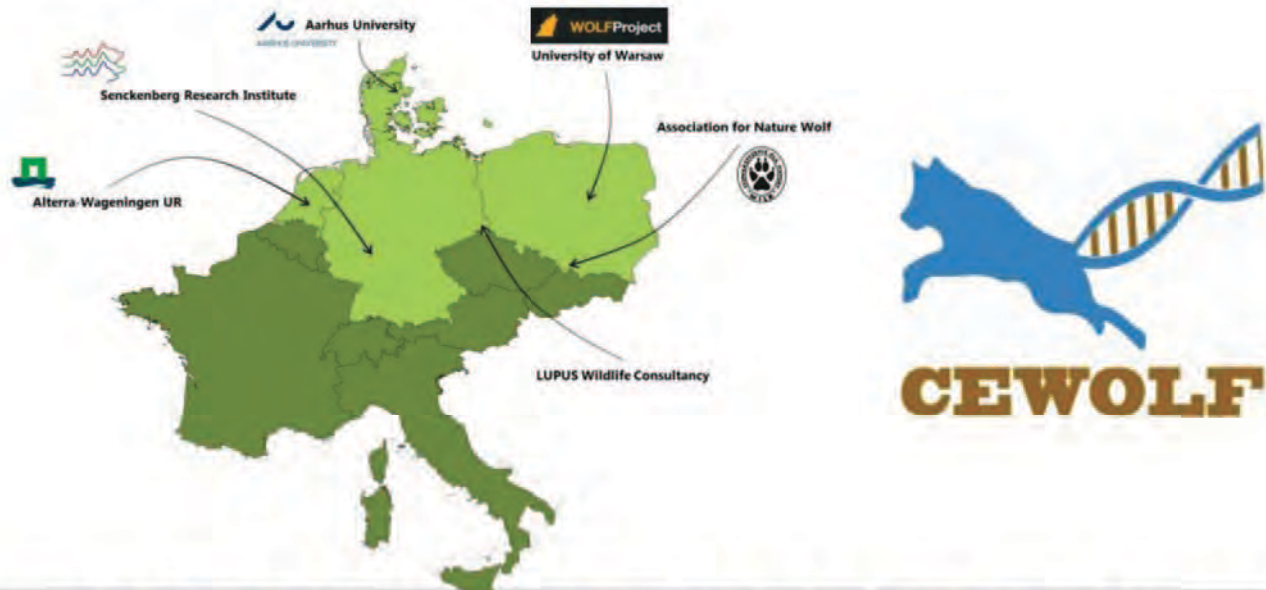


Hybridisierung mit Haushunden

- Zwei Hybridisierungsfälle in Deutschland
 - 2003 in Sachsen (Neustadt)
 - 2017 in Thüringen (Ohrdruf)
- 2016 in Tschechien (Rumburg; im Grenzgebiet zu Sachsen)
 - Nachweis zusammen mit Kollegen der Universität in Prag (Prof. Pavel Hulva)
- Mikrosatelliten- oder SNP-basierte Untersuchungen erbrachten keine weiteren Hinweise auf Hybridisierungsereignisse
- Hybridisierungsrate bei Wölfen in Deutschland aktuell $< 1\%$
 - (2 Fälle bei 245 nachgewiesenen Würfen in Deutschland im Zeitraum 2000 - 2017), im internationalen Vergleich sehr geringer Wert (siehe z.B. Hindrikson et al. 2012; Pacheco et al. 2017)



www.senckenberg.de/cewolf



Groot, G. A., Nowak, C., Skrbinšek, T., Andersen, L. W., Aspi, J., Fumagalli, L., ... & Marucco, F. (2016). Decades of population genetic research reveal the need for harmonization of molecular markers: the grey wolf *Canis lupus* as a case study. *Mammal Review*, 46(1), 44-59.

Lebensraumeignung für Wölfe in Deutschland – Anmerkungen zu Anträgen

Dr. Felix Knauer

Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie
Veterinärmedizinische Universität Wien



Lebensraumeignung – was ist das?

Lebensraum ist die Gesamtheit aller Ressourcen (Nahrung, Deckung) und Umweltbedingungen (abiotische Variablen wie Temperatur und biotische wie Konkurrenten und Räuber), die Anwesenheit, Überleben und Reproduktion einer Population bestimmen.

(Sinclair, Fryxell, and Caughley. 2006. Wildlife Ecology, Conservation, and Management. 2nd edition. Blackwell)

Lebensraumeignung ist die Größe, die die Anwesenheit, das Überleben und die Reproduktion einer Population bestimmt

BfN-Projekt „Rahmenplan Wolf“

Problem für uns Wissenschaftler:

Großteil Deutschlands war wolfsfrei und kaum wiss. Daten verfügbar

Zwei Möglichkeiten:

- Experteneinschätzung
- Übertragung der Erkenntnisse aus anderen Gebieten

Lebensraumeignung in den Nachbarländern

Berücksichtigte Habitateignungsmodelle:

Polen I: Waldanteil +, Waldfragmentation -, Autobahndichte –
(Jedrzejewski et al. 2004. Diversity Distrib.)

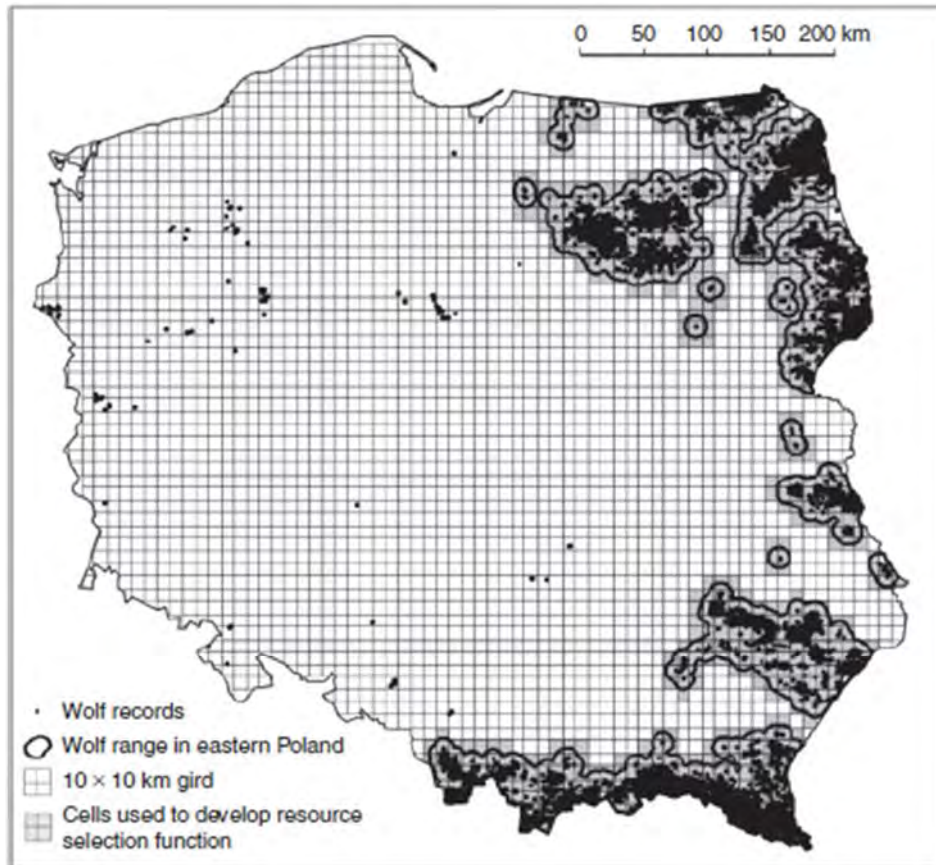
Polen II: Waldanteil ++, Anteil Wiesen +, Anteil Feuchtgebiete +,
Straßendichte – (Jedrzejewski et al. 2008. Anim. Cons.)

Italien, Abruzzen: Waldanteil +, Wilddichte und -diversität +,
menschlicher Einfluss – (Massolo & Meriggi. 1998. Ecography)

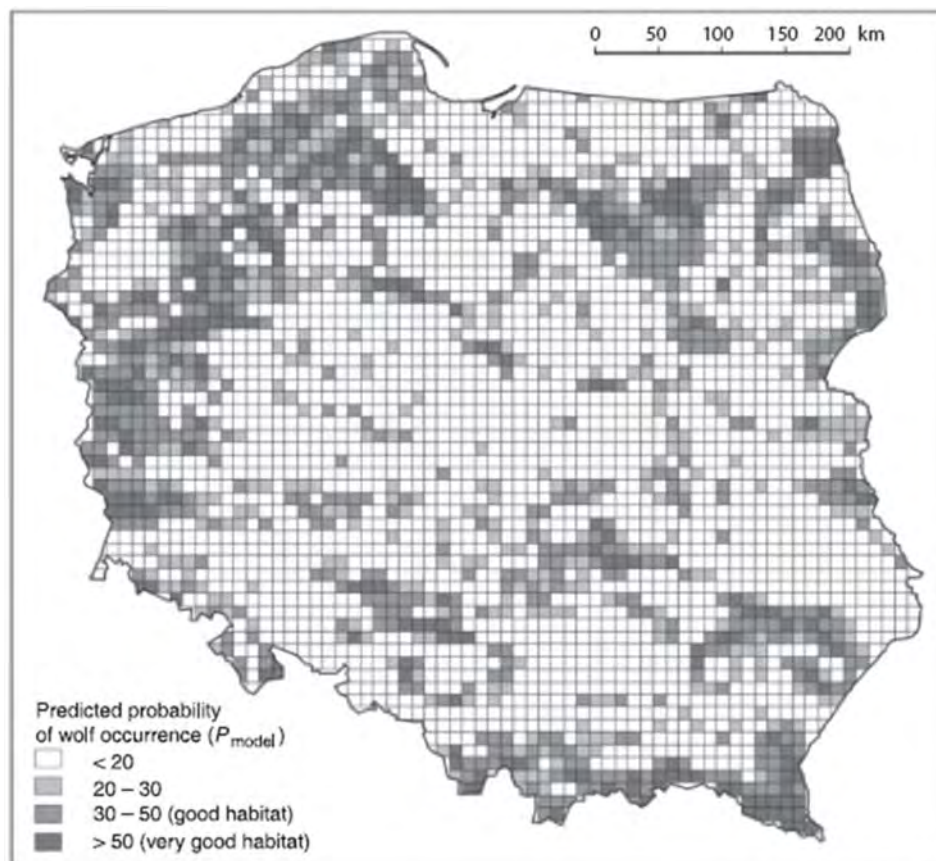
Schweiz (Wallis): Wilddiversität +, Anteil Siedlungsflächen -, Ackerland -
Einwohnerdichte - (Glenz et al. 2001. Lands. Urban Plan.)

Italien, Piemont: Waldanteil +, Anteil Siedlungsflächen -, Felsanteil -,
Vorkommen von Rotwild + (Marucco und McIntire, 2010.
J.Appl.Ecol.)

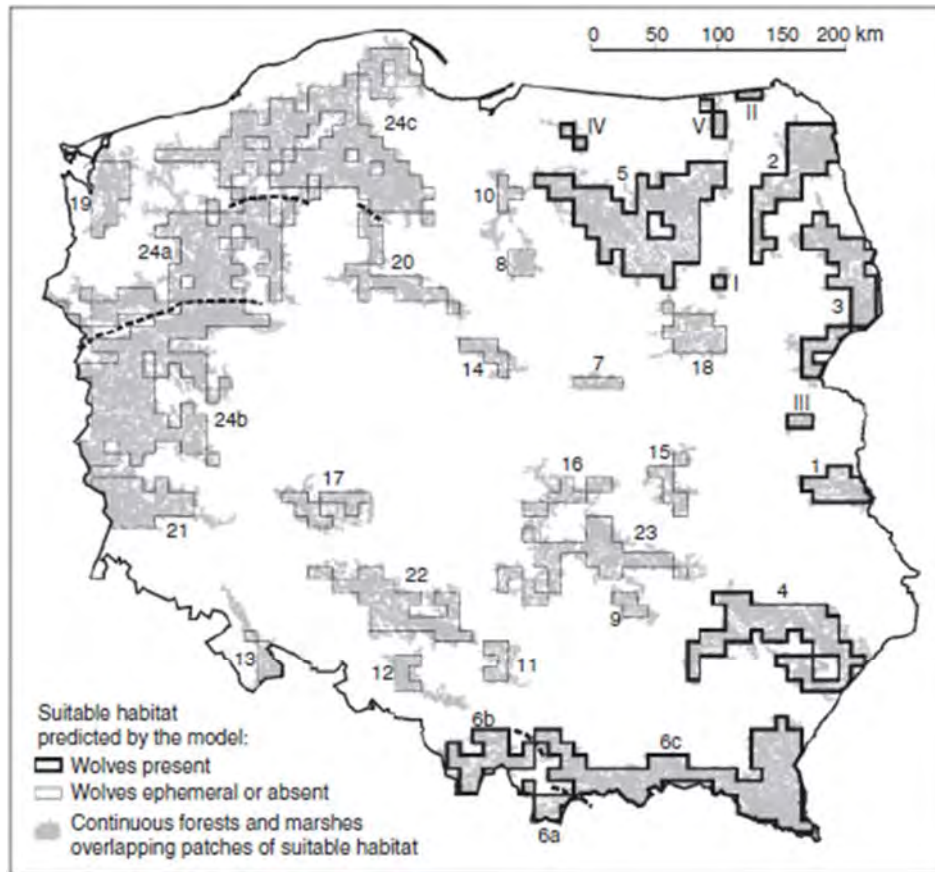
Lebensraumeignung in Polen



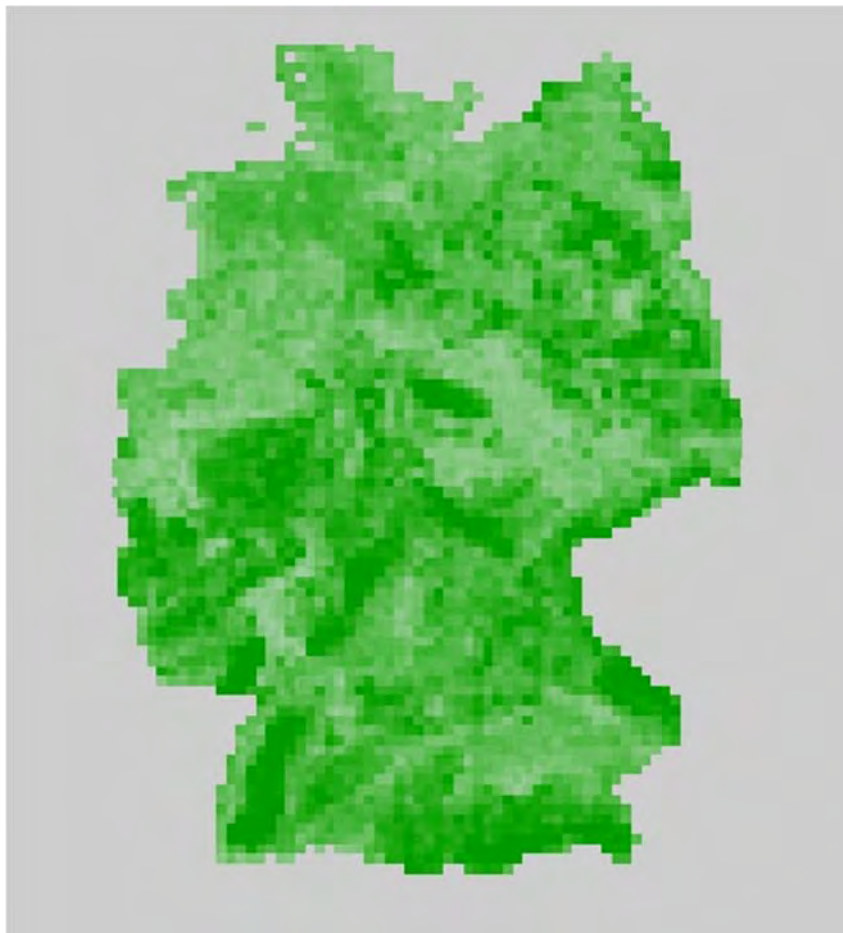
Lebensraumeignung in Polen



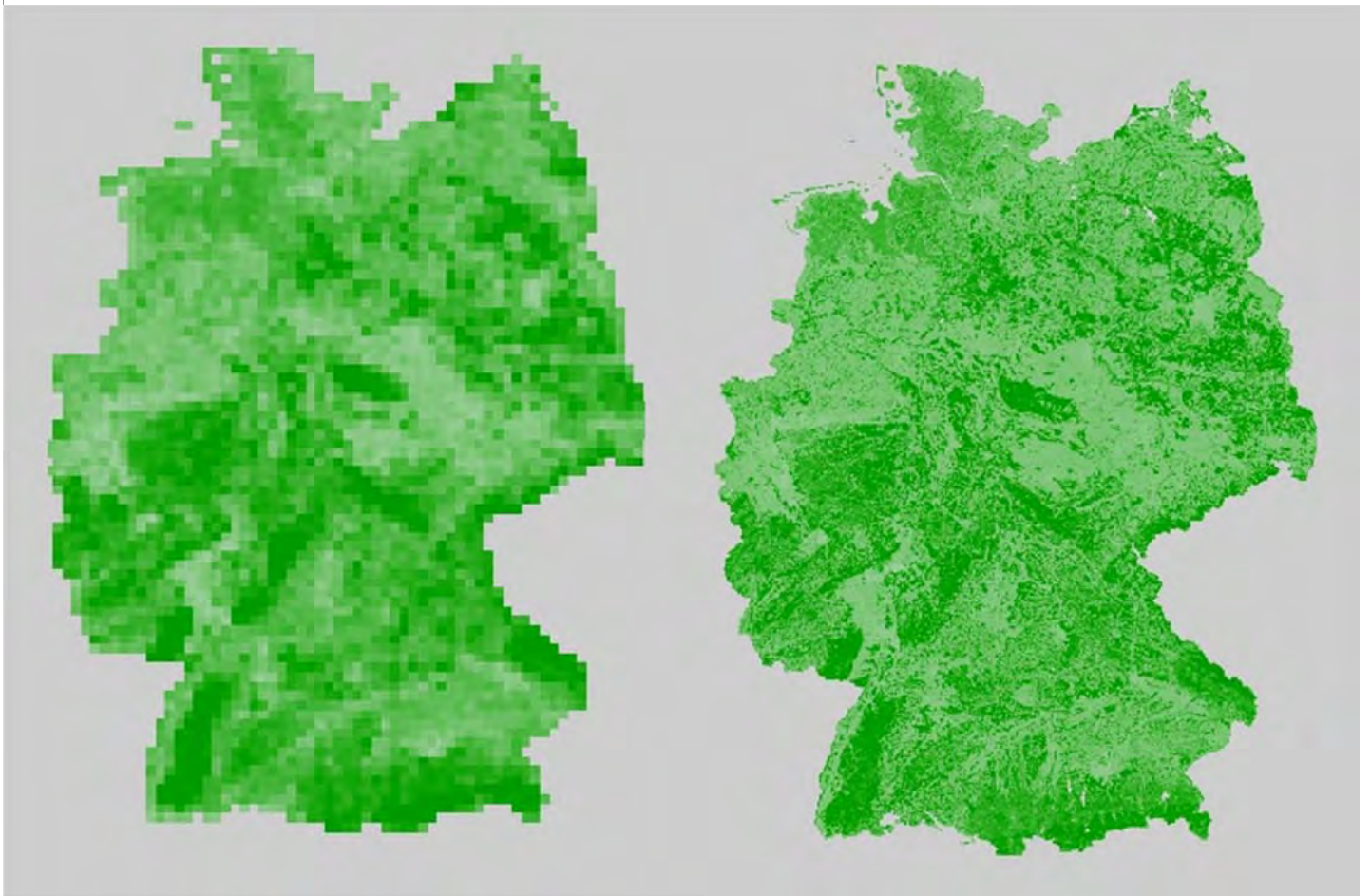
Lebensraumeignung in Polen



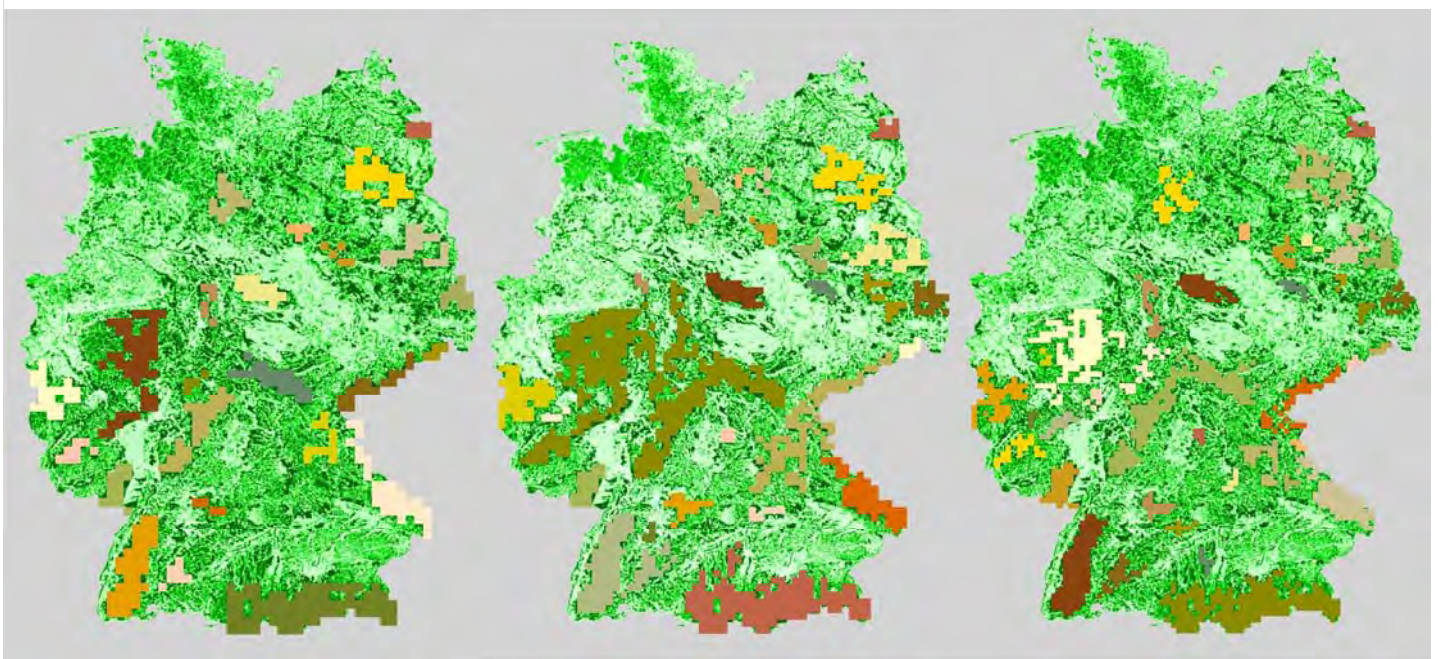
Lebensraumeignung in Deutschland



Lebensraumeignung in Deutschland



Wie viele Wölfe können in Deutschland leben?



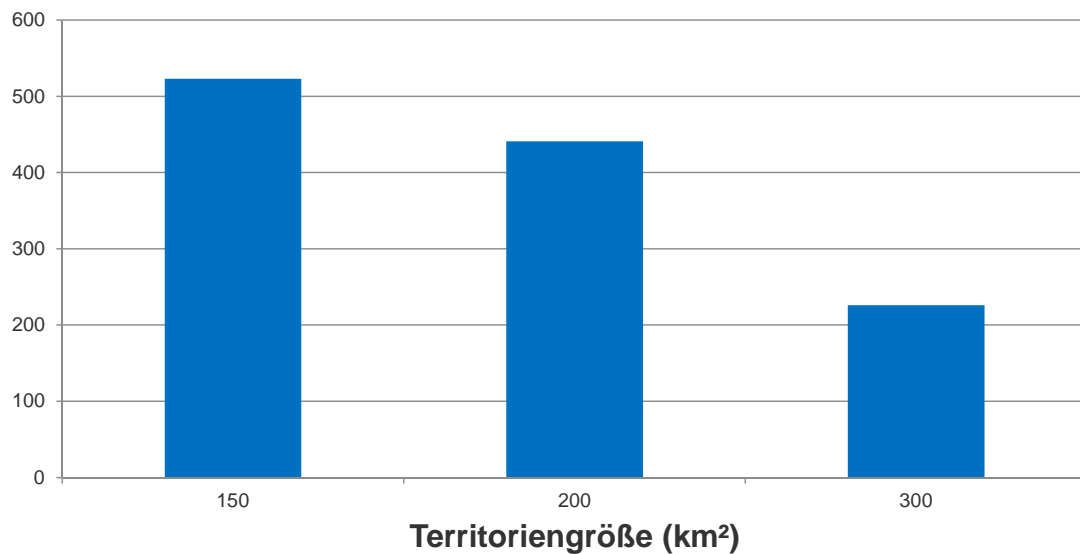
300 km²

200 km²
Territoriengröße

150 km²

Potenzial für Wolfsrudel

potenzielle Anzahl Wolfsrudel

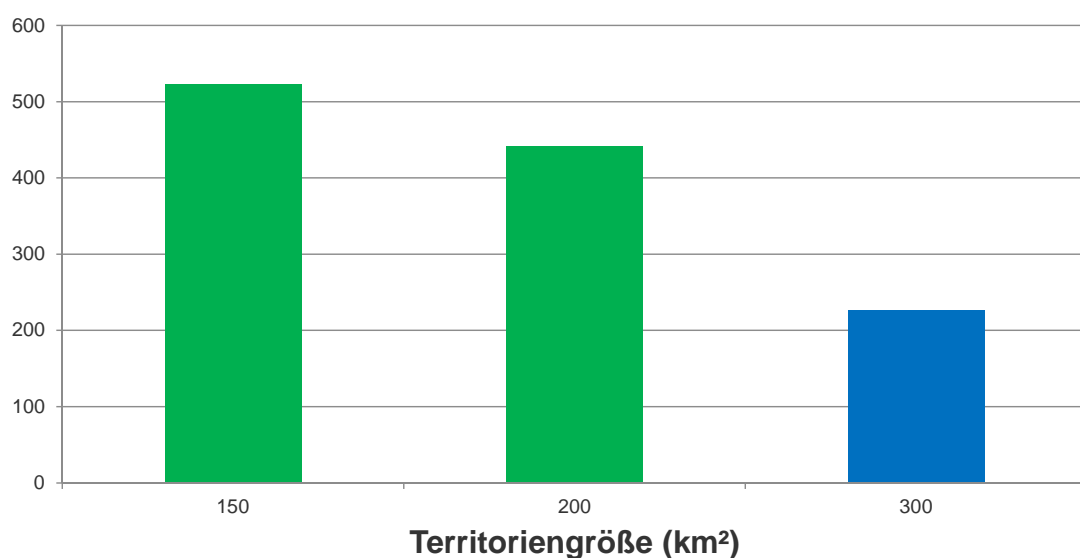


Veterinärmedizinische Universität Wien

Günstiger Erhaltungszustand

≥ 1000 erwachsene Tiere, nur Deutschland

potenzielle Anzahl Wolfsrudel



Veterinärmedizinische Universität Wien

Anmerkungen zu den Anträgen

Antrag von CDU und SPD

Akzeptanzsicherung durch Populationsbegrenzung

- Chapron, Treves. 2016. Blood does not buy goodwill: allowing culling increases poaching of a large carnivore. Proc. Roy. Soc. B
- Weidetierhaltung von Schafen in Wolfsgebieten nur mit Herdenschutz möglich
- Reduzierte Wolfsdichte verringert den Einfluss auf Schalenwildbestände

Veterinärmedizinische Universität Wien



Anmerkungen zu den Anträgen

Antrag von CDU und SPD

Zonierung

Günstiger Erhaltungszustand: definiert durch Populationsgröße, Verbreitung und Vorhandensein geeigneten Lebensraums

⇒ Großflächige Freizonen nicht mit EU-Recht vereinbar

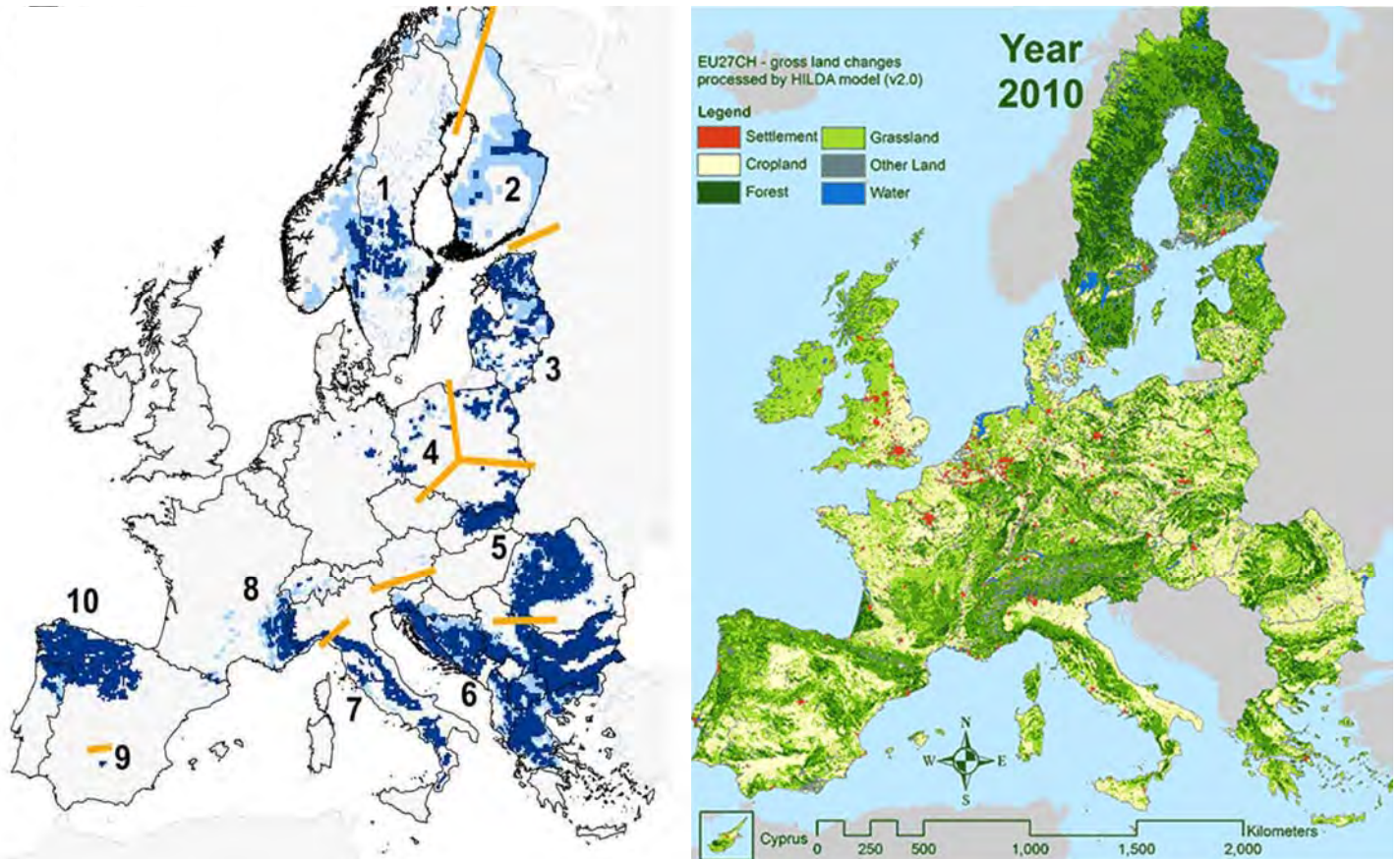
⇒ Kleinräumige Freizonen (z.B. Landkreise) reduzieren nicht oder kaum das Risiko von Wolfsschäden in der Weidehaltung

Veterinärmedizinische Universität Wien



Anmerkungen zu den Anträgen

Antrag von CDU und SPD



Anmerkungen zu den Anträgen

Antrag von CDU und SPD

Populationsabgrenzung

- Entwickelt sich die europ. Wolfspopulation entsprechend den Rahmenbedingungen der FFH-RL, wird das portugiesische mit dem griechischen und finnischen Vorkommen verbunden sein.
- Für den günstigen Erhaltungszustand ist aber auch die Verbreitung im geeigneten Lebensraum notwendig.
- Diskussion über Populationsabgrenzung nicht zielführend!

Anmerkungen zu den Anträgen

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vergrämen

- Ist sicher sinnvoll bei habituierten Wölfen
- Nicht praktikabel bei Nutztierschäden

⇒ Verhältnismäßigkeit beachten!

- Schulung von Personal zum Vergrämen:
 - Wer kann ausbilden?
 - Wie oft wird ein Einsatz notwendig sein?
- Rechtliche Grundlagen schaffen!

Anmerkungen zu den Anträgen

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herdenschutz

- Klare Standards wichtig. Müssen auch eingefordert werden.
- Umsetzung der Standards auf fachlicher Basis beurteilen!
- Flatterband zum Aufrüsten vorhandener Zäune gut und wichtig, aber nicht als alleinige Maßnahme!

Stellungnahme Sachverständigenanhörung Sächsischer Landtag (15. Mai 2018)

1. **Einführung:** Die Anträge der CDU- und der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten des sog. Wolfsmanagements.

Der Antrag der GRÜNEN zielt ausschließlich auf das **Management der sog. Problemwölfe**; er möchte die Ausnahmemöglichkeiten vom strengen Schutz des Wolfes, die das europäische FFH-Recht zur Verfügung stellt, nutzen und fordert, von den Gestaltungsmöglichkeiten des Landes Gebrauch zu machen, indem die im Bundesrecht eingeräumte Ermächtigung zum Erlass einer Landeswolvesverordnung in Anspruch genommen wird. Dies ist ein wichtiges Anliegen zur Verbesserung der Rechtssicherheit des Handelns.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und SPD verfolgt weitergehende Ziele. Er beschränkt sich nicht auf die Nutzung der Ausnahmemöglichkeiten, sondern fragt nach den **Voraussetzungen für neue konzeptionelle Weichenstellungen**.

Angesichts der dynamischen Entwicklung des Wolfsbestands in Deutschland ist es mir sehr wichtig, dass der Landesgesetzgeber sich nicht allein mit den Gestaltungsfragen der Ausnahmemöglichkeiten des FFH-Rechts oder mit Fragen des Herdenschutzes, also mit den etablierten Bereichen des Wolfsmanagements, befasst, sondern sich durch Prüfaufträge und Anfragen an die Staatsregierung bzw. durch eigene Sachverständigen-Anhörungen die Wissensgrundlagen verschafft, um die Bedingungen für ein weitergehendes Wolfsmanagement, für ein **„Wolfsmanagements 2.0“**, aufzuklären, auch wenn eine entsprechende Gesetzgebung mutmaßlich noch nicht heute, sondern erst morgen, immerhin aber doch wohl in absehbarer Zeit, benötigt wird.

2. Die Schlüsselvoraussetzung für ein erweitertes **„Wolfsmanagement 2.0“** ist das Erreichen eines **„günstigen Erhaltungszustands“**, weil erst ein solcher Erhaltungszustand die staatlichen Handlungsmöglichkeiten vergrößert.
Der Erhaltungszustand wird gem Art. 1 Buchst. i) FFH-RL als „günstig“ betrachtet, „wenn
(1) aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, daß diese Art ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird, und
(2) das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Art weder abnimmt noch in absehbarer

Zeit vermutlich abnehmen wird und

(3) ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern.“

Man wird die Auffassung vertreten können, dass die zweite und die dritte Voraussetzung bereits gegenwärtig in Deutschland erfüllt sind, weil der Wolf keine besonderen Ansprüche an seinen Lebensraum stellt, er hier in Deutschland eine gute Nahrungsgrundlage vorfindet und insofern gute Überlebensbedingungen haben wird, auch wenn der sog. „roadkill“, also die Tötungsfälle durch Verkehrsunfälle, auf die Population drückt.

Ob demgegenüber auch das erste Kriterium hierzulande bereits erfüllt ist, d.h., ob die gegenwärtige Population so beschaffen ist, dass sie lebensfähig und auch langfristig gesichert ist, ist zweifelhaft. Ob dieses Kriterium erfüllt ist, lässt sich nur mit Hilfe biologischen Sachverständs beantworten und hier kommt es auf den **Stand der Wissenschaft** an.

Gemäß fachlicher Kriterien der IUCN werden 1.000 erwachsene Tiere gegenwärtig als **günstige Referenzpopulation** betrachtet. Davon sind wir in Deutschland weit entfernt. Das jüngste Wolfsmonitoring hat 150 erwachsene Tiere in Deutschland ermittelt. Zählt man die erwachsenen Tiere hinzu, die auf polnischer Seite zur sog. „mitteleuropäischen Flachlandpopulation“ gehören, kommt man auf etwa 250 erwachsene Tiere. Allerdings ist das „**1.000 erwachsene Tiere-Kriterium**“ eine Art „**Vorsorgekriterium**“, das immer dann zur Anwendung kommt, wenn es an Daten mangelt, mit deren Hilfe man das **Aussterberisiko** mit einer bestimmten Sicherheit ausschließen kann (siehe insoweit den BMUB-Bericht aus dem Jahre 2015). Stellt man auf das **Aussterberisiko als eigentliches Populationskriterium** ab, gewinnt ein anderes fachliches Hilfskriterium an Bedeutung, nämlich der **Grad der Vernetzung zwischen Populationen**: Gemäß der fachlichen Leitlinien der IUCN Working Group aus dem Jahre 2008 (Linnell et.al. 2008), die auch von der EU-Kommission herangezogen werden, könnten u.U. schon 250 erwachsene Tiere genügen, um auf einen günstigen Erhaltungszustand schließen zu können, wenn diese 250 erwachsenen Tiere ausreichend mit Wölfen der europäischen Metapopulation vernetzt sind, **weil solche Vernetzungen das Aussterberisiko deutlich mindern**. Ob auf eine solche Vernetzung mit der nötigen Sicherheit und Qualität erkannt werden kann, bedarf der Untersuchung. Genetische Befunde über den Austausch zwischen etwa der baltischen Wolfspopulation und der mitteleuropäischen Flachlandpopulation sind in diesem Zusammenhang wichtige Hinweise. Ob die Qualität der Vernetzung aber ausreicht, um **vom Vorsorgekriterium auf das Aussterberisikokriterium umschalten** zu können, bedarf sorgfältiger Analysen und Beobachtungen. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland im Hinblick auf das Monitoring und das Management ist ein wichtiger

Baustein, um die erforderlichen Informationen mit der nötigen Gewissheit beschaffen zu können.

Eine deutsche Festlegung, die den günstigen Erhaltungszustand bei 250 erwachsenen Tieren im Raum der mitteleuropäischen Flachlandpopulation ansetzen würde, würde mE zum gegenwärtigen Zeitpunkt den internationalen und auch den europäischen Anforderungen an die Bestimmung des günstigen Erhaltungszustandes noch nicht genügen, weil die Nichtanwendung des Vorsorgekriteriums noch nicht mit der nötigen Sicherheit begründet werden kann. Demgemäß gehe ich davon aus, dass eine gewisse Beobachtungszeit benötigt wird, um mit der nötigen Sicherheit Aussagen darüber treffen zu können, ob wegen der beobachteten Vernetzungen vom Vorsorgekriterium Abstand genommen werden kann. Zwar steht jedem Mitgliedstaat der EU mit Blick auf die Anerkennung von Beständen als „günstiger Erhaltungszustand“ ein gewisser **Beurteilungsspielraum** zu. Dieser Beurteilungsspielraum kann aber tatsächliche Ermittlungen nicht ersetzen, sondern beruht auf der Ausschöpfung dessen, was mit zumutbarem Aufwand aufklärbar ist und soll Entscheidungen unter Unsicherheit ermöglichen und legitimieren. M.a.W.: Unsicherheiten darüber, ob vom Vorsorgekriterium Abstand genommen werden kann, müssen mit Sicherheitsmargen verknüpft werden, die zwischen den Polen 1.000 und 250 liegen.

3. Erst wenn auf der Grundlage des Standes der Wissenschaft dargetan ist, dass mit Blick auf die mitteleuropäische Flachlandpopulation ein **günstiger Erhaltungszustand** besteht, ergeben sich **Möglichkeiten eines erweiterten Wolfsmanagements** jenseits der Restriktionen, die durch Art. 12 und Art. 16 der FFH-RL gelten. Zu den Instrumenten eines erweiterten Wolfsmanagements kann auch die **Einrichtung sog. wolfsfreier Zonen** gehören, wenn bei alldem stets gewährleistet ist, dass der günstige Erhaltungszustand nicht gefährdet wird. Dies könnte etwa durch die Festlegung von **Jagdquoten** oder auch von **absoluten Schutzräumen** geschehen, soweit diese Mittel als geeignet erscheinen.
4. **In formaler Hinsicht setzt die Zulassung einer Bejagung allerdings voraus**, dass der Wolf zuvor für Deutschland in den Anhang V der FFH-Richtlinie bzw. in den **Anhang III des Berner Übereinkommens** aufgenommen wird. Hierzu bedarf es entsprechender Willensbildungen auf völkerrechtlicher und europarechtlicher Ebene. Das Erreichen des „günstigen Erhaltungszustandes“ führt also nicht automatisch dazu, dass der Wolf nunmehr zur Bejagung freigegeben wird, sondern er eröffnet lediglich rechtliche Spielräume, um einen neuen Rechtsrahmen zu verhandeln.
5. Solange der „günstige Erhaltungszustand“ nicht erreicht ist, dürfen allenfalls **ausnahmsweise im Einzelfall Tötungs-Maßnahmen getroffen werden, um u.a. die Sicherheit des Menschen zu gewährleisten und um erhebliche Schäden für die**

Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft abzuwenden, und dies auch nur dann, wenn die Maßnahmen nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustands führen und wenn es keine zumutbaren Alternativen zur Tötung gibt. Auch Gründe des Natur- und Artenschutzes können dazu führen, ausnahmsweise sog. „Entnahmen“ zu gestatten. **Um diese Ausnahmevoraussetzungen nutzen zu können, bedarf es nicht der Aufnahme des Wolfes in die Liste der jagdbaren Arten.**

6. **Das BNatSchG enthält eine Verordnungsermächtigung, die es den Landesregierungen gestattet, die Ausnahmevoraussetzungen näher auszugestalten** und durch Rechtsverordnung zu regeln (§ 45 Abs. 7 S. 4). Eine entsprechende Verordnungsermächtigung für den Bund gibt es überraschenderweise nicht, obwohl das Artenschutzrecht durch das Grundgesetz in besonderer Weise als „abweichungsfest“ konzipiert ist. . Das Fehlen einer Verordnungsermächtigung für den Bund dürfte dem Bedürfnis nach einheitlicher Gesetzesanwendung entgegenstehen, deshalb habe ich an anderer Stelle – nämlich anlässlich einer Anhörung im Umweltausschuss des Dt. Bundestages - dafür plädiert, diesbezüglich Abhilfe zu schaffen und den Weg für eine Wolfsverordnung des Bundes freizumachen.
7. Mittlerweile ist eine erste sog. „Wolfsverordnung“ auf der Grundlage der genannten Ermächtigung in den Ländern erlassen worden. Weitere sind in Vorbereitung (Niedersachsen). Nach erster Analyse dürfte die **Brandenburgische Wolfsverordnung** den Anforderungen genügen, die das europäische Recht an die Anwendung der Ausnahmevoraussetzungen richtet. Daher kann dem Sächs. Gesetzgeber empfohlen werden, diese Wolfsverordnung als Grundlage für eine eigene Durchführungsrechtsetzung zu nutzen, auch wenn nicht jede einzelne Regelung der Brdbg. VO geglückt ist.
8. Die **Konkretisierung der Ausnahmevoraussetzungen des FFH-Rechts ist hilfreich**, um zu mehr **Rechtssicherheit** bei der Anwendung der sehr allgemein gefassten Ausnahmebestimmungen zu kommen. Von eminenter praktischer Bedeutung ist aber weiterhin, dass der **Herdenschutz effektiv betrieben** wird und dass die unter prekären Bedingungen wirtschaftenden Weidetierhalter unter zumutbaren Bedingungen, d.h. unter praxisgerechten Bedingungen, Herdenschutz betreiben können. Eine **Weidetierprämie** ist jenseits der Kompensationen, die das Wolfsmanagement bietet, eine sehr sinnvolle Maßnahme, um die Wirtschaftsbedingungen der Weidetierhalter strukturell zu verbessern und damit nicht nur etwas für eine tierwohlgerechte Tierhaltung zu tun, sondern auch für eine landschaftsgerechte extensive Landwirtschaft.

„Der Umgang mit dem Wolf“

Schriftliche Ausführungen
zur Anhörung vor dem
Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft
des sächsischen Landtages
am 15. Mai 2018

von Dr. D. Meyer-Ravenstein, Hannover

Einleitung

Die Thematik der Anhörung ist wenig konkret bestimmt und umfasst eine erhebliche Bandbreite im Hinblick auf den Umgang mit Wölfen. Aufgrund der beschränkten Anhörungszeit möchte ich mich bei meinen Ausführungen auf 2 Themenkomplexe konzentrieren:

a) Seit Rückkehr der Wölfe nach Deutschland vor einigen Jahren breitet sich die Population zügig nach Westen aus. Erfahrungen zeigen, dass der Bestand jährlich um ca. 30 % zunimmt. Auch wenn sich die Wölfe im Allgemeinen weit überwiegend von wild lebenden Tieren ernähren, kommt es zunehmend vor, dass auch Vieh, insbesondere Schafe und Rinder, gerissen wird. Dieselbe Gefahr besteht für Damwild, welches in Gattern gehalten wird. Denn Zäune, die das Damwild vom Ausbrechen abhalten, müssen nicht unbedingt gleichzeitig wolffssicher sein. Für die Vieh- und Damwildhalter stellt sich daher die Frage, in welchen Situationen und mit welchen Mitteln sie sich solcher in das Gatter eingedrungenen Wölfe erwehren können.

b) Wie bereits im "Managementplan für den Wolf in Sachsen", 3. Fassung, Stand Februar 2014, unter 4.2.1 ausgeführt wird, verfügt Muffelwild gegenüber Wölfen über keine ausreichende Fluchteigenschaft. Die Zukunft der Muffelbestände sei daher offen. Wie die Erfahrungen in der niedersächsischen Göhrde in den letzten 3 Jahren aber gezeigt haben, ist dort in kurzer Zeit der große Bestand an Muffelwild mit einer einzigartigen reinen und daher wertvolle Genetik durch die dort lebenden Wolfsrudel weit gehend ausgerottet. Man wird daher davon ausgehen müssen, dass zwar einzelne, durchziehende Wölfe Muffelbestände nicht gefährden, bei der Ansiedlung eines oder mehrerer Rudel hingegen das Muffelwild mittelfristig keine Überlebenschance besitzt und damit ein kompletter Genpool verloren geht¹. Hier gilt es, Lösungen zu finden.

Rechtliche Ausgangslage

a) Vieh und im Gatter gehaltenes Damwild:

Wild, welches im Gatter (nicht Jagdgatter!) gehalten wird, ist ein gefangenes wildes Tier, welches nicht herrenlos ist, sondern im Eigentum des Halters steht (§ 960 BGB). Solches Gatterwild unterliegt - wie auch Vieh - grundsätzlich dem Landwirtschaftsrecht: z.B. Haltungsbestimmungen, Tierseuchenkasse, Tötung grundsätzlich nur nach Betäubung (§ 4 Abs. 1 TSchG).

b) Muffelwild

Auch wenn das Muffelwild erst 1905 in Deutschland angesiedelt wurde², ist es seit langer Zeit in Deutschland und auch in Sachsen heimisch geworden. Es gilt in Deutschland daher als "heimische"³ (§ 7 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a) BNatSchG a.F.) und in seinen Vorkommensgebieten nicht als „gebietsfremde“⁴ (§ 7 Abs. 2 Nr. 8 a.F. BNatSchG) Art⁵.

¹ So auch Herzog, Säugetierkundliche Informationen, Jena 10, H.52 (2016) S. 261 und NuR 2017 S. 73 (81)

² Vgl. Herzog a.a.O. S. 260

³ Nr. 7: heimische Art ist „eine wild lebende Tierart, die ihr Verbreitungsgebiet oder regelmäßiges Wanderungsgebiet ganz oder teilweise im Inland hat oder in geschichtlicher Zeit hatte oder auf natürliche Weise in das Inland ausdehnt“

⁴ Nr. 8: gebietsfremde Art ist „eine wild lebende Tierart, wenn sie in dem betreffenden Gebiet in freier Natur nicht oder seit mehr als 100 Jahren nicht mehr vorkommt

Diese konkreten Definitionen wurden zwar aus § 7 Abs. 2 BNatSchG gestrichen⁶, aber nur, weil sie als Begriff nicht mehr erforderlich waren⁷ bzw. kein Widerspruch zur europarechtlichen Definition der invasiven Art entstehen sollte. Der Begriff „gebietsfremd“ findet sich mittelbar aber in § 40 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG. Der Begriff "heimisch" im Sinne der ehemaligen Definition des Bundesnaturschutzgesetzes gilt im übrigen jagdrechtlich fort, soweit dieser Begriff in den Landesjagdgesetzen ohne eigenständige Definition verwendet wird⁸, weil zu diesem Zeitpunkt die naturschutzrechtliche Definition bestand und als allgemein gültig unterstellt wurde. Darüber hinaus gilt das Muffelwild im Sinne einiger Landesjagdgesetze⁹ nicht als fremde Tierart i.S.d. § 28 Abs. 3 BJagdG, so dass es bundesrechtlich keiner Genehmigung für ein Aussetzen oder Ansiedeln in der freien Natur bedarf. Schließlich gehört das Muffelwild zu den besonders geschützten Arten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 Buchst. c BNatSchG i.V.m. § 1 Satz 1 und Anlage 1 BArtSchV). Damit unterliegt es einerseits der Hegepflicht der Jagdbezirksinhaber (auch der staatlichen!) und andererseits der allgemeinen staatlichen Jagdschutzverpflichtung gemäß §§ 23, 25 Abs. 1 Satz 1 BJagdG. Die Länder sind deshalb verpflichtet, sich um die Erhaltung der Muffelbestände zu bemühen und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

c) Wolf:

Der Wolf ist für Deutschland in den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie gelistet und unterliegt daher nach deren Art. 3 und 12 europarechtlich dem strengen Artenschutz.

Der Wolf wird nicht in § 2 Abs. 1 BJagdG aufgeführt; bundesrechtlich unterliegt er daher nicht dem Jagdrecht. In Sachsen¹⁰ hingegen wurde er auf der Grundlage des § 2 Abs. 2 BJagdG zum Wild erklärt. Er ist nicht Gegenstand des Jagdschutzes, da dieser in § 23 BJagdG keine konkreten Befugnisse enthält und dort nur der Inhalt des Jagdschutzes "nach näherer Bestimmung durch die Länder" geregelt ist. In den Jagdschutzbefugnissen Sachsens fehlt es an einer konkreten Befreiung von jagd- und artenschutzrechtlichen Verboten.

Der Wolf ist „besonders geschützte Art“ nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 Buchst. a) und darüber hinaus „streng geschützte Art“ nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 Buchst. a) und b) BNatSchG jeweils i.V.m. dem Anhang A der EU-VO 338/97 bzw. Anhang IV Buchst. a) der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL). Er gilt in Deutschland als "heimische" (§ 7 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a) BNatSchG a.F.) aber „gebietsfremde“¹¹ (§ 7 Abs. 2 Nr. 8 a.F. BNatSchG) Art (vgl. Fn. 3 und 4).

Nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebende Tiere der „besonders geschützten Arten“ zu verletzen oder zu töten. Ein Verstoß stellt eine Strafbarkeit nach § 71 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 69 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG dar. In Sachsen ist der Abschuss des ganzjährig geschützten Wolfes nach der abschließenden Regelung des § 38 Abs. 1 Nr. 2 BJagdG strafbar. Die Strafvorschrift des § 38a BJagdG greift nicht ein, weil der Wolf bundesrechtlich nicht zum "Wild" gehört und demzufolge in der Bundeswildschutzverordnung nicht aufgeführt ist.

d) Waffenrecht:

⁵ So auch Guber/Herzog, NuR 2017 S. 84

⁶ Durch Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten vom 8.9.2017 (BGBl I S. 3370)

⁷ Vgl. BR-Drs. 184/17 zu Nr. 1

⁸ Vgl. z.B. § 31 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1 NJagdG; § 33 Abs. 1 Satz 1 LJagdG LSA

⁹ z.B. § 33 Abs. 1 LJagdG LSA „Als fremd gelten Tierarten, die bei Inkrafttreten des Bundesjagdgesetzes in Deutschland frei lebend nicht heimisch waren“; ähnlich § 31 Abs. 1 Satz 2 NJagdG, § 34 ThJG

¹⁰ Vgl. § 3 SächsJagdVO v. 27.8.2012 (Sächs GVBl. 2012, 518)

¹¹ So auch Guber/Herzog, NuR 2017 S. 83

Der Erwerb, der Besitz, das Führen und das Schießen mit einer Schusswaffe (Langwaffe) verlangen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Dies gilt nicht für Inhaber eines gültigen Jagdscheins zur befugten Jagdausübung (§ 13 WaffG). Da Wölfe in Sachsen dem Jagdrecht unterliegen, stellt ein Abschuss „Jagdausübung“ dar, selbst wenn die Wölfe ganzjährig geschont sind. Die Verwendung einer Schusswaffe durch einen Jagdscheininhaber ist daher waffenrechtlich unproblematisch, bedarf anderenfalls einer waffenrechtlichen Erlaubnis. Ohne eine solche stellt das Führen einer Schusswaffe eine waffenrechtliche Straftat dar.

Abschnitt 1 – Notstandsrecht gegenüber dem Wolf

1. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Vieh oder Gatterwild

Dringt ein Wolf in ein Wildgatter ein, stellt sich die Frage, ob eine Tötung oder schwere Verletzung des Wolfes mit einer Schusswaffe gerechtfertigt ist und damit eine Strafbarkeit ausschließt:

Der Rechtfertigungsgrund der Notwehr (§ 32 StGB) greift nicht ein, weil er einen "Angriff" voraussetzt, der begrifflich von einem Menschen ausgehen muss.

Die Tötung oder Verletzung des Wolfes könnte jedoch durch einen Notstand nach § 34 StGB gerechtfertigt sein:

§ 34 Rechtfertigender Notstand

¹Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstrebenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Rechtsgut das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. ²Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

a) Gegenwärtige Gefahr und Handlungsalternative

Voraussetzung ist zunächst eine "Gefahr" für eines der in § 34 genannten Rechtsgüter. Betroffenes Rechtsgut ist das Eigentum an den gehaltenen Tieren. Eine Gefahr liegt dann vor, wenn aufgrund tatsächlicher Umstände die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines schädigenden Ereignisses besteht¹². "Gegenwärtig" ist eine Gefahr dann, wenn ein Schaden bei natürlicher Weiterentwicklung der Dinge sicher oder zumindest höchst wahrscheinlich eintritt und nur durch sofortiges Handeln abwendbar ist¹³. Befindet sich ein Wolf in einem Wildgatter, besteht für die dort gehaltenen nunmehr ungeschützten Tiere demzufolge eine gegenwärtige Gefahr und damit auch für das Eigentum des Wildhalters. Eine Verletzung oder gar Tötung des Gatterwildes muss vom Eigentümer nicht abgewartet werden. Dies allein genügt aber für eine Notstandshandlung noch nicht. Der Schuss auf den Wolf ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Gefahr "nicht anders abwendbar", der Abschuss also erforderlich ist, um das Gatterwild zu retten. Es ist daher regelmäßig zunächst erforderlich, sich als Mensch bemerkbar zu machen, laut die Stimme zu erheben oder gar einen Warnschuss abzugeben. Flieht der Wolf, ist die konkrete Gefahr beendet und wäre ein "Hinterherschießen" nicht mehr

¹² Fischer, StGB-Kommentar, 64. Aufl. 2017, § 34 Rdn. 4

¹³ Fischer a.a.O. Rdn. 7

gerechtfertigt. Gleiches gilt für den präventiven Abschuss eines Wolfes außerhalb des Gatters, weil es ebenfalls an der gegenwärtigen Gefahr fehlen würde. Da der rechtfertigende Notstand des § 34 StGB auch zu Gunsten Dritter eingreift („von sich oder einem anderen abzuwenden“), kommt es nicht darauf an, ob das Damwild dem Schützen gehört oder einem anderen. Grundsätzlich unerheblich ist auch die Frage, ob die gegenwärtige Gefahr vom Eigentümer oder vom Handelnden herbeigeführt oder mit verursacht wurde. Dies ist allerdings ggf. bei der Interessenabwägung (vgl. unten c) oder der Angemessenheit (vgl. unten d) zu berücksichtigen.

b) Artenschutz als Abwägungsbelang des § 34 StGB

Für die Rechtfertigung durch einen Notstand ist nach § 34 Satz 1 StGB weiterhin erforderlich, dass „bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Rechtsgut das beeinträchtigte wesentlich überwiegt.“

Dem zu schützenden Eigentum am Damwild steht bei der Abwägung mit dem herrenlosen Wolf kein Individualrechtsgut gegenüber, so dass sich bereits die Frage stellt, ob im vorliegenden Fall des Konfliktes zwischen Wolf und Gatterwild überhaupt eine Abwägung vorzunehmen ist. Das Tötungsverbot nach § 44 BNatSchG ist lediglich eine individuelle Rechtspflicht, nicht aber ein individuelles Rechtsgut. Die in § 34 Satz 1 StGB aufgeführten Schutzgüter betreffen „Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut“. Sämtliche konkret benannten Rechtsgüter sind Individualrechtsgüter, so dass sich auch der Begriff „ein anderes Rechtsgut“ auf solche bezieht und beschränkt. Hierzu zählen beispielsweise die eigentumsähnlichen Rechte wie Jagdausübungsrechte, Fischereiausübungsrechte und andere dingliche Rechte, Aneignungsrechte und Nutzungsrechte. Öffentliche Interessen, wie Tierschutz oder Artenschutz, werden also von § 34 StGB nicht erfasst. Dies ergibt sich auch daraus, dass die Gefahr „von sich oder einem anderen“ abgewendet werden darf, also bezogen auf eine Person, der die Individualgüter zustehen. Die Beschränkung folgt ferner aus dem systematischen Zusammenhang mit den weiteren Vorschriften im 2. Abschnitt, 4. Titel des StGB, nämlich § 32 (Notwehr) und § 35 (entschuldigender Notstand). Auch diese Vorschriften dienen allein dem Schutz von Individualgütern.

Weitergehend hält zwar *Lenckner*¹⁴ unter Bezugnahme auf Rechtsprechung eine solche Beschränkung für einen Widerspruch zum Wesen des Notstands und sieht daher Rechtsgüter der Allgemeinheit als notstandsfähig an. Bei der in Bezug genommenen Sicherheit des Straßenverkehrs, der Volksgesundheit oder dem Interesse an der Bekämpfung des Rauschgifthandels sowie an der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung stehen aber letztlich immer Individualrechtsgüter wenn auch unbekannter Personen im Hintergrund. Solche dem menschlichen Leben und der Gesundheit dienenden Interessen der Allgemeinheit können daher nicht auf das allgemeine öffentliche Interesse am Tier- und Artenschutz übertragen werden. Wenn überhaupt ist eine solche Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 34 StGB eng auszulegen, weil anderenfalls das Sanktionsmonopol des Staates infrage stünde. Jedermann könnte zum Schutz öffentlicher Vorschriften in Individualrechtsgüter anderer eingreifen. So könnte jedermann im Interesse des Tierschutzes ein schwer verletztes Haustier eines anderen töten, um es von seinen Qualen zu erlösen. Der Jäger könnte im Artenschutzinteresse einen fremden Hund erschießen, wenn dieser einen Feldhamster packt. Die ausdrücklichen Regeln über den Jagdschutz wären weit gehend obsolet. So räumt selbst *Lenckner* a.a.O. ein, dass privates Handeln zum Schutz der Allgemeinheit wegen der primären Zuständigkeit staatlicher Organe nur im äußersten Notfall zulässig sei und § 34 StGB in

¹⁴ in: Schönke/Schröder, Kommentar StGB, München 1997, § 34 Rdn. 10

einem demokratischen Rechtsstaat keine Legitimation für Straftaten, die zur Beseitigung öffentlicher Missstände begangen werden, liefere. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass *Lenckner* und die in Bezug genommene Rechtsprechung in den besonders gelagerten äußersten Notfällen nur einen Notstand zu Gunsten dieser Rechtsgüter vorsieht, nicht jedoch diese als beeinträchtigtes abzuwägendes Rechtsgut anführt. Aufgrund der zahlreichen Schutzvorschriften zu Gunsten des Wolfes und einer funktionierenden Verwaltung fehlt es im übrigen an einer entsprechenden Situation, dem äußersten Notfall, in dem staatliche Hilfe nicht zu erhalten ist.

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass das öffentliche Interesse am Artenschutz nicht als „beeinträchtigtes Rechtsgut“ in die Güterabwägung des § 34 StGB einzubeziehen ist. Vorbehaltlich des § 34 Satz 2 StGB (vgl. dazu unten d) wäre daher der zur Rettung von Vieh oder eines Stückes Damwild notwendige Abschuss eines Wolfes gerechtfertigt und daher nicht strafbar.

c) Interessenabwägung

Würde man - entgegen der hier vertretenen Auffassung - das öffentliche Interesse am Artenschutz in die Abwägung nach § 34 Satz 1 StGB einbeziehen wollen, ginge diese im Regelfall allerdings zu Gunsten des Wolfes aus:

aa) Unter dem Gesichtspunkt des **Tierschutzes** als Individualschutz stehen Wolf und Vieh/Gatterwild als Wirbeltiere auf derselben Ebene, so dass sich insoweit ein „wesentliches Überwiegen des geschützten Rechtsgutes“ im Sinne des § 34 StGB nicht von vornherein begründen lässt. Geht man allerdings davon aus, dass sich Wolf und Damwild einen längeren Kampf liefern, an dessen Ende das Damwild verenden wird und demgegenüber der Abschuss des Wolfes zu einem schnellen Tod führt, spricht der Tierschutzgedanke immerhin eher zu Gunsten des Viehs/Damwildes. Denn nach den Vorgaben des § 1 Satz 2 TSchG gilt, dass das schnelle Töten eines Tieres einem vermeidbaren Tierleid mit Todesfolge, vorzuziehen ist. Der Abschuss des Wolfes mit seiner schnellen Tötungswirkung wäre daher tierschutzrechtlich den langen Leiden eines oder mehrerer Stücke Vieh/Damwild im Gatter vorzuziehen.

bb) Hinsichtlich des **Artenschutzes** ist zwar zu beachten, dass es sich hierbei um den Schutz der Population handelt und nicht um den absoluten Schutz des einzelnen Individuums. Bei der derzeit wachsenden Population der Wölfe, die bereits in absehbarer Zeit den vorhandenen bzw. zugewiesenen Lebensraum in Deutschland ausfüllen wird, stellt der Ausfall eines Exemplars in den seltenen Fällen einer Notstandshandlung keine Beeinträchtigung der Population dar. Die Zahl der durch natürliche Ursachen oder insbesondere auch den Straßenverkehr eintretenden Todesfälle ist vielfach höher, so dass der seltene Fall eines Abschusses im Rahmen einer Notstandshandlung zu vernachlässigen ist. Für die artenschutzrechtliche Zulässigkeit der Tötung eines Wolfes spräche auch Art. 16 Abs. 1 Buchst. b) FFH-Richtlinie, wonach die Tötung des Wolfes unter die erlaubten Ausnahmetatbestände fiele, weil es zur Rettung des Viehs/Damwildes „keine anderweitige zufrieden stellende Lösung gibt“ und sich der Erhaltungszustand der Population nicht verändern würde, also der Population „nicht schadet“¹⁵. Entsprechendes gilt nach § 45 Abs. 7 Nr. 1 BNatSchG, wonach von dem Tötungsverbot des § 44 BNatSchG Ausnahmen zur Abwendung erheblicher wirtschaftlicher Schäden zugelassen werden können. Diese Ausnahmeregelung macht deutlich, dass auch der Artenschutz im Verhältnis zu anderen

¹⁵ Vgl. Art. 9 Abs. 1 Nr. 1 der Berner Konvention und EuGH, Urt. v. 14.6.2007 (C-342/05)

Gütern zurücktreten kann. Bei der Menge des in Deutschland vorhandenen sowohl gehaltenen als auch freilebenden Damwildes würde der Riss eines oder einiger Exemplare aber artenschutzrechtlich gänzlich irrelevant sein, so dass die artenschutzrechtliche Abwägung im Ergebnis zu Gunsten des selteneren und streng geschützten Wolfes ausgeht. Vieh hat artenschutzrechtlich in der Regel (vgl. aber unten f, aa und cc) ohnehin von vornherein keine Relevanz.

cc) § 68 BNatSchG stünde einer Notstandshandlung nicht entgegen. Danach führen Beschränkungen des Eigentums, die sich aus dem BNatSchG ergeben, zu einem Anspruch auf eine angemessene Entschädigung, wenn sie im Einzelfall eine unzumutbare Belastung darstellen. Diese Vorschrift regelt aber nur die Rechtsfolge für naturschutzrechtliche Beschränkungen, kann jedoch den gerechtfertigten Eingriff in den Artenschutz aufgrund des § 34 StGB nicht verhindern. Außerdem ist bereits fraglich, ob das Tötungsverbot überhaupt eine „Beschränkung des Eigentums“ darstellt, weil es sich auf die wildlebende Tierart bezieht und nur mittelbar auf das Eigentum einer Person. Ersatzzahlungen für gerissene Haustiere werden daher auch nicht als Rechtsverpflichtung, sondern von den Ländern regelmäßig als freiwillige Zahlungen geleistet¹⁶.

dd) Ein **wirtschaftlicher Wert** lässt sich schwer gegenüberstellen, da ein frei lebender Wolf keinen eigentlichen Handelswert besitzt. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass auch zumindest der reine Schlachtwert (ca. 200 EUR) wohl als unwesentlich gegenüber dem Interesse am Artenschutz zurücktritt. Landwirtschaftliche Nutztiere stellen für den Landwirt lediglich eine Produktionsgrundlage und einen wirtschaftlichen Wert ohne besonderes Interesse am einzelnen Individuum dar. Bei einer erheblichen Verletzung durch den Wolf würde das Nutztier in der Regel notgeschlachtet werden. Die Tötung des Wolfes würde daher den Wertverlust und damit die Beeinträchtigung des Eigentums nicht mehr verhindern. Insoweit wäre sie daher nicht einmal erforderlich im Sinne der Rechtfertigungsgründe. Aber auch hinsichtlich der noch zu rettenden Tiere wird der reine wirtschaftliche Schaden von den Ländern erstattet. Die Hinnahme des konkreten Eigentumsverlustes ist bei allgemeinem Gatterwild durch die Sozialbindung des Eigentums gedeckt, ebenso wie der Landwirt einen gewissen Fraßschaden von ganzjährig geschonten Gänsen aufgrund der abschließenden Regelungen über den Wildschadensersatz hinzunehmen hat.

ee) **Zwischenergebnis**

Nach dieser - hier nicht vertretenen - Rechtsauffassung wäre der Abschuss eines Wolfes durch den Notstand nach § 34 StGB nicht gerechtfertigt, weil der Schutz des Gatterwildes das Artenschutzinteresse nicht wesentlich überwiegt. Im besonderen Ausnahmefall wird man allerdings auch insoweit zu einem anderen Ergebnis kommen müssen, nämlich wenn der Abschuss des Wolfes bereits durch staatliche Entscheidung ohnehin angeordnet wurde. Auch wenn der Vollzug in anderen (vermutlich staatlichen) Händen gelegen hätte, besaß der konkrete Wolf keinerlei artenschutzrechtliche Relevanz mehr, so dass in diesem Fall die Güterabwägung zu Gunsten des Viehs/Gatterwildes ausgeht.

d) **Bedeutung des § 34 Satz 2 StGB**

Neben der Güterabwägung nach § 34 Satz 1 StGB verlangt dessen Satz 2, dass die Tat ein **angemessenes Mittel** darstellt, um die Gefahr abzuwenden. Sofern eine Güterabwägung stattgefunden hat (vgl. c), die ja gerade die Angemessenheit des Mittels zum geschützten

¹⁶ z.B. RdErl. des MLU über den „Ausgleich für Sachschäden durch Großraubtiere“ vom 6.5.2015 (MBI. LSA S. 306); II, 1.2 der Niedersächsischen „Richtlinie Wolf“ vom 6.11.2014 (Nds. MBI. S. 755, 802). Weitergehend § 40 Abs. 6 SächsNatSchG

Rechtsgut in Relation gestellt hat¹⁷, kommt diesem Satz eine eigenständige Bedeutung nur insoweit zu, als es besondere Umstände¹⁸ unangemessen erscheinen lassen, eine Rechtfertigung zu bejahen. Führt hingegen die Güterabwägung bereits dazu, dass die Handlung ohnehin nicht als Notstand gerechtfertigt ist (hier also das Interesse am Schutz des Damwildes nicht deutlich überwiegt), bedarf es keiner weiteren Prüfung gemäß Satz 2.

Bei der hier vertretenen Auffassung allerdings, dass der Artenschutz als öffentlicher Belang einer Güterabwägung nicht zugänglich ist (vgl. b), stellt Satz 2 ein maßgebliches Korrektiv für alle Fälle dar, in denen die Annahme einer Rechtfertigung nicht nachvollziehbar, die Berufung auf den Notstand nahezu rechtsmissbräuchlich wäre, also für "unerträgliche Grenzfälle"¹⁹. So könnte ohne die Einschränkung in Satz 2 der streng geschützte Wolf beispielsweise bereits dann getötet werden, wenn dies zum Schutz des Eigentums an einem Hauskaninchen oder Meerschweinchen erforderlich wäre. Deshalb ist zu entscheiden, ob es angemessen wäre, einen Wolf zu töten, um das Leben eines bereits angegriffenen Stückes Damwild oder weiterer Stücke in dem Gatter zu schützen. Dies wird man aus den unter c, dd) genannten Gründen verneinen müssen. Gerade im Hinblick auf die von den Ländern zur Erhaltung des Wolfes gewährten Entschädigungen²⁰ wäre es unangemessen, zur Rettung des rein wirtschaftlichen Schlachtwertes (des möglicherweise ohnehin bereits verletzten Viehs/Damwildes) einen Wolf zu töten. Hierdurch wird aber zugleich deutlich, dass die „freiwilligen Ausgleichszahlungen“ der Länder geradezu die Voraussetzung für den Ausschluss eines Notstandsrechts darstellen. Eine Tötung des Wolfes ist insbesondere auch dann unangemessen, wenn der Damwildhalter keine zumutbaren Schutzmaßnahmen vorgenommen hat. Da Damwildgehege ohnehin gegen den Ausbruch der Tiere umfangreich gegattert werden müssen, erscheint ein zusätzlicher Schutz zur Abhaltung eines Wolfes zumutbar, zumal auch solche Präventionsmaßnahmen von den Ländern gefördert werden²¹. Hinzu kommt, dass Haltungseinrichtungen auf der Grundlage der Richtlinie 98/58/EG²² gemäß § 2 TSchG i.V.m. § 3 Abs. 2 Nr. 3 Tierschutznutztierverordnung²³ so ausgestaltet sein müssen, dass die gehaltenen Tiere, soweit möglich, vor Beutegreifern geschützt werden²⁴.

e) Ergebnis

Selbst für den Fall, dass erforderliche Abschreckungsmaßnahmen versagen, wäre der Abschuss eines Wolfes zur Rettung von zur Schlachtung vorgesehenem Vieh/Gatterwild durch den Notstand nach § 34 StGB nicht gerechtfertigt, wenn eine angemessene Entschädigung geleistet wird, weil in diesem Fall der Schutz des Gatterwildes unangemessen wäre.

¹⁷ Schönke/Schröder/Perron, StGB, 29. Aufl. 2014, Rdn. 46 spricht dem Satz 2 daher jede eigenständige Bedeutung ab

¹⁸ Z.B. bei Personen, die durch Gesetz oder Vertrag Schutzpflichten für das andere Rechtsgut tragen, wenn die Notstandssituation schuldhaft selbst verursacht wurde insbesondere der Wolf angelockt wurde, um die Notstandssituation hervorzurufen.

¹⁹ So Leipold/Hauck, StGB, 2. Aufl., § 34 Rdn. 22

²⁰ Vgl. Fn. 16

²¹ z.B. Nr. 3 der „Richtlinie Herdenschutz“ des Landes Sachsen-Anhalt, Erl. des MLU v. 1.2.2014, MBl. LSA S. 584; III, Nr. 2.1.1 der Niedersächsischen „Richtlinie Wolf“ (vgl. Fn. zuvor)

²² des Rates vom 20.07.1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere (ABl. EG Nr. L 221 S. 23) zuletzt geändert durch Verordnung (EG) des Rates vom 14.04.2003 (ABl. EU Nr. L 122 S. 1)

²³ Verordnung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere und anderer zur Erzeugung tierischer Produkte gehaltener Tiere bei ihrer Haltung vom 22.8.2006 (BGBl. I S. 2043), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14.4.2016 (BGBl. I S. 758)

²⁴ zur Cross-Compliance-Relevanz vergleiche den niedersächsischen Runderlass des ML vom 9.1.2017 (Nds. MBl. S. 114)

f) Fallvarianten

aa) Handelt es sich bei dem zu schützenden Damwild nicht um normale zur Schlachtung vorgesehene Stücke, sondern um einen wertvollen Zuchthirsch, dürfte im Fall der Güterabwägung das Interesse am Schutz des Hirsches das Interesse am strengen Artenschutz des Wolfes wohl noch nicht deutlich überwiegen. Bei der hier vertretenen Auffassung hingegen käme es allein auf die Unangemessenheit der Notstandshandlung an. Eine solche wäre wohl nach den zuvor genannten Kriterien (vgl. c, aa, bb und dd) im Hinblick auf den hohen wirtschaftlichen Wert (ca. 1.500 EUR) und das besondere Zuchtinteresse des Besitzers trotz etwaiger Entschädigungszahlungen abzulehnen, weil die Beweislast für einen Entschädigungsanspruch beim Geschädigten liegt und das beeinträchtigte Zuchtinteresse nicht durch eine Geldzahlung in Höhe des Marktwertes ausgeglichen wird. Insoweit ist noch einmal besonders darauf hinzuweisen, dass die FFH-Richtlinie i.V.m. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG von ihrer Zielrichtung den Erhalt der Population des Wolfes schützt, nicht das Einzelexemplar. Wenn gemäß 3.3 des Managementplans zwischen 2000 und 2013 nachweislich über 250 Wolfswelpen geboren wurden, und es gemäß Nr. 8.3 des Managementplans zwischen 2006 und 2013 nur 28 Totfunde gab, erscheint der Abschuss einzelner Wölfe in den seltenen Fällen einer Notstandshandlung für die Population unerheblich. Dieses Ergebnis widerspricht auch nicht dem EU-Recht, weil im konkreten Einzelfall der Notstandssituation eine Ausnahme nach Art. 16 Abs. 1 Buchst. b) FFH-Richtlinie hätte gewährt werden können. Voraussetzung allerdings ist, dass zumutbare fachgerechte Schutzmaßnahmen vorgenommen wurden und der Hirsch nicht bereits so schwer verletzt wurde, dass er unter tierschutzrechtlichen Gesichtspunkten ohnehin hätte eingeschläfert werden müssen.

bb) Im Rahmen der Handlungsalternativen könnte es im Einzelfall genügen, den Wolf nicht zu töten, sondern lediglich zu vergrämen. Wie bereits ausgeführt, wäre in diesem Fall die Tötung nicht erforderlich und damit nicht über den Notstand gerechtfertigt. Sofern eine solche Vergrämung aber nicht allein durch ein Verscheuchen (Annäherung des Menschen, Rufe, Warnschuss) möglich ist, sondern eine körperliche Einwirkung auf den Wolf (Gummigeschoss, Narkosegeschoss, Schlag mit dem Hirtenstock) erfordert, würde dies möglicherweise bereits gegen das Verbot des Verletzens (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) verstoßen und ebenfalls einen Straftatbestand (§ 71 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 69 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG) verwirklichen. In diesem Fall würde sowohl die Güterabwägung nach § 34 Satz 1 StGB als auch die Prüfung der Angemessenheit nach § 34 Satz 2 StGB zu dem Ergebnis kommen, dass der Schutz des Gatterwildes wesentlich überwiegt und eine solche Notstandshandlung nicht unangemessen wäre. Bei der nur geringfügigen Beeinträchtigung des Wolfes ohne Beeinträchtigung der Population insgesamt wäre es aus der rechtspolitischen Gesamtschau nicht vertretbar, dass der Gatterhalter der Vernichtung seines Tierbestandes tatenlos zuschauen müsste. Gleiches gilt für ein grundsätzlich verbotenes und strafbares Fangen des Wolfes in einer Lebendfangfalle innerhalb des Wildgatters. Deshalb wäre es zulässig, solche Fallen mit attraktiven Fleischködern innerhalb des Gatters aufzustellen, wobei dies nicht dazu führen darf, dass hierdurch Wölfe außerhalb des Gatters angelockt werden.

cc) Die Ausführungen zum Gatterwild gelten weit gehend für Vieh, wie Schafe, Ziegen und Rinder, entsprechend. Abweichend hiervon kann allerdings die "gegenwärtige Gefahr" (vgl. 3a) bereits dann vorliegen, wenn sich der Wolf auch noch außerhalb eines normalen Weidezaunes aufhält, weil dieser für einen Wolf keinerlei Hindernis darstellt. Darüber hinaus ist bei der Frage der zumutbaren Zäunung (vgl. d Abs. 2) zu berücksichtigen, dass der Mehraufwand für die Errichtung eines wolfs sicheren Zaunes gegenüber einem einfachen Weidezaun deutlich größer ist als die entsprechende Ertüchtigung eines ohnehin bereits hohen

Wildgatterzaunes. Zumutbar ist die Errichtung eines wolfs sicheren Zaunes daher nur, wenn er rechtlich überhaupt zulässig ist und die Baukosten vom Land übernommen oder zumindest angemessen bezuschusst werden. Bei der Güterabwägung nach § 34 Satz 1 StGB bzw. bei der Bewertung der Angemessenheit nach § 34 Satz 2 StGB kann bei seltenen und alten Haustierrassen besonders zu berücksichtigen sein, dass unter Gesichtspunkten der Arterhaltung das Interesse an der Erhaltung einzelner Exemplare dieser Haustierrassen das Interesse am Schutz eines Wolfes bereits deshalb wesentlich überwiegt, weil die Haustierrassen in ihrem Bestand gefährdeter ist als die gegenwärtig deutlich wachsende Population der Wölfe.

2. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Herdenschutzhunden

Werden innerhalb des Damwildgatters zum Schutz der Tiere vor Wölfen Herdenschutzhunde eingesetzt, wird es beim Eindringen von Wölfen in das Gatter zu einer Auseinandersetzung zwischen Hund und Wolf kommen, sodass sich insoweit die Frage stellt, ob im Fall der nicht anders abwendbaren Gefahr für den Hund ein Abschuss des Wolfes gerechtfertigt ist.

a) Die bei der Güterabwägung zwischen Wolf und Damwild (vgl. oben 1c) zugunsten des Damwildes sprechenden Erwägungen sind bei Hunden wie folgt zu ergänzen:

aa) Geht man davon aus, dass sich Wolf und Hund einen längeren Kampf liefern, an dessen Ende einer der beiden verenden wird und demgegenüber der Abschuss des Wolfes zu einem schnellen Tod führt, spricht bereits der Tierschutzgedanke zu Gunsten des Hundes. Denn nach den Vorgaben des § 1 Satz 2 TSchG gilt, dass das schnelle Töten eines Tieres einem vermeidbaren Tierleid mit Todesfolge vorzuziehen ist.

bb) Ferner ist zu berücksichtigen, dass es sich in den absolut seltenen Ausnahmefällen, in denen ein Wolf in ein durch Herdenschutzhunde geschütztes Damwildgatter eindringt und trotz Erscheinens des Menschen bis hin zum Warnschuss nicht vom Hund ablässt, um ein atypisches Verhalten des Wolfes handeln muss. Insoweit ist es nahe liegend, dass er krankheitsbedingt (Tollwut) oder aufgrund einer Habituation die Scheu vor dem Menschen verloren hat oder in besonderer Weise aggressiv ist. Diese Einzelexemplare können sogar nach den Leitlinien und Managementkonzepten der Länder der Natur entnommen werden²⁵. Solche in dieser Art gefährlichen Wölfe stellen nicht nur eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar, sondern insgesamt auch für die staatlichen Konzepte zur Rückkehr der Wölfe in Deutschland. Artenschutzrechtlich sind sie daher kontraproduktiv, zumindest aber nur von einem geringen Wert.

cc) Der wirtschaftliche Wert eines als Herdenschutzhund ausgebildeten Hundes ist so erheblich, dass er gegenüber dem Interesse am Artenschutz bereits wesentlich überwiegt. Neben dem reinen wirtschaftlichen Wert am Hund ist außerdem das besondere Verhältnis zwischen dem Hundehalter und dem Herdenschutzhund zu berücksichtigen. Dieses baut sich über eine lange Zeit auf und begründet eine enge Beziehung zwischen dem Team Mensch/Hund. Dieses Vertrauensverhältnis und damit auch der Erfolg des Hundeeinsatzes, der sogar von den Ländern zum Schutz gegenüber dem Wolf empfohlen wird, lässt sich durch die Neubeschaffung eines entsprechenden Hundes über lange Zeit nicht kompensieren. Hinzu tritt das emotionale Interesse an dem konkreten Hund, welches durch einen neuen Hund zwar in Vergessenheit geraten aber nie ersetzt werden kann. Individualrechtsgüter schlagen nicht

²⁵ vgl. 4.3 und 5.4 des Managementplans für den Wolf in Sachsen

nur als Rechnungsposten im Güterhaushalt der Allgemeinheit zu Buche, sondern sind gerade in ihrer Zuordnung zu dem Einzelnen geschützt²⁶.

dd) Eine Güterabwägung würde daher im Ergebnis dazu führen, dass das Schutzinteresse des Hundehalters das artenschutzrechtliche Interesse an der Erhaltung des Wolfes „wesentlich überwiegt“²⁷. Entsprechendes würde für den ausgebildeten Hütehund eines Schäfers oder den ausgebildeten Schweißhund eines Jägers gelten.

b) Hinsichtlich eines Herdenschutzhundes könnte die rechtfertigende Notstandshandlung allerdings an dem zusätzlichen Erfordernis des § 34 Satz 2 StGB scheitern: Wird der Herdenschutzhund nicht nur innerhalb eines grundsätzlich wolfsdichten Gatters eingesetzt, um den Wolf bereits am Eindringen zu hindern, sondern innerhalb einer einfachen Zäunung, bei dem mit dem Eindringen des Wolfes gerechnet werden muss, und wird der Herdenschutzhund bewusst dafür eingesetzt, im Ernstfall den Kampf mit dem Wolf aufzunehmen, wäre die Notstandssituation, also die Gefahr für den Hund vom Hundehalter provoziert und bewusst eingegangen worden. Zwar schließt auch eine schuldhafte Herbeiführung der Notstandslage die Anwendung des § 34 StGB nicht generell aus²⁸, dies ist jedoch in die Interessenabwägung einzubeziehen, sodass es in diesem Fall unangemessen wäre, sich auf den Notstand zu berufen. Dies wäre vergleichbar mit dem Einsatz von Hunden für die Wolfsjagd in Schweden. Voraussetzung wäre allerdings auch hier, dass der Wert eines getöteten Herdenschutzhundes durch den Staat ersetzt wird.

3. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Personen

Kommt es bei dem Versuch, den Wolf aus dem Gatter zu vertreiben, zu einer gegenwärtigen Gefahr für einen Menschen, in dem dieser vom Wolf direkt angegriffen wird, wäre der Abschuss sowohl im Rahmen der Güterabwägung als auch einer Angemessenheitsprüfung als Notstandshandlung gerechtfertigt, unabhängig davon, ob sich der Betroffene durch Betreten des Gatters bewusst in eine entsprechende Gefahr begeben hat. Dem Schützen wäre es nicht zumutbar, auch nur das Risiko seiner eigenen Verletzung oder der Verletzung einer anderen Person einzugehen. Die Frage der Erforderlichkeit eines vorausgehenden Warnschusses ist von der konkreten Situation abhängig.

4. Ausnahmegenehmigung

Die Frage, ob eine grundsätzlich strafbare Handlung durch einen „Notstand“ gerechtfertigt ist, ist aufgrund der Einstufung des Artenschutzes als Faktor der Güterabwägung, der etwaigen Gewichtung bei der Güterabwägung sowie der Frage der Angemessenheit sowohl in der rechtlichen Bewertung als auch in der Beurteilung der konkreten tatsächlichen Situation rechtlich nicht zuverlässig im Voraus zu beurteilen. Auch im System der Strafverfolgungsbehörden ist eine Vorausprüfung bestimmter Handlungen in bestimmten Situationen nicht vorgesehen. Der einzelne trägt damit das Risiko, insbesondere in einer möglicherweise verbleibenden sehr kurzen Zeit aufgrund einer Fehleinschätzung strafbar zu handeln. Im Interesse der Rechtssicherheit wäre es daher ratsam, für konkrete Situationen eine bedingte jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung gemäß § 2 Abs. 2 SächsJagdG zu

²⁶ Lenckner, in: Schönke/Schröder, Kommentar StGB, München 1997, § 34 Rdn. 33

²⁷ So auch Schumacher, <http://www.atsenzagp.org/index.php/it-IT/153-unbewilligter-wolfsabschuss-ist-straflos-moeglich>, für das Notstandsrecht in der Schweiz

²⁸ Leipold/Hauck, StGB, 2. Aufl., § 34 Rdn. 19; Erb in Münchener Kommentar zum StGB, 3. Auflage 2017, Rdn. 142

beantragen²⁹. Eine solche Ausnahmegenehmigung steht im pflichtgemäßen Ermessen der Jagdbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde. Aufgrund der Möglichkeit zur Ersatzbeschaffung gerissener Tiere dürfte eine Ermessensreduzierung auf Null, also ein Anspruch auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung, nur für Extremfälle (wertvolle Zuchttiere, seltene Haustierrassen, Hochwertige Tiere wie Sportpferde) begründet sein. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung könnte rechtspolitisch aber dazu führen, den Widerstand der betroffenen Tierhalter gegen die Rückkehr des Wolfes zu beseitigen und zur Befriedung der Diskussion beitragen.

Sollte der Antrag abgelehnt werden, steht dies allerdings der vorgenannten Bewertung als Notstandshandlung nicht entgegen! Denn der Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung ist auf Grund des Handlungsermessens der Behörde nicht das in der Rechtsordnung ausschließlich vorgesehene geordnete Verfahren zur Abwendung der vom Wolf ausgehenden Gefahren, sodass keine Sperrwirkung gegenüber der Notstandshandlung entsteht³⁰.

5. Zusammenfassung

Der Wolf ist eine streng geschützte Tierart. Die Tötung oder Verletzung stellt eine Straftat dar. Ist die Tötung oder Verletzung eines in ein Wildgatter eingedrungenen Wolfes jedoch erforderlich, um das Damwild zu retten, kann die Tat als Notstandshandlung nach § 34 StGB gerechtfertigt sein.

Der Artenschutz ist kein Individualrechtsgut und ist daher in die Güterabwägung des § 34 Satz 1 StGB nicht einzubeziehen. Der Schutz des Eigentums hat daher Vorrang. Nach § 34 Satz 2 StGB darf die Notstandshandlung aber nicht unangemessen sein, also die Tötung oder Verletzung des Wolfes nicht völlig außer Verhältnis zu den Eigentumsinteressen des Vieh-/Wildhalters stehen.

Bei einem zur Schlachtung vorgesehenen Stück Vieh/Wild wird das reinwirtschaftliche Schutzinteresse des Halters durch die Zahlungen der Länder ausgeglichen. Insoweit wäre daher der Abschuss eines streng geschützten Wolfes unangemessen und deshalb nicht gerechtfertigt.

Handelt es sich hingegen um ein wertvolles Zuchttier, Tiere einer sehr seltenen Haustierrasse oder erfolgt die Notstandshandlung zu Gunsten eines ausgebildeten und damit wertvollen Hundes, wäre deren Rettung durch Abschuss des Wolfes nicht unangemessen, daher gerechtfertigt und nicht strafbar. Dies gilt ausnahmsweise für einen Herdenschutzhund nicht, wenn es an einer sachgerechten Zäunung fehlt, beim Auftreten des Wolfes mit einem Kampf zwischen ihm und dem Herdenschutzhund zu rechnen ist und der Hund gerade zu diesem Zweck eingesetzt wird.

Eine Tötung oder schwere Verletzung des Wolfes entfällt, wenn eine Vergrämungsmaßnahme zum Schutz des Gatterwildes, Viehs oder des Hundes genügt. Dies gilt auch in den Fällen, in denen es zu einer leichten Verletzung des Wolfes kommt; diese wiederum wäre über den Notstand gerechtfertigt.

Aus Gründen der Rechtssicherheit ist es ratsam, für die Fälle der gerechtfertigten Notstandshandlung eine jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung zu beantragen. Wird diese abgelehnt, entfällt der rechtfertigende Notstand nach § 34 StGB jedoch nicht.

²⁹ Dies entspricht in anderen Bundesländern der artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 Satz 1 Nrn. 1 und 5, Satz 2 und 3 BNatSchG

³⁰ Vgl. zu dieser Sperrwirkung Erb a.a.O. Rdn. 190 ff

Abschnitt 2 - Schutz der Muffelbestände

In Niedersachsen sollte zum Schutz der Muffelvorkommen versucht werden, insbesondere aus genetisch wertvollen Beständen (zum Beispiel Göhrde) Muffelwild einzufangen und zunächst in Schutzgattern bzw. auf Inseln vor den Wölfen zu schützen. Dieses Konzept ist in erster Linie daran gescheitert, dass das Muffelwild in Wolfsgebieten bereits dermaßen ausgedünnt und scheu geworden ist, dass ein Einfangen trotz Anwendung unterschiedlicher Methoden und eines erheblichen finanziellen und personellen Aufwandes nicht mehr möglich war. Hinzu kommen praktische Fragen der wolfsicheren Unterbringung in einem ausreichend großen Lebensraum sowie tierschutzrechtliche Probleme beim Einfangen, Demobilisieren und Transportieren. Dieses Konzept musste daher nach eingehender Erörterung in einer Arbeitsgruppe des Ministerium abgebrochen werden.

Es verbleibt daher ausschließlich die Möglichkeit, die Muffelbestände in ihren derzeitigen Lebensräumen zu schützen. Eine wolfsichere Einzäunung der zwar begrenzten aber doch umfangreichen Einstände, wie beispielsweise im Süntel, Bückeberg und Gartow erscheint ausgeschlossen. Dies beruht nicht nur auf der Länge der Zäune, den daraus folgenden Kosten für Errichtung und Unterhaltung und der unerwünschten Unterbrechung des Wildwechsels insgesamt, sondern insbesondere auch auf der Erkenntnis, dass Zäune diesen Umfangs in der freien Natur nicht wolfsdicht gehalten werden können. Eine „anderweitige zufriedenstellende Lösung“ im Sinne des Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie ist daher nicht zu finden.

Entgegen verbreiteter Auffassung wäre es daher zulässig, in Muffelgebieten ansässige Wolfsrudel so zu reduzieren, dass sie für die Erhaltung des Muffelbestände keine Gefahr mehr darstellen. Dies muss nicht, kann aber bedeuten, dass das entsprechende Gebiet wolfsfrei zu halten ist. Denn auch die weitere Bedingung des Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie, "dass die Population (der Wölfe) in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilt", ist erfüllt. Dabei kann an dieser Stelle der Streit, ob die baltischen und die westpolnisch-deutschen Wolfsbestände eine zusammenhängende Wolfspopulation darstellen³¹, dahingestellt bleiben. Denn auch die westpolnisch-deutschen Wolfsbestände stellen nach der Definition in Art. 1 Buchst. i FFH-Richtlinie bereits eine Wolfspopulation im günstigen Erhaltungszustand dar:

i) "Erhaltungszustand einer Art": Die Gesamtheit der Einflüsse, die sich langfristig auf die Verbreitung und die Größe der Populationen der betreffenden Arten in dem in Artikel 2 bezeichneten Gebiet auswirken können.

Der Erhaltungszustand wird als "günstig" betrachtet, wenn

- aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, dass diese Art ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird, und
- das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Art weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
- ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern.

³¹ so zum Beispiel Guber/Herzog, NuR 2017 S. 87; Pfannenstiel "Der Wolf - Stellungnahme zum Umgang mit dieser Tierart in der Kulturlandschaft Deutschlands"

Diese Kriterien sind bereits heute erfüllt. Da es sich insoweit um objektive Kriterien handelt ist die gegenteilige Auffassung der EU-Kommission im jüngsten Bericht gemäß Art. 17 der FFH-Richtlinie nicht entscheidend. Im übrigen hat die Kommission selbst klargestellt³², dass es den National starten, also dem Bund, obliege, den Erhaltungszustand in selbst definierten Zeiträumen zu bestimmen. Es wäre dem Bund daher möglich, den Erhaltungszustand selbst zu bestimmen, und zwar auch jährlich.

Nach den Leitlinien für Managementpläne für Großraubtiere ist ein Erhaltungszustand günstig, wenn

- die Population stabil ist oder zunimmt, (+)
- genügend geeigneter Lebensraum besteht, (+)
- der Lebensraum seine Qualität behält, (+)
- die Population nicht kleiner als 1992 ist, (+)
- ein Austausch von Individuen erfolgt, (s.u.)
- ein Effizientes und robustes Monitoring besteht und (+)
- eine günstige Referenzpopulation erreicht ist
(> 1000 adulte Tiere oder
Aussterbewahrscheinlichkeit < 10 % in 100 Jh.) (+)

Auch diese Kriterien sind bereits heute erfüllt. Die Definition des "günstigen Erhaltungszustandes" unter 3.6 des Managementplans für den Wolf in Sachsen (Stand Februar 2014) auf ausschließlich 1000 adulte Individuen stellt eine unzulässige Verkürzung dar. Denn Alternativ kann auf die Aussterbewahrscheinlichkeit abgestellt werden. Eine Besiedlung aller geeigneten Lebensräume wird EU-rechtlich nicht gefordert; vielmehr wird allein darauf abgestellt, dass ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist. Ein Austausch der Wölfe zwischen der westpolnisch/deutschen und der baltischen Region findet nach Auffassung zahlreicher Wissenschaftler statt. Selbst wenn man dies bezweifeln wollte, kann ein solcher Austausch künstlich durch Verbringung einzelner Tiere erreicht werden. In einer Kulturlandschaft, in der der Schutz der Wölfe ohnehin nur durch Verbote und staatliche Überwachung möglich ist, muss ein solcher künstlicher Austausch als artenschutzrechtliche Maßnahmen zur Erreichung eines günstigen Erhaltungszustandes in die Beurteilung einbezogen werden.

Schließlich kommt es unter den Voraussetzungen des Art. 16 Abs. 1 Halbs. 2 FFH-Richtlinie entsprechend dem Urteil des EuGH³³ nicht darauf an, ob der günstige Erhaltungszustand bereits erreicht ist, sondern ausschließlich darauf, dass der Erhaltungszustand nicht verschlechtert oder die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands nicht behindert wird. Denn anderenfalls wäre es in der Phase eines ungünstigen Erhaltungszustandes nicht einmal zulässig, einen Wolf "im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses" zu töten. Setzt man aber die rasante Entwicklung der Wolfspopulation ins Verhältnis zu den wenigen und beschränkt großen Muffelwildgebieten wird deutlich, dass bei einem zahlenmäßig begrenzten Abschuss von Wölfen in diesen Gebieten der Erhaltungszustand der Population im übrigen nicht beeinträchtigt wird.

³² Vgl. Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf eine kleine Anfrage (LT-Drs. 18/590 zu Nr. 2)

³³ Urteil vom 14. Juni 2007 (C-342/05) Rdn. 29

Der partielle Abschuss von Wölfen in Muffelwildgebieten zum Schutz der Muffelwildbestände erscheint daher gemäß Art. 16 Abs. 1 Buchst. a) FFH-Richtlinie europarechtlich bereits heute durchaus zulässig.

Abschnitt 3 – Normative Folgerungen

1. Artenschutzrechtliche Ausnahmereverordnung

Im Entschließungsantrag Drucksache 6/12761 fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Erlass einer Rechtsverordnung über die Zulassung von Ausnahmen von den Schutzvorschriften über den Wolf im Sinne von § 45 Abs. 7 Satz 3 BNatSchG. Eine solche artenschutzrechtliche Verordnung würde dem Grundsatz der Trennung der Rechtskreise Jagd und Naturschutz widersprechen. Nachdem der Wolf in Sachsen 2012 dem Jagdrecht unterstellt wurde, handelt es sich bei den entsprechenden Regelungen im SächsJagdG um Spezialregelungen gegenüber dem Naturschutzrecht, weil sich das Jagdrecht nur auf Wild (also eine begrenzte Menge der wild lebenden Tiere) und auf einen bestimmten Personenkreis (befugte Jäger) bezieht. Soweit das Jagdgesetz Regelungen enthält einschließlich bewusster Lücken, kommt einer Verordnung auf der Grundlage des Naturschutzrechts nicht in Betracht. Selbst wenn man die Unberührtheitsklausel des § 37 Abs. 2 BNatSchG eng auslegen wollte und deshalb eine artenschutzrechtliche Ausnahmereverordnung zwar für zulässig erachten würde, der dann aber die konkreten jagdrechtliche Normen vorgehen, wäre eine solche Regelung in 2 Rechtskreisen im Interesse der Rechtsklarheit der Normadressaten nicht empfehlenswert.

2. Jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung

Für die in Abschnitt 1 Nr. 6 erwähnte jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung besteht bereits eine gesetzliche Rechtsgrundlage in § 22 Abs. 2 SächsJagdG. Danach kann die Jagdbehörde im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde im Einzelfall die Erlegung von Wild nach Anhang IV Buchst. a der Richtlinie 92/43/EWG (also von Wölfen) aus den in Artikel 16 Abs. 1 Buchst. b und c der Richtlinie 92/43/EWG genannten Gründen zulassen. Art. 16 Abs. 1 Buchst. b FFH-Richtlinie erlaubt Ausnahmen "zur Verhütung ernster Schäden insbesondere ... in der Tierhaltung ... sowie alle sonstigen Formen von Eigentum", Art. 16 Abs. 1 Buchst. c) FFH-Richtlinie "im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt".

Zum Schutz von Gatterwild, Vieh und Hunden greift Art. 16 Abs. 1 Buchst. b) FFH-Richtlinie ein. Die Jagdbehörde kann daher bereits jetzt die notwendigen Entscheidungen treffen. Da das Jagdrecht zum übertragenen Wirkungskreis der Jagdbehörde gehört, genügt es, zur Gewährleistung eines einheitlichen Verwaltungshandelns im Land und zur Berücksichtigung politisch gewollter Grenzen bei der Erteilung von Ausnahmen, einen Erlass des Ministeriums an die Jagdbehörde herauszugeben. Die Verabschiedung einer Ausnahmereverordnung mit dem Ziel der Normierung von Restriktionen ist deshalb nicht erforderlich.

Zum Schutz der Muffelbestände ist eine solche Ausnahmeregelung landesrechtlich hingegen nicht zulässig, weil sich die abschließende Regelung in § 22 Abs. 2 SächsJagdG ausdrücklich nur auf die Buchstaben b) und c) des Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie bezieht und nicht auf Buchst. a), der eine Ausnahme "zum Schutz der wild lebenden Tiere" ermöglicht. Um der staatlichen Hegepflicht zur Erhaltung der Muffelbestände zu genügen, wäre es daher möglich

und empfehlenswert, die Einschränkungen in § 22 Abs. 2 SächsJagdG auf die Buchstaben b) und c) zu streichen, so dass sämtliche Buchstaben des Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie zur Anwendung kommen, oder aber zumindest den Buchstaben a) hinzuzufügen.

3. Jagdrechtliche Ausnahmeverordnung

Bei zunehmenden Wolfsbeständen könnte es für bestimmte Sachverhalte, für die Einzelausnahmen erteilt werden sollen, zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung führen, wenn diese Sachverhalte abstrakt-generell durch eine Ausnahmeverordnung geregelt werden, so wie dies entsprechend bei Verordnungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG³⁴ der Fall ist. Hierzu bedürfte es allerdings einer entsprechenden Ermächtigungsgrundlage zum Beispiel in § 22 SächsJagdG:

„Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Erlegung von Wild nach Anhang IV Buchst. a der Richtlinie 92/43/EWG aus den in Artikel 16 Abs. 1 der Richtlinie 92/43/EWG genannten Gründen zulassen.“

In einer solchen Verordnung könnte dann der Abschuss von Wölfen in bestimmten durch Art. 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie gedeckten Fällen für einen bestimmten Personenkreis (befugte Jäger) allgemein geregelt werden. Solche Regelungen könnten sich beispielsweise beziehen auf

- das Erlegen schwer kranker Wölfe, um sie vor vermeidbaren Schmerzen oder Leiden zu bewahren, soweit dies nicht ohnehin nach § 22a BJagdG zulässig ist,
- das Erlegen von Wölfen in Regionen mit offener Weidetierhaltung,
- das Erlegen von Wölfen in Muffelwildgebieten,
- das Erlegen von Wölfen, die in ein gesichertes Vieh-/Wildgatter eingedrungen sind,
- in den Grenzen einer Abschussplanung das Erlegen von Wölfen, die sich in eine zu bestimmende Schutzzone um Weidetierhaltung hinein bewegen.

4. Weiterer vorsorglicher Änderungsbedarf

Bei Erreichen eines günstigen Erhaltungszustandes der Wolfspopulation und deren weiteren Anwachsen ist es, auch ohne Überführung des Wolfes in Anhang V der FFH-Richtlinie, im Rahmen der Ausnahmevorschrift des Art. 16 FFH-Richtlinie zulässig, Wölfe zu erlegen. Für die in diesem Fall zunehmenden Einzelgenehmigungen oder die Genehmigungen im Rahmen einer jagdlichen Ausnahmeverordnung (vgl. 3.) erscheint es sinnvoll, Mechanismen der Begrenzung und Kontrolle in das Jagdgesetz aufzunehmen. Insoweit könnte dem Wolf zunächst einmal in § 4 der Sächsischen Jagdverordnung eine Jagdzeit eingeräumt werden, um das Erlegen von Wölfen außerhalb einer konkreten Gefahrensituation auf wildbiologisch vertretbare Jahreszeiten zu begrenzen. Um damit keine allgemeine Jagd zu ermöglichen, ist es parallel dazu erforderlich, den Wolf der Abschussplanung zu unterstellen, so dass Wölfe nur im Rahmen einer solchen Planung erlegt werden dürfen. Über dieses Instrument wäre es möglich, die im Land Sachsen zu entnehmende Gesamtzahl durch ministerielle Vorgabe zu begrenzen und auf die Jagdbehörden nach Maßgabe bestimmter Kriterien (z.B. Regionen mit offener Weidetierhaltung oder Muffelwildgebiete) zu verteilen. Darüber hinaus im Land erlegte Problemwölfe könnten im Rahmen der Abschussplanung des nächsten Jahres berücksichtigt werden.

³⁴ Vgl. z.B. Sächsische Kormoranverordnung vom 24. Januar 2007 (SächsGVBl. S. 26), die zuletzt durch die Verordnung vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 437) geändert worden ist



Sytuacja oraz zagrożenia populacji wilka w Polsce, 2018

Conservation status and main threats to wolf population in Poland, 2018

Sabina Nowak

Association for Nature „Wolf”, Poland



Photo. W. Bena



Sabina Nowak - info

- Biolog, specjalizacja ekologia ssaków drapieżnych
/biologist, specialisation: ecology of large carnivores
- Prezes Stowarzyszenia dla Natury „Wilk”
/president of the Association for Nature „Wolf”/
- Doktorat z ekologii wilka w zachodnich Karpatach (2003)
/PhD - ecology of wolves in Western Carpathians/
- Habilitacja – Dynamika i uwarunkowania środowiskowe procesu rekolonizacji lasów zachodniej Polski przez wilki (*Canis lupus*) /Dynamics and environmental conditions of wolf recovery in forests of western Poland/



Status prawny /Legal status

- Od 1995 r. – ściśle chroniony w większości Polski, w tym w zachodniej części kraju /Since 1995 – strictly protected in majority of the country including western Poland/
- **Od 1998 – całkowicie chroniony w całej Polsce, 6 lat przed wejściem Polski do EU** /Since 1998 - fully protected in whole Poland/
- Dyrektywa Siedliskowa/Habitat Directive/: polskie wilki są w Annex II i V

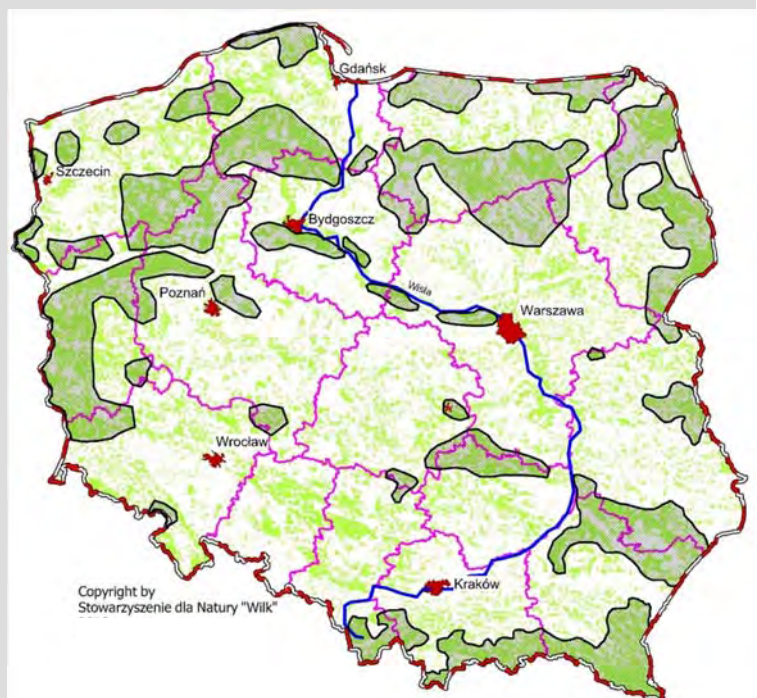
Ochrona strefowa 500 m wokół miejsc rozrodu, od 1.04.-31.08
/500 m protection zone around den sites from 1.04.to 31.08./



Liczebność i zasięg w Polsce/Number and range in Poland

Wielkość populacji wilka w Polsce ~ 2000
(2139 wilków wg Rocznika statystycznego)

w latach 2014-16 wydano zgody w oparciu o derogacje na zabicie około 20 wilków, z czego około 8 zastrzelono.



Copyright by
Stowarzyszenie dla Natury "Wilk"

 wolf range



Rozwój populacji wilka/Development of wolf population/

2001 (~ 510 wilków/115 watah)

2017 (~ 2000 wilków)



- wolf packs/pairs
- ephemeral pairs/loners
- wolves escaped from enclosure
- main wolf range

Zachodnia Polska/Western Poland, 2017
80 watah/wolf groups



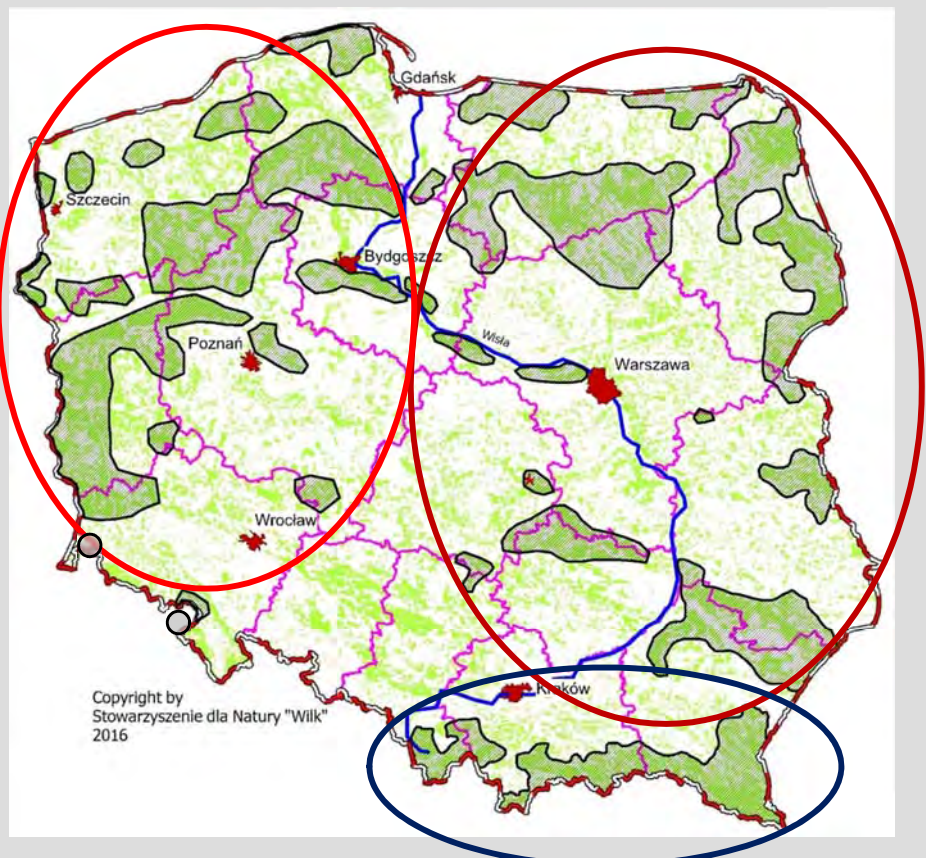
Podział populacji wilków w Polsce na jednostki zarządzania według LCIE

Populacja Bałtycka
~ 1046 wolves (959-1133)

Populacja Centralno-Europejska – 80 watah

Populacja Karpacka
~ 389 wolves (356 – 410)

Sudety – 2 watahy



Copyright by
Stowarzyszenie dla Natury "Wilk"
2016



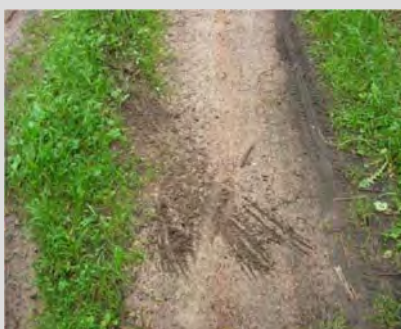
Monitoring populacji wilka w Polsce/Monitoring of wolf population

- Obecnie brak wystandaryzowanego wielkoskalowego systemu monitorowania populacji wilka w Polsce
- Oficjalne dane w Rocznikach Statystycznych oparte na raportach dostarczanych przez regionalne dyrekcje ochrony środowiska (RDOŚ) w oparciu o dane nadleśnictw, przyrodników z NGOs, naukowców, myśliwych.
- Brak naukowych wielkoskalowych analiz tych danych



Monitoring wilka w zachodniej Polsce prowadzony przez Stowarzyszenie dla Natury „Wilk” - Metody

Metody tradycyjne: odnajdywanie śladów obecności wilków (tropy, odchody, znakowanie, ofiary)





Monitoring wilka w zachodniej Polsce prowadzony przez Stowarzyszenie dla Natury „Wilk” - Metody

Foto i wideopułapki



Monitoring wilka w zachodniej Polsce prowadzony przez Stowarzyszenie dla Natury „Wilk” - Metody

Telemetria – radiowa oraz GPS GSM





Monitoring wilka w zachodniej Polsce prowadzony przez Stowarzyszenie dla Natury „Wilk” - Metody

Analizy DNA z odchodów, krwi, moczu, tkanek i sierści przez Grupę Genetyki Konserwatorskiej Instytutu Genetyki i Biotechnologii, Wydział Biologii, Uniwersytet Warszawski



Grupa Genetyki Konserwatorskiej Instytut Genetyki i Biotechnologii Uniwersytet Warszawski

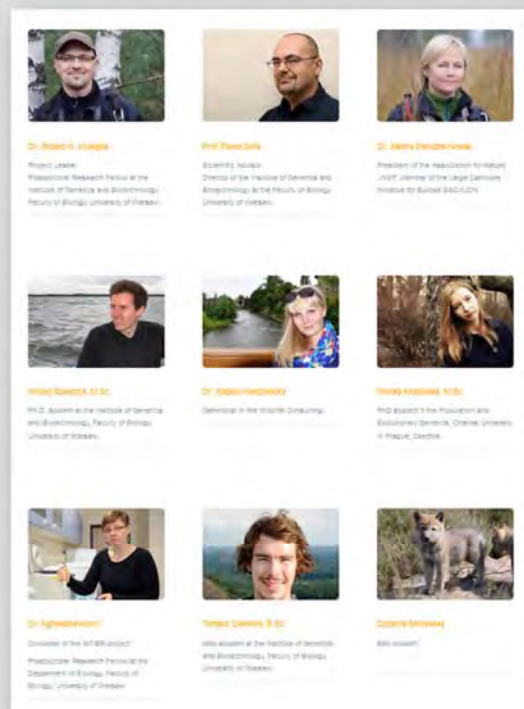
Członek Central European Wolf Consortium (CEWC)

Zespół

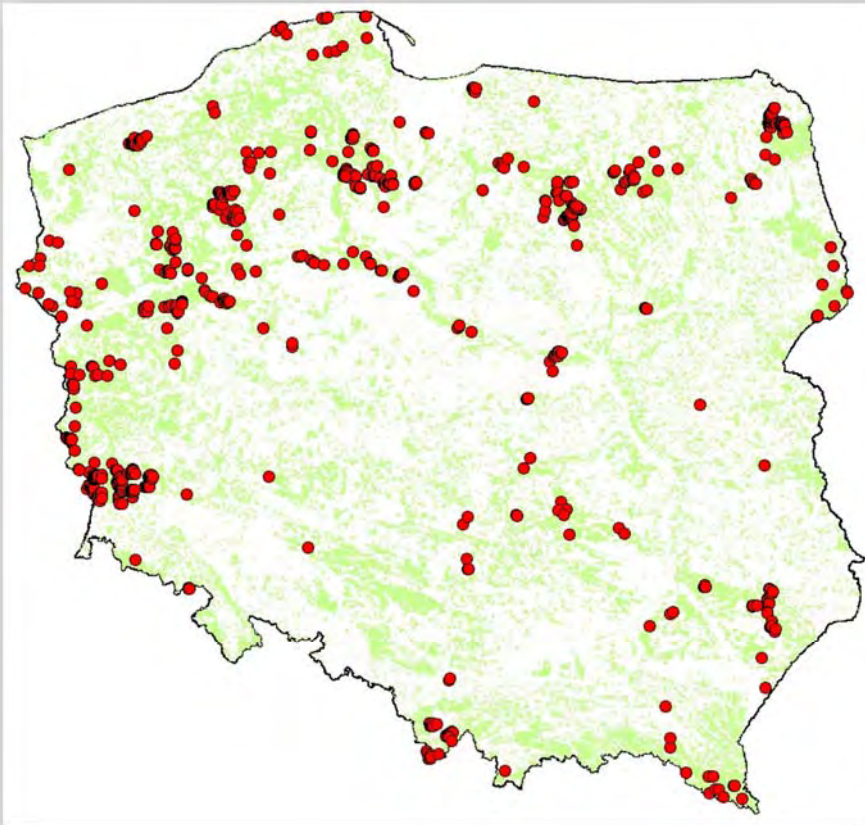
- Dr inż. Robert Mysłajek – kierownik
- Dr Natalia Niedźwiecka
- Mgr Maciej Szewczyk
- Prof. Paweł Golik

Współpraca

- Dr Sabina Nowak – SdN „Wilk”
- Dr Agnieszka Kloch – Katedra Ekologii UW
- Mgr Monika Kłodawska – Uniwersytet Karola w Pradze



Analizy DNA wilków



Liczba prób >1,500
Zbiór od 2006 r.

- Rozróżnianie grup rodzinnych

- Pokrewieństwo wewnątrz i pomiędzy grupami

Struktura genetyczna populacji wilka

Zróżnicowanie genów MHC u wilka

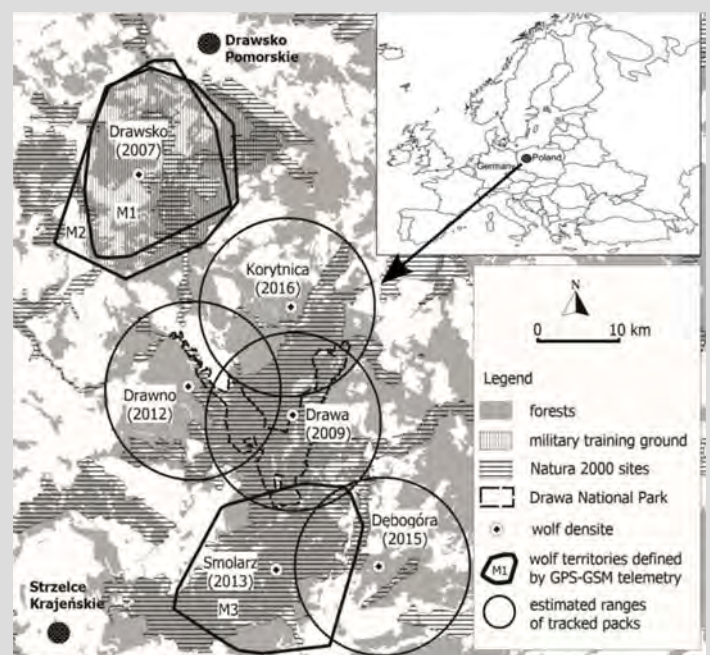


Wielkość terytoriów wilczych grup w Puszczy Drawskiej, 2014-2017

Wielkość terytoriów wilczych grup (oparte na telemetrii GPS/GSM trzech wilków z dwóch grup)

MCP 100% - **średnio 378 km²**
(zasięg: 322 - 421 km²)

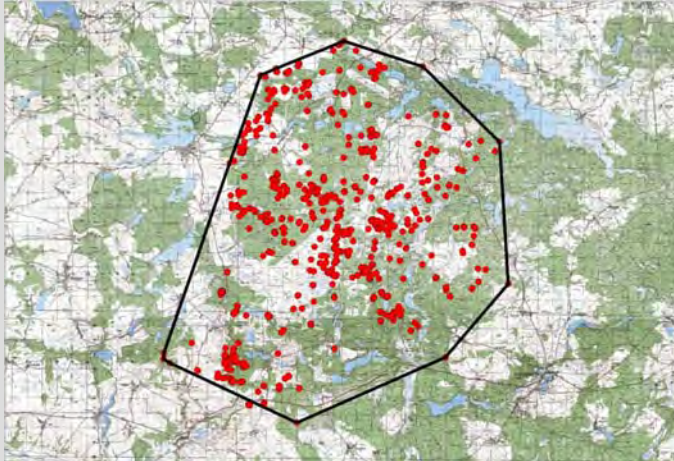
MCP 95% - **średnio 310 km²**
(zasięg: 268 - 343 km²)





Wielkość terytoriów grup rodzinnych zachodnia Polska

Terytoria grup rodzinnych wilków w zachodniej Polsce w oparciu o telemetrię GPS GSM obejmują średnio 380 km²



Jedna grupa rodzinna ma terytorium wielkości Warszawy

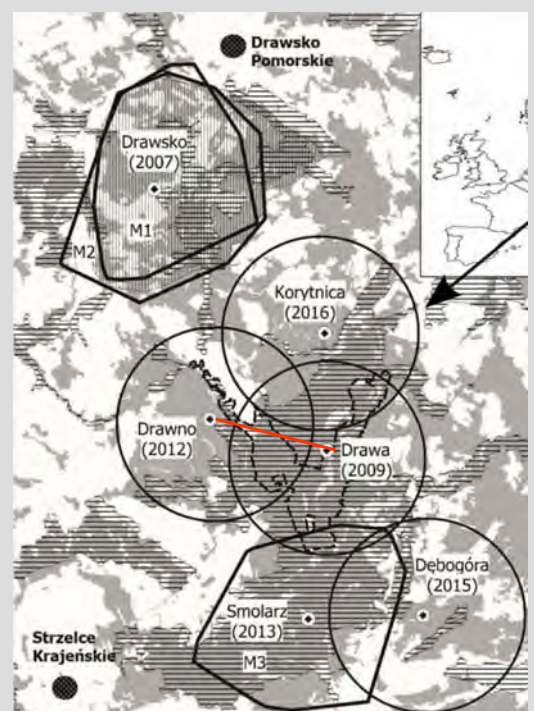
Mysłajek et al. submitted



Odległość między miejscami rozrodu w Puszczy Drawskiej, 2014-2017

Średnia odległość pomiędzy miejscami rozrodu sąsiednich watah :

15,3 km (zasięg od 13,1-25,1 km)
n=6).



Mysłajek et al. Mammalian Biology



Wilcze grupy w zachodniej Polsce

Średnia wielkość grupy: 4 osobniki (zakres: 2-9)
w 2001-2012

Wielkość grup stabilnych (trwających ponad 2 lata –
7 wilków

Średnia wielkość miotu: 5,1 szczenięcia (4-7)



Nowak & Mysłajek 2016. Mammal Res



Przeżywalność szceniąt w Polsce

Do zimy dożywa:

Zachodnia Polska: średnio 2,5 szczenięcia na grupę

Puszcza Białowieska: średnio 1,8 szczenięcia na grupę

Beskid Śląski i Żywiecki: średnio 1,3 szczenięcia na grupę





Śmiertelność wilków w zachodniej Polsce

112 przypadków śmierci od 2005 do września 2017

63% - wypadki na drogach i torach

23% - kłusownictwo (zastrzelone oraz wnyki na dziki i sarny)

14% - naturalna (choroby, inne wilki i część nieznana)

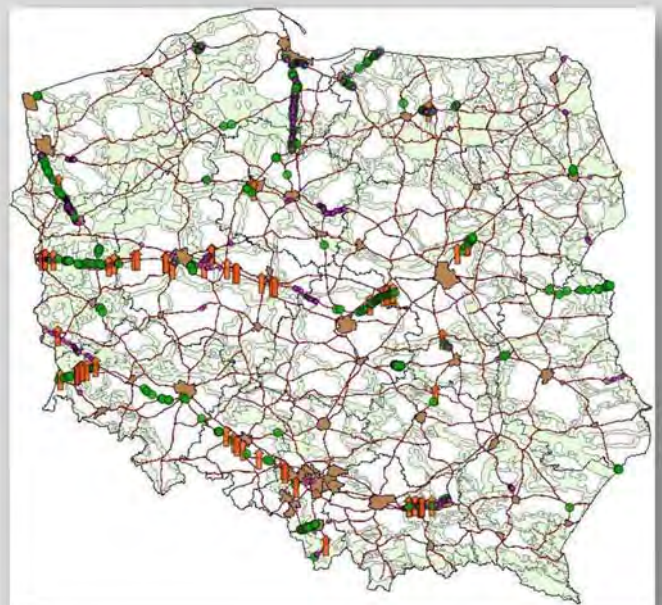


Nowak & Mysłajek 2016. Mammal Res., updated



Przejścia dla zwierząt

- Ponad 100 górnych przejść i 360 przejść dolnych dla dużych ssaków zbudowano (ponad 200 jest planowanych).
- Post-investment monitoring wykazał wykorzystywanie przejść przez wilki



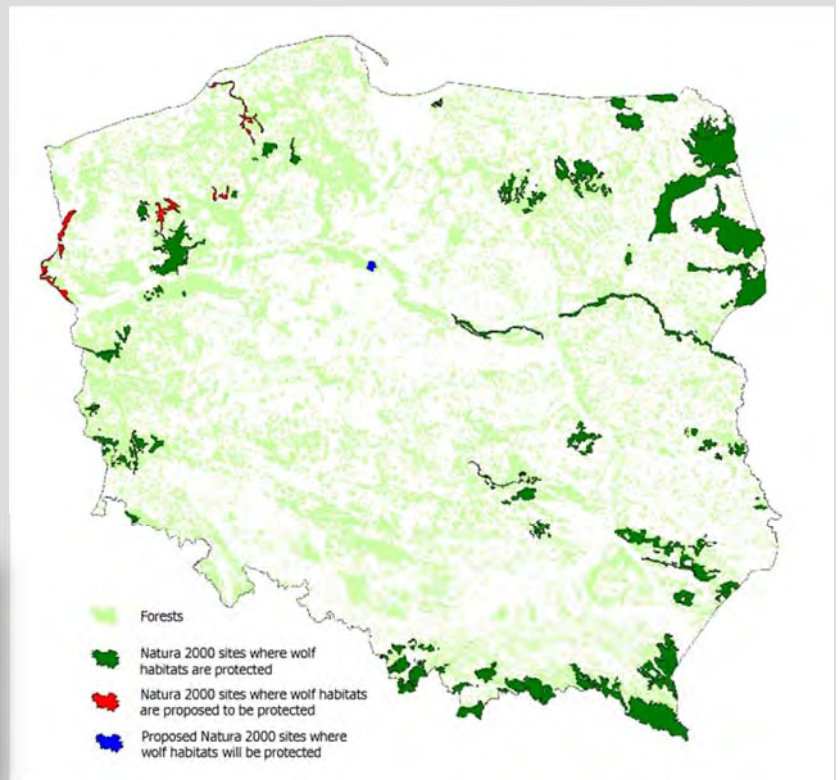


Obszary Natura 2000 sites chroniące siedliska wilków

- 73 obszary Natura 2000
- 15,284 km²
- 25% siedlisk wilków



Fot. R. Mysłajek



Source: Reinhardt, Kluth, Nowak & Mysłajek, 2013



Naturalna śmiertelność wilków

- Starość (wilki żyją średnio 6 lat, maks. 9-10 lat)
- Pasożyty: świerzbowiec
- Choroby odkleszczowe: anaplazmoza, babeszjoza, borelioza
- Konflikty z innymi wilkami i urazy podczas polowań



Nowak i Mysłajek, unpublished



Dieta wilków w Polsce

W diecie dominują dzikie zwierzęta kopytne

- Zachodnia Polska – 95% biomasy pokarmu
- Puszcza Białowieska - 97% biomasy pokarmu
- Beskidy Zachodnie - 95% biomasy pokarmu
- Bieszczady - 85 - 97% biomasy pokarmu



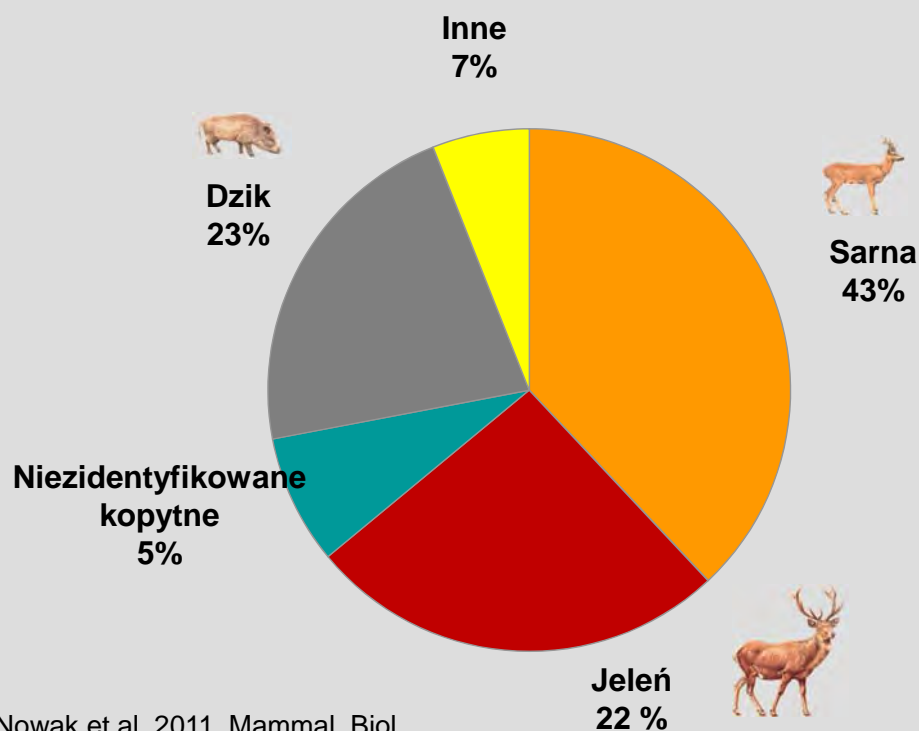
Fot. A. Kasprzak

Źródło: Jędrzejewski i in. 1992, 2000, 2012, Okarma 1995, Nowak i in. 2005, Nowak, Mysłajek i in. 2011, Śmietana i Klimek 1993, Śmietana 2000,



Dieta wilków w zachodniej Polsce

% biomasy pokarmu (n=474 odchody)



Nowak et al. 2011. Mammal. Biol.



Dieta wilków w zachodniej Polsce

Mniejsze ofiary stanowią około 7 % biomasy pokarmu

Zając: 2,5% biomasy pokarmu

Bóbr: 1,4% biomasy pokarmu (Lasy Wałęckie 5%,
Bory Tucholskie 5%)

Psy i koty: 1% biomasy pokarmu

jenot, lis, borsuk



Source: Nowak, Mysłajek in. 2011

Fot. S. Nowak i R. Mysłajek



Dieta wilków w Polsce

Jeleń i sarna – w lasach gospodarczych 60 – 70 % biomasy pokarmu wilków



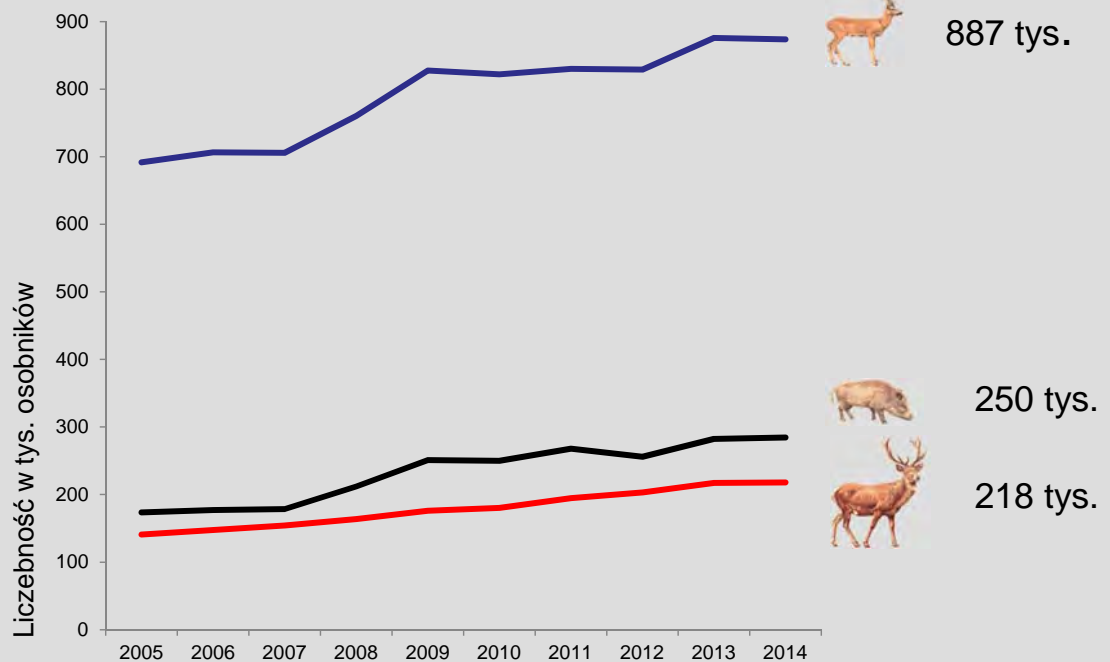
Fot. S. Mendel

Źródło: Jędrzejewski i in. 1992, 2000, 2012, Okarma 1995, Nowak i in. 2005, Śmietana i Klimek 1993, Śmietana 2000.



Wzrastająca liczebność dzikich zwierząt kopytnych w Polsce

2016 r.



Od 2006 r. liczba jeleni wzrosła o 56 %, dzika o 64%, a sarny o 26 %



Wzrastają szkody w rolnictwie od dzikich zwierząt kopytnych w Polsce

Za szkody w uprawach – około 73 mln PLN rocznie (50% koła łowieckie, 50% Skarb Państwa) 17 380 952 €

Wzrasta liczba wypadków samochodowych z udziałem dzikich zwierząt kopytnych

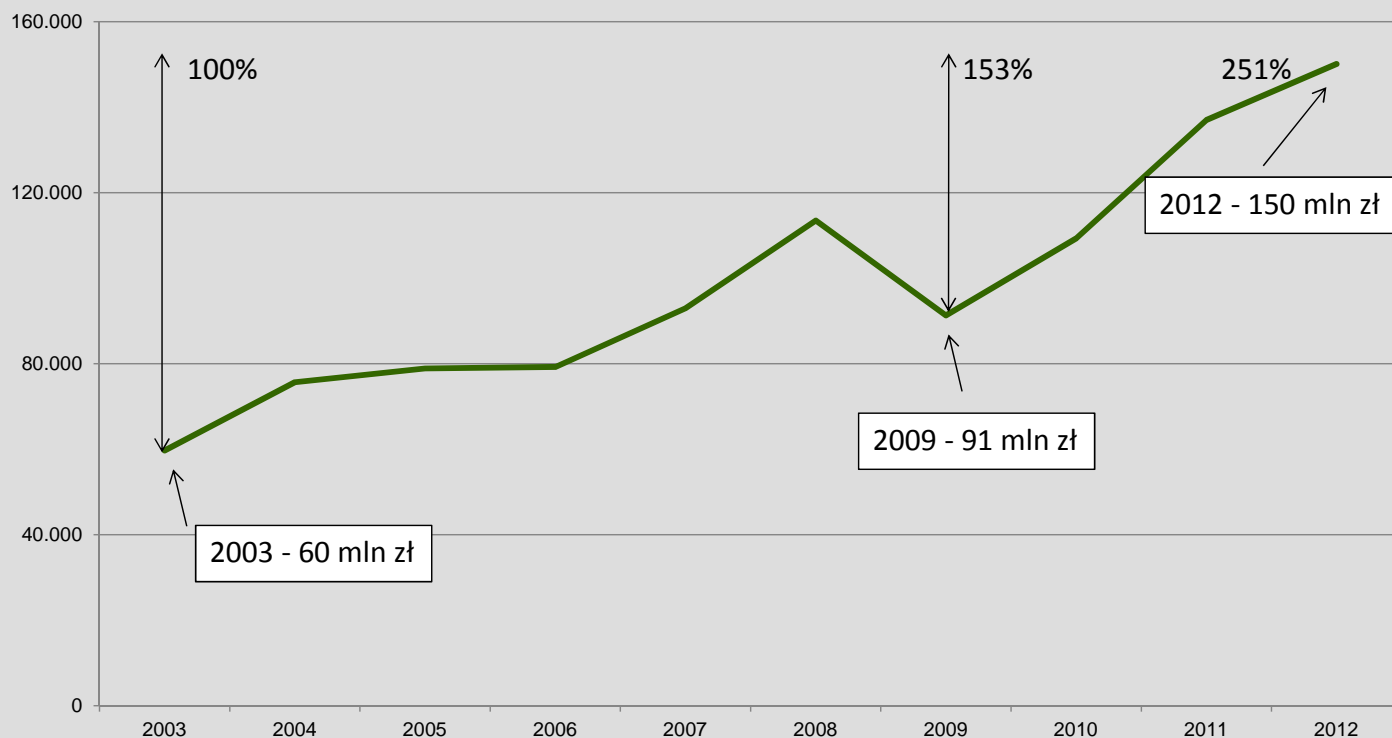
135 636 zdarzeń drogowych z udziałem zwierząt

134 412 kolizji, 1 224 wypadków,

1 598 osób - obrażenia ciała

58 osób zginęło

Koszty ochrony lasu przed szkodami powodowanymi przez duże ssaki kopytne w latach 2003-2012



Źródło: DGLP



Dieta wilków w Polsce

Dziki też są chętnie zjadane przez wilki, nawet 42% biomasy



Źródło: Jędrzejewski i in. 1992, 2000, 2012, Okarma 1995, Nowak i in. 2005, Śmietana i Klimek 1993, Śmietana 2000.



Dieta wilków w zachodniej Polsce

Udział ssaków kopytnych w diecie wilka w zachodniej Polsce w latach 2002-2009

(procent biomasy skonsumowanego pokarmu dla samych dzikich zwierząt kopytnych)

Kompleks leśny	Jeleń	Sarna	Daniel	Dzik
Puszcza Bydgoska (n = 81)	20,6	40,9	1,7	36,8
Lasy Wałeckie (n = 112)	26,4	50,0	0	23,6
Puszcza Rzepińska (n = 126)	22,7	28,1	7,4	42,1
Bory Dolnośląskie (n = 124)	17,5	57,7	2,2	22,6

Znaczący (i wzrastający) udział dzika w diecie wilków lasach gospodarczych

Nowak et al. 2011. Mammal. Biol.

Ministerstwo Rolnictwa w celu zwalczania Afrykańskiego pomoru świń (ASF)

12,6 mln PLN (3 mln €) na odstrzał 40 tys. dzików

1 wilk zjada 20 - 40 dzików/rok

2 000 wilków – 40 tys. dzików

Dziki zabite przez wilki



Autorzy zdjęć: S. Nowak, R. Mysłajek, M. Figura



Drapieżnictwo wilków na zwierzętach gospodarczych w Polsce

Zwierzęta hodowlane (bydło, owce, kozy, konie, psy koty) stanowią w Polsce 1-3% biomasy zjedzonego pokarmu



Fot. RDOŚ Rzeszów

Źródło: Jędrzejewski i in. 1992, 2000, Okarma 1995, Nowak i in. 2005, Nowak i in 2011, Śmietana i Klimek 1993, Śmietana 2000.



Gatunki zwierząt gospodarskich zabite przez wilki w Polsce, 2012-2016

	Owce	Kozy	Konie	Bydło	Psy	Daniele	Inne	Total
2016	963	29	5	150	11	82	11	1251
2015	1051	17	2	163	16	36	9	1294
2014	1282	21	11	150	6	39	13	1594
2012	976	23	20	100	?	45	0	1164
Średnio	1068	23	10	141	11	51	8	1326

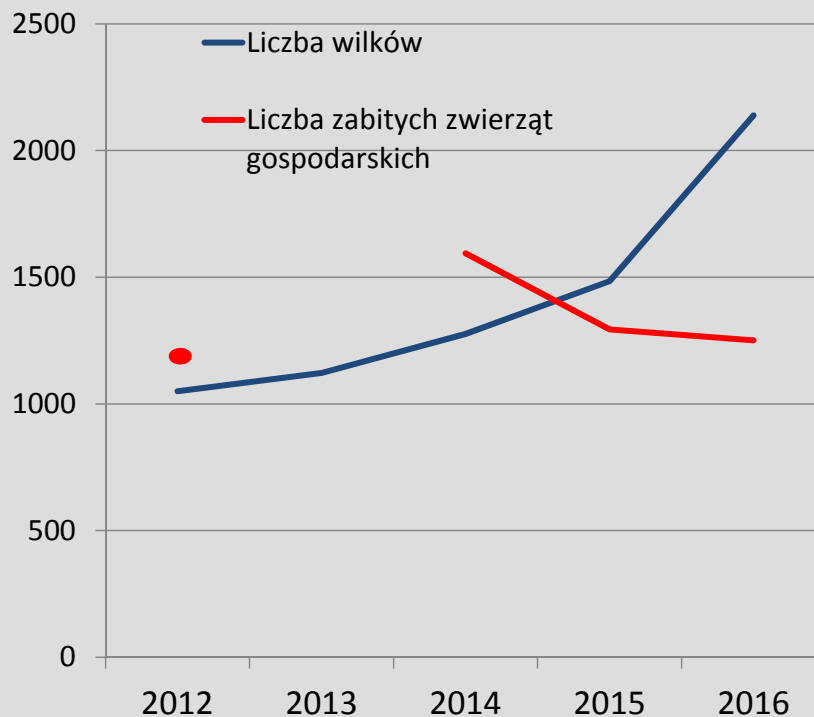
Średnio 1326 zwierząt gospodarskich na rok



Dane Generalnej Dyrekcji Ochrony Środowiska



Liczba wilków a liczba zwierząt gospodarskich zabite przez wilki w Polsce, 2012-2016



Dane Generalnej Dyrekcji Ochrony Środowiska



Gatunki zwierząt gospodarskich zabite przez wilki w zachodniej Polsce

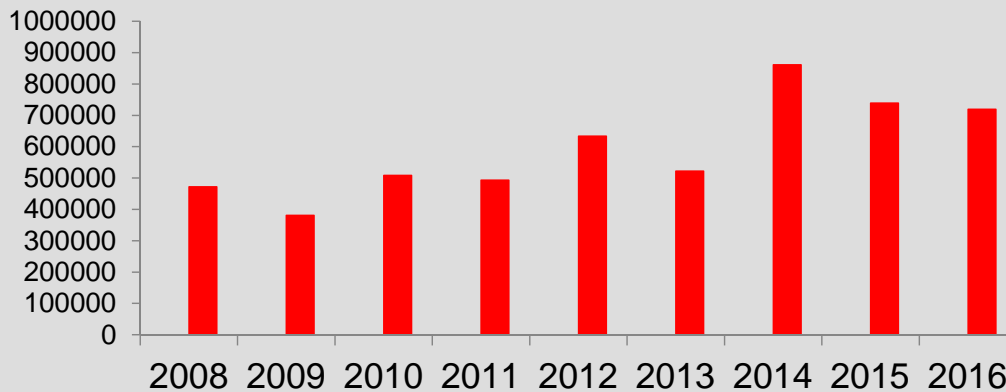
Szkody	Odszkodowania
2013: 57 danieli, 16 owiec, 1 koza, 1 jeleń	2058 €
2014: 27 danieli, 11 owiec, 1 krowa, 1 pies	6091 €
2015: 9 danieli, 2 krowy	8911 €
2016: 5 danieli, 26 owiec, 1 koza, 5 krów, 1 jeleń	8100 €



Dane Generalnej Dyrekcji Ochrony Środowiska



Odszkodowania wypłacone za szkody w inwentarzu spowodowane przez wilki w Polsce



2016 r.

- cała Polska - 719 tys. zł (171 tys. €)
- zachodnia Polska – 34 tys. zł (8,1 tys. €)
- średnio 640 tys. zł (152,4 tys. €) (2010-2016)

Dane Generalnej Dyrekcji Ochrony Środowiska



Odszkodowania wypłacone za szkody spowodowane przez zwierzęta chronione w Polsce

W 2016 r. wypłacono 18 mln 400 tys. PLN (4 300 000 €) za szkody powodowane przez gatunki chronione

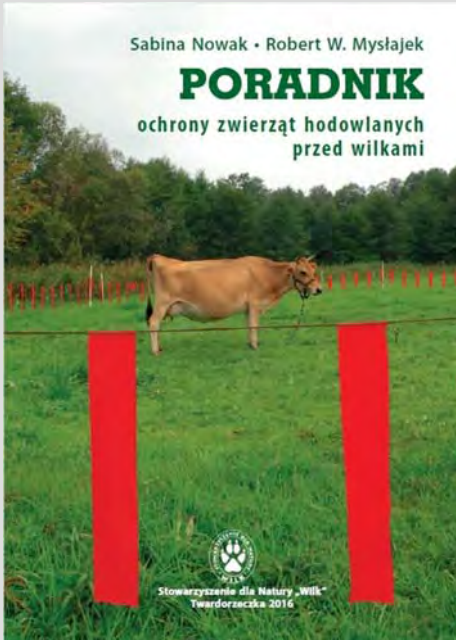
1. bóbr (*Castor fiber*) 94,5% (4 139 119 €)
2. wilk 3,9 % (171 000 €)
3. żubr (European bison) 0,9% (40 595 €)
4. niedźwiedź (*Ursus arctos*) 0,6%
5. ryś (*Lynx lynx*) 0,04%

Dane Generalnej Dyrekcji Ochrony Środowiska



Działania

Programy dla hodowców: poradniki, szkolenia, doradztwo, strony internetowe



Fot. R. Mysłajek



Działania

Przekazywanie hodowcom narzędzi zabezpieczających inwentarz: owczarki podhalańskie, pastuchy elektryczne, fladry (NGOs - SdN Wilk, WWF, RDOŚ, WFOŚ)



FOT. W. ŚMIETANA

Dziękuję za uwagę

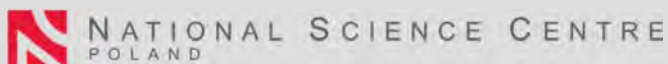


Acknowledgements

Association for Nature „Wolf” is supported by

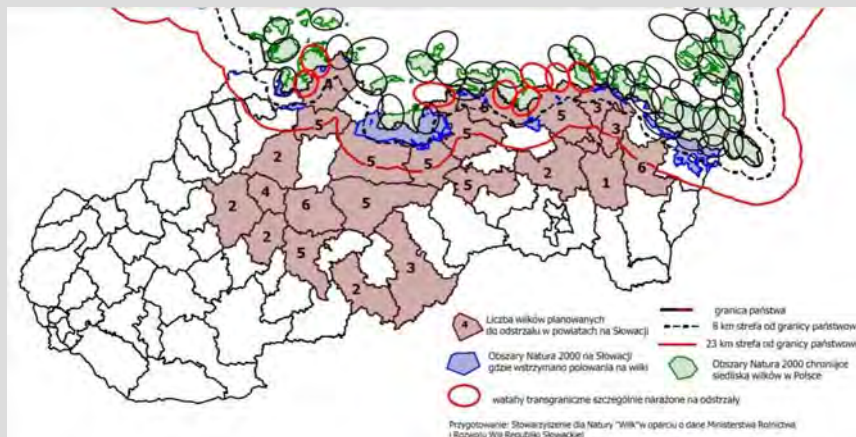


Wolf genetics group of the Institute of Genetics and Biotechnology,
Faculty of Biology University of Warsaw is supported by



Populacja Karpacka

- Na Słowacji były intensywne odstrzały wilków, średnio 150 wilków/rok
- Od 2013/14 limit odstrzałów zmniejszono do 80-90 wilków
- Utworzono strefę bez odstrzałów wzdłuż granicy Polsko-Słowackiej



Dyspersja wilków z Polski do zachodniej Europy w oparciu o analizy DNA





Dieta wilków w zachodniej Polsce

Udział ssaków kopytnych w diecie wilka w zachodniej Polsce w latach 2002-2009

(procent biomasy skonsumowanego pokarmu dla samych dzikich zwierząt kopytnych)

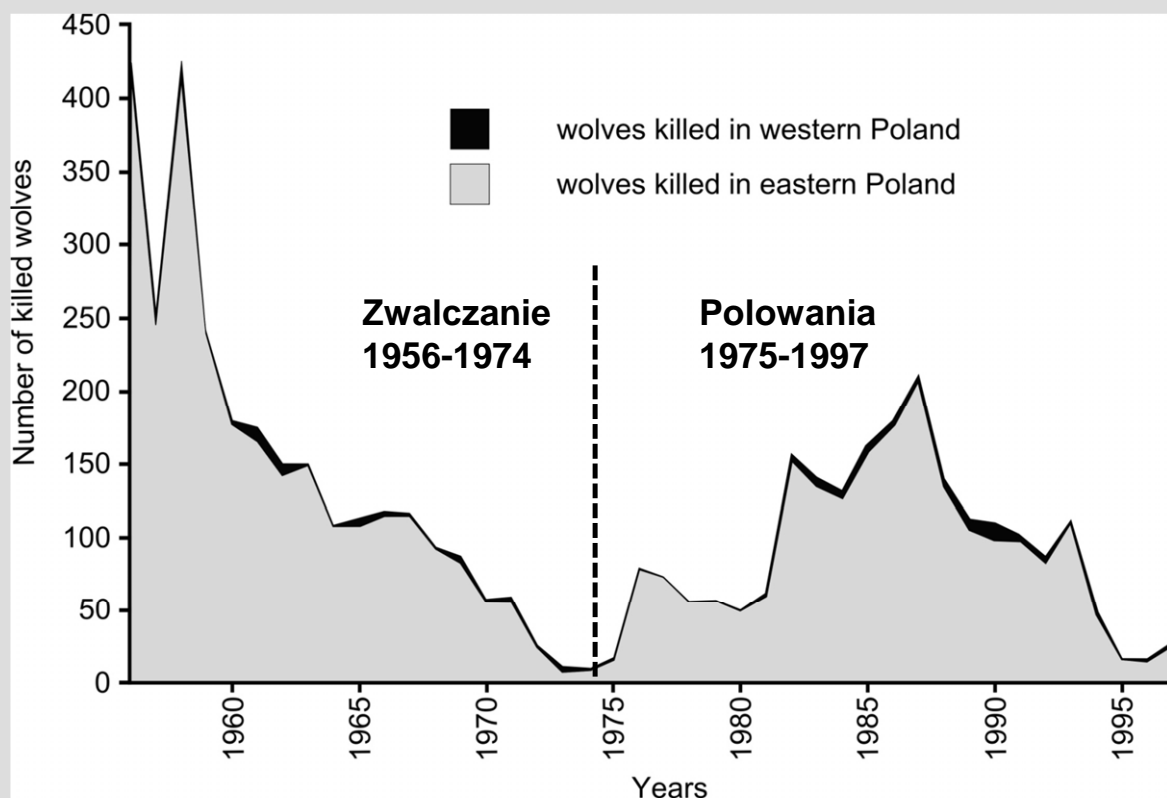
Kompleks leśny	Jeleń	Sarna	Daniel	Dzik
Puszcza Bydgoska (n = 81)	20,6	40,9	1,7	36,8
Lasy Wałeckie (n = 112)	26,4	50,0	0	23,6
Puszcza Rzepińska (n = 126)	22,7	28,1	7,4	42,1
Bory Dolnośląskie (n = 124)	17,5	57,7	2,2	22,6

Znaczący (i wzrastający) udział dzika w diecie wilków lasach gospodarczych (1 wilk zjada 20-40 dzików na rok)

Nowak et al. 2011. Mammal. Biol.



Antropogeniczna śmiertelność wilków w Polsce, w latach 1956-1997

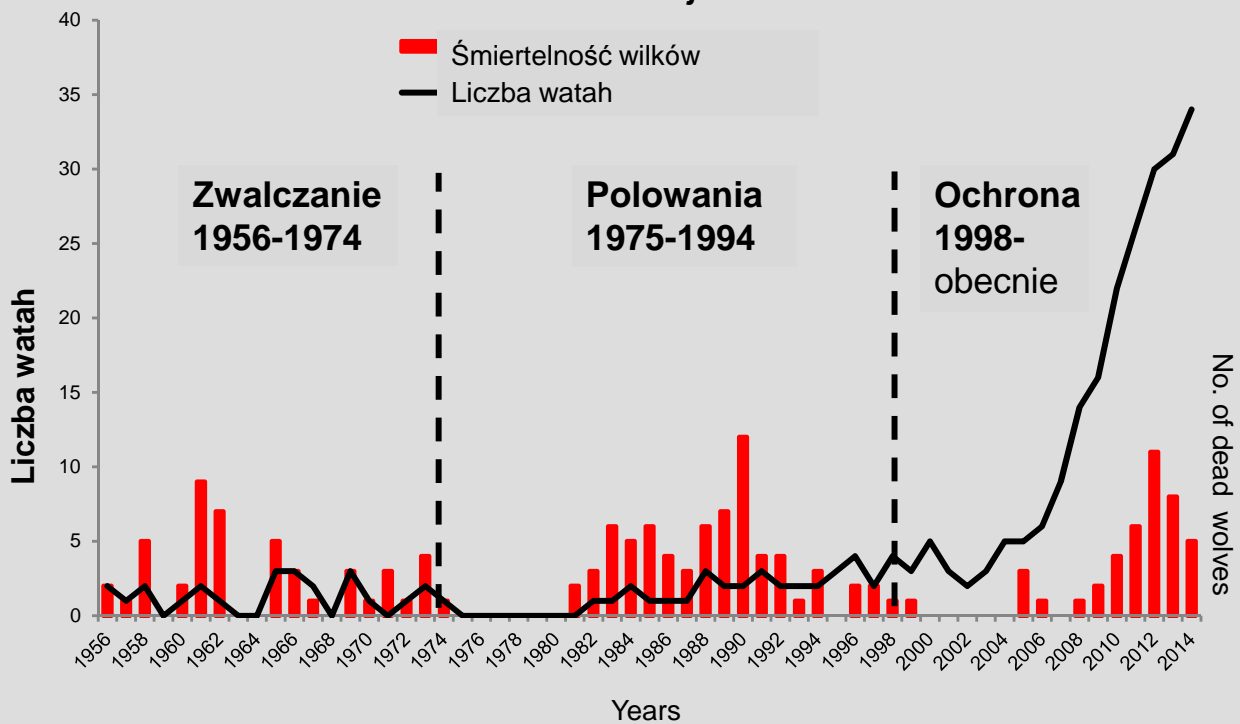


Nowak & Mysłajek 2017. Anim. Ecol. Environm. Res.



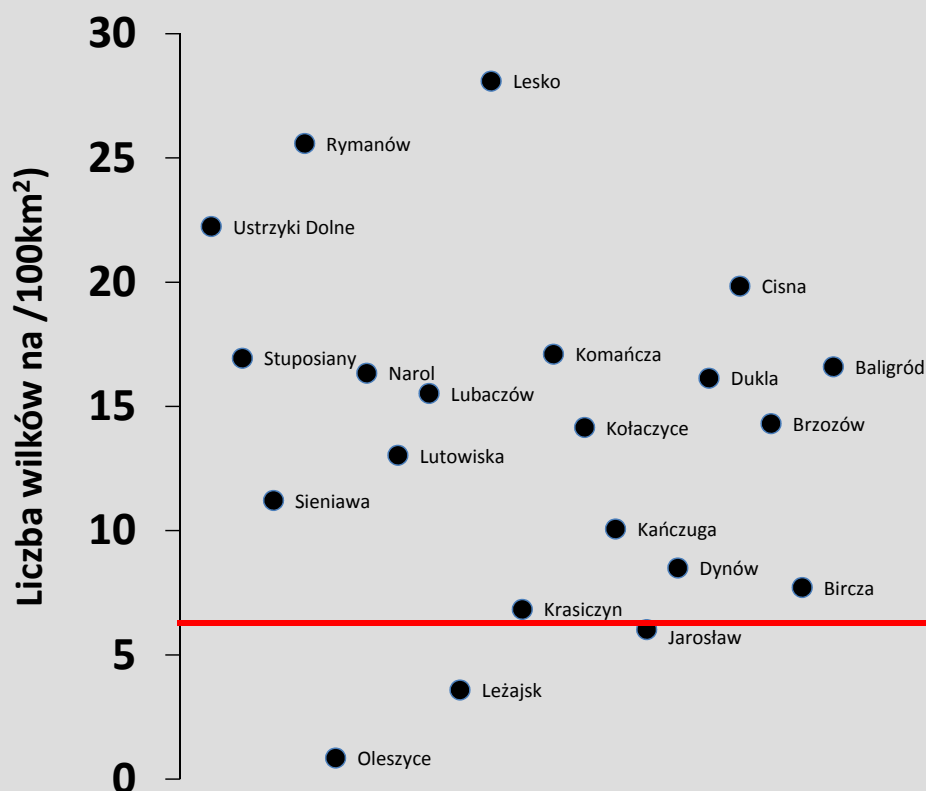
Wilki w zachodniej Polsce, 1956-2014

Populacja wilka w różnych systemach zarządzania w zachodniej Polsce



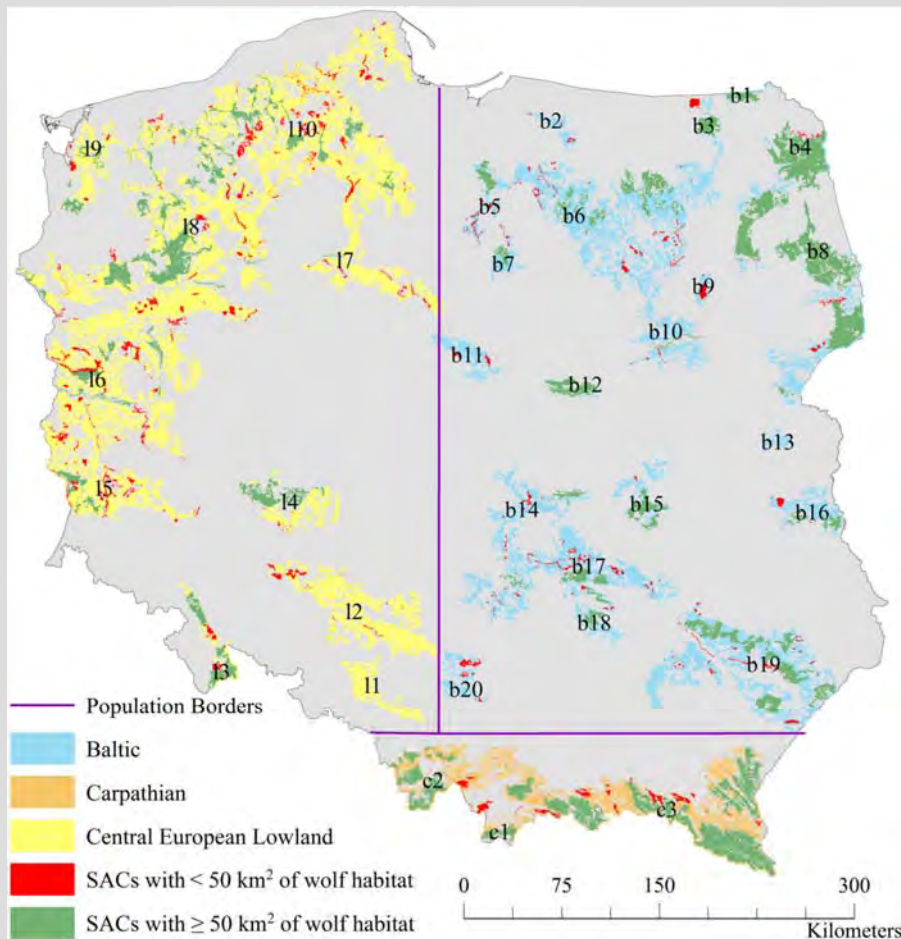
Nowak & Mysłajek 2017. Anim. Ecol. Environm. Res.

Przykład niewiarygodnych danych zbieranych przez RDLP w Krośnie
Zagęszczenia wilków oparte na szacunkach łowieckich wielokrotnie przewyższają najwyższe zagęszczenia (6 wilków/100km²) stwierdzone podczas badań naukowych we wschodnich Karpatach (czerwona linia)



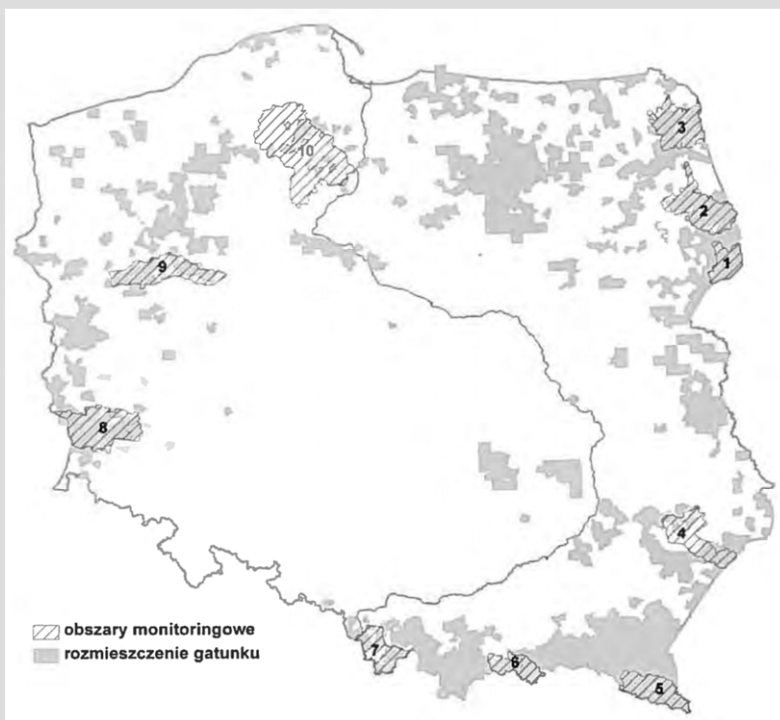


Obszary Natura 2000 chroniące wilki w Polsce



Diserens et al. (2017)
PLOS ONE

Liczenie wilków w wybranych lasach (reference areas) projekt Głównego Inspektoratu Ochrony Środowiska



GIOŚ, 2017

W 2017 rozpoczęła się inwentaryzacja wilków w 10 wybranych obszarach Natura 2000

Liczba wilków i zagęszczenie szacowane w oparciu o analizy genetyczne zebranych odchodów (80-100 próbek na obszar)



Standardy monitoringu w zachodniej Polsce

1 x C1	<input type="checkbox"/>
≥2 x C1	<input checked="" type="checkbox"/>
1 x C1 & ≥2 x C2	<input checked="" type="checkbox"/>
1 x C1 & ≥2 wolves confirmed in previous year	<input checked="" type="checkbox"/>
1 x C2 & ≥2 wolves confirmed in previous year	<input checked="" type="checkbox"/>
1 x C1 & reproduction confirmed in neighbouring cell	<input checked="" type="checkbox"/>
1 x C2 & reproduction confirmed in neighbouring cell	<input checked="" type="checkbox"/>
3 x C2	<input type="checkbox"/>
≥4 x C2	<input checked="" type="checkbox"/>
≥1 x C3	<input type="checkbox"/>

C1: stwierdzenia pewne, bez wątpliwości potwierdzające obecność wilka w danym miejscu (np. martwe lub odłowione osobniki, dobrej jakości zdjęcia/filmy wilków wraz z georeferencjami, lokalizacje wilków oznakowanych nadajnikami telemetrycznymi, DNA wilków wyekstrahowane z tkanek, odchodów, sierści, krwi, moczu).

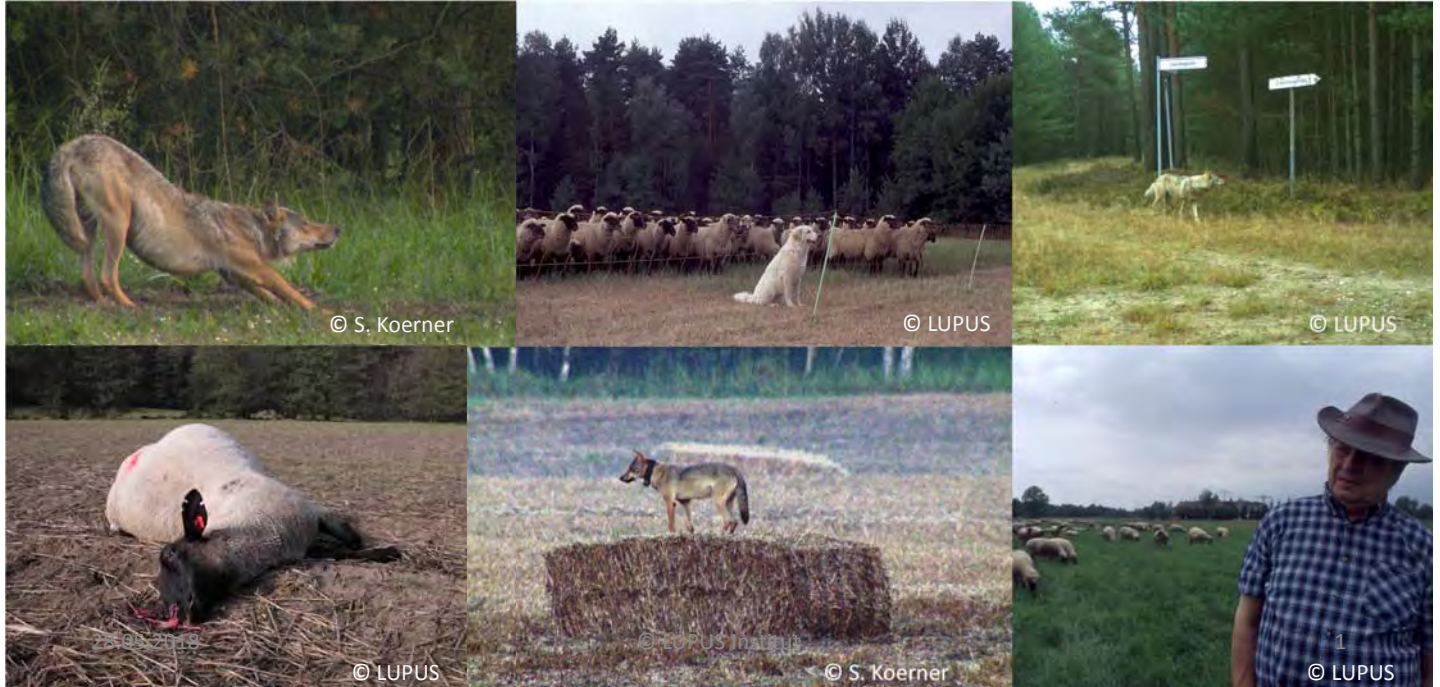
C2: stwierdzenia pośrednie, wykonane przez eksperta osobiście w terenie np. obserwacje wilków, tropy, znakowania, nory, ofiary wilków i inne ślady aktywności wilków w terenie. A także wszystkie ww. dane (bez obserwacji bezpośrednich) zweryfikowane przez eksperta w oparciu o dokumentację dostarczoną przez osoby trzecie.

C3: dane niepewne, dostarczone przez osoby trzecie, lecz niemożliwe do zweryfikowania przez eksperta (np. zbyt stare, niewyraźne, bardzo nieliczne, źle udokumentowane, bez wymiarów, bez georeferencji, itd.) w tym obserwacje bezpośrednie osób trzecich bez dokumentacji fotograficznej.

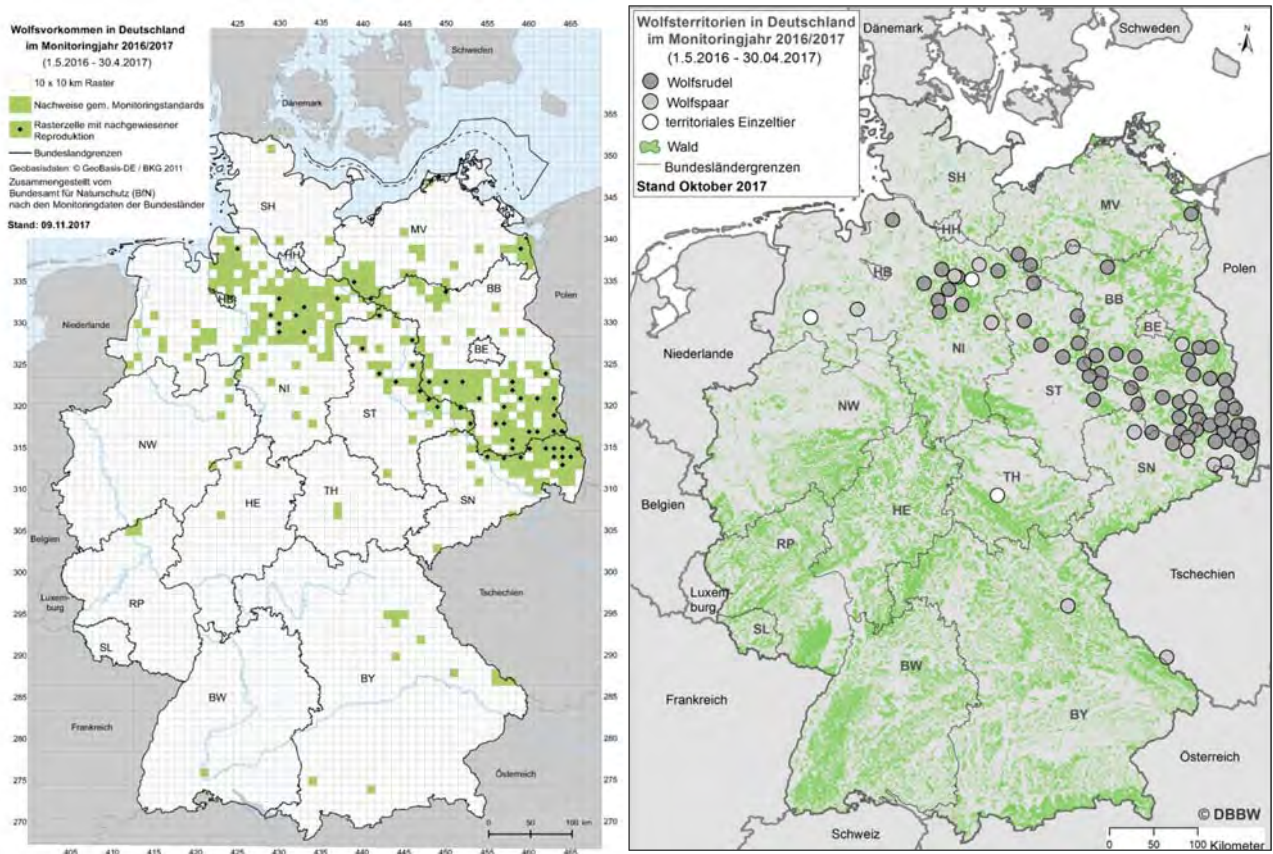


Leben mit dem Wolf in der Kulturlandschaft

Ilka Reinhardt



Der Wolf in Deutschland

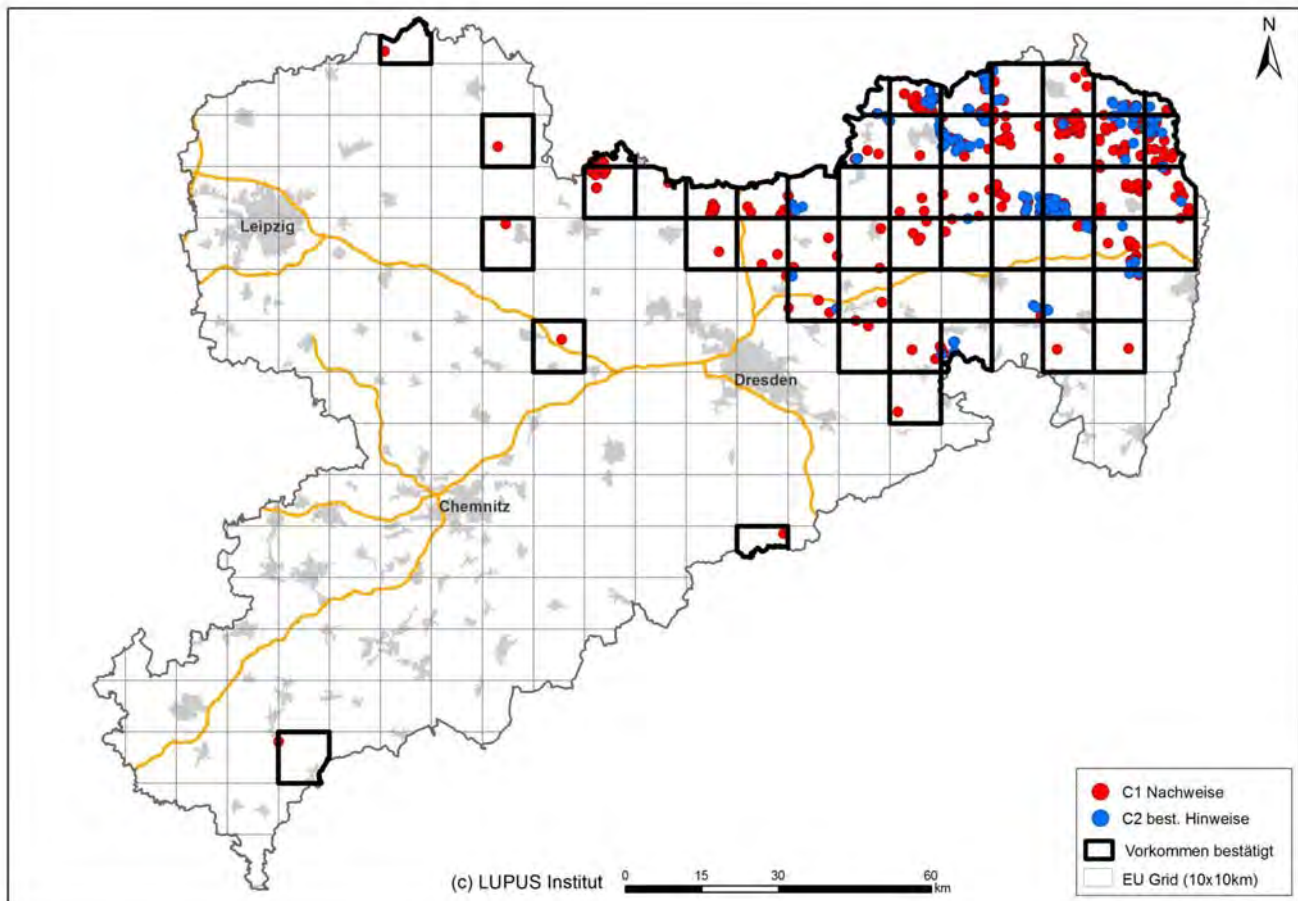


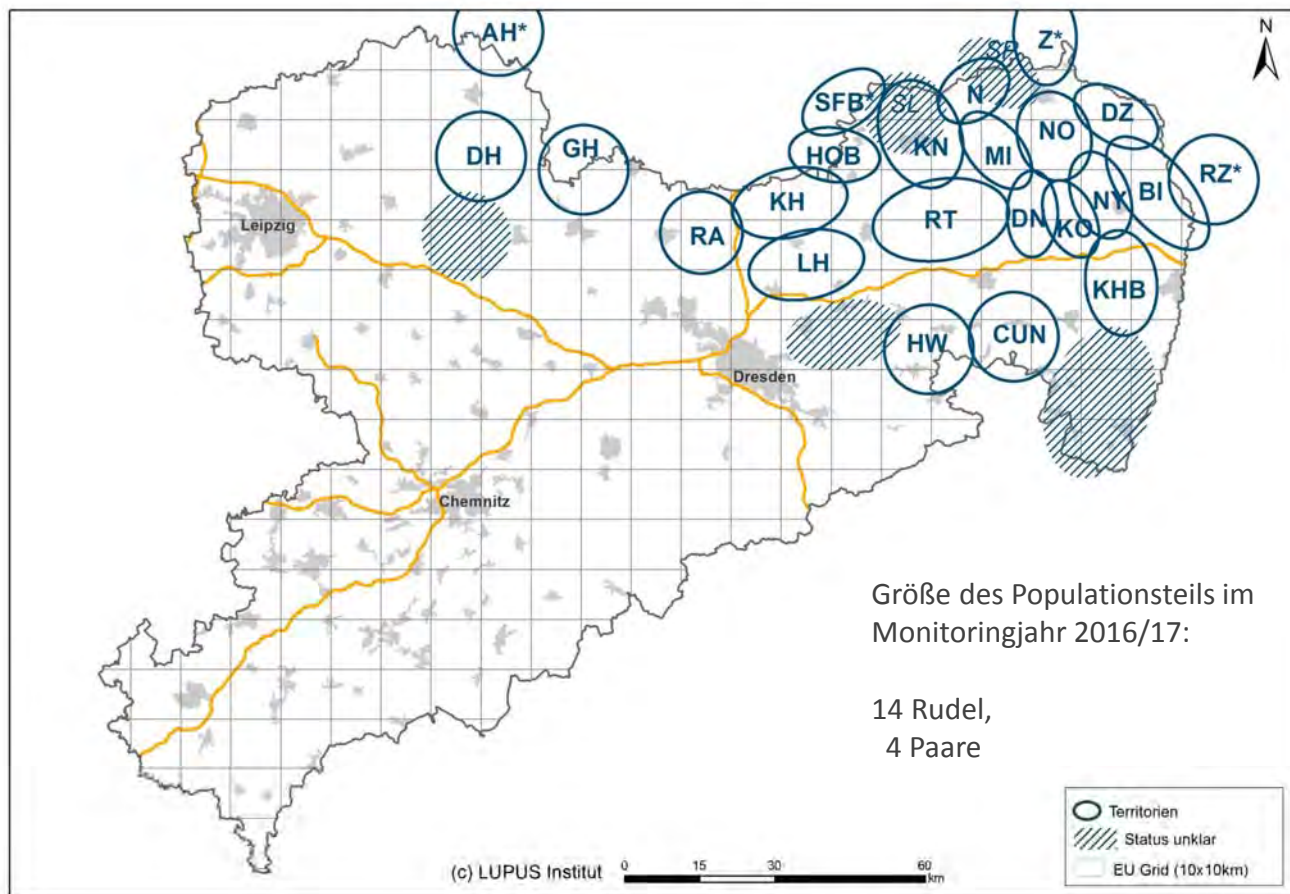
Wolfshinweise im Monitoringjahr 2016/2017

Hinweisart	C1	C2	C3	k.B.	FALSCH	Summe
Lebende Tiere	0					0
Totfunde	11		0	1	11	23
Fotofallenfotos/-videos	895		1061	4	6	1966
Trittsiegel und Spuren		8	56	11	8	83
Kot	92	174	335	2	15	618
Urin	46		24	0	5	75
Haare	10		18	2	1	31
Wildtierriss	0	0	10	39	6	55
Nutztierriss	18	0	10	16	32	76
Sichtungen	55		357	1	28	441
Heulen		0	16	0	0	16
Summe	1127	182	1887	76	112	3384

3464 Hinweise wurden archiviert und bewertet, zusammengefasst zu 3384 Ereignissen
(davon 81 aus dem Sächsischen Wildtiermonitoring)

Der Wolf in Sachsen

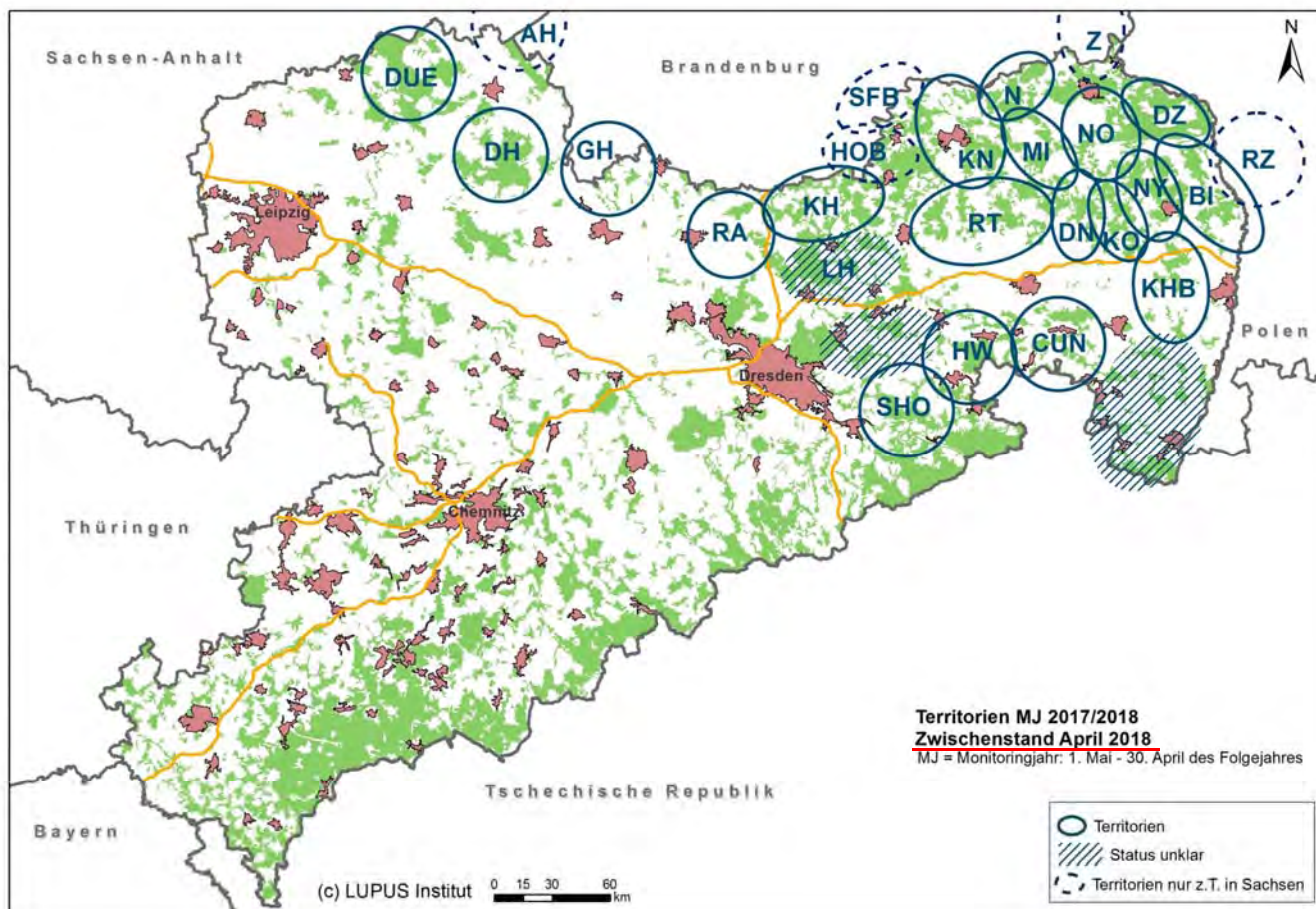




28.05.2018

© LUPUS Institut

5



28.05.2018

© LUPUS Institut

6



28.05.2018

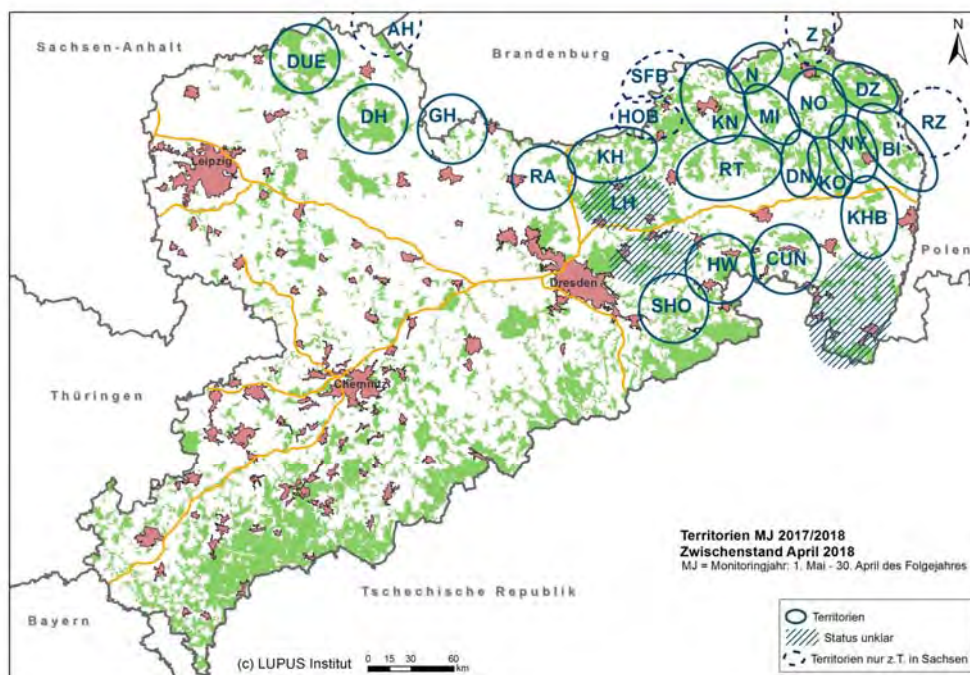
© LUPUS Institut

7

Biologie

Räumliche Organisation - Territorialität

- ❖ jede Wolfsfamilie (jedes Wolfspaar) bewohnt ein eigenes Territorium



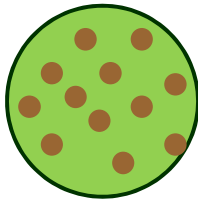
28.05.2018

© LUPUS Institut

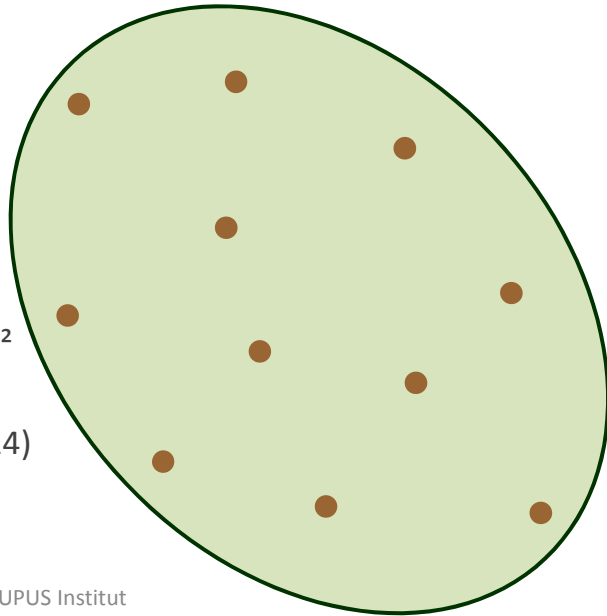
8

Räumliche Organisation - Territorialität

- ❖ die (Mindest)Größe des Territoriums wird durch die verfügbare Nahrung bestimmt
- viele Beutetiere = kleineres Territorium
wenige Beutetiere = größeres Territorium



- ❖ Territoriumsgröße: 80 – 2000 km²
- in der Lausitz 100 – 350km²
(Telemetriestudien 2009 bis 2014)



28.05.2018

© LUPUS Institut

9

Biologie

Der „Ottonormalwolf“ -

- ❖ lebt in einer Familie.
- ❖ Jede Familie bewohnt ein eigenes Territorium.
- ❖ Die Größe des Territoriums und damit die maximale Anzahl der Wölfe in einem Gebiet wird durch die verfügbare Nahrung bestimmt.
- ❖ Jungwölfe wandern im Alter von 1 – 2 (3) Jahren aus dem elterlichen Territorium ab.



© S. Koerner

28.05.2018

© LUPUS Institut

10

Der Wolf – das Ende der Weidewirtschaft?



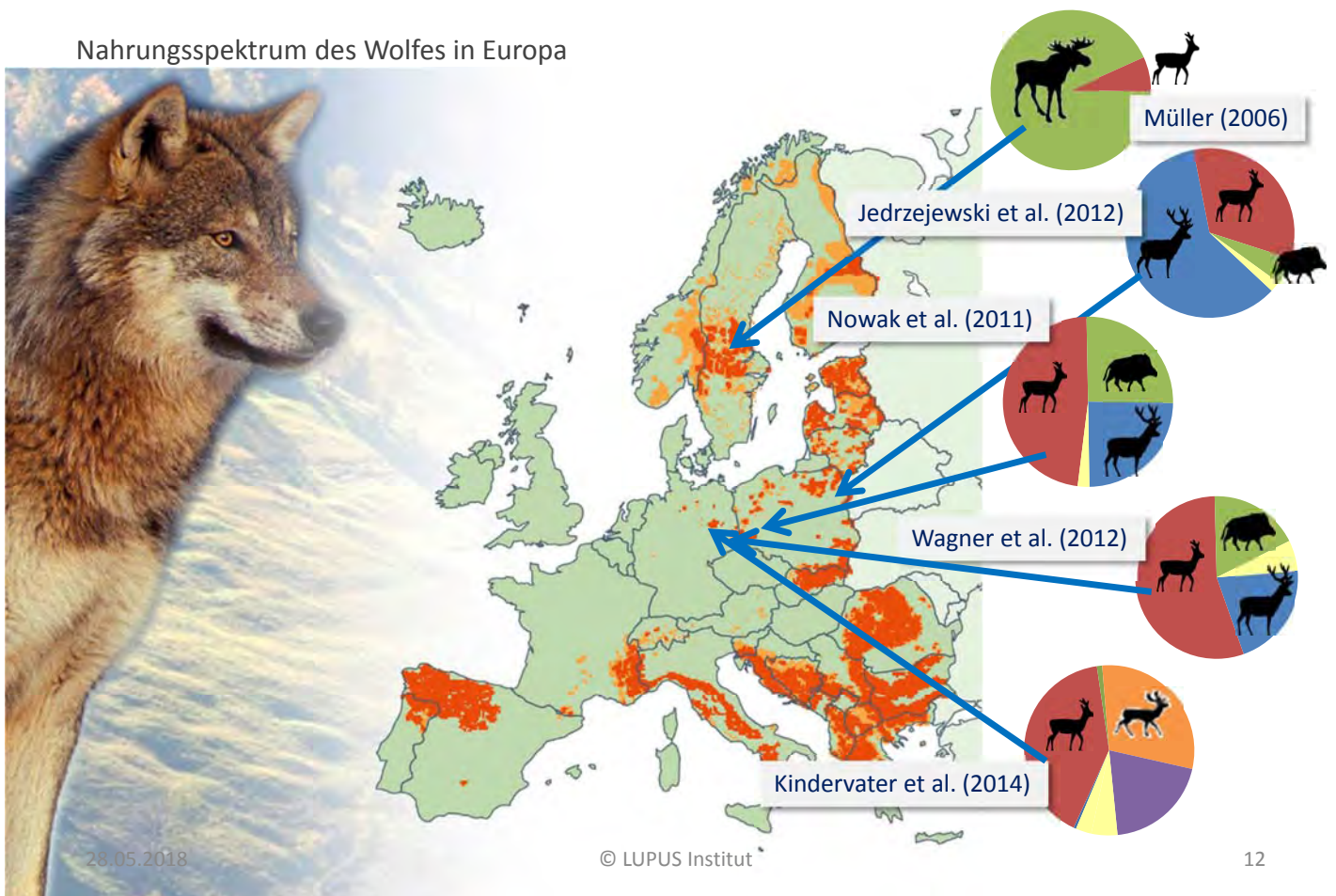
28.05.2018

© LUPUS Institut

11

Konfliktpotentiale und Lösungsansätze

Nahrungsspektrum des Wolfes in Europa



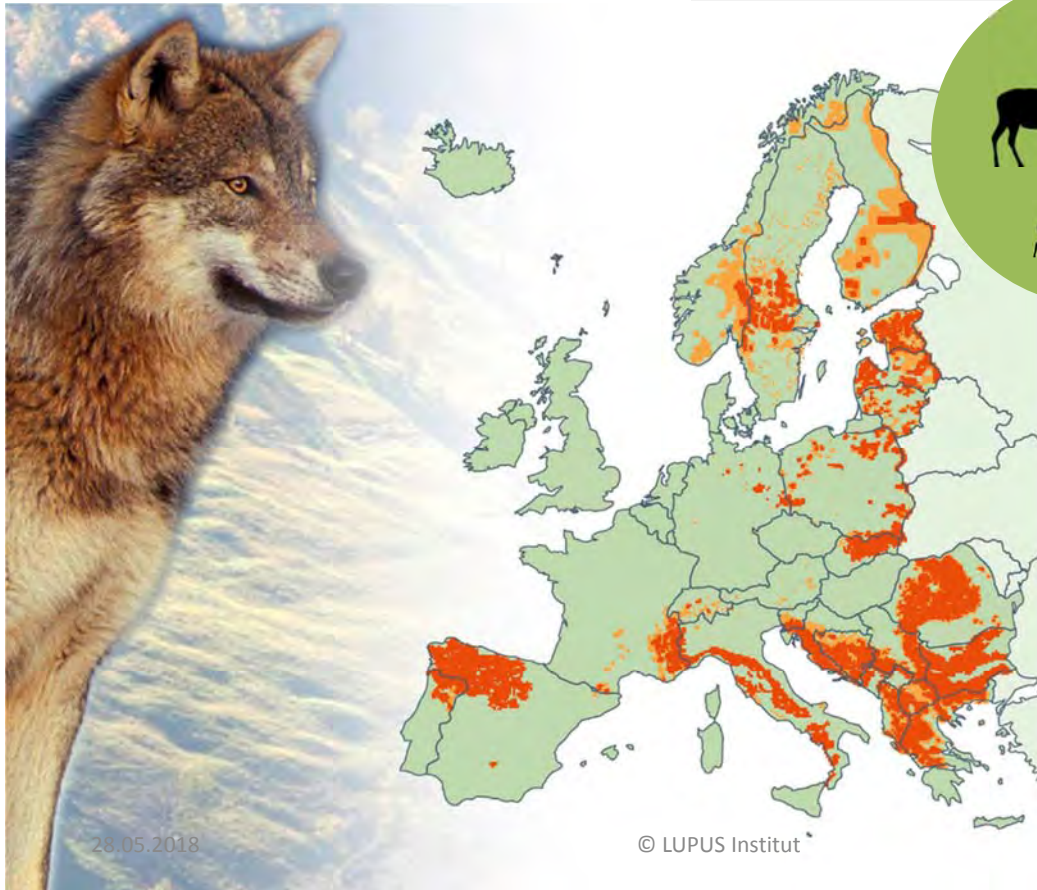
28.05.2018

© LUPUS Institut

12

Nahrungsspektrum des Wolfes in Europa

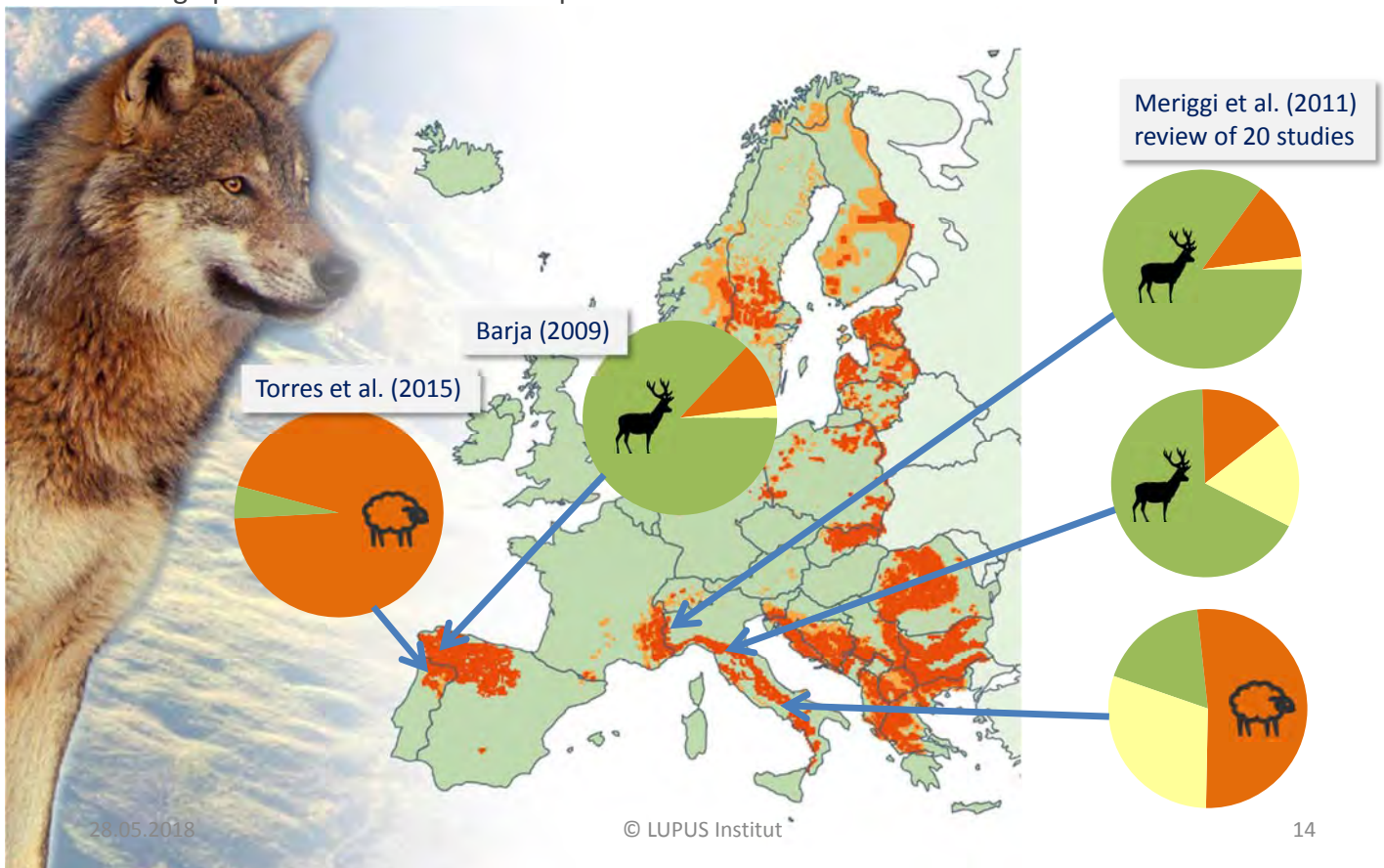
Nord/Mitteleuropa:
> 90% wilde Huftiere



13

Konfliktpotentiale und Lösungsansätze

Nahrungsspektrum des Wolfes in Europa



14



28.05.2018

© LUPUS Institut

15

Konfliktpotentiale und Lösungsansätze

Präventionsmaßnahmen möglichst frühzeitig im gesamten Vorkommensgebiet umsetzen.

- ❖ Wölfe können an nicht / nicht ausreichend geschützten Schafen / Ziegen lernen, dass diese Tiere eine leichte & lukrative Beute sind.
- ❖ Je häufiger ein Wolf Erfolg hatte, desto mehr wird er insistieren, um an Nutztiere zu kommen.
- ❖ Solche Individuen lernen nicht selten einfache Schutzmaßnahmen (z.B. 90cm Elektronetze) zu überwinden.
- ❖ empfohlene, zumutbare Schutzmaßnahmen werden nur selten überwunden.



28.05.2018

© LUPUS Institut

16

- ❖ Das Wissen, wie Nutztiere effektiv vor Wölfen geschützt werden können, ist vorhanden.
- ❖ In den meisten Bundesländern werden Herdenschutzmaßnahmen finanziell gefördert und im Schadensfall Ausgleichszahlungen geleistet.
- ❖ Allerdings ist nicht überall die Bereitschaft vorhanden, Herdenschutzmaßnahmen auch anzuwenden.



28.05.2018

© LUPUS Institut

17

Konfliktpotentiale und Lösungsansätze

Ziel: Konfliktminimierung.

Welche Methode ist geeignet, um dieses Ziel zu erreichen?

- ❖ Schäden an Nutztieren können durch geeignete Herdenschutzmaßnahmen minimiert werden.
- ❖ Bejagung ist kein Ersatz für Herdenschutz.
- ❖ In bejagten Populationen müssen Schafe ebenso geschützt werden, wie in unbejagten Populationen.
- ❖ Für den Tierhalter macht es keinen Unterschied, ob der Wolf im günstigen Erhaltungszustand ist oder nicht. Er muss seine Tiere so oder so schützen.



Foto: LUPUS



Foto: LUPUS



Foto: S. Koerner

28.05.2018

© LUPUS Institut

18



28.05.2018

© LUPUS Institut

19



28.05.2018

© LUPUS Institut

20



28.05.2018

© LUPUS Institut

21

Wölfe in der Kulturlandschaft

- ❖ Ein gewisses Maß an Habituation an menschliche Strukturen, Aktivitäten und Präsenz ist für Wildtiere in Europa überlebenswichtig.
- ❖ Die meisten Wölfe vermeiden das direkte Zusammentreffen mit Menschen, aber sie *können* unsere menschlichen Strukturen nicht komplett vermeiden.



28.05.2018

© LUPUS Institut

22

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



© LUPUS



Kosten von Herdenschutzmaßnahmen in der Schafhaltung

Dr. Jan Ole Schroers, KTBL e.V., Darmstadt

Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft des Sächsischen Landtags,
Dresden, am 15. Mai 2018

Zielsetzung des Projekts von



und



Auf Basis der

- Daten von 68 Praxisbetrieben in Wolfsgebieten werden
- Herdenschutzmaßnahmen beschrieben und
- zusätzliche Kosten des Herdenschutzes quantifiziert.



„... durch eine entsprechende gesetzliche Regelung Mehraufwendungen der Tierhalter für den **investiven** Herdenschutz und die **laufenden Kosten**... ... finanziell ausgeglichen werden.“
aus dem Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion des SLT

- Herdenschutzhunde
- Herdenschutzesel
- Herdenschutzzaun

Standardverfahren
im Herdenschutz

- Mobilstall auf der Weide
- Einstallen über Nacht
- Behirtung in der Nacht

„exotisch“ -
unter
betrieblichen
Bedingungen ggf.
sinnvoll



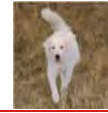
Kosten je Herdenschutzhund*



Bestandsergänzung	€/Hund-Jahr
Nachzucht	3000 € / 8 Jahre = 375
Betriebsmittelkosten	€/Hund-Jahr
Hundefutter	402
Tierarzt	390
Versicherung	100
Zubehör	150
	1.042
Lohnkosten	€/Hund-Jahr
Arbeitszeitbedarf	51,61
Lohnsatz	17,50
	903
Maschinenkosten	€/Hund-Jahr
Fixe Maschinenkosten	95
Variable Maschinenkosten	54
Gebäudekosten	€/Hund-Jahr
Winterquartier	59
	€/Hund-Jahr
Einzelkosten	2.528

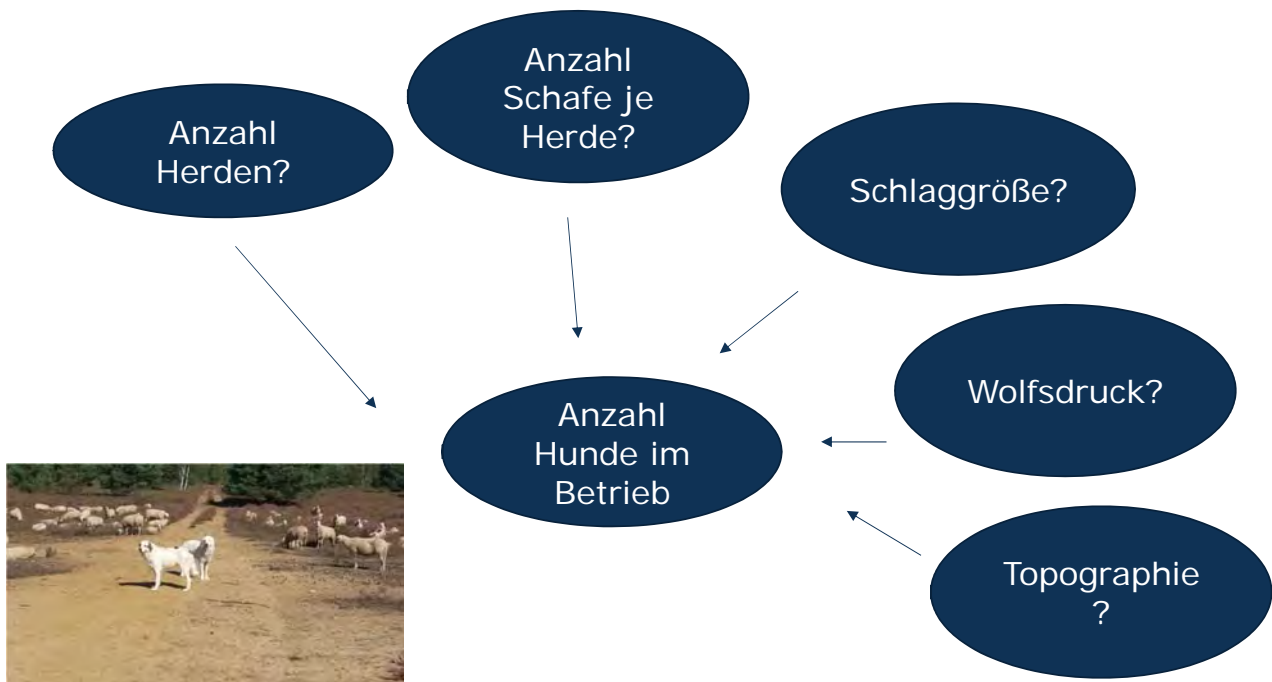
*Biotoyp Flussdeich / Koppelhaltung / 400 Mutterschafe im Betrieb

Anzahl der Herdenschutzhunde im Betrieb mit 400 Schafen?



KTBL

- je Herde 2 Herdenschutzhunde



Herdenschutzhunde*



KTBL

	€/Hund-Jahr
Kosten je Hund	2.528
	Hunde/ Betrieb
Anzahl Hunde	4
	€/Betrieb-Jahr
Kosten je Betrieb	10.112
	ha/a
Beweidete Fläche (Sommerweide)	63
	€/ha
Kosten je Hektar	161
	€/Mutterschaf
Kosten je Mutterschaf	25



*Biotoptyp Flussdeich / Koppelhaltung / 400 Mutterschafe im Betrieb

Herdenschutzhunde



Weidesystem, Biotoptyp	Herdenschutzhund	
	Einzelkostenfreie Leistung in €/ (ha · a)	Einzelkostenfreie Leistung in €/Schaf*Jahr
Koppel- /Umtriebsweide		
Streuobstwiese	-190	-25,19
Photovoltaikfläche	-188	-24,86
Feuchtwiese	-210	-25,73
Küstendeich	-481	-60,17
Flussdeich	-161	-25,28
Magerweide	-77	-25,52
Hütehaltung		
Streuobstwiese	-192	-25,45
Feuchtwiese	-210	-25,79
Flussdeich	-161	-25,36
Magerweide	-78	-25,86
Heide	-38	-25,24

Herdenschutzesel



Weidesystem, Biotoptyp	Herdenschutzesel	
	Einzelkostenfreie Leistung in €/ (ha · a)	Einzelkostenfreie Leistung in €/ (Schaf · a)
Koppel- /Umtriebsweide		
Streuobstwiese	-182	-24,10
Photovoltaikfläche	-179	-23,71
Feuchtwiese	-191	-23,43
Küstendeich	-430	-53,74
Flussdeich	-154	-24,32
Magerweide	-74	-24,65
Hütehaltung		
Streuobstwiese	-184	-24,33
Feuchtwiese	-192	-23,48
Flussdeich	-155	-24,38
Magerweide	-75	-24,97
Heide	-36	-24,09

Herdenschutzzäune – zusätzliche Kosten der Zaunabsicherung



<http://www.naturnetz.ch/de/projekte/2016/herdenschutzzaun-alp-lirec/>

<https://alff.sachsen-anhalt.de/alff-anhalt/landwirtschaft/tierzucht-und-landespruefdienst/>

Was ist die Referenz / der Standard? Was ist Mindestschutz?

Materialkosten Herdenschutzzaun



Material	Einheit	Höhe des Zauns in cm		Kostendifferenz
		90	120	
		Art des Zauns		
		Referenzzaun	Herdenschutz- zaun	
Netz	€/m	1,72	1,97	0,25
Breitbandlitze	€/m	0	0,12	0,12
Erdlitze mit Zusatzstäben	€/m	0	0,25	0,25
Summe	€/m	1,72	2,34	0,62
Nutzungsdauer	Jahre			3
Materialkosten	€/(m · a)			0,21

Lohnkosten Herdenschutzzaun



KTBL

Arbeitsgang	Intervall	Arbeitszeitbedarf		
		AKmin je Vorgang	AKmin je Hof-Feld-Entfernung in km	AKmin je Feldstücks-umfang in km
Zusätzliche (Boden-)Litze spannen	1-mal je Beweidung	5	0	120
Breitbandlitze anbringen	1-mal je Beweidung	0	0	80
Zusätzlich Spannung kontrollieren/Vegetation entfernen	je Woche	0	2	100

ca. 5 **zusätzliche** Arbeitskraftstunden je Kilometer Zaun stellen für die **Absicherung** des Zauns

Herdenschutzzaun



KTBL

Weidesystem, Biototyp	Herdenschutzzaun	
	Einzelkostenfreie Leistung in €/ (ha · a)	Einzelkostenfreie Leistung in €/ (Schaf · a)
Koppel-/Umtriebsweide		
Streuobstwiese	-134	-17,80
Photovoltaikfläche	-127	-16,89
Feuchtwiese	-170	-20,78
Küstendeich	-362	-45,27
Flussdeich	-434	-68,38
Magerweide	-58	-19,19
Hütehaltung		
Streuobstwiese	-93	-12,31
Feuchtwiese	-123	-15,06
Flussdeich	-72	-11,4
Magerweide	-39	-13,11
Heide	-16	-10,46

Herdenschutzzaun



KTBL

Weidesystem, Biotoptyp	Herdenschutzzaun	
	Einzelkostenfreie Leistung in €/(ha · a)	Einzelkostenfreie Leistung in €/(Schaf · a)
Koppel-/Umtriebsweide		
Streuwiese	-134	-17,80
Phosphorwiese	-127	-16,89
Feuchtwiese	-170	-20,78
Küstenderich	-362	-45,27
Flussdeich	-434	-68,38
Magerweide	-58	-19,19
Hütehaltung		
Streuobstwiese	-93	-12,31
Feuchtwiese	-123	-15,06
Flussdeich	-72	-11,4
Magerweide	-39	-13,11
Heide	-16	-10,46

Davon 370 €/ha Lohnkosten
bei 2-maliger Beweidung

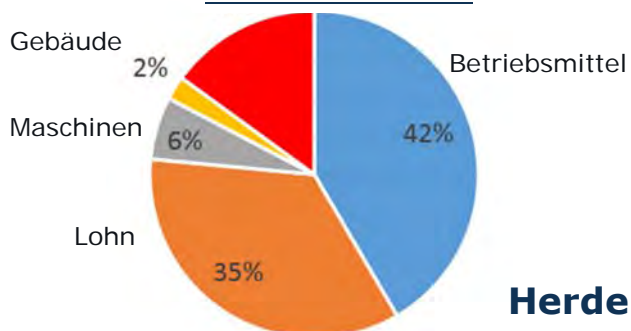
Aufteilung der Kosten

KTBL



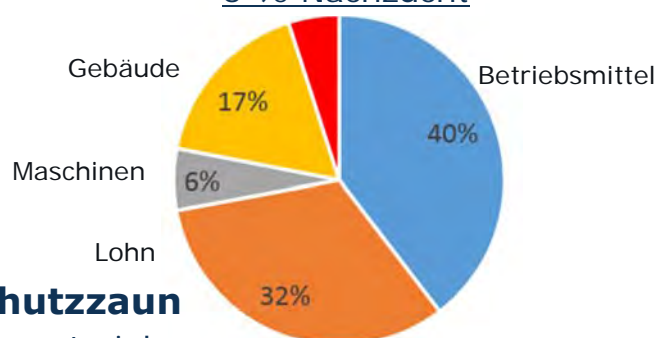
Herdenschutzhund

15 % Nachzucht



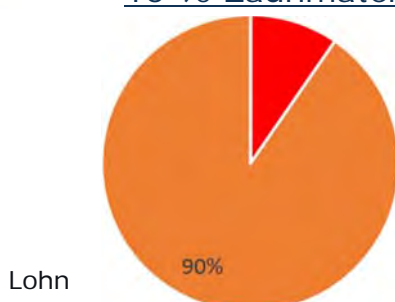
Herdenschutzesel

5 % Nachzucht



Herdenschutzzaun

10 % Zaunmaterial



- Zusätzliche Kosten und Arbeitszeitbelastung durch Herdenschutzmaßnahmen
- Ca. $\frac{3}{4}$ der Kosten der Herdenschutzmaßnahmen sind Betriebsmittel und Lohnkosten = „laufende“ Kosten
- Investive Förderung (Hund, Esel, Zaun) kann maximal 5 – 20 % der Kosten decken



Online-Veröffentlichung unter

<https://www.ktbl.de/inhalte/themen/tierhaltung/tierart/weitere/kleine-wiederkaeuer/herdenschutzmassnahmen0/>

j.schroers@ktbl.de Telefon 06151 7001-162



Kosten von Herdenschutzmaßnahmen in der Schafhaltung

Die Verbreitung des Wolfes in Deutschland kann zusätzliche Kosten für die Schafhalter verursachen. Es gilt: Um die Herde gegen Wölfe zu schützen, müssen Präventivmaßnahmen eingesetzt werden.

Für die Maßnahmen

- [Herdenschutzhunde \(Link Seite 7\),](#)
- [Herdenschutzesel \(Link Seite 12\),](#)
- [Herdenschutzzaun \(Link Seite 17\),](#)
- [Mobilstall auf der Weide \(Link Seite 21\),](#)
- [nächtliche Stallhaltung auf dem Hof \(Link Seite 20\) und](#)
- [nächtliche Behirtung \(Link Seite 24\)](#)

hat der Autor Standardkostensätze für Modellbetriebe berechnet.

Grundlage der Kalkulationen und Verfahrensbeschreibungen sind Modellbetriebe des KTBL sowie Daten, die auf Praxisbetrieben mit langjähriger Erfahrung im Herdenschutz erhoben wurden.

1 Einleitung

Mit der zunehmenden Verbreitung der Wölfe in Deutschland steigt die Gefahr von Übergriffen auf weidende Schafherden. Zum Schutz der Schafe werden in der Praxis Herdenschutzzäune errichtet, Herdenschutzhunde gehalten oder Herdenschutzesel angeschafft. Zudem werden weitere Maßnahmen diskutiert, die nur unter bestimmten Bedingungen (Standort, vertretbare Kosten) durchführbar sind. Zu diesen Maßnahmen zählen die nächtliche Stallhaltung am Hof oder in einem Mobilstall auf der Weide sowie die Behirtung in der Nacht.

In Zusammenarbeit mit der Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände e. V. (VDL) wurden im Frühjahr 2017 Schafhalter nach ihren Erfahrungen mit den 6 oben genannten Herdenschutzmaßnahmen befragt. Auf Grundlage der Befragung wurden in dieser Studie die Kosten der genannten Maßnahmen kalkuliert, aber keine Bewertung der Maßnahmenwirksamkeit vorgenommen.

Die Ergebnisse können Schafhaltern helfen, jene Maßnahmen auszuwählen, die für ihre Herden am besten geeignet sind. Darüber hinaus liefern die Zahlen eine neutrale Datenbasis bei der Vergütung der Landschaftspflege oder Förderung aus öffentlicher Hand von präventiven Maßnahmen.

2 Datengrundlage und Vorgehensweise

Zur Kalkulation der Kosten ist eine exakte Beschreibung der mit den Maßnahmen verbundenen Arbeitsgängen und der Materialeinsatz notwendig.

Grundlage der Verfahrensdefinition sind Erhebungen durch die VDL-Landesverbände auf 66 Praxisbetrieben, die Erfahrung mit einer oder mehreren der oben genannten Maßnahmen des Herdenschutzes haben. Die Betriebe wirtschaften in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Die aus der Befragung gewonnenen Verfahrensbeschreibungen dienen als Grundlage für die sechs in der Studie beschriebenen Standardverfahren des Herdenschutzes. Diese definierten Standardverfahren wurden auf 11 Modellbetriebe des KTBL angewendet und die sich daraus ergebenden biotop- und standortspezifischen Kosten berechnet. Die biotopspezifischen Modellbetriebe und Verfahren der Landschaftspflege mit Schafen sind in der KTBL-Datensammlung „Landschaftspflege mit Schafen“ (KTBL 2014) beschrieben und berechnet.



Die Kosten der einzelnen Maßnahmen enthalten alle Arbeitsgänge und Kostenpositionen, die **zusätzlich** zur regulären Schafhaltung ohne gesonderte Herdenschutzmaßnahmen anfallen.

Die mit den Maßnahmen verbundenen Kosten setzen sich aus folgenden Kostengruppen zusammen, wobei nicht alle Maßnahmen Kosten aus allen genannten Kostengruppen enthalten müssen:

- Direktkosten für eingesetzte Betriebsmittel und zugekaufte Dienstleistungen (Tierarzt, Beiträge und Gebühren)
- Arbeitserledigungskosten (Lohnkosten, variable und fixe Maschinenkosten)
- Gebäudekosten
- Zaunkosten

Die Summe der Kosten entspricht den Einzelkosten der Maßnahme. Einzelkosten sind alle der Maßnahme direkt zurechenbaren Kosten.

Um die kombinierte Kalkulation der Verfahren der Landschaftspflege mit Schafen zu erleichtern, wird für alle Maßnahmen des Herdenschutzes analog zu den Verfahren der Landschaftspflege die Einzelkostenfreie Leistung der Maßnahmen ausgewiesen. Die monetäre Leistung der Maßnahme abzüglich der Einzelkosten ergibt die Einzelkostenfreie Leistung der Maßnahme.

Beispiel:

Werden je Hektar Leistungen in Höhe von 900 €/ha erzeugt und die Einzelkosten betragen 500 €/ha ergibt sich eine Einzelkostenfreie Leistung von 400 €/ha.

Beim Herdenschutz beträgt die monetäre Leistung 0 €, da hier keine Produkte erzeugt werden, die am Markt verkauft werden.

Beispiel:

Werden im Herdenschutz je Hektar Leistungen in Höhe von 0 €/ha erzeugt und die Einzelkosten betragen 400 €/ha ergibt sich eine Einzelkostenfreie Leistung von -400 €/ha.

Die Einzelkosten werden jeweils für die spezifischen Haltungsabschnitte Sommerweideperiode, Winterweideperiode und Stallhaltungsperiode kalkuliert und daraus die Jahreskosten abgeleitet. Insbesondere bei den tiergebundenen Maßnahmen des Herdenschutzes ist dies notwendig, da für die Haltung der Herdenschutzhunde und -esel auch außerhalb der Weideperiode Kosten anfallen, die auf den Hektar Futterfläche des Betriebs umgerechnet werden müssen.

Die Kosten der Maßnahmen werden dementsprechend je Betrieb oder je Hektar betrieblicher Weidefutterfläche (beweidete Fläche während der Sommerweideperiode) ausgewiesen.

Die Arbeitskraftstunde (AKh) der Schäfer wird mit einem Lohnsatz von 17, 50 € je Arbeitskraftstunde bewertet. In der Herdenschutzmaßnahme „Behirtung“ wird die Arbeitskraftstunde einer Aushilfskraft für die nächtliche Behirtung mit 9,10 € je Arbeitskraftstunde bewertet.

Bestehende länderspezifische Fördermaßnahmen werden nicht berücksichtigt. In den Szenarien werden keine Betriebsprämien, Extensivierungsprämien, Landschaftspflegevergütungen und Investitionszuschüsse für Zäune und Hunde berücksichtigt. Zahlungen und Prämien aus bestehenden Förderprogrammen müssen ggf. zu der Einzelkostenfreien Leistung addiert werden.



3 Untersuchungsgegenstand: Betriebe und Biotope

Die Kalkulationen sind inhaltlich (Betriebe, Biotope, Verfahren) und methodisch kompatibel mit den Angaben (Tab. 1) in der KTBL-Datensammlung „Landschaftspflege mit Schafen“ (KTBL 2014).

Es wird eine einheitliche Betriebsgröße von 400 Mutterschafen angenommen.

Aus dem Ertrag des Biotops und dem Futterbedarf leitet sich die während der Sommerweideperiode beweidete Fläche ab. Die Kosten des Herdenschutzes werden auf die während der Sommerweideperiode beweideten Flächen umgerechnet. Hintergrund hierzu ist die Annahme, dass die Beweidung während der Winterweideperiode auf betriebsfremden Flächen stattfindet, die daher nicht betriebsbezogen gefördert werden können.

Tab. 1: Biotope, Weidesysteme, Hof-Feld-Entfernungen, Schlaggrößen und Dauer der Produktionsabschnitte

Weidesystem, Biotoptyp	Produktionsabschnitt	Weideverfahren	Dauer des Produktionsabschnitts d	Hof-Feld-Entfernung km	Schlaggröße ha
Sommerweide: Koppelhaltung					
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide	200	2	2
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4
Photovoltaikfläche	Sommerweidehaltung	Umtriebsweide mit stationärem Zaun, Transport zur Weide	200	5	10
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4
Feuchtwiese	Sommerweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide	200	3	5
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	105	5	4
Küstendeich	Sommerweidehaltung	Standweide mit stationärem Zaun, Transport zur Weide	200	2	10
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	105	10	4
Flussdeich	Sommerweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide	200	5	5
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4
Magerweide	Sommerweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide	200	3	2
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4
Sommerweide: Hütelhaltung					
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	Hütelhaltung mit Nachtpferch	200	2	2
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4
Feuchtwiese	Sommerweidehaltung	Hütelhaltung mit Nachtpferch	200	3	5
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	105	5	4
Flussdeich	Sommerweidehaltung	Hütelhaltung mit Nachtpferch	200	5	5
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4
Magerweide	Sommerweidehaltung	Hütelhaltung mit Nachtpferch	200	3	2
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4
Heide	Sommerweidehaltung	Hütelhaltung mit Nachtpferch	200	3	5
	Winterweidehaltung	Umtriebsweide mit Mobilzaun, Transport zur Weide, Winterweide	75	5	4

d = Tag



3.1 Sommerweideperiode

Futterflächenbedarf im Haltungsabschnitt Sommerweide

Der Futterbedarf während der Sommerweideperiode ergibt sich aus der Anzahl Mutterschafe, der täglichen Trockenmasseaufnahme und der Dauer des Haltungsabschnitts. Der Futterbedarf für das Biotop „Streuobstwiese“ liegt bei

$$400 \text{ Mutterschafe} \cdot 0,002 \text{ t TM/d} \cdot 200 \text{ d} = 160 \text{ t Trockenmasse}$$

Geteilt durch den Trockenmasse-Ertrag von 3 t/ha ergibt sich während der Sommerperiode ein Futterflächenbedarf von 53 ha (Tab. 2).

Tab. 2: Futterflächenbedarf und Beschreibung der biotopspezifischen Modellbetriebe mit 400 Mutterschafen je Betrieb und einer Sommerweideperiode von 200 Tagen

Weidesystem, Biotoptyp	Rasse	Anzahl Mutter- schafe je Betrieb	Trockenmasse- aufnahme t TM/(Schaf · d)	Dauer HA d/a	Ertrag t TM/HA	Weidefutterfläche des Betriebs ha
Koppel-/Umtriebsweide						
Streuobstwiese	Landschaf	400	0,0020	200	3,00	53
Photovoltaikfläche	Landschaf		0,0020		3,00	53
Feuchtwiese	Fleischschaf		0,0022		3,60	49
Küstendeich	Fleischschaf		0,0022		3,52	50
Flussdeich	Fleischschaf		0,0022		2,80	63
Magerweide	Landschaf		0,0020		1,20	133
Hütehaltung						
Streuobstwiese	Landschaf	400	0,0020	200	3,00	53
Feuchtwiese	Fleischschaf		0,0022		3,60	49
Flussdeich	Fleischschaf		0,0022		2,80	63
Magerweide	Landschaf		0,0020		1,20	133
Heide	Kleinrahmiges Landschaf		0,0014		0,42	267

HA = Haltungsabschnitt; TM = Trockenmasse; d = Tag

Der Futterflächenbedarf während der Sommerweideperiode ist für die Ableitung von flächenbezogenen Zahlungen essenziell, da die Jahreskosten der Maßnahme im Betrieb auf die betrieblichen Futterflächen während der Sommerweideperiode umgerechnet werden.

Anzahl Beweidungen und Herden im Haltungsabschnitt Sommerweide

Für die Kalkulation des Arbeitszeitbedarfs und der Arbeitserledigungskosten der Herdenschutzmaßnahmen ist die Anzahl der Beweidungen und der damit verbundenen Standortwechsel relevant.

Eine Beweidung wird durch einen Standortwechsel begonnen und beendet. Die Anzahl der erforderlichen Beweidungen je Schlag sind für alle Biotope vorgegeben.

Die Anzahl der Beweidungen im Betrieb während eines Haltungsabschnitts ergeben sich aus der Besatzdichte, dem Ertrag und der Schlaggröße.

Bei einer Schlaggröße von 2 ha ergeben sich bei einem Futterflächenbedarf von 53 ha rund 26 Flächen (= Schläge), die im Haltungsabschnitt beweidet werden. Je Fläche sollen im Haltungsabschnitt zwei Beweidungen durchgeführt werden. Das bedeutet, dass 52-mal die Fläche gewechselt wird. Dies entspricht der Anzahl der Beweidungen im Betrieb je Haltungsabschnitt.



Durch die Besatzdichte von 100 Schafen je Hektar und einer Schlaggröße von 2 ha ergibt sich eine Herdengröße von 200 Schafen. Die Anzahl der Herden je Betrieb und Haltungsabschnitt ergibt sich aus dem Bestand je Betrieb geteilt durch die Herdengröße (Tab. 3).

Tab. 3: Anzahl der Beweidungen und Herden in der Sommerweideperiode

Weidesystem, Biotoptyp	Weidefutter- fläche	Schlag- größe	Futter- flächen	Beweidungen		Besatz- dichte	Herden- größe	Anzahl Herden im HA
	ha	ha	beweidete Schläge/HA	Anzahl/ (Schlag · HA)	Anzahl/ HA	Schafe/ HA	Schafe/ Herde	
Koppel-/Umtriebsweide								
Streuobstwiese	53	2	26	2	52	100	200	2
Photovoltaikfläche	53	10	5	3	15	60	400	1
Feuchtwiese	49	5	10	3	30	100	400	1
Küstendeich	50	10	5	1	5	8	80	5
Flussdeich	63	5	13	2	26	80	400	1
Magerweide	133	2	66	1	66	100	200	2
Hütehaltung								
Streuobstwiese	53	2	26	2	52	400	400	1
Feuchtwiese	49	5	10	3	30	400	400	1
Flussdeich	63	5	13	2	26	400	400	1
Magerweide	133	2	66	1	66	400	400	1
Heide	267	5	53	1	53	400	400	1

HA = Haltungsabschnitt

3.2 Winterweideperiode

Futterflächenbedarf im Haltungsabschnitt Winterweide

Der Futterflächenbedarf berechnet sich wie in Kapitel 3.1 für die Sommerweideperiode beschrieben.

Während der Winterweideperiode wird in allen Betrieben Koppelhaltung durchgeführt (Tab. 4).

Tab. 4: Futterflächenbedarf und Beschreibung der biotopspezifischen Modellbetriebe mit 400 Mutterschafen je Betrieb während der Winterweideperiode

Sommerweide- periode Weidesystem, Biotoptyp	Winterweideperiode							
	Weide- system	Biotop- typ	Rasse	Anzahl Mutterschafe je Betrieb	Trockenmasse- aufnahme t TM/(Schaf · d)	Dauer Haltungs- abschnitt d/a	Ertrag t TM/HA	Futter- fläche ha
Koppel-/Umtriebsweide								
Streuobstwiese	Koppel-/ Umtriebs- weide	Winter- weide	Landschaf	400	0,002	75	0,3	200
Photovoltaik- fläche			Landschaf		0,002	75	0,3	200
Feuchtwiese			Fleischschaf		0,002	105	0,3	308
Küstendeich			Fleischschaf		0,002	105	0,3	308
Flussdeich			Fleischschaf		0,002	75	0,3	220
Magerweide			Landschaf		0,002	75	0,3	200

Fortsetzung der Tabelle nächste Seite



Sommerweideperiode Weidesystem, Biototyp	Winterweideperiode							
	Weide-system	Biotop-typ	Rasse	Anzahl Mutterschafe je Betrieb	Trockenmasse-aufnahme t TM/(Schaf · d)	Dauer Hal-tungs-abschnitt d/a	Ertrag t TM/HA	Futter-fläche ha
Hütehaltung								
Streuobstwiese	Koppel-/Umtriebs-weide	Winter-weide	Landschaf	400	0,002	75	0,3	200
Feuchtwiese			Fleischschaf		0,002	105	0,3	308
Flussdeich			Fleischschaf		0,002	75	0,3	220
Magerweide			Landschaf		0,002	75	0,3	200
			Kleinrahmi-ges Land-schaf		0,001	75	0,3	140

HA = Haltungsabschnitt; TM = Trockenmasse; d = Tag; a = Jahr

Anzahl Beweidungen und Herden im Haltungsabschnitt Winterweide

Die Anzahl der Beweidungen und die Anzahl der Herden berechnen sich wie in Kapitel 3.1 für die Sommerweideperiode beschrieben (Tab. 5).

Tab. 5: Anzahl der Beweidungen und Herden während der Winterperiode

Sommerweide- periode	Winterweideperiode									
	Biotop- typ	Weide- system	Weide- futter- fläche	Schlag- größe	Anzahl Futter- flächen	Anzahl Beweidun- gen im HA je Schlag	Anzahl Beweidun- gen im HA	Besatz- dichte	Herden- größe	Anzahl Herden im HA
			ha/HA	ha	ha/HA			Schafe/ ha	Schafe/ Herde	
Koppel-/Umtriebsweide										
Streuobstwiese	Winter- weide	Koppel-/ Umtriebs- weide	200	4	50	1	50	50	200	2
Photovoltaik- fläche			200		50		50	50	200	2
Feuchtwiese			308		77		77	50	200	2
Küstendeich			308		77		77	50	200	2
Flussdeich			220		55		55	50	200	2
Magerweide-			200		50		50	50	200	2
Hütehaltung										
Streuobstwiese	Winter- weide	Koppel-/ Umtriebs- weide	200	4	50	1	50	50	200	2
Feuchtwiese			308		77		77	50	200	2
Flussdeich			220		55		55	50	200	2
Magerweide			200		50		50	50	200	2
Heide			140		35		35	50	200	2

HA = Haltungsabschnitt



4 Herdenschutzhunde

4.1 Annahmen

Bezüglich der Haltung der Herdenschutzhunde gelten folgende Annahmen:

- Der Anschaffungspreis bzw. die Kosten der Aufzucht für einen ausgebildeten und einsatzfähigen Herdenschutzhund liegen durchschnittlich bei 3.000 €. Der Hund wird 8 Jahre genutzt (Abb. 1).
- Bei Koppelhaltung werden die Herdenschutzhunde zu jeder Beweidung gesondert mit einem Auto und Hundeanhänger zur Herde transportiert.
- Bei Hütehaltung werden die Hunde bei jedem Standortwechsel zum neuen Standort transportiert. Während der Hütezeit verbringen die Hunde die Zeit im Hundeanhänger.
- Auf dem Hof befindet sich für jeden Hund eine Hundehütte.



Abb. 1: Herdenschutzhunde verstehen sich als Bestandteil der Herde. Für dieses Verhalten werden sie von klein auf mit Schafen aufgezogen.
(© www.landpixel.eu)

Daraus ergeben sich folgende Kostenpositionen der Maßnahme „Herdenschutzhunde“:

- Direktkosten: Abschreibung Hund, Versicherung, Zubehör, Hundefutter, Tierarzt
- Lohnkosten: Ausbildung, Fütterung, Fellpflege, Reinigung Hundehütte, Tierarztbesuch, Schulung
- Maschinenkosten: Pick-up, Hundeanhänger
- Gebäudekosten: Hundehütte

4.2 Anzahl Hunde je Betrieb

Je Herde sind mindestens zwei Herdenschutzhunde erforderlich. Darüber hinaus gilt: Je 10 Hektar Weidefläche ist mindestens ein Hund erforderlich.

Bei der Kalkulation der Anzahl erforderlicher Hunde werden die Herdenaufteilung und die Schlaggröße sowohl in der Sommer- als auch in der Winterweideperiode berücksichtigt. Hier kann sich die Anzahl erforderlicher Hunde unterscheiden. Die erforderliche Anzahl Hunde je Haltungsabschnitt (Sommer- oder Winterweideperiode) definiert die erforderliche Anzahl der Hunde je Betrieb.

Für die meisten biotopspezifischen Modellbetriebe ergeben sich 4 oder 10 erforderliche Hunde je Betrieb (Tab. 6). Durch die hohe Anzahl Herden im Biotop „Küstendeich“ (5 Herden mit jeweils 80 Tieren) sind 10 Herdenschutzhunde erforderlich.



Tab. 6: Anzahl der Hunde je Modellbetrieb

Biotoptyp	Weidesystem	Anzahl Hunde je Betrieb
Streuobstwiese	Koppel-/Umtriebsweide	4
Photovoltaikfläche		4
Feuchtwiese		4
Küstendeich		10
Flussdeich		4
Magerweide		4
Streuobstwiese	Hütehaltung	4
Feuchtwiese		4
Flussdeich		4
Magerweide		4
Heide		4

Die erforderliche Anzahl Herdenschutzhunde kann durch eine zeitweise notwendige Aufteilung des Schafbestands in mehrere Deckgruppen die kalkulierte Anzahl übersteigen. Diese einzelbetrieblichen Erfordernisse, die vor allem in Zuchtbetrieben auftreten, sind in den der Kalkulation zugrundeliegenden Modellbetrieben, die in der KTBL-Datensammlung“ Landschaftspflege mit Schafen“ (KTBL 2014) beschrieben sind, nicht berücksichtigt.

Weiterhin kann eine ungünstige Geländetopografie die erforderliche Anzahl an Herdenschutztieren erhöhen.

4.3 Direktkosten

Die mit der Haltung der Herdenschutzhunde verbundenen Direktkosten sind in Tabelle 7 ausgewiesen.

Die Kosten für die Bestandsergänzung durch Nachzucht oder Zukauf ausgebildeter Hunde von 375 € resultieren aus einer Mischkalkulation aus zugekauften Herdenschutzhunden und auf dem eigenen Betrieb aufgezogenen und ausgebildeten Tiere. Der Investitionsbedarf je Hund beläuft sich dabei auf durchschnittlich 3.000 €; die Hunde werden in den Modellkalkulationen acht Jahre eingesetzt.

Tab. 7: Direktkosten der Haltung von Herdenschutzhunden

Bezeichnung	Direktkosten in €/(Hund · a)
Bestandsergänzung Nachzucht/Zukauf	375
Hundefutter	402
Tierarzt	390
Versicherung	100
Zubehör	150
Summe	1.417

a = Jahr

4.4 Arbeitserledigungskosten

Die Arbeitserledigungskosten ergeben sich aus den Kosten, die sich aus der Betreuung und Versorgung des Hundes – unabhängig von dem Einsatz zum Herdenschutz – in den Verfahren der Schafhaltung ergeben und den Kosten, die sich aus den biotopspezifischen Verfahren der Schafhaltung und deren Standortbedingungen wie der Hof-Feld-Entfernung ergeben.



Arbeitserledigungskosten für die Betreuung und Versorgung des Hundes (Tab. 8)

Tab. 8: Arbeitserledigungskosten für die Betreuung und Versorgung eines Herdenschutzhundes am Beispiel „Streuobstwiese mit Koppelhaltung“

Arbeitsgang	Intervall	Arbeitszeitbedarf AKh/(Hund · a)	Fixe Maschinenkosten €/ (Hund · a)	Variable
Füttern/Versorgung	täglich	30,42	0	0
Ausbildung/Training/soziale Kontakte	täglich	6,08	0	0
Fellpflege	1-mal je Woche	0,87	0	0
Reinigung Winterquartier	1-mal je Woche	5,22	0	0
Tierarztbesuch	1-mal jährlich	1,01	1,25	0,62
Schulung Hundehalter	1-mal jährlich	1,26	7,52	3,75
Summe		44,86	8,77	4,37

a = Jahr

Für das Füttern von zwei Hunden in einer Herde werden je Tag 10 Minuten angesetzt, da die Futteraufnahme durch die Hunde unter Beaufsichtigung des Schäfers erfolgen muss. Dieser muss dafür sorgen, dass die Schafe kein Hundefutter aufnehmen, da Hundefutter in der Regel tierischen Ursprungs ist.

Geringfügige Unterschiede der Arbeitserledigungskosten für die Versorgung und Betreuung der Herdenschutzhunde resultieren aus unterschiedlich langen Winterstallperioden, die für die Biotope definiert sind und bei den fixen Maschinenkosten aus unterschiedlichen Auslastungen der Maschinen (Tab. 9).

Tab. 9: Arbeitserledigungskosten für die Betreuung und Versorgung eines Herdenschutzhundes

Weidesystem, Biotoptyp	Arbeitszeitbedarf AKh/(Hund · a)	Fixe Maschinenkosten €/ (Hund · a)	Variable
Koppel-/Umtriebsweide			
Streuobstwiese	44,86	8,77	4,37
Photovoltaikfläche	44,86	8,50	4,37
Feuchtwiese	44,84	7,41	4,32
Küstendeich	44,09	1,69	1,73
Flussdeich	44,86	7,66	4,37
Magerweide	44,86	6,85	4,37
Hütehaltung			
Streuobstwiese	44,86	11,04	4,37
Feuchtwiese	44,84	7,75	4,32
Flussdeich	44,86	8,23	4,37
Magerweide	44,86	9,20	4,37
Heide	44,86	10,80	4,37

a = Jahr



Arbeitserledigungskosten für den Einsatz des Hundes im Herdenschutz

Die auf den Einsatz bezogenen Arbeitserledigungskosten der Hundehaltung stehen in direktem Zusammenhang mit den biotopspezifischen Verfahren der Schafhaltung. Die Anzahl der Beweidungen, die mit Standortwechseln und Transportfahrten verbunden sind, werden durch die biotopspezifischen Verfahren der Schafhaltung bestimmt. Davon sind die Kosten des Arbeitsgangs „Transport zur Herde“ abhängig (Tab. 10).

Tab. 10: Arbeitserledigungskosten für den Transport der Herdenschutz Hunde zur Herde

Weidesystem, Biotoptyp	Arbeitszeitbedarf AKh/(Hund · a)	Fixe Maschinenkosten €/(Hund · a)	Variable Maschinenkosten €/(Hund · a)
Koppel-/Umtriebsweide			
Streuobstwiese	6,55	87,96	43,70
Photovoltaikfläche	5,42	78,24	40,12
Feuchtwiese	8,17	100,47	58,64
Küstendeich	4,58	37,99	38,52
Flussdeich	6,75	87,79	50,00
Magerweide	8,02	86,89	55,30
Hütehaltung			
Streuobstwiese	6,55	110,50	43,70
Feuchtwiese	8,17	105,17	58,64
Flussdeich	6,75	94,22	50,00
Magerweide	8,02	116,52	55,30
Heide	6,01	102,14	41,24

a = Jahr

Gesamte Arbeitserledigungskosten

Aus den Arbeitserledigungskosten für die „Betreuung und Versorgung des Hundes“ und den Arbeitserledigungskosten für den „Einsatz des Hundes im Herdenschutz“ ergeben sich als Summe die biotop- und verfahrensspezifischen Arbeitserledigungskosten der Maßnahme „Herdenschutz Hunde“ (Tab. 11).

Tab. 11: Gesamte Arbeitserledigungskosten für die Maßnahme „Herdenschutz Hunde“

Weidesystem, Biotoptyp	Arbeitszeitbedarf AKh/(Hund · a)	Fixe Maschinenkosten €/(Hund · a)	Variable Maschinenkosten €/(Hund · a)
Koppel-/Umtriebsweide			
Streuobstwiese	51,41	96,74	48,07
Photovoltaikfläche	50,28	86,74	44,49
Feuchtwiese	53,01	107,88	62,96
Küstendeich	48,67	39,68	40,25
Flussdeich	51,61	95,45	54,37
Magerweide	52,88	93,74	59,67
Hütehaltung			
Streuobstwiese	51,41	121,54	48,07
Feuchtwiese	53,01	112,92	62,96
Flussdeich	51,61	102,45	54,37
Magerweide	52,88	125,72	59,67
Heide	50,87	112,94	45,61

a = Jahr



4.5 Gebäudekosten

Als Gebäudekosten fallen bei der Haltung von Herdenschutzhunden die Kosten für das Winterquartier auf dem Hof an. Die Hunde werden zusammen mit 7 bis 10 Schafen in einem gesondert eingerichteten Abteil des Stalles, der über einen Auslauf verfügt, gehalten. Hier werden die Hunde auch gefüttert und versorgt.

Die jährlichen Gebäudekosten setzen sich aus den Kosten für die Abschreibung, den Zinsansatz, den Versicherungskosten und der Unterhaltung zusammen (Tab. 12).

Tab. 12: Anfallende Gebäudekosten (Winterquartier) bei der Haltung von Herdenschutzhunden

Kostenart	Einheit	Wert
Investitionsbedarf	€/Hund	400
Gebäudekosten		
Abschreibung	€/(Hund · a)	40,00
Zinskosten	€/(Hund · a)	6,00
Reparaturkosten/Unterhaltung	€/(Hund · a)	12,00
Versicherungskosten	€/(Hund · a)	0,75
Summe Gebäudekosten (gerundet)	€/(Hund · a)	59,00

a = Jahr

4.6 Biotopspezifische Einzelkosten

Aus der Summe der Direktkosten, Arbeitserledigungskosten und Gebäudekosten ergeben sich die biotopspezifischen Einzelkosten der Maßnahme „Herdenschutzhunde“ im Betrieb. Geteilt durch die während der Sommerweideperiode beweidete Fläche ergeben sich die Einzelkosten je Hektar Landschaftspflegefläche (Tab. 13).

Tab. 13: Einzelkosten der Modellbetriebe für die Maßnahme „Herdenschutzhund“

Weidesystem, Biotoptyp	Anzahl Hunde	Direktkosten	Lohnkosten	Fixe Maschinenkosten €/ (Hund · a)	Variable	Gebäudekosten	Einzelkostenfreie Leistung	Weidefutterfläche des Betriebs ha	Einzelkostenfreie Leistung €/ (ha · a)
Koppel-/Umtriebsweide									
Streuobstwiese	4	5.667	3.598	385	192	235	-10.077	53	-190
Photovoltaikfläche	4	5.667	3.519	347	178	235	-9.946	53	-188
Feuchtwiese	4	5.667	3.710	431	250	235	-10.293	49	-210
Küstendeich	10	14.165	8.517	396	401	588	-24.067	50	-481
Flussdeich	4	5.667	3.612	380	218	235	-10.112	63	-161
Magerweide	4	5.667	3.701	365	239	235	-10.207	133	-77
Hütehaltung									
Streuobstwiese	4	5.667	3.598	486	192	235	-10.178	53	-192
Feuchtwiese	4	5.667	3.710	452	250	235	-10.314	49	-210
Flussdeich	4	5.667	3.612	410	218	235	-10.142	63	-161
Magerweide	4	5.667	3.701	503	239	235	-10.345	133	-78
Heide	4	5.667	3.560	451	183	235	-10.096	267	-38

a = Jahr



5 Herdenschutzesel

5.1 Annahmen

Bezüglich der Haltung der Herdenschutz-
esel gelten folgende Annahmen:

- Die Herdenschutzesel werden bei jeder Beweidung zur Herde transportiert.
- Die Esel werden während der Winterperiode mit 5 kg Heu pro Tag gefüttert.
- Während der Sommerweideperiode ist ein dreiseitig geschlossener Unterstand auf der Weide erforderlich, während der Winterstallperiode ist ein gesonderter Stallplatz für die Esel bereitzustellen.

Die Kosten der Eselhaltung für den Herdenschutz setzen sich wie folgt zusammen:

- Direktkosten: Abschreibung Esel, Winterfutter Heu und Hafer, Tierarzt
- Lohnkosten: Arbeitszeit für Betreuung, Versorgung auf der Weide und im Stall, Transporte zur und von der Herde
- Maschinenkosten: Pick-up, Pferdeanhänger
- Gebäudekosten: Stallplatz für Winterperiode und Unterstand auf der Weide



Abb. 2: Laut „Empfehlungen zur Haltung von Eseln“ der Landesbeauftragten für Tierschutz des Landes Niedersachsen (2000) sollten Esel nicht allein gehalten werden (© Karsten Siersleben)

5.2 Anzahl Esel je Betrieb

Je Schafherde sind mindestens zwei Herdenschutzesel erforderlich. Darüber hinaus gilt: Je 10 Hektar Weidefläche ist mindestens ein Esel erforderlich.

Die erforderliche Anzahl Esel je Haltungsabschnitt (Sommer- oder Winterweideperiode) definiert die erforderliche Anzahl der Esel je Betrieb.

Für die meisten biotopspezifischen Modellbetriebe ergeben sich 4 oder 10 erforderliche Esel je Betrieb (Tab. 14). Durch die hohe Anzahl Herden im Biotop „Küstendeich“ (5 Herden mit jeweils 80 Tieren) sind 10 Herdenschutzesel erforderlich.



Tab. 14: Anzahl Herdenschutzesel je Betrieb

Biotoptyp	Weidesystem	Anzahl Esel je Betrieb
Streuobstwiese	Koppel-/Umtriebsweide	4
Photovoltaikfläche		4
Feuchtwiese		4
Küstendeich		10
Flussdeich		4
Magerweide		4
Streuobstwiese	Hütehaltung	4
Feuchtwiese		4
Flussdeich		4
Magerweide		4
Heide		4

Die erforderliche Anzahl Herdenschutzesel kann durch zeitweise notwendige Aufteilung des Schafbestands in mehrere Deckgruppen die kalkulierte Anzahl übersteigen. Diese einzelbetrieblichen Erfordernisse, die vor allem in Zuchtbetrieben auftreten, sind in den der Kalkulation zugrundeliegenden Modellbetrieben, die in der KTBL-Datensammlung „Landschaftspflege mit Schafen“ beschrieben sind, nicht berücksichtigt.

Weiterhin kann eine ungünstige Geländetopografie die erforderliche Anzahl an Herdenschutztieren erhöhen.

5.3 Direktkosten

Die mit der Haltung der Herdenschutzhunde verbundenen Direktkosten sind in Tabelle 15 beschrieben.

Tab. 15: Direktkosten der Haltung von Herdenschutzeseln

Bezeichnung	Direktkosten in €/(Esel · a)
Bestandsergänzung Nachzucht/Zukauf	120
Wiesenheu, grasbetont, 1. Schnitt, vor der Blüte	114
Futterhafer	35
Stroh, Rundballen, Ø = 1,2 m	62
Tierarzt	380
Hufschmied	100
Versicherung	120
Zubehör	150
Summe	1.081

a = Jahr



5.4 Arbeitserledigungskosten

Arbeitserledigungskosten für die Betreuung und Versorgung des Esels (Tab. 16)

Der Arbeitsgang „Füttern/Versorgung/Entmisten im Stall“ wird nur während der Winterstallperiode durchgeführt.

Der Arbeitsgang „Füttern/Versorgung auf der Weide“ wird nur während der Sommer- und Winterweideperiode durchgeführt.

Alle anderen Arbeitsgänge für die Betreuung und Versorgung des Esels werden ganzjährig durchgeführt.

Tab. 16: Arbeitserledigungskosten für die Betreuung und Versorgung des Esels am Beispiel „Streuobstwiese mit Koppelhaltung“

Arbeitsgang	Intervall	Arbeitszeitbedarf Akh/(Esel · a)	Fixe Maschinenkosten €/ (Esel · a)	Variable Maschinenkosten €/ (Esel · a)
Ausbildung/Training/soziale Kontakte	täglich	7,30	0	0
Füttern/Versorgung/Entmisten im Stall	täglich	15,00	0	0
Füttern/Versorgung auf Weide	täglich	4,58	0	0
Fell- und Hufpflege	1-mal je Woche	4,35	0	0
Tierarztbesuch	1-mal jährlich	1,52	0	0
Schulung Eselhalter	1-mal jährlich	1,26	0	0
Summe		34,01	0	0

a = Jahr

Geringfügige Unterschiede der Arbeitserledigungskosten für die Versorgung und Betreuung der Herdenschutzesel resultieren aus unterschiedlich langen Winterstallperioden, die für die Biotope definiert sind und bei den fixen Maschinenkosten aus unterschiedlichen Auslastungen der Maschinen (Tab. 17).

Tab. 17: Arbeitserledigungskosten für die Betreuung und Versorgung eines Herdenschutzesels

Weidesystem, Biotoptyp	Arbeitszeitbedarf AKh/(Esel · a)	Fixe Maschinenkosten €/ (Esel · a)	Variable Maschinenkosten €/ (Esel · a)
Koppel-/Umtriebsweide			
Streuobstwiese	34,01	0	0
Photovoltaikfläche	34,01	0	0
Feuchtwiese	29,48	0	0
Küstendeich	28,73	0	0
Flussdeich	34,01	0	0
Magerweide	34,01	0	0
Hütehaltung			
Streuobstwiese	34,01	0	0
Feuchtwiese	29,48	0	0
Flussdeich	34,01	0	0
Magerweide	34,01	0	0
Heide	34,01	0	0

a = Jahr



Arbeitserledigungskosten für den Einsatz des Esels im Herdenschutz

Der Arbeitsgang „Transport zur Herde“ während der Sommer- und Winterweideperiode ist mit folgenden Arbeitserledigungskosten verbunden (Tab. 18).

Tab. 18: Arbeitserledigungskosten für den Einsatz des Esels im Herdenschutz

Weidesystem, Biotoptyp	Arbeitszeitbedarf AKh/(Esel · a)	Fixe	Variable
		Maschinenkosten €/ (Esel · a)	
Koppel-/Umtriebsweide			
Streuobstwiese	10,98	88	44
Photovoltaikfläche	9,48	78	40
Feuchtwiese	14,10	100	59
Küstendeich	8,48	38	39
Flussdeich	11,81	88	50
Magerweide	13,62	87	55
Hütehaltung			
Streuobstwiese	10,98	111	44
Feuchtwiese	14,10	105	59
Flussdeich	11,81	94	50
Magerweide	13,62	117	55
Heide	10,18	102	41

a = Jahr

Gesamte Arbeitserledigungskosten

Aus den Arbeitserledigungskosten für die „Betreuung und Versorgung des Esels“ und den Arbeitserledigungskosten für den „Einsatz des Esels im Herdenschutz“ ergeben sich als Summe die biotop- und verfahrensspezifischen Arbeitserledigungskosten der Maßnahme „Herdenschutzesel“ (Tab. 19).

Tab. 19: Gesamte Arbeitserledigungskosten für den Einsatz von Herdenschutzeseln

Weidesystem, Biotoptyp	Arbeitszeitbedarf AKh/(Esel · a)	Fixe	Variable
		Maschinenkosten €/ (Esel · a)	
Koppel-/Umtriebsweide			
Streuobstwiese	44,98	88	44
Photovoltaikfläche	43,49	78	40
Feuchtwiese	43,58	100	59
Küstendeich	37,21	38	39
Flussdeich	45,82	88	50
Magerweide	47,62	87	55
Hütehaltung			
Streuobstwiese	44,98	111	44
Feuchtwiese	43,58	105	59
Flussdeich	45,82	94	50
Magerweide	47,62	117	55
Heide	44,19	102	41

a = Jahr



5.5 Gebäudekosten

Für die Haltung der Esel sind ein Weideunterstand sowie ein Stallplatz für die Winterperiode erforderlich. Der Investitionsbedarf je Esel liegt bei 2.800 €. Es ergeben sich jährliche Gebäudekosten aus Abschreibung, Zinsansatz, Versicherung und Unterhaltung in Höhe von 412 € je Tier und Jahr (Tab. 20).

Tab. 20: Anfallende Gebäudekosten (Winterstall und Weideunterstand) bei der Haltung von Herdenschutzeseln

Kostenart	Einheit	Wert
Investitionsbedarf	€/Stallplatz	2.800
Gebäudekosten		
Abschreibung	€/(Esel · a)	280,00
Zinskosten	€/(Esel · a)	42,00
Reparaturkosten/Unterhaltung	€/(Esel · a)	84,00
Versicherungskosten	€/(Esel · a)	5,50
Summe Gebäudekosten (gerundet)	€/(Esel · a)	412,00

a = Jahr

5.6 Biotopspezifische Einzelkosten

Aus der Summe der Direktkosten, Arbeitserledigungskosten und Gebäudekosten ergeben sich die biotopspezifischen Einzelkosten der Maßnahme „Herdenschutzesele“ im Betrieb.

Geteilt durch die während der Sommerweideperiode beweidete Landschaftspflegefläche ergeben sich folgende Einzelkosten je Hektar Landschaftspflegefläche (Tab. 21).

Tab. 21: Einzelkosten der Modellbetriebe für die Maßnahme „Herdenschutzesele“

Weidesystem, Biotoptyp	Anzahl Esel	Direktkosten	Lohnkosten	Fixe Maschinenkosten	Variable Maschinenkosten	Gebäudekosten	Einzelkostenfreie Leistung	Weidefutterfläche des Betriebs ha	Einzelkostenfreie Leistung €/ (ha · a)
€/ (Esel · a)									
Koppel-/Umtriebsweide									
Streuobstwiese	4	4.322	3.149	351	174	1.646	-9.642	53	-182
Photovoltaikfläche	4	4.322	3.044	313	160	1.646	-9.485	53	-179
Feuchtwiese	4	4.041	3.051	402	234	1.646	-9.374	49	-191
Küstendeich	10	10.104	6.512	380	385	4.116	-21.497	50	-430
Flussdeich	4	4.322	3.207	351	200	1.646	-9.726	63	-154
Magerweide	4	4.322	3.334	338	221	1.646	-9.861	133	-74
Hütehaltung									
Streuobstwiese	4	4.322	3.149	442	174	1.646	-9.733	53	-184
Feuchtwiese	4	4.041	3.051	421	234	1.646	-9.393	49	-192
Flussdeich	4	4.322	3.207	377	200	1.646	-9.752	63	-155
Magerweide	4	4.322	3.334	466	221	1.646	-9.989	133	-75
Heide	4	4.322	3.093	408	165	1.646	-9.634	267	-36

a = Jahr



6 Herdenschutzzaun

6.1 Annahmen

Die Kosten der Maßnahme „Herdenschutzzaun“ resultieren aus den zusätzlichen Materialkosten und dem zusätzlichen Arbeitszeitbedarf, der mit der Erstellung eines „einbruchssicheren“ Zauns (Abb. 3) im Vergleich zum Referenzverfahren verbunden ist.

Bei Koppelhaltung werden alle Mobilzäune entsprechend ausgestattet, bei Hütelhaltung wird der Nachtpferch gesondert abgesichert.

Bei Mobilzäunen wird im Referenzverfahren, also bei Schafhaltung ohne gesonderten Herdenschutz, ein 90 cm hohes Netz unterstellt. Als Herdenschutzzaun wird ein Zaun in Höhe von 120 cm mit zusätzlicher Breitbandlitze und zusätzlicher stromführender Bodenlitze angenommen.



Abb. 3: Durch eine Zaunhöhe ab 1,20 m und einer zusätzlichen Breitbandlitze wird dem Wolf das Überwinden des Zauns erschwert. Eine bodennahe Litze vor dem Zaun soll das Herantreten, Untergraben und Unterdurchschlüpfen des Zauns durch den Wolf verhindern. (© Karsten Siersleben)

Es ergeben sich in der Maßnahme „Herdenschutzzaun“ folgende Kosten:

- **Arbeits erledigungskosten:** zusätzlicher Arbeitszeitbedarf für das Auf- und Abbauen des zusätzlichen Zaunmaterials, weiterhin für zusätzliche Kontrollen und zusätzliches Abmähen des Bewuchses um den Zaun einmal je Woche.
- **Zaunkosten:** Kosten für den 120 cm hohen Zaun im Vergleich zur Standardvariante von 90 cm, Breitbandlitze und Bodenlitze mit entsprechender Anzahl Stäbe. Die Kosten für ein stärkeres Weidezaungerät belaufen sich bezogen auf die Jahreskosten des Verfahrens im einstelligen Cent-Bereich und sind vernachlässigbar.

6.2 Zaunmaterialkosten

Die zusätzlichen Materialkosten je Meter wolfsicherer Zaun setzen sich aus dem höheren Netz, der zusätzlichen Breitbandlitze und der bodennahen Erdlitze samt erforderlichen Stäben zusammen (Tab. 22).

Tab. 22: Zusätzlicher Investitionsbedarf für einen wolfsicheren Zaun im Vergleich zur Standardvariante (90 cm)

Material	Einheit	Höhe des Zauns in cm		Kostendifferenz
		90	120	
		Standard	Herdenschutz	
Netz	€/m	1,72 ¹⁾	1,97 ¹⁾	0,25
Breitbandlitze	€/m	0	0,12	0,12
Erdlitze mit Zusatzstäben	€/m	0	0,25	0,25
Summe	€/m	1,72	2,34	0,62

¹⁾ In einer vorherigen Version waren die Preise für Netze zu niedrig angesetzt, der zusätzliche Investitionsbedarf für den wolfsicheren Zaun von 0,62 €/m war davon aber nicht beeinflusst.

Die zusätzlichen Materialkosten für den wolfsicheren Zaun betragen 0,62 €/m Zaun. Bei einer Nutzungsdauer von 3 Jahren ergeben sich zusätzliche Materialkosten je Meter wolfsicherer Zaun von etwa 0,20 €/a.



6.3 Arbeitserledigungskosten

Bei Koppelhaltung muss der Zaun während der Sommer- und Winterweideperiode wolffssicher erstellt und entsprechend kontrolliert werden.

Es ergibt sich je Kilometer Zaun ein zusätzlicher Arbeitszeitbedarf von 5 Arbeitskraftstunden (Tab. 23).

Tab. 23: Arbeitsgänge und Arbeitszeitbedarf zur Erstellung eines wolffssicheren Mobilzauns

Arbeitsgang	Intervall	Arbeitszeitbedarf in AKmin je		
		Vorgang	Hof-Feld-Entfernung in km	Feldstücksumfang in km
Zusätzliche (Boden-)Litze spannen	1-mal je Beweidung	5	0	120
Flutterband anbringen	1-mal je Beweidung	0	0	80
Spannung kontrollieren/ Vegetation entfernen	je Woche	0	2	100

AKmin = Arbeitskraftminute

Bei Hüttehaltung entfällt der Arbeitszeitbedarf für das Stellen des mobilen wolffssicheren Zauns. Es ist jedoch zusätzlich die Sicherung des Nachtpferchs bei jedem Standortwechsel/Weidewechsel erforderlich (Tab. 24).

Tab. 24: Arbeitszeitbedarf für den Arbeitsgang „Nachtpferch absichern“

Arbeitsgang	Häufigkeit	Arbeitszeitbedarf in AKmin je	
		Vorgang	100 Schafe
Nachtpferch absichern	1-mal je Beweidung	0	20

AKmin = Arbeitskraftminute

Es ergeben sich daher für die einzelnen Biotope und Weidesysteme für die Maßnahme „Herden-schutzzaun“ folgende Arbeitserledigungskosten (Tab. 25):

Tab. 25: Biotop- und weidesystemspezifische Arbeitserledigungskosten der Maßnahme „Herden-schutzzaun“

Weidesystem, Biotoptyp	Arbeitszeitbedarf AKh/a	Fixe	Variable	Zaunstrecke m/a	Arbeitszeitbedarf AKmin/m
		Maschinenkosten €/a			
Koppel-/Umtriebsweide					
Streuobstwiese	348	94	47	73.600	0,28
Photovoltaikfläche	315	105	54	62.530	0,30
Feuchtwiese	415	80	47	93.736	0,27
Küstendeich	839	86	86	76.296	0,66
Flussdeich	1326	94	54	264.780	0,30
Magerweide	379	95	61	82.000	0,28
Hütehaltung					
Streuobstwiese	248	47	19	42.400	0,35
Feuchtwiese	310	47	26	65.296	0,28
Flussdeich	227	35	19	46.640	0,29
Magerweide	266	39	19	42.400	0,38
Heide	205	46	19	29.680	0,42

a = Jahr; AKmin = Arbeitskraftminute



Die hohen Arbeitserledigungskosten beim Biotop „Küstendeich“ resultieren aus der hohen Anzahl Herden während der Sommerweideperiode, die wiederum durch die niedrige Besatzdichte bedingt ist. Es entsteht daher ein hoher Arbeitszeitbedarf durch das feste Kontrollintervall auf gleichzeitig beweideten Flächen.

Beim Flussdeich ergibt sich ein hoher Material- und Arbeitszeitbedarf durch den ungünstigen Zuschnitt der schmalen Schläge, der sich in einem hohen Feldstückumfang je Hektar Flussdeich ausdrückt.

6.4 Biotopspezifische Einzelkosten

Aus der Summe der Direktkosten, Arbeitserledigungskosten und Gebäudekosten ergeben sich die biotopspezifischen Einzelkosten der Maßnahme „Herdenschutzzaun“ im Betrieb.

Geteilt durch die während der Sommerweideperiode beweidete Landschaftspflegefläche ergeben sich folgende Einzelkosten je Hektar Landschaftspflegefläche (Tab.26):

Tab. 26: Einzelkosten der Modellbetriebe für die Maßnahme „Herdenschutzzaun“

Weidesystem, Biotoptyp	Zaun Material- bedarf m	Arbeits- gang Zaun- stellen m/a	Arbeits- zeit- bedarf AKh/a	Lohn- kosten	Fixe Maschinenkosten	Variable Maschinenkosten €/a	Zaun- kosten	Einzel- kosten- freie Leistung	Weide- futter- fläche des Betriebs ha	Einzel- kosten- freie Leistung €/ (ha · a)
Koppel-/Umtriebsweide										
Streuobstwiese	4.344	73.600	348	6.082	94	47	898	-7.121	53	-134
Photovoltaik- fläche	5.228	62.530	315	5.517	105	54	1.081	-6.757	53	-127
Feuchtwiese	4.440	93.736	415	7.267	80	47	918	-8.312	49	-170
Küstendeich	15.744	76.296	839	14.684	86	86	3.254	-18.110	50	-362
Flussdeich	19.324	26.4780	1.326	23.212	94	54	3.994	-27.354	63	-434
Magerweide	4.344	82.000	379	6.626	93	61	898	-7.678	133	-58
Hütehaltung										
Streuobstwiese	2.544	42.400	248	4.333	47	19	526	-4.925	53	-93
Feuchtwiese	2.544	65.296	310	5.424	46	26	526	-6.022	49	-123
Flussdeich	2.544	46.640	227	3.981	35	19	526	-4.561	63	-72
Magerweide	2.544	42.400	266	4.660	39	19	526	-5.244	133	-39
Heide	2.544	29.680	205	3.593	46	19	526	-4.184	267	-16

a = Jahr



7 Täglicher Transport zum Stall auf dem Hof

7.1 Annahmen

Wenn es um wirksame Herdenschutzmaßnahmen geht, wird auch über den täglichen Transport zurück in den Stall diskutiert. Unter bestimmten betrieblichen Produktionsbedingungen wie arrondierte Weideflächen um den Hof kann diese Maßnahme ggf. zu tragbaren Kosten durchgeführt werden. Im Folgenden wird die Maßnahme für die in den KTBL-Modellbetrieben und Biotopen festgelegten Hof-Feld-Entfernungen kalkuliert.

In der Maßnahme werden die Schafe täglich während der Sommer- und Winterweideperiode von der Weide mit Pick-up und Schafanhänger zum Stall transportiert und dort eingestallt. Am Morgen werden sie ausgestallt und zurück zur Weide gebracht.

Die Kosten resultieren aus den Arbeitserledigungskosten der Maßnahme, und zwar aus den zusätzlichen Lohn- und Maschinenkosten für tägliche Wegstrecken zum Stall und zur Weide.

7.2 Arbeitserledigungskosten

Die Hof-Feld-Entfernung der Schläge für die Sommer- und Winterweideperiode wurden bereits für jene Biotope definiert, die in der KTBL-Datensammlung „Landschaftspflege mit Schafen“ beschrieben sind (Tab. 1).

Für das Biotop „Streuobstwiese“ mit dem Weidesystem „Koppelhaltung“ ergeben sich für die Arbeitsgänge folgender Arbeitszeitbedarf (Tab. 27):

Tab. 27: Arbeitszeitbedarf für die Maßnahmen „Stall am Hof“ für das Biotop „Streuobstwiese“ mit dem Weidesystem „Koppelhaltung“

Biotoptyp	Produktionsabschnitt	Dauer Haltungsabschnitt d/a	Arbeitsgang	Intervall	Hof-Feld-Entfernung	Arbeitszeitbedarf	
					km	AKh/a	AKh/d
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	200	Schafe zum Hof bringen	täglich	2	300	1,5
			Schafe einstellen	täglich	2	33	0,17
			Schafe zur Weide bringen	täglich	2	300	1,5
	Winterweidehaltung	75	Schafe zum Hof bringen	täglich	5	188	2,5
			Schafe einstellen	täglich	5	12	0,17
			Schafe zur Weide bringen	täglich	5	188	2,5
Summe						1.021	

a = Jahr; d = Tag



7.3 Biotopspezifische Einzelkosten

Die Kosten der Maßnahmen resultieren aus den zusätzlichen Arbeitserledigungskosten, die mit den Transporten verbunden sind. Abhängig von den Eigenschaften des Biotops und des Standorts ergeben sich unterschiedliche Transportentfernungen.

Geteilt durch die während der Sommerweideperiode beweidete Landschaftspflegefläche ergeben sich folgende Einzelkosten je Hektar Landschaftspflegefläche (Tab. 28):

Tab. 28: Einzelkosten der Modellbetriebe für die Maßnahme „Stall am Hof“

Weidesystem, Biotoptyp	Transporte km/a	Arbeitszeit- bedarf AKh/a	Lohn- kosten	Fixe Maschinenkosten €/a	Variable Maschinenkosten €/a	Einzel- kostenfreie Leistung	Weidefutter- fläche des Betriebs ha	Einzel- kostenfreie Leistung €/ (ha · a)
Koppel-/Umtriebsweide								
Streuobstwiese	1.325	1.021	17.865	1.318	656	-19.839	53	-374
Photovoltaik- fläche	1.525	1.154	20.198	1.468	754	-22.420	53	-423
Feuchtwiese	1.335	1.042	18.244	1.130	658	-20.032	49	-409
Küstendeich	2.460	1.792	31.369	1.198	1.214	-33.781	50	-676
Flussdeich	1.525	1.154	20.198	1.324	754	-22.276	63	-354
Magerweide	1.725	1.287	22.531	1.302	852	-24.685	133	-186
Hütehaltung								
Streuobstwiese	925	754	13.198	1.156	458	-14.812	53	-279
Feuchtwiese	1.335	1.042	18.244	1.182	658	-20.084	49	-410
Flussdeich	1.525	1.154	20.198	1.418	754	-22.370	63	-355
Magerweide	1.125	887	15.531	1.170	556	-17.257	133	-130
Heide	1.125	887	15.531	1.376	556	-17.463	267	-65

a = Jahr

8 Mobilstall auf der Weide

8.1 Annahmen

Auch diese Maßnahme wird im Rahmen der Herdenschutzmaßnahmen diskutiert. Praxisbetriebe, die Mobilställe im Rahmen des Herdenschutzes einsetzen, konnten aber im Rahmen dieses Projekts nicht gefunden werden. Daher beruhen die Annahmen, Verfahrensbeschreibungen und Kosten der Mobilställe auf Expertenschätzungen.

Voraussetzungen für die Praktikabilität des Verfahrens ist die Verfügbarkeit von Mobilställen, die ausreichend Schutz vor dem Wolf bieten, und deren Mobilität unter den gegebenen Standortbedingungen (Hanglagen, Zuwegung).

Mit den beschriebenen Voraussetzungen werden folgende Annahmen hinsichtlich der Ausgestaltung der Maßnahme „Mobilstall auf der Weide“ getroffen:

- Während der Beweidung steht jeweils ein entsprechend der Herdengröße passender Stall auf der Weide bereit.
- Der Mobilstall wird je Beweidung einmal zur Weide gebracht, die Tiere abends eingestallt und morgens ausgestallt.
- Die Kosten der Maßnahme setzen sich aus Arbeitserledigungskosten (Transport des Mobilstalls zur Weide, abendliches Einstallen, morgendliches Ausstallen) und Gebäudekosten (Abschreibung für den Mobilstall, Zinskosten, Reparaturen/Unterhaltung, Versicherung) zusammen.



8.2 Arbeitserledigungskosten

Am Beispiel des Biotops „Streuobstwiese“ ergibt sich für die Transporte des Mobilstalls sowie das Ein- und Ausstellen der Schafe ein Arbeitszeitbedarf von 297 Arbeitskraftstunden je Jahr (Tab. 29).

Tab. 29: Arbeitszeitbedarf für die Maßnahme „Mobilstall auf der Weide“ für das Biotop „Streuobstwiese“ mit dem Weidesystem Koppelhaltung

Biotoptyp	Produktionsabschnitt	Arbeitsgang	Anzahl Beweidungen je Jahr	Intervall	Dauer HA d/a	Arbeitszeitbedarf		
						AKh/a	AKh/d	
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	Schafe einstellen und ausstellen	52	täglich	200	110	0,55	
		Mobilstall zur Weide bringen	52	1-mal je Beweidung	200	55	0,28	
	Winterweidehaltung	Schafe einstellen und ausstellen	50	täglich	75	49	0,65	
		Mobilstall zur Weide bringen	50	1-mal je Beweidung	75	83	1,11	
Summe							297	

HA = Haltungsabschnitt; a = Jahr; d = Tag

Für die einzelnen Biotoptypen, die sich hinsichtlich der Entfernungen und Anzahl der erforderlichen Standortwechsel während der Sommer- und Winterweideperiode unterscheiden, ergeben sich folgende Arbeitserledigungskosten (Tab. 30):

Tab. 30: Biotop- und weidesystemspezifische Arbeitserledigungskosten der Maßnahme „Mobilstall auf der Weide“

Weidesystem, Biotoptyp	Produktions- abschnitt	Dauer HA d/a	Anzahl Herden	Hof-Feld- Entfernung km	Arbeitszeit- bedarf AKh/a	Fixe Maschinenkosten €/a	Variable
Koppel-/Umtriebsweide							
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	200	2	2	165	103	51
	Winterweidehaltung	75	2	5	132	248	123
Photovoltaik- fläche	Sommerweidehaltung	200	1	5	142	72	37
	Winterweidehaltung	75	2	5	132	241	123
Feuchtwiese	Sommerweidehaltung	200	1	3	141	76	44
	Winterweidehaltung	105	2	5	197	326	190
Küstendeich	Sommerweidehaltung	200	5	2	129	5	5
	Winterweidehaltung	105	2	10	291	375	380
Flussdeich	Sommerweidehaltung	200	1	5	160	113	64
	Winterweidehaltung	75	2	5	140	238	136
Magerweide	Sommerweidehaltung	200	2	3	207	154	98
	Winterweidehaltung	75	2	5	132	194	123
Hütehaltung							
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	200	1	2	152	130	51
	Winterweidehaltung	75	2	5	132	312	123
Feuchtwiese	Sommerweidehaltung	200	1	3	141	80	44
	Winterweidehaltung	105	2	5	197	341	190
Flussdeich	Sommerweidehaltung	200	1	5	160	121	64
	Winterweidehaltung	75	2	5	140	256	136
Magerweide	Sommerweidehaltung	200	1	3	187	206	98
	Winterweidehaltung	75	2	5	132	260	123
Heide	Sommerweidehaltung	200	1	3	170	195	79
	Winterweidehaltung	75	2	5	107	214	86

HA = Haltungsabschnitt; a = Jahr



8.3 Gebäudekosten

Es wird ein Investitionsbedarf je Schaf von 110 € angenommen. Ein mobiler Stall für 100 Schafe hat einen Anschaffungspreis von 11.000 €. Die Jahreskosten eines Stalls für 100 Schafe belaufen sich dann durch Abschreibung, Zinskosten, Versicherung und Unterhaltung auf 1.617 € je Jahr (Tab. 31).

Tab. 31: Gebäudekosten der Maßnahme „Mobilstall auf der Weide“

Kostenart	Einheit	Wert
Investitionsbedarf	€/Schafplatz	110
Gebäudekosten		
Abschreibung	€/(Schaf · a)	11,00
Zinskosten	€/(Schaf · a)	1,65
Reparaturkosten/Unterhaltung	€/(Schaf · a)	3,30
Versicherungskosten	€/(Schaf · a)	0,22
Summe Gebäudekosten	€/(Schaf · a)	16,17

a = Jahr

8.4 Biotopspezifische Einzelkosten

Die Kosten der Maßnahmen resultieren aus den zusätzlichen Arbeitserledigungskosten, die mit den Transporten verbunden sind und den Kosten für den Mobilstall (oder die Mobilställe) (Tab. 32). Abhängig von den Eigenschaften des Biotops und des Standorts ergeben sich unterschiedliche Transportentfernungen.

Tab. 32: Einzelkosten der Modellbetriebe für die Maßnahme „Mobilstall auf der Weide“

Weidesystem, Biotoptyp	Transportstrecke km/a	Arbeitszeitbedarf AKh/a	Lohnkosten	Fixe Maschinenkosten	Variable Maschinenkosten	Gebäudekosten	Einzelkostenfreie Leistung	Weidefutterfläche des Betriebs ha	Einzelkostenfreie Leistung €/(ha · a)
€/a									
Koppel-/Umtriebsweide									
Streuwiese	1.017	298	5.207	351	174	6.468	-12.200	53	-230
Photovoltaikfläche	1.088	274	4.791	313	160	6.468	-11.732	53	-221
Feuchtwiese	1.143	338	5.913	402	234	6.468	-13.017	49	-266
Küstendeich	2.010	420	7.345	380	385	6.468	-14.578	50	-292
Flussdeich	1.168	300	5.257	351	200	6.468	-12.276	63	-195
Magerweide	1.311	339	5.933	338	221	6.468	-12.960	133	-97
Hütehaltung									
Streuwiese	817	284	4.974	442	174	6.468	-12.058	53	-228
Feuchtwiese	1.143	338	5.913	421	234	6.468	-13.036	49	-266
Flussdeich	1.168	300	5.257	377	200	6.468	-12.302	63	-195
Magerweide	1.011	319	5.583	466	221	6.468	-12.738	133	-96
Heide	897	278	4.857	408	165	6.468	-11.898	267	-45

a = Jahr



9 Behirtung in der Nacht

9.1 Annahmen

Bei dieser Maßnahme des Herdenschutzes wird davon ausgegangen, dass eine Person samt Witterungsschutz (Schäferwagen) während der Nacht auf der Weide vor Ort ist und die Herde bewacht. Die nächtliche Behirtung dauert durchschnittlich von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr. Im Gegensatz zu der Entlohnung der Arbeitskräfte in den anderen Herdenschutzmaßnahmen wird hierbei der Hirte mit dem gesetzlichen Mindestlohn entlohnt. Der Mindestlohn wird derzeit (2017) mit 9,10 € je Arbeitskraftstunde festgelegt.

Die Kosten der Maßnahme resultieren aus den Arbeitserledigungskosten für den Transport des Schäferwagens zur Weide (Lohnsatz 17,50 €/AKh) und für die Behirtung in der Nacht (Lohnsatz 9,10 €/AKh).

9.2 Arbeitserledigungskosten

Am Beispiel „Streuobstwiese mit Koppelhaltung“ ergibt sich folgender Arbeitszeitbedarf für die Behirtung der Herden während der Sommer- und Winterweidehaltungsperiode (Tab. 33):

Tab. 33: Arbeitszeitbedarf für die Maßnahme „Behirtung in der Nacht“ für das Biotop „Streuobstwiese“ mit dem Weidesystem „Koppelhaltung“

Biotoptyp	Produktions- abschnitt	Arbeitsgang	Dauer HA d/a	Anzahl Herden	Intervall	Arbeits- zeitbedarf	
						AKh/a	AKh/d
Streuobst- wiese	Sommerweide- haltung	Behirtung	200	2	täglich	3.200	16
		Schutzhütte für Hirten zur Weide bringen	200	2	1-mal je Beweidung	10	0,05
	Winterweide- haltung	Behirtung	75	2	täglich	1.200	16
		Schutzhütte für Hirten zur Weide bringen	75	2	1-mal je Beweidung	25	0,33
Summe						4.435	

HA = Haltungsabschnitt; a = Jahr

Für die einzelnen Biotoptypen, die sich hinsichtlich der Entfernungen, Anzahl der erforderlichen Standortwechsel sowie der Anzahl der zu bewachenden Herden während der Sommer- und Winterweideperiode unterscheiden, ergeben sich folgende Arbeitserledigungskosten (Tab. 34):

Tab. 34: Biotop- und weidesystemspezifische Arbeitserledigungskosten der Maßnahme „Behirtung in der Nacht“

Weidesystem, Biotoptyp	Produktions- abschnitt	Dauer HA	Anzahl Herden	Arbeitszeit- bedarf AKh/a	Fixe	Variable
		d/a			Maschinenkosten	kosten
Koppel-/Umtriebsweide						
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	200	2	3.210	103	51
	Winterweidehaltung	75	2	1.225	248	123
Photovoltaik- fläche	Sommerweidehaltung	200	1	1.608	72	37
	Winterweidehaltung	75	2	1.225	241	123
Feuchtwiese	Sommerweidehaltung	200	1	1.609	76	44
	Winterweidehaltung	105	2	1.719	326	190
Küstendeich	Sommerweidehaltung	200	5	8.001	5	5
	Winterweidehaltung	105	2	1.757	375	380
Flussdeich	Sommerweidehaltung	200	1	1.613	113	64
	Winterweidehaltung	75	2	1.228	238	136
Magerweide	Sommerweidehaltung	200	2	3.220	154	98
	Winterweidehaltung	75	2	1.225	194	123

Fortsetzung der Tabelle nächste Seite



Weidesystem, Biototyp	Produktionsabschnitt	Dauer HA d/a	Anzahl Herden	Arbeitszeitbedarf AKh/a	Fixe Maschinenkosten €/a	Variable Kosten €/a
Hütehaltung						
Streuobstwiese	Sommerweidehaltung	200	1	1.610	130	51
	Winterweidehaltung	75	2	1.225	312	123
Feuchtwiese	Sommerweidehaltung	200	1	1.609	80	44
	Winterweidehaltung	105	2	1.719	341	190
Flussdeich	Sommerweidehaltung	200	1	1.613	121	64
	Winterweidehaltung	75	2	1.228	256	136
Magerweide	Sommerweidehaltung	200	1	1.620	206	98
	Winterweidehaltung	75	2	1.225	260	123
Heide	Sommerweidehaltung	200	1	1.616	195	79
	Winterweidehaltung	75	2	1.218	214	86

HA = Haltungsabschnitt

9.3 Biotopspezifische Einzelkosten

Die Kosten der Maßnahmen resultieren aus den zusätzlichen Arbeitserledigungskosten, die mit den Transporten verbunden sind und den Lohnkosten für die Behirtung. Abhängig von den Eigenschaften des Biotops und des Standorts ergeben sich unterschiedliche Transportentfernungen.

Geteilt durch die während der Sommerweideperiode beweidete Landschaftspflegefläche ergeben sich folgende Einzelkosten je Hektar Landschaftspflegefläche (Tab. 35):

Tab. 35: Einzelkosten der Modellbetriebe für die Maßnahme „Behirtung in der Nacht“

Weidesystem, Biototyp	Arbeitszeitbedarf AKh/a	Lohnkosten	Fixe Maschinenkosten €/a	Variable Maschinenkosten €/a	Einzelkostenfreie Leistung	Weidefutterfläche des Betriebs ha	Einzelkostenfreie Leistung €/ha · a
Koppel-/Umtriebsweide							
Streuobstwiese	4.435	40.661	351	174	-41.186	53	-777
Photovoltaikfläche	2.833	26.050	313	160	-26.523	53	-500
Feuchtwiese	3.328	30.681	402	234	-31.317	49	-639
Küstendeich	9.758	89.454	380	385	-90.219	50	-1.804
Flussdeich	2.841	26.190	351	200	-26.741	63	-424
Magerweide	4.445	40.826	338	221	-41.385	133	-311
Hütehaltung							
Streuobstwiese	2.835	26.101	442	174	-26.717	53	-504
Feuchtwiese	3.328	30.681	421	234	-31.336	49	-640
Flussdeich	2.841	26.190	377	200	-26.767	63	-425
Magerweide	2.845	26.266	466	221	-26.953	133	-203
Heide	2.833	26.066	408	165	-26.639	267	-100



10 Zusammenfassung

Einzelkostenfreie Leistung der Maßnahmen nach Biotoptypen und Beweidungsverfahren

Im Folgenden werden die Einzelkostenfreien Leistungen der einzelnen Maßnahmen in Abhängigkeit von Biotoptyp und Weidesystem je Hektar Weidefutterfläche während der Sommerweideperiode dargestellt (Tab. 36).

Tab. 36: Einzelkostenfreie Leistung der Maßnahmen nach Biotopen und Beweidungsverfahren

Weidesystem, Biotoptyp	Herdenschutz- hund	Herdenschutz- esel	Herdenschutz- zaun	Nächtliche Stallhaltung auf dem Hof	Mobilstall auf der Weide	Behirtung in der Nacht
Einzelkostenfreie Leistung in €/(ha · a)						
Koppel-/Umtriebsweide						
Streuobstwiese	-190	-182	-134	-374	-230	-777
Photovoltaikfläche	-188	-179	-127	-423	-221	-500
Feuchtwiese	-210	-191	-170	-409	-266	-639
Küstendeich	-481	-430	-362	-676	-292	-1.804
Flussdeich	-161	-154	-434	-354	-195	-424
Magerweide	-77	-74	-58	-186	-97	-311
Hütehaltung						
Streuobstwiese	-192	-184	-93	-279	-228	-504
Feuchtwiese	-210	-192	-123	-410	-266	-640
Flussdeich	-161	-155	-72	-355	-195	-425
Magerweide	-78	-75	-39	-130	-96	-203
Heide	-38	-36	-16	-65	-45	-100

a = Jahr

Interpretation der Ergebnisse

Die Durchführung von Herdenschutzmaßnahmen stellt eine wirtschaftliche Belastung der Betriebe dar. In Gebieten, in denen die eine oder andere Maßnahme oder Kombinationen von mehreren Maßnahmen durchgeführt werden, sinkt die Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung durch zusätzliche Betriebsmittel-, Arbeitserledigungs-, Gebäude- und Zaunkosten. Die Einzelkostenfreien Leistungen der Herdenschutzmaßnahmen müssen in diesem Fall denen der „regulären“ Schafhaltung hinzugerechnet werden (siehe Kapitel 8, KTBL-Datensammlung „Landschaftspflege mit Schafen“, KTBL 2014).

Die Höhe der maßnahmenspezifischen Kosten ist dabei standortabhängig. Im Folgenden werden die wichtigsten Einflussfaktoren und deren Wirkung auf die Kosten je Hektar zusammenfassend erläutert.

Einflussfaktor Ertrag

Ertragsbedingt ist die Landschaftspflegeleistung (= Futterflächenbedarf Sommerweideperiode) eines Betriebs mit 400 Mutterschafen (siehe Spalte „Weidefutterfläche des Betriebs“ in Tabelle 2) sehr unterschiedlich. Durch den Bezug der jährlichen Einzelkosten im Betrieb auf die beweidete Futterfläche während der Sommerperiode ergeben sich unterschiedlich hohe Einzelkosten der Maßnahmen je Hektar. Je niedriger der Ertrag, desto höher der Futterflächenbedarf (= Landschaftspflegeleistung), desto niedriger die Einzelkosten bezogen auf einen Hektar Weidefutterfläche.

Einflussfaktor Flächenzuschnitt

Das ungünstige Längen-Breiten-Verhältnis der Schläge bei Flussdeichen bedingt einen im Vergleich sehr hohen Material- und Arbeitszeitbedarf je Hektar für die Maßnahme „Herdenschutzzaun“.



Einflussfaktor Besatzdichte und Schlaggröße

Die Besatzdichte und die Schlaggröße bestimmen die Anzahl Herden im Haltungsabschnitt, auf die die 400 Mutterschafe des Betriebs aufgeteilt werden. Beim Biotoptyp „Küstendeich“ mit einer Besatzdichte von 8 Schafen je Hektar und eine Schlaggröße von fünf Hektar ergeben sich 5 Herden mit jeweils 80 Schafen, die parallel betreut werden müssen. Dies bewirkt einen hohen Kontrollaufwand bei der Maßnahme „Herdenschutzzaun“ sowie bei der Maßnahme „Behirtung“.

Zusätzlich steigt der Bedarf an Herdenschutzhunden und -eseln auf 10 Tiere, da für jede Herde zwei Tiere (Hunde oder Esel) für den Herdenschutz notwendig sind (Kap. 4.2 und 5.2).

Einflussfaktor Hof-Feld-Entfernung

Die Maßnahmen „Nächtliche Stallhaltung am Hof“ und „Mobilstall auf der Weide“ stellen unter den Standortgegebenheiten hinsichtlich der Hof-Feld-Entfernungen der Modellbetriebe auf den meisten Biotoptypen die im Vergleich teureren Maßnahmen dar.

Einflussfaktor betriebsspezifische Produktionsbedingungen

Die Höhe der Kosten einzelner Maßnahmen weist in Abhängigkeit der Biotope und Standortbedingungen eine hohe Bandbreite auf. Welche Maßnahme oder Maßnahmen im betriebliche Einzelfall hinsichtlich der Wirksamkeit des Herdenschutzes und der Kosteneffizienz ergriffen werden sollten, muss im Rahmen einer einzelbetrieblichen Betrachtung ermittelt werden.

Die dargestellten Kosten der Maßnahmen gelten für die hier definierten biotopspezifischen Betriebe und die beschriebenen Standortbedingungen.

Einflussfaktor investive Förderung

In den vorliegenden Kalkulationen werden keine investiven Fördermaßnahmen, wie sie in einzelnen Bundesländern angeboten werden, berücksichtigt. Die investive Förderung von Hunden, Eseln oder Zäunen kann zwischen 5 und 15 % der Einzelkosten der Maßnahmen decken. Der Großteil der Kosten, der aus dem Betriebsmittel- und Arbeitszeitbedarf entsteht, wird von einer Investitionsförderung nicht beeinflusst.

Literatur

Landesbeauftragte für Tierschutz des Landes Niedersachsen (2000): Empfehlungen zur Haltung von Eseln. http://esel-online.de/downloads/Esel_flat.pdf, Zugriff am 20.11.2017

KTBL (2014): Landschaftspflege mit Schafen. Datensammlung, Darmstadt

Autor

Dr. Jan Ole Schroers, Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL), Darmstadt

Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL)

Bartningstraße 49 | 64289 Darmstadt
Telefon: +49 6151 7001-0 | Fax: +49 6151 7001-123
E-Mail: ktbl@ktbl.de | www.ktbl.de

Eingetragen im Vereinsregister beim Amtsgericht Darmstadt,
Aktenzeichen 8 VR 1351

Vereinspräsident: Prof. Dr. Eberhard Hartung
Geschäftsführer: Dr. Martin Kunisch
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Martin Kunisch

Diese Information wurde vom KTBL und den Autoren nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. Das KTBL und die Autoren übernehmen keine Gewähr für Aktualität, Vollständigkeit und Fehlerfreiheit der bereitgestellten Inhalte. Herausgegeben mit Förderung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

© 2018 Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. Nachdruck nur mit Quellenangabe.



RA Hans-Jürgen Thies | Münsterstraße 1-3 | 59065 Hamm

RA Hans-Jürgen Thies

Münsterstraße 1-3
59065 Hamm

Telefon 02381/921 22-0
Telefax 02381/921 22-71 33

thies@wolter-hoppenberg.de
www.wolter-hoppenberg.de

Gabelsbergerstraße 2
44141 Dortmund

Telefon 0231/28 68-600
Telefax 0231/28 68-666

info@ljb-nrw.de
www.ljb-nrw.de

Anhörung zur Wolfsproblematik in Sachsen – Landtag Dresden 15.05.2018

Stellungnahme zur Lt – Drucksache 6/12825 Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement und Lt – Drucksache 6/12761 (Wolfsverordnung)

Deutschland und insbesondere das Bundesland Sachsen verfügen über eine der größten Wolfsdichten weltweit. Mit mindestens 700 Exemplaren, hat der Wolf in Deutschland (Norddeutsches Tiefland) längst einen günstigen Erhaltungszustand erlangt. Zur Vermeidung weiterer Konflikte mit Menschen und Weidetieren ist die Anzahl an Wölfen in Deutschland auf den aktuellen Bestand zu begrenzen. Angesichts der Populationsdynamik (rund 30% p.a.) und natürlicher Verluste, namentlich im Straßenverkehr, setzt die Bestandsbegrenzung auf dem gegenwärtigen Niveau die jährliche, letale Entnahme (Abschuss) von ca. 150 Wölfen in Deutschland voraus. Wegen des großen Aktionsradius und der Wanderungsbewegungen ist ein deutschlandweites und sogar staatenübergreifendes Wolfsmanagement, das vom Bund koordiniert werden muss, erforderlich.

Bankverbindung:

Volksbank Ruhr Mitte eG
Kto.-Nr.: 108 703 000
BLZ: 422 600 01
BIC: GENODEM3333
IBAN: DE25 4226 0001 0108 7030 00
UST-IdNr: DE165495061

Folgende Aufgaben müssten unter anderem von einem bundesweiten Wolfsmanagementplan analog § 28a BfG erfüllt werden:

- Ermittlung und ständige Fortschreibung der Bestandszahlen auf Bundes- und Länderebene,
- Festlegung von Bestandsobergrenzen auf Bundes-, und Länderebene,
- Festlegung von wolfsfreien Gebieten in Deutschland,
- Festlegung von Kriterien für die reguläre, bestandsregulierende Entnahme von Wölfen,
- Regelungen im Umgang mit und Definition von sogenannten Problemwölfen,
- Festlegung der behördlichen Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen für Wolfsabschüsse sowie Festlegung der Verantwortlichen /Befugten für die Entnahme,
- Regelungen im Umgang mit Hybriden,
- Festlegung geeigneter Herdenschutzmaßnahmen und deren Finanzierung,
- Entschädigungsregelungen und Haftungsfreistellungen für Tierhalter (zum Beispiel bei ausgebrochenem Weidevieh) und für Wildschadensersatzpflichtige.

Unabhängig vom Zustandekommen eines bundesweiten Wolfsmanagementplans sollte auch das Bundesland Sachsen beim Bund darauf hinwirken, dass die in Deutschland lebenden Wölfe wegen ihres günstigen Erhaltungszustandes umgehend von Anhang IV in Anhang V der FFH/RL überführt werden und dadurch einen anderen Schutzstatus erhalten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Abschuss eines Wolfes in Deutschland eine Straftat. Nur in bestimmten Ausnahmesituationen ist die Abwehr von Wolfsübergriffen unter Ausschöpfung von Notstandsbefugnissen gerechtfertigt. Diese Notstandsbefugnisse gehen meines Erachtens allerdings etwas weiter, als vielfach angenommen wird:

NOTSTANDBEFUGNISSE ZUR ABWEHR VON WOLFSÜBERGRIFFEN AUF MENSCH UND TIER

1.) Strafbarkeit bei Verletzung / Tötung eines Wolfes

1a) Natur- und artenschutzrechtlicher Schutz des Wolfes

- In Sachsen ist der Wolf einerseits „besonders geschützte Art“ nach § 7 II Nr. 13 a Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und zugleich „streng geschützte Art“ nach § 7 II Nr. 14 a, b BNatSchG, jeweils in Verbindung mit Anhang A der EU-Verordnung Nr. 338/97 des Rates vom 09.12.1996 „über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels“ und Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 „Zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“, kurz „Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie“, („FFH-Richtlinie“).

- Aus § 44 I Nr. 1 BNatSchG folgt, dass die Verletzung und Tötung des Wolfes als Tier einer besonders geschützten Art verboten ist.

Wenn die Verletzung oder Tötung vorsätzlich geschieht und sich zudem nicht nur auf ein Tier einer besonders geschützten Art, sondern sogar auf ein Tier einer streng geschützten Art bezieht, ist sie nicht nur Ordnungswidrigkeit gemäß § 69 II Nr. 1 BNatSchG, sondern Straftat gemäß §§ 71 I Nr. 1, 69 II Nr. 1 BNatSchG.

1b) Jagd- und kernstrafrechtlicher Schutz des Wolfes

- Darüber hinaus zählt der Wolf in Sachsen gemäß § 3 der Sächsischen Jagdverordnung vom 27.08.2012 zu den dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten, wobei er ganzjährig von der Jagd ausgenommen wird. Wer als Jagdausübungsberechtigter oder „Jedermann“ die Schonzeit des Wolfes vorsätzlich oder fahrlässig missachtet und die Jagd auf ihn ausübt, begeht eine Straftat gemäß §§ 38 I Nr. 2, 22 II S. 1 Bundesjagdgesetz.

- Eine nach § 303 StGB strafbare Sachbeschädigung kann die Verletzung oder Tötung eines in Freiheit lebenden Wolfes niemals sein, weil dieser niemandem gehört, während § 303 StGB mit der „Fremdheit“ der Sache entgegenstehendes Eigentum verlangt und sich mit deren Herrenlosigkeit selbst dann nicht begibt, wenn durch die Beschädigung ein Nutzungs-, und sonach etwa ein jagdrechtliches Aneignungsrecht, beeinträchtigt wird.
- Ob sich der nicht zur Jagdausübung Berechtigte wegen Jagdwilderei nach § 292 I StGB strafbar macht, wenn er in Sachsen einen Wolf erlegt oder „beschädigt“ (verletzt), hängt davon ab, ob dieser dem Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten unterliegt oder ob an ihm, weil er in Sachsen ganzjährig von der Jagd zu verschonen ist und er ferner nicht nur dem Jagdrecht, sondern auch dem Naturschutzrecht unterfällt, kein Aneignungsrecht besteht. Auf das Aneignungsrecht kommt es an, weil § 292 StGB ein Vermögensdelikt ist. Die – wichtigen – Allgemeinrechtsgüter des Natur- und Artenschutzes, die der Wolf für sich beanspruchen kann, sind in § 292 StGB allenfalls mittelbar geschützt (Fischer, StGB mit Nebengesetzen, 63. Aufl. 2016, § 292 Rdnr. 2).

-

2.) Gestattet der Jagdschutz die Abwehr von Wolfsübergriffen auf „Wild“?

Gemäß § 23 BJG erfasst der Jagdschutz, allerdings nur *nach näherer Bestimmung durch die Länder*, „den Schutz des Wildes *insbesondere* vor Wilderern, Futternot, Wildseuchen, vor wildernden Hunden und Katzen sowie die Sorge für die Einhaltung der zum Schutz des Wildes und der Jagd erlassenen Vorschriften“. Gestattet der Jagdschutz die Tötung des Wolfes, wenngleich nicht zugunsten von Nutztieren, so doch zum Schutz des Wildes, von dem (95 % der Biomasse seines Mageninhaltes stammen von den 3 Schalenwildarten Reh-, Rot- und Schwarzwild) er sich immerhin weit überwiegend ernährt? Über die geregelten Bereiche hinaus sind, wie das Wort „insbesondere“ anzeigt, weitere Maßnahmen zum Schutz des Wildes zulässig. Dementsprechend ergänzt § 42 I Sächsisches LJG, dass „der Jagdschutz auch den Schutz des Wildes vor Beeinträchtigungen durch dem Jagdrecht nicht unterliegende Tierarten“ umfasst. Der Schutz vor Prädatoren ist folglich auch

in Sachsen Gegenstand des Jagdschutzes. Den Schutz des Wildes vor dem Wolf gewährleistet der Freistaat allerdings nicht. Im Gegenteil: In § 42 I LJG nimmt er unter den Tierarten, die zum Schutz des Wildes bejagt werden dürfen, ausdrücklich jene aus, die einem besonderen Schutz nach Naturschutzrecht unterliegen. Ein wildschützender Abschuss des Wolfes kommt daher in Sachsen nicht in Betracht.

3.) Notstandsbefugnisse bei Verletzung / Tötung eines Wolfes

Ob der Wolf, wie bei wildlebenden Tieren, die dem Jagdrecht unterliegen, sprich „Wild“, gemeinhin nach § 1 I BfG der Fall, auch in Sachsen dem Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten unterliegt, wird nachfolgend noch herauszuarbeiten sein. Doch selbst wenn sich erwiese, dass dies nicht der Fall ist, führte seine Verletzung oder Tötung zwar nicht zum Vorwurf der Jagdwilderei, sie löste aber noch immer die Strafbarkeit nach §§ 71 I Nr. 1, 69 II Nr. 1 BNatSchG und nach §§ 38 I Nr. 2, 22 II S. 1 BfG aus und es stellt sich die Frage, ob das Recht Erlaubnistatbestände kennt, die den Täter von Strafbarkeit ausnehmen.

3a) Notwehr

§ 32 StGB, Notwehr

Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.

Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Durch Notwehr nach § 32 StGB gerechtfertigt kann einem von einem Wolf ausgehenden Übergriff, gleich, ob auf Mensch oder Tier, es sei denn der Wolf würde von einem Menschen gehetzt oder – aber kaum denkbar – entgegen einer Garantenstellung eines Menschen nicht an seiner Attacke gehindert, nicht begegnet werden, weil der Angriff nach ganz herrschender Auffassung von einem Menschen ausgehen muss.

3b) Notstand nach § 228 BGB

§ 228 BGB, Notstand

Wer eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, um eine durch sie drohende Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht widerrechtlich, wenn die Beschädigung oder die Zerstörung zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefahr steht. Hat der Handelnde die Gefahr verschuldet, so ist er zum Schadensersatz verpflichtet.

§ 904 BGB, Notstand

Der Eigentümer einer Sache ist nicht berechtigt, die Einwirkung eines anderen auf die Sache zu verbieten, wenn die Einwirkung zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr notwendig und der drohende Schaden gegenüber dem aus der Einwirkung dem Eigentümer entstehenden Schaden unverhältnismäßig groß ist. Der Eigentümer kann Ersatz des ihm entstehenden Schadens verlangen.

§ 34 StGB, Rechtfertigender Notstand

Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

- Unter „Notstand“ versteht man eine Gefährdung von Rechtsgütern, die nur im Wege der Preisgabe oder Beeinträchtigung anderer Rechtsgüter abgewendet werden kann. Zur Bewältigung dieser Konfliktlage halten das Straf- und Zivilrecht geschriebene und ungeschriebene Rechtssätze vor, die im

Individualfall nach diversen Kriterien die Feststellung ermöglichen, ob das sog. „Eingriffsgut“ unter den widerstreitenden Interessen gegenüber dem sog. „Erhaltungsgut“ unterliegt, so dass es gerechtfertigt ist, es zur Gefahrenabwehr zu beeinträchtigen. Für die gerechtfertigte Abwehr von Wölfen ausgehenden Gefahren für Leib und Leben von Mensch und Tier kommen §§ 228 und 904 BGB und 34 StGB in Frage.

- Mit § 228 BGB („Defensiv-“ bzw. „Verteidigungsnotstand“) und § 904 BGB („Aggressiv-“ bzw. „Angriffsnotstand“) hält das Zivilrecht zwei Notstandsregelungen bereit, die wegen des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung auch im Strafrecht zu beachten sind. Im Hinblick auf die Beschädigung oder Zerstörung von Sachen sind diese Normen sogar *lex specialis*. Der Grund für diesen Anwendungsvorrang liegt in dem wesentlich höheren Alter der §§ 228, 904 BGB gegenüber dem strafrechtlichen Notstand nach § 34 StGB, der erst 1975 in den Allgemeinen Teil des StGB eingefügt wurde und darin, dass § 34 StGB die allgemeinste und weiteste Regelung zur Interessenabwägung in einer Notstandslage ist.

Vorab regelten §§ 228, 904 BGB den rechtfertigenden Notstand allerdings nur äußerst lückenhaft. Erfasst war nur die Abwehr einer von einer Sache ausgehende Gefahr (Verteidigungsgedanke) und die zur Abwehr beliebiger Gefahren erforderliche Einwirkung auf die Sachen Unbeteiligter (Aufopferungsgedanke). Eine Bestimmung, die in Notstandslagen einen Eingriff in andere Rechtsgüter als Sachen gestattete, fehlte. § 34 StGB geht in seinen Voraussetzungen über § 228 BGB hinaus. Die Rechtsgüterabwägung ist durch einen Interessenvergleich ersetzt, bei dem der Wert der widerstreitenden Rechtsgüter nur *ein* Gesichtspunkt unter anderen ist, überdies ist mit § 34 S. 2 StGB eine Angemessenheitsklausel hinzugefügt.

Auf den Rechtfertigungsgrund des Aggressivnotstandes kann sich berufen, wer sich einer Notstandslage dadurch entledigt, dass er zur Gefahrenabwehr schädigend auf eine fremde Sache einwirkt, von der die Gefahr jedoch nicht ausgeht.

Z.B.: Um einen angreifenden Hund abzuwehren, entreißt A dem B seinen Regenschirm, der durch die Bisse des Hundes Schaden nimmt. Die Sachbeschädigung (§ 303 StGB) am Regenschirm ist durch § 904 BGB gerechtfertigt.

§ 904 BGB ist für unseren Zusammenhang zunächst weniger bedeutsam als § 228 BGB.

In der Situation des § 228 BGB wendet der Täter die drohende Gefahr durch Einwirkung auf gerade die Sache ab, von der die Gefahr ausgeht.

Z.B.: Um seinen Dackel vor dem diesen schwer attackierenden Boxer (Hund!) des B zu retten, erschießt A den Boxer (OLG Koblenz, Urt. v. 14.07.1988 - 5 U 115/88; LG Marburg, Urt. v. 11.01.1995 - 5 S 112/94). Die Sachbeschädigung am Boxer (§ 303 StGB) ist durch § 228 BGB gerechtfertigt.

Weil der Täter hier auf die gefährdende Sache selbst einwirkt, darf der abgewendete Schaden (Tod des Dackels) im Verhältnis zum angerichteten Schaden (Tod des Boxers) sogar geringwertiger sein, solange er nicht unverhältnismäßig niedrig ist. Gegenüber § 34 StGB ist § 228 BGB mithin weniger streng.

- Selbstverständlich ist das Tier als Mitgeschöpf des Menschen keine Sache. Ob die Tötung eines Mensch oder Tier angreifenden Wolfes nach § 228 BGB gerechtfertigt ist, ist dennoch erwägenswert, weil im Zivilrecht gemäß § 90 a BGB auf Tiere die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden sind. Die Analogiebildung zwischen Tier und Sache und ferner der Umstand, dass § 228 BGB gegenüber § 34 StGB die speziellere Norm ist, legen es nahe, die Verletzung / Tötung eines angreifenden Wolfes nach Zivil- anstatt Strafrecht zu rechtfertigen.

Allerdings sieht § 228 BGB vor, dass die Gefahr von einer *fremden* Sache ausgeht. Mit der Sacheigenschaft eines Tieres hat man wegen § 90 a BGB

keine Schwierigkeiten. Fraglich ist dagegen die Fremdheit des Wolfes. Fremd sind Sachen, die im Eigentum eines anderen stehen. Sicher gehört ein - nicht eben in einem Gehege lebender - Wolf niemandem. Er ist herrenlos. Jedoch stellt die herrschende Meinung in Rechtsprechung und rechtlichem Schrifttum den fremden Sachen die herrenlosen Sachen gleich, *sofern an ihnen ein Aneignungsrecht besteht* (Vgl. statt vieler Ellenberger in: Palandt, Kommentar zum BGB, 77. Aufl. 2018, § 228 Rdnr. 5; Mitsch, Strafrecht Besonderer Teil 2, Vermögensdelikte, 3. Aufl. 2015, Rdnr. 880). Wenn zur Abwehr einer von ihm ausgehenden Gefahr „Wild“ im jagdrechtlichen Sinn, das sowohl herrenlos ist, wiewohl an ihm gemäß § 1 I S. 1 BJG ein Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten besteht, verletzt oder getötet wird, ist daher § 228 BGB und nicht § 34 StGB die einschlägige Rechtfertigungsnorm.

- Nach dem BJG ist der Wolf jedoch kein „Wild“. Im Katalog des Haarwildes in § 2 I BJG, der abschließend ist, ist er nicht aufgeführt. *Bundesrechtlich* unterliegt er mithin nicht dem Jagdrecht und folglich auch keinem Aneignungsrecht eines Jagdausübungsberechtigten, das Voraussetzung für die Rechtfertigung seiner Tötung im Falle eines von ihm ausgehenden Angriffs nach § 228 BGB wäre.

- Mit Ausnahme des Freistaates Sachsen, der den Wolf im August 2012 als erstes und seither einziges Bundesland dem Landesjagdrecht unterstellt hat, ist er auch landesrechtlich aufgrund der Ermächtigung in § 2 II BJG bisher nicht zum „Wild“ erklärt worden. Weil folglich in den übrigen deutschen Bundesländern zweifelsfrei keine jagdrechtliche Aneignungsbefugnis an ihm existiert, ist § 228 BGB insoweit ebenfalls unanwendbar.

- In Sachsen könnte dies jedoch anders sein, weil dort der Wolf zum „Wild“ gehört. Trotz der Überführung in das Landesjagdrecht genießt der Wolf allerdings auch in Sachsen nach der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Neuregelung jagdrechtlicher Vorschriften vom 27.08.2012 i.V.m. der Verordnungsermächtigung nach § 34 II des Sächsischen Landesjagdgesetzes ganzjährige Schonzeit. Eine allgemeine Jagdzeit durfte dem streng geschützten

Wolf wegen des Zugriffs- und Besitzverbotes in der FFH-RL nicht eingeräumt werden. Die Bejagung des Wolfes liefe Artikel 12 I a FFH-RL zuwider, der „alle absichtlichen Formen des Fangs oder der Tötung von aus der Natur entnommenen Exemplaren der streng geschützten Art“ verbietet. Nach Artikel 12 II FFH-RL ist außerdem (u.a.) auch der Besitz von Tieren einer streng geschützten Art untersagt. Entsprechend verbietet § 44 II Nr. 1 BNatSchG, Tiere besonders geschützter Arten in Besitz oder Gewahrsam zu nehmen, im Besitz oder Gewahrsam zu haben oder zu be- oder verarbeiten. Die auf die Unversehrtheit des Wolfes ausgehenden Verbote in Artikel 12 der FFH-RL haben zwar nicht die Überführung des Wolfes in das sächsische Jagdrecht verhindert, sie unterbinden aber seine Bejagung und die Inbesitznahme von Individuen seiner Art durch Jedermann und sogar durch den Jagdausübungsberechtigten.

Ausnahmen zu den in Artikel 12 I a FFH-RL statuierten Verboten sind in Artikel 16 der FFH-RL vorgesehen. Soweit sie aber über die Aufnahme verletzter, hilfloser oder kranker Tiere oder die Entnahme toter Exemplare aus der Natur und deren Abgabe an die von der für Natur und Landschaftspflege zuständigen Behörde bestimmte Stelle hinausgehen, sollen diese Ausnahmen eng auszulegen sein (Wolf, Der Wolf als streng geschützte Art und möglicher Gegenstand des Jagdrechts, ZUR 6/2012, S. 331, 334 m.w.N.) Sie setzen vor allem voraus, dass die Population der betroffenen Art in ihrem Verbreitungsgebiet in einem günstigen Erhaltungszustand verweilt. Im Monitoring-Jahr 2015/2016 gab es laut Bundesamt für Naturschutz deutschlandweit 46 Rudel, 15 Paare und 4 sesshafte Einzeltiere, insgesamt mithin 120 bis 130 erwachsene Wölfe in deutschen Waldungen, gegenwärtig sollen es nach großzügiger Schätzung rund 800 sein. Die Wildbiologie geht davon aus, dass ein längerfristiger Erhalt der Population mindestens 500 Exemplare voraussetzt (Reinhardt, Kluth, Leben mit Wölfen, Leitfaden für den Umgang mit einer konflikträchtigen Tierart in Deutschland, Bundesamt für Naturschutz-Skripten 201, 2007, S. 17). Ausnahmen werden daher nicht eben selbstredend mit dem Gemeinschaftsrecht zu vereinbaren sein und insbesondere deshalb selten bleiben, weil die EU-Kommission nach Maßgabe von Artikel 16 II S. 1 FFH-RL im zwei-Jahres-Turnus über die Gestattung

derselben zu unterrichten ist.

Offensichtlich zielte die Aufnahme des Wolfes in das sächsische Landesjagdrecht nicht auf die Ermöglichung seiner Bejagung, sondern allein auf die schützende Hegeverpflichtung des Jagdausübungsberechtigten. Das klassisch mit dem Jagdausübungsrecht verbundene Aneignungsrecht am Wild ist für den Wolf in Sachsen außer Kraft gesetzt (so ausdrücklich geregelt in §3 Abs. 6 Sächsisches Jagdgesetz). Während die herkömmliche bundes- oder landesministeriell durch Rechtsverordnung angeordnete Schonzeit dieses Recht unberührt lässt, verhält es sich mit der in Sachsen für den Wolf angeordneten Schonzeit deshalb anders, weil diese durch die in Artikel 12 I, II der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie angeordneten Verbote der Tötung und des Besitzes von Wölfen erzwungen ist. Besonders stark kontrastiert das Aneignungsrecht mit dem vornehmlich auf tote Tiere zugeschnittenen Besitzverbot nach Artikel 12 II FFH-RL: Nach § 985 BGB erwirbt das Eigentum, wer eine herrenlose bewegliche Sache in Eigenbesitz nimmt. Die Besitzergreifung ist folglich Voraussetzung für den Eigentumserwerb durch Aneignung. Ein Gesetz, das die Aneignung zulässt, muss den Besitz gestatten und umgekehrt: wo er, wie durch die besonderen Bindungen der sächsischen Schonzeitregelung an das europäische Artenschutzrecht für den Wolf verboten ist, müssen Aneignung und Eigentumserwerb entfallen.

Wenn demnach der Wolf in Sachsen zwar ein herrenloses, aber kein Tier ist, an dem ein Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten besteht (§3 Abs. 6 Sächsisches Jagdgesetz), lässt sich die Abwehr einer von ihm ausgehenden Gefahr auch nicht auf den auf Eingriffe in das Eigentum an Sachen zugeschnittenen § 228 BGB stützen.

3c) Entschuldigender Notstand nach § 35 StGB

Weil das *Eigentum an* denkbaren *Beutetieren* des Wolfes nicht unter die Schutzgüter des Entschuldigenden Notstandes nach § 35 StGB fällt, deren Aufzählung mit Leben, Leib und Fortbewegungsfreiheit des angegriffenen

Menschen, einem seiner Angehörigen oder einer anderen ihm nahe stehenden Person abschließend ist, lässt sich dessen Abwehr in diesem Fall nicht auf den Gedanken der Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens stützen.

Anders ist dies, wenn ein *Mensch* von einem Wolf attackiert wird. Soweit jedoch bereits die Rechtswidrigkeit der Abwehrhandlung entfällt, weil ein Rechtfertigungsgrund eingreift, was bei der „Gefechtsstellung“ Wolf/Mensch immer der Fall ist, gelangt die strafrechtliche Prüfung nicht mehr zu der Frage, ob Entschuldigungstatbestände von Strafbarkeit ausnehmen.

3d) Rechtfertigender Notstand nach § 34 StGB

Sodann verbliebe als Rechtfertigungsgrund für die Verletzung / Tötung eines Wolfes, der im Begriff ist, Gehegewild oder ein Nutztier zu reißen, wobei naheliegend Schafe, Ziegen und Kälber in Betracht kommen, nur § 34 StGB.

- § 34 StGB kommt in unterschiedlichen Konstellationen vor. Explizit, d.h. nach dem Normtext, hatte der Gesetzgeber den aggressiven Notstand im Auge, den Fall folglich, dass der Handelnde zur Abwehr der Gefahr in die Rechtsgüter unbeteiligter Dritter eingreift. Seine Tatbestandsvoraussetzungen sind daher, indem das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegen muss, eher an § 904 BGB als an § 228 BGB angelehnt. Wenn zur Gefahrenabwehr die Rechtsgüter unbeteiligter Dritter herangezogen werden müssen, sind die Eingriffsvoraussetzungen nachvollziehbar erheblich enger. In anderen Sachverhaltsgestaltungen, dann nämlich, wenn von der Abwehrhandlung selbst und ausschließlich die Gefahrenquelle betroffen wird, ist es mit bedeutenden Auswirkungen auf die Interessenabwägung, insofern der abzuwendende Schaden nicht erheblich höher sein muss und es stattdessen genügt, dass die Auswirkungen der Gefahrenabwehr nicht außer Verhältnis zur abzuwendenden Gefahr stehen, notwendig und zulässig (BGH, JR 1980, S. 113 ff.; NSTZ 1989, S. 431), den Rechtsgedanken des erwähnten (so. unter 3b) „Defensiv-“ / „Verteidigungsnotstandes“ in § 34 StGB hineinzulesen.

Wie man § 34 StGB zur Abwehr eines Wolfes auszurichten hat, ob mit merklichen Unterschieden bei der Güterabwägung als aggressiven oder defensiven Notstand, hängt davon ab, welches hinter dem Wolf stehende Rechtsgut durch seine Verletzung / Tötung beeinträchtigt wird. Für die klassische Situation des Defensivnotstandes müsste der Wolf als Gefährder und zugleich von der Gefahrenabwehr Betroffener Träger eigener Rechtsgüter sein. Das wird man, wenngleich es um seine Unversehrtheit und sein Leben geht, auszuschließen müssen. Unter den Individualrechten, das heißt einer konkreten Person zuzuordnenden Rechten, wurde zudem das Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten ausgeschlossen. Auch ist das Tötungsverbot in § 44 I Nr. 1 BNatSchG zwar eine individuelle Rechtspflicht, aber kein individuelles Rechtsgut. Dagegen steht das Jagdausübungsrecht, und sei es auch faktisch massiv entwertet durch die unabsehbar unausübbarer Aneignungsbefugnis, als eigentumsähnliches Individualrecht auch in Sachsen hinter dem Wolf und ferner streiten für den Wolf mit dem Arten- und Naturschutz öffentliche Interessen. Wenn in der Literatur bestritten wird, dass öffentliche Interessen, wie jene am Arten- und Naturschutz, mit dem Ergebnis des gänzlichen Entfallens der Güterabwägung, in dieselbe mit einzubeziehen sind (Meyer-Ravenstein, Notstandsrechte gegenüber dem Wolf, 2017, Rechtsgutachten für WNoN [Weidetierhalter Nord-Ost Niedersachsen], zuletzt abgerufen am 10.05.2018 unter: AL4-WNoN), so dass die Verletzung / Tötung eines Wolfes vorbehaltlich des § 34 S. 2 StGB zur Rettung von Gehegewild und Weidetieren gerechtfertigt ist, so ist dies sicherlich diskutabel, es berücksichtigt meines Erachtens jedoch nicht genügend, dass es nicht auf Verteidiger-, sondern auf Gefährderseite um öffentliche Interessen geht und dass ferner selbst auf Verteidigerseite öffentliche Interessen mittlerweile herrschend als notstandsfähig angesehen werden (Fischer, StGB, 63. Aufl. 2016, § 34 Rdnr. 5 m.w.N.).

Mit dem Arten- und Naturschutz, die den Wolf ungeachtet seiner Überführung in das sächsische Landesjagdrecht, von dem wiederum durch die ganzjährige Schonzeit nur die Hegeverpflichtung aktiv bleibt, auch weiterhin dominieren, werden zu seinen Gunsten öffentliche Belange am Konflikt nicht unmittelbar

beteiligter Personen in die Waagschale geworfen. Die Frage, ob der Wolf zur Gefahrenabwehr verletzt/ getötet werden darf, ist daher letztlich nach den Maßstäben des aggressiven Notstandes und somit geradewegs entlang des Wortlautes des § 34 StGB zu beantworten.

- § 34 S. 1 StGB setzt für eine Notstandslage ein notstandsfähiges Rechtsgut voraus, das nicht etwa bereits angegriffen oder gar schon verletzt worden sein muss. Die bisherige Gefährdung genügt.

- In Abkehr von Bindings Motto „Wer sich Gefahr begeben hat, komme darin um!“ (Handbuch des Strafrechts, Band I, 1. Auflage 1885, S. 778), besteht heute Einigkeit darüber, dass ein Verschulden der Notstandslage die Berufung auf § 34 StGB nicht ausschließt. Auf den Rechtfertigungsgrund kann sich daher auch berufen, wer vorbeugend zur Wolfsabwehr nichts unternommen hat, d.h. nicht versucht hat, einen wolfssicheren Elektrozaun zu errichten (dass dies überhaupt möglich ist, wird von den Experten in Zweifel gezogen, daher die zurückhaltende Formulierung dieser Pflicht) oder wer keine Verlappung vorgenommen oder trotz Geeignetheit seines Betriebes keinen Herdenschutzhund eingesetzt hat oder wer sein Nutztier angepflockt hat. Jedoch wirken sich derlei Unterlassungen negativ bei der Güterabwägung aus.

- Am häufigsten von Wölfen gerissen werden Schafe, Ziegen, Kälber und Gehegewild. Sie stehen sämtliche im Eigentum ihres Halters. In Gehegen werden gefangene wilde Tiere gehalten, die nicht herrenlos sind, sondern nach § 960 BGB ebenfalls im Eigentum ihres Halters stehen. Das Eigentum des Tierhalters ist ein notstandsfähiges Rechtsgut. Auch der Herden- oder Jagdhund gehört jemandem. Weil § 34 StGB auch die Notstandshilfe umfasst, ist gleichgültig, ob der Eigentümer selbst oder ein Dritter zur Gefahrenabwehr antritt.

- Wenn ein Wolf in eine Weide oder in ein Gehege eingedrungen ist oder sich sonst unter Beutetieren befindet, sind diese und mithin das Eigentum ihres Halters, weil der Wolf ihnen körperlich überlegen ist, gegenwärtig gefährdet. Zu einem in Jagdabsicht unternommenen Angriff muss der Wolf, wie erwähnt,

nicht bereits angesetzt haben: Eine „Gefahr“ im Sinne des § 34 StGB ist ein Zustand, in dem aufgrund tatsächlicher Umstände die Wahrscheinlichkeit, also die begründete Besorgnis – die allgemeine Möglichkeit genügt nicht – des Eintritts eines schädigenden Ereignisses besteht. Gegenwärtig ist die Gefahr, wenn bei natürlicher Weiterentwicklung der Dinge der Eintritt eines Schadens sicher oder doch höchstwahrscheinlich ist, sofern nicht alsbald Abwehrmaßnahmen ergriffen werden.

- Gegenwärtig ist auch die Dauergefahr, die bereits besteht und deshalb jederzeit in einen Schaden umschlagen kann, ohne dass auszuschließen ist, dass dies noch eine Zeit lang auf sich warten lässt. Gegenwärtig ist die Dauergefahr, wenn sie so dringend ist, dass sie nur durch unverzügliches Handeln wirksam abgewendet werden kann. Wölfe sind sehr heimliche Tiere, Begegnungen mit ihnen sind selten. Eine passende Situation, um den Wolf wegen einer von ihm ausgehenden Dauergefahr zu verletzen oder zu töten, liegt daher vor, wenn er es erkennbar vorerst dabei belassen will oder muss, die Situation vor Ort in Augenschein zu nehmen, mögliche Beute zu beobachten, die Durchlässigkeit eines Zaun zu erproben oder auch dann, wenn er nur einen Reißversuch unternimmt.

- Die Verletzung / Tötung des Wolfes muss unabwendbar sein. Andere objektiv geeignete und relativ mildere Mittel dürfen zum Schutz seiner Angriffsobjekte nicht zur Verfügung stehen. An die Geeignetheit des Mittels sind strenge Anforderungen zu stellen, damit nicht nutzlos in die Rechtsgüter Dritter eingegriffen wird. Jedoch ist ein Mittel nicht schon deshalb ungeeignet, weil es den Wolf nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit abwehrt. Umgekehrt müssen keine Mittel in Kauf genommen werden, die eine Verletzung der zu schützenden Rechtsgüter befürchten lassen.

Ein Mensch muss sich, es sei, er gefährde sich selbst, bevor er einen Schuss auf den Wolf anträgt, zuerst bemerkbar machen und versuchen, den Wolf zu vertreiben. Er sollte laut rufen, in die Hände klatschen, mit den Armen herumfuchteln, sich ihm gegebenenfalls ein Stück annähern und bevor er einen Schuss auf den Wolf anträgt, einen Warnschuss abgeben. Vertreibt er

den Wolf damit, geht von ihm keine gegenwärtige Gefahr mehr aus und er darf ihm nicht hinterher schießen. Dass die mögliche Verletzung des Wolfes im Hinblick auf die von § 34 StGB gebotene Erforderlichkeit des Abwehrmittels seine Tötung erübrigt, kann ich aus Tierschutzgründen nicht bejahen.

- § 34 S. 1 StGB erfordert des Weiteren, dass „bei einer Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahr, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt.“

Gegenüber stehen sich das Tiereigentum des Nutztierhalters und das arten- und naturschutzrechtliche Interesse am Erhalt eines Exemplars einer besonders und streng geschützten Tierart und das in Sachsen inhaltlich allerdings geschwächte Jagdausübungsrecht, wobei die abstrakte Wertigkeit dieser Interessen weniger aussagekräftig ist wie ihre Schutzwürdigkeit in der konkreten Gefahrenlage. Überhaupt ist anzumerken, dass es eine Einzelfallentscheidung des befassen Gerichtes in Ansehung aller individuell obwaltenden Umstände ist, ob strafrechtlich gerechtfertigt gegen den Wolf eingeschritten werden darf. Eine abstrakte Bewertung wird, - wie immer im Recht - wenn auch nicht unmöglich sein, so doch unscharf bleiben.

Bei der Güterabwägung sind folgende Punkte beachtlich:

- Der *Artenschutz* zielt auf die Population und nicht auf ein einzelnes der Population angehörendes Individuum. Angesichts des derzeit deutschlandweit auf 800 Tiere geschätzten Wolfsbestandes, stellt die Tötung eines einzelnen Wolfes keine Beeinträchtigung der Art dar. Dies gilt allerdings nur, solange Notstandshandlungen gegen Wölfe wie bisher eine Seltenheit bleiben.

Für die artenschutzrechtliche Zulässigkeit der Notstandstötung eines Wolfes spricht auch Artikel 16 I FFH-RL, demzufolge die Tötung ausnahmsweise gestattet ist, wenn es zur Rettung der gefährdeten Angriffsobjekte „keine anderweitige zufrieden stellende Lösung gibt“ und sich der Erhaltungszustand der Population durch die Tötung nicht verändern würde. Entsprechendes gilt

gemäß § 45 VII S. 1 und S. 3 BNatSchG, wonach von den unteren Naturschutzbehörden oder von der Landesregierung durch Rechtsverordnung von dem Tötungsverbot des § 44 BNatSchG Ausnahmen zur Abwendung erheblicher wirtschaftlicher Schäden im Einzelfall zugelassen werden können. Die Ausnahmen machen deutlich, dass auch der Artenschutz durchlässig ist und anderen Schutzgütern unterliegen kann.

- *Tierschutzrechtlich* stehen Wolf und Nutztier als Wirbeltiere einander gleich, so dass sich insoweit ein wesentliches Überwiegen im Sinne des § 34 StGB nicht von vornherein begründen lässt. Weil sich die beiden jedoch einen längeren Kampf liefern werden, an dessen Ende das Nutztier verenden wird und demgegenüber der Abschuss des Wolfes zu dessen schnellem Tod führt, spricht der Tierschutzgedanke eher für die Tötung des Wolfes, zumal nach § 1 S. 2 TSchG das schnelle Töten eines Tieres einem vermeidbaren Tierleid mit tödlichem Ausgang vorzuziehen ist. Insbesondere dann, wenn auf beiden Seiten dieselben Rechtsgüter betroffen sind, vermögen die Umstände und das Ausmaß der drohenden Rechtsgutsverletzung die Güterabwägung zu beeinflussen.

- Bei einem Vergleich des *wirtschaftlichen Wertes* der betroffenen Tiere scheint die Abwägung das zur landwirtschaftlichen Produktion genutzte Tier zu begünstigen, weil der frei lebende Wolf keinen Handelswert hat. Andererseits ist überlegenswert, ob der durch Wolfsrisse verursachte Eigentumsverlust nicht durch die Sozialbindung des Eigentums gedeckt ist, ganz ebenso wie zum Beispiel der Landwirt einen gewissen Fraßschaden von ganzjährig geschonten Gänsen entschädigungslos hinzunehmen hat. Vor allem aber besteht für durch Wolfsübergriffe auf Nutztiere entstandene Schäden sowohl für gewerbliche wie für Hobbytierhalter die Möglichkeit einer Ausgleichszahlung nach dem Sächsischen Naturschutzgesetz.

§ 38 VII Sächsisches NatSchG:

„Werden durch wildlebende Tiere der in Anhang IV a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten Wolf (*Canis lupus*), Bär (*Ursus arctos*)

oder Luchs (Lynx Lynx) Sachschäden verursacht, so kann dem Betroffenen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Schadensausgleich gezahlt werden. Die Zahlung erfolgt nur, wenn der Betroffene alle zumutbaren Vorkehrungen gegen einen Schadenseintritt getroffen hat. Der Ausgleich wird durch die obere Naturschutzbehörde auf Antrag gewährt.“

Entschädigt werden der Marktwert sowie entstandene Tierarzt- und Entsorgungskosten, wenn der Wolf im bekannten Ausbreitungsgebiet als Verursacher nicht auszuschließen ist bzw. außerhalb desselben, wenn er als Verursacher bestätigt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit als solcher anzusehen ist. Halter von angepflockten Tieren werden für deren Verlust nicht entschädigt, wiewohl nach Ablauf einer Übergangsfrist nach Bekanntwerden des Wolfsvorkommens von 1 Jahr ein Schadensausgleich generell nur möglich ist, wenn bei der Tierhaltung Maßnahmen des Grundschutzes ergriffen, sprich nach den landesrechtlich bestimmten Kriterien geschlossen gezäunt wurde.

Wildschadensersatz gemäß §§ 29 ff. BfG, 46 ff. Sächs. LJG kommt dagegen für von Wölfen verursachte Schäden nicht in Betracht, weil das Wildschadensrecht ausschließlich auf den Ersatz von an Grundstücken eingetretenen Schäden zielt, während der Wolf mit Gehegewild und Nutztieren rechtlich betrachtet „bewegliche Sachen“ schädigt. Rechtstechnisch wäre eine diesbezüglich Erweiterung der Ersatzpflicht auf Wolfsrisse nach der Ermächtigungsgrundlage in § 29 IV BfG und der Aufnahme des Wolfes in das sächsische Jagdrecht zwar möglich, sie bedeutete aber einen Bruch in das System des Wildschadensersatzrechtes, weil dasselbe auf einer Gefährdungshaftung fußt, die an den Einfluss des Jagdausübungsberechtigten auf den schadensverursachenden Wildbestand anknüpft, den der Jagdausübungsberechtigte wegen der EU-artenschutzrechtlichen Einschränkungen des Bejagungsrechts für den Wolf in Sachsen jedoch gerade nicht hat.

Vor allem die im sächsischen Naturschutzrecht vorgesehenen Möglichkeiten zur Kompensation materieller Schäden verhindern bei einem Vergleich der

wirtschaftlichen Werte ein Übergewicht auf Seiten der Nutztiere.

- Ein weiterer Abwägungsfaktor ist der *ideelle Wert der gefährdeten Sache* für deren Eigentümer, der nach objektiven Maßstäben, doch dennoch nach den individuellen Gegebenheiten zu beurteilen ist. So wird die Bedeutung des gefährdeten Nutztieres durchaus berücksichtigungswert aufgewertet, wenn es sich um das Lieblingstier seines Halters oder das Exemplar einer besonders seltenen Rasse oder innerhalb seiner Rasse um ein außerordentlich wertvolles Tier handelt. Das besondere Interesse des Halters an derlei Tieren dürfte ungeachtet von Entschädigungsmöglichkeiten und bei Vornahme zumutbarer und fachgerechter Schutzmaßnahmen gegenüber dem strengen Artenschutz des Wolfes überwiegen.

- Erheblich ist weiter, ob die Gefahr von einem oder mehreren Wölfen ausgeht, ob der Wolf wiederholt im Begriff ist, schädigend in Erscheinung zu treten, ob es sich um einen „Problemwolf“ handelt, der im schlimmsten Fall sogar seine Scheu vor dem Menschen abgelegt hat und wie viele Nutztiere andererseits gefährdet sind und ob deshalb ein hoher, wirtschaftlicher Schaden zu erwarten ist und ob dieser kompensiert wird, oder ob nicht, weil die Ausgleichskasse gerade leer ist.

- Selbst wenn das Erhaltungsgut das Eingriffsgut entsprechend der nach § 34 S. 1 StGB vorgenommenen Prüfung überwiegt, muss das Verhalten des Notstandstäters gemessen an den anerkannten Wertvorstellungen der Allgemeinheit als sachgemäße Konfliktlösung erscheinen. In diesem Sinne handelt § 34 S. 2 StGB davon, dass die *Notstandstat* „angemessen“ sein muss. Durch dieses zusätzliche Korrektiv soll eine rechtsmissbräuchliche Berufung auf den Notstand verhindert werden.

An der Angemessenheit kann es fehlen, wenn die Notstandslage verschuldet wurde, indem trotz der offensichtlichen Gefahr von Wolfsrissen absolut zumutbare Schutzvorkehrungen, die überwiegend von den Bundesländern mit Wolfsvorkommen finanziell gefördert werden, sämtliche leichtfertig unterlassen wurden oder der Wolf gar angelockt wurde. Ferner dann, wenn

ein krasses Missverhältnis zwischen den widerstreitenden Gütern klafft, weil der Wolf getötet werden soll, um ein beliebiges Huhn, Kaninchen ... zu schützen.

- Zuletzt darf der Notstandstäter subjektiv zu keinem anderen Zweck als demjenigen tätig werden, eine von dem Wolf ausgehende Gefahr von sich (d.h. seinen Rechtsgütern und folglich auch seinem Tier-Eigentum) oder einem bedrohten Dritten (d.h. auch dessen Rechtsgütern und sonach auch dessen Tier-Eigentum) abzuwenden.

- Unter den aufgeführten Kriterien finden sich ersichtlich schlagkräftige Gründe für den Schutz von Nutztieren, so dass der Wolfsabschuss als Notstandshandlung nach § 34 StGB durchaus gerechtfertigt sein kann. Wenngleich man auch berücksichtigen muss, dass die im sächsischen Naturschutzrecht zum Erhalt von Tieren streng geschützter Arten verankerten Ausgleichszahlungen, weil der wirtschaftliche Wert von Nutztieren und Gatterwild ein bedeutender Abwägungsfaktor ist, leichthin zur Rechtswidrigkeit der zu ihren Gunsten unternommenen Notstandshandlung führen.

4.) Notstandsbefugnis nach § 34 StGB zugunsten des Herdenschutzhundes

Herdenschutzhunde werden im Idealfall bereits in der Schafsherde geboren, jedenfalls sollten sie in ihr aufwachsen, damit sie lernen, die Schafe als Teil ihres Rudels zu betrachten, das es im Ernstfall zu verteidigen gilt. Herdenschutzhunde arbeiten besser im Team. Ein Hund alleine ist bei einem Wolfsangriff zumeist überfordert, vor allem dann, wenn mehrere Wölfe aus verschiedenen Richtungen zu der Herde vorzudringen versuchen. Die Abwehrstrategie von Herdenschutzhunden liegt weniger im Angreifen des ihnen bekanntermaßen körperlich überlegenen Gegners Wolf als vielmehr im Verbellen und Verjagen. Zwischen Hund und Halter besteht eine langjährige Beziehung, überdies wurde gemeinhin viel Engagement in ihre Ausbildung investiert. Entsprechend wertvoll sind sie.

Im Kampf wird auch der Herdenschutzhund dem Wolf langfristig unterliegen. Der Tierschutzgedanke spricht folglich nach § 1 S. 2 TSchG ebenso wie bei dem Nutztier gegen einen leidvollen Tod des Hundes und für ein schnelles Ende des Wolfes.

Hinter dem wirtschaftlichen Wert eines ausgebildeten Herdenschutzhundes und dem Affektionsinteresse seines Halters tritt der artenschutzrechtliche Belang des Erhaltes möglichst jeden Individuums einer streng geschützten Art zurück.

Die Güterabwägung geht aus diesen Gründen zugunsten des Herdenschutzhundes aus. Auch zugunsten eines ausgebildeten Schweißhundes eines Jägers übrigens wäre dies der Fall.

Wegen der von ihm ausgehenden zugespitzten Gefahr erst recht nach § 34 StGB gerechtfertigt ist die Tötung eines verhaltensauffälligen Wolfes. Einen solchen - etwa an Tollwut - erkrankten, an den Menschen gewöhnten oder eigens aggressiven Vertreter seiner Rasse mag man zu gewärtigen haben, wenn er trotz Herdenschutzhund und Annähern eines sich lautstark bemerkbar machenden und sich heftig regenden Menschen samt Warnschuss nicht vom Hund ablässt. Derlei Einzelexemplare können, weil sie die öffentliche Sicherheit gefährden und selbst dem Artenschutz unerwünscht sind, sogar nach den Leitlinien und Managementkonzepten der Länder der Natur entnommen werden (Meyer-Ravenstein, Notstandsrechte gegenüber dem Wolf, 2017, Rechtsgutachten für WNoN [Weidetierhalter Nord-Ost Niedersachsen], zuletzt abgerufen am 10.05.2018 unter: AL4-WNoN). Weil das typische Abwehrverhalten des Herdenschutzhundes, wie erwähnt, nicht darin besteht, sich auf einen Kampf mit dem Wolf einzulassen, sondern ihn zu vertreiben, scheitert das Eingreifen von § 34 StGB meines Erachtens auch nicht daran, dass der Herdenschutzhund bewusst zur Wolfsabwehr eingesetzt, die Notstandslage folglich von dessen Halter gleichsam provoziert worden wäre.

5.) Notstandsbefugnis nach § 34 StGB zugunsten des Menschen

Kommt es bei der Begegnung mit einem Wolf, etwa bei dem Versuch, Tiere vor ihm zu schützen, zu einer gegenwärtigen Gefahr für einen Menschen, ist der Abschuss, das Erschlagen mit einem Spaten, Knüppel, Weidezaun etc. unabhängig davon, ob sich der Mensch durch Annäherung an den Wolf bewusst gefährdet hat, sowohl im Rahmen der Güterabwägung als auch der Angemessenheitsprüfung nach § 34 StGB gerechtfertigt. Ihm ist es nicht zuzumuten, das Risiko eigener oder der Verletzung Dritter einzugehen. Die noch immer notwendige Erforderlichkeit eines Warnschusses oder anderer der Tötung vorausgehender Abwehrversuche lässt sich nur einzelfallbezogen beurteilen.

ZUSAMMENFASSUNG

Bereits jetzt kann der Abschuss eines Wolfes im Einzelfall – trotz genereller Strafbarkeit – unter Berücksichtigung der Ausnahmekriterien des Artikels 16 FFH/RL unter Notstandsaspekten gerechtfertigt sein. Wolfsübergriffe auf Weidetiere haben in der Vergangenheit gezeigt, dass von solchen Übergriffen häufig mehrere Weidetiere betroffen waren und selbst die unbehelligt gebliebenen Herdentiere post-traumatische Symptome (Kopfscheue) aufwiesen. Entschädigungsleistungen vermögen diese Nachteile nicht zu kompensieren. Eine Güterabwägung wird deshalb nicht nur bei Wolfsübergriffen auf Menschen oder wertvolle Herdenschutz- oder Jagdhunde, sondern auch schon bei einer konkreten Gefährdung von Weidevieh dazu führen müssen, dass der Abschuss eines Wolfes, der sich Weidetieren in erkennbarer Tötungsabsicht nähert, unter Notstandsgesichtspunkten durchaus gerechtfertigt sein kann.



Hans-Jürgen Thies

Rechtsanwalt und Vizepräsident des LJV-NRW

Anhörung

Drucksachen: **6/12852 – „Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement“**
Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion

**6/12761 – „Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln –
Wolfsverordnung erlassen“**
Antrag der Fraktion GRÜNE

Termin: Dienstag, 15.05.2018

Zeit/Ort: 10 Uhr - **Plenarsaal**

Sachverständige

Name	Funktion und/bzw. Institution
Markus Bathen	NABU Bundesverband, Projektbüro Wolf
Christian Berndt	Jagdverband Niederschlesische Oberlausitz Mitglied AG Wolf des LJV Sachsen
Dr. Georg Brüggem schriftliche Stellungnahme	Rechtsanwalt
Prof. Dr. habil. Sven Herzog	Technische Universität Dresden Fachrichtung Forstwissenschaften Institut für Waldbau und Forstschutz Dozentur für Wildökologie und Jagdwirtschaft
Anne Jarausch	Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung – Doktorandin „Ausbreitungsmuster und genetische Struktur in der deutschen Wolfspopulation“
Dr. Felix Knauer	Veterinärmedizinische Universität Wien Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie Senior Researcher
Prof. Dr. Wolfgang Köck	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ Leiter des Departments Umwelt- und Planungsrecht
Knut Kucznik	Schäfermeister
Dr. Dietrich Meyer-Ravenstein schriftliche Stellungnahme	Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Abteilungsleiter „Verwaltung, Recht, Forsten“
Dr. Sabina Nowak	Prezes Zarządu/President Stowarzyszenie dla Natury "Wilk"/ Association for Nature "Wolf" – Republik Polen
Ilka Reinhardt	Lupus Institut für Wolfsmonitoring und -erforschung Deutschland
Dr. Jan Ole Schrörs	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL)
Hans-Jürgen Thies, MdB	Vizepräsident des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen e. V.
Dr. Regina Walther	Sächsischer Schaf- und Ziegenzuchtverband e. V.

